

**Fachhochschule Potsdam
(University of Applied Sciences)
Fachbereich Informationswissenschaften**

Graduale berufsbegleitende Weiterbildung
zur Vorbereitung auf die Externenprüfung zum
Diplomarchivar/Diplomarchivarin (FH)

**Struktur, Aufgaben und territoriale Verknüpfungen der
Kreisdienststelle Halle des MfS. Zu den Ergebnissen der
Erschließung des Bestandes an Sachakten und aktiven registrierten
Vorgängen.**

Diplomarbeit

Zur Erlangung des Titels Diplom-Archivarin (FH)

Vorgelegt von:

Christiane Hagemann

Otto-Schmeil-Str. 5

06120 Halle

Gutachter:

1. Prof. Dr. Hartwig Walberg

2. Angela Friedenberger, Dipl.Archivarin

Bearbeitungszeitraum: 01. Oktober 2005 bis 04. Februar 2006

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung	8
1.1. Aufbau	9
1.2. Forschungsstand	10
1.3. Quellen	12
2. Die Kreisdienststellen.....	13
2.1. Rechtliche Grundlagen, Entstehung und Aufgabenstellung im System des MfS	13
2.2. Entwicklung unter sich verändernden innen- und außenpolitischen Bedingungen.....	15
3. Die Kreisdienststelle Halle.....	26
3.1. Aufgaben, Bedeutung und Stellung innerhalb der Bezirksverwaltung Halle.....	26
3.2. Struktur.....	32
3.2.1. Referate	33
3.2.2. Leiter der KD Halle.....	49
3.2.3. Beauftragter des Leiters.....	51
3.2.4. Mitarbeiter	52
4. Die Überlieferungslage der Akten der KD Halle	56
4.1. Zugang ins Archiv	56
4.2. Der Akten- und Karteibestand der KD Halle	57
4.3. Zeitlicher Umfang	62
5. Von der BStU herausgegebene Richtlinien als Grundlage für die archivische Erschließung von Sachakten und aktiven registrierten Vorgängen.....	65
6. Die Erschließung der Sachakten der KD Halle	66
6.1. Aktenbildung.....	66
6.2. Die Verzeichnung mit Hilfe des Sachaktenererschließungsprogramms (SAE)	69
7. Die Erschließung der aktiven registrierten Vorgänge der KD Halle.....	75
7.1. Bestandsübersicht und Vorgangsarten	76
7.1.1. IM-Vorgänge.....	76
7.1.2. Operative Personenkontrollen (OPK) und Operative Vorgänge (OV).....	84
7.1.3. Sicherungsvorgänge	85
7.2. Die Verzeichnung mit Hilfe des Sachaktenererschließungsprogramms.....	86
8. Die territorialen Verknüpfungen der KD Halle im Spiegel der Ergebnisse der Aktenauswertung...	91
8.1. SED-Kreisleitung	92
8.2. Andere Parteien und gesellschaftliche Organisationen	94
8.3. Volkspolizeikreisamt (VPKA)	99

8.3.1. Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei.....	100
8.3.2. Abteilung Pass- und Meldewesen	103
8.3.3. Andere Abteilungen des VPKA	104
8.4. Wehrkreiskommando	105
8.5. Kampfgruppen.....	107
8.6. Zivilverteidigung.....	108
8.7. Sicherung der Objekte der GSSD.....	108
8.8. Rat der Stadt Halle	109
8.9. Kreisgericht	112
8.10. Volkswirtschaft	112
8.10.1. Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz.....	113
8.10.2. Forschung und Entwicklung.....	116
8.10.3. Einsatz von Reisekadern	118
8.10.4. Bauwesen	119
8.11. Gesundheitswesen	121
8.12. Bildungswesen.....	122
8.13. Kunst und Kultur	124
8.14. Kirche	126
8.15. Post- und Fernmeldewesen.....	128
9. Auswertung und Zusammenfassung	130
9.1. Umfassende Kontrolle?	130
9.2. Nutzung der Erschließungsergebnisse.....	132
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	133
Anhang	142

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (der ehemaligen <u>DDR</u>)
AG	Arbeitsgruppe
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters (der <u>Bezirksverwaltung</u>)
AGMS	Archivierter GMS-Vorgang
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
AIM	archivierter <u>IM</u> -Vorgang
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKK	Archiviertes Material zu ehemals KK-erfassten Personen
AOP	Archivierter operativer Vorgang
AOPK	Archivierte <u>operative Personenkontrolle</u>
AP	Allgemeine Personenablage
AS	Allgemeine Sachablage
ASt	Außenstelle
AstA	Antragsteller auf ständige Ausreise
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang
BDVP	Bezirksdirektion der Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BOB	Berufsoffiziersbewerber
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen <u>DDR</u>
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union
ČSSR	Čechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit
DFA	Reisen in dringenden Familienangelegenheiten
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DOSA	Dokumentensammlungssystem
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund

DVP	Deutsche Volkspolizei (der ehemaligen DDR) siehe auch VP
EOS	Erweiterte Oberschule
EPR	Elektronisches Personenregister
F 16	Personenkartei
F 22	Vorgangskartei
F 77	Decknamenkartei
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F/E	Forschung und Entwicklung
FIM	IM zur Führung anderer IM
GAB	Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz
Gen.	Genosse (hier: Mitglied der SED)
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HHO	Datenbank zur Speicherung von Informationen zu HIM/HVA/OibE (siehe entsprechende Abkürzungen)
HIM	Hauptamtlicher IM
HO	Handelsorganisation
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des MfS
IFA	Industrieverband Fahrzeugbau (der DDR)
IKM	Inoffizieller Kriminalpolizeilicher Mitarbeiter
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. der unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IME	IM für einen besonderen Einsatz
IMK	IM zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IMS	IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches
ISAD (G)	General International Standard Archival Description
IT	Information Technology
JG	Junge Gemeinde

KARDE	Karteirecherche Decknamen
KD	Kreisdienststelle
KEL	Kreiseinsatzleitung
KG	Kampfgruppe
KK	Kerblockkartei
KP	Kontaktperson
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
lfm	laufende Meter
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MS	Motorschiff
NSA	Nichtsozialistisches Ausland
NSAG	Nichtstrukturelle Arbeitsgruppe
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftssystem
NVA	Nationale Volksarmee
OD	Objektdienststelle
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
OVG	Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze
PASI	Produktions- und Anlagensicherheit
PID	Politisch-ideologische Diversion
PKK	Parteikontrollkommission
PKW	Personenkraftwagen
POS	Polytechnische Oberschule
POZW	Partner des operativen Zusammenwirken
PUT	Politisch-ideologische Untergrundtätigkeit
SAE	Sachaktenschließungsprogramm
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SiVo	Sicherungsvorgang
SR AWK	Selbständiges Referat Abwehr Wehrkommando

StUG	Stasiunterlagengesetz (Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR)
ÜE	Übersiedlungersuchender
USA	United States of America
UV	Untersuchungsvorgang
VbK	Verband bildender Künstler
VDMA	Verein Deutscher Maschinenbauanstalten
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei (Siehe auch DVP)
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VS	Verschlusssache
VSH-Kartei	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
VVS	Vertrauliche Verschlussache
WKK	Wehrkreiskommando
WTZ	Wissenschaftlich-technisches Zentrum
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZI	Zelleninformatior
ZMA	Zentrale Materialablage

1. Einleitung

„Wir müssen alles wissen“, so hatte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, es immer wieder formuliert, und seine Mitarbeiter nahmen diesen Auftrag ernst. Vier Jahrzehnte lang sammelten sie Informationen über ihre Opfer und schrieben sie penibel nieder. Heute ist für die sichere Aufbewahrung sowie die Ordnung, Erschließung und Bereitstellung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit¹ die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) unter der Leitung von Marianne Birthler zuständig. Neben ihrem Hauptsitz in Berlin unterhält die Behörde 14 Außenstellen in den ehemaligen Bezirksstädten der DDR.

Um dem gesetzlichen Auftrag des Stasi-Unterlagengesetzes auf persönliche Akteneinsicht Rechnung zu tragen, stand die Ordnung und Nutzbarkeit der personenbezogenen Unterlagen in den Anfangsjahren der BStU im Vordergrund.² Und obwohl auch die Bildung von Sachakten aus den überlieferten Unterlagen der Diensteinheiten des MfS von Anbeginn der Behörde Hauptbestandteil der Arbeit der Archivare war, sind diese doch im Bewusstsein der Öffentlichkeit, im Besonderen bei den Antragstellern auf Akteneinsicht nicht in dem Maße präsent, da das Hauptaugenmerk zunächst auf den vom MfS überlieferten personenbezogenen Unterlagen lag. Diese konnten mit den dazugehörigen Karteien, teilweise mit geringem Aufwand, geordnet und rekonstruiert werden und standen laut Gesetzesauftrag³ für die Akteneinsicht, die Strafverfolgung, die Überprüfung der Angestellten im Öffentlichen Dienst, aber auch für die historische und politische Forschung Wissenschaftlern und Journalisten zur Verfügung. Für letztere Nutzergruppe sind aber gerade die Sachakten von großem Wert für historische Fragestellungen hinsichtlich der Aufarbeitung der DDR-Diktatur.

In den zurückliegenden Jahren schritt die Erschließung der Sachakten wichtiger, an Aussagekraft umfangreicher Diensteinheiten fort. Dabei wurde deutlich, dass auch personenbezogene Akten über wesentliche sachliche Inhalte verfügen, da jede darin enthaltene Person in ihrem eigenen gesellschaftlichen Umfeld agierte. Während die Sachakten, anhand von Berichten, Analysen, Statistiken und Sammlungen von Grundsatzdokumenten, in allgemeiner Form Aussagen zur Tätigkeit der jeweiligen Diensteinheit treffen, präzisieren die Erkenntnisse aus der sachlichen Erschließung sowohl archivierter als auch aktiver registrierter Personenakten, an welcher Stelle und in welchem Umfang genau das MfS seinen Einfluss geltend machte.

¹ Im Folgenden auch „MfS“ genannt.

² Das Stasi-Unterlagen-Gesetz wurde 1991 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Neben der Möglichkeit, persönlich Betroffenen den Einblick in die eigene Akte zu gestatten, gewährleistet und fördert das Gesetz die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes.

³ Gemeint ist das Stasiunterlagengesetz (StUG).

So wurde in einigen Erschließungsreferaten der Zentralstelle der BStU und in der Außenstelle Schwerin bereits 1997 mit der sachlichen Erschließung der durch das MfS in den Abteilungen XII⁴ archivierten Akten begonnen, welche bis dahin nur personenbezogen nutzbar waren.

Die Erschließung von aktiven registrierten Akten, jener Akten also, mit denen das MfS bis zu seiner Auflösung im Jahre 1989 gearbeitet hat, wurde erstmalig in der Außenstelle Halle der BStU im Zusammenhang mit der Erschließung der Sachakten einer Kreisdienststelle in Angriff genommen. Es handelt sich dabei um Akten inoffizieller Mitarbeiter und um Akten von Personen, die vom Staatssicherheitsdienst in operativen Personenkontrollen oder operativen Vorgängen bearbeitet wurden.

Die vorliegende Arbeit will anhand der Erschließungsergebnisse der Sachakten und der aktiven registrierten Personenakten der Kreisdienststelle Halle⁵ nachzeichnen, inwieweit das MfS nahezu alle Bereiche der Stadt Halle akribisch kontrollierte und damit die flächendeckende Überwachung des gesamten Territoriums gewährleistete.

Es gilt nachzuweisen, inwieweit die Kreisdienststelle Halle am Ende der 80er Jahre unter angespannten inneren gesellschaftlichen Verhältnissen in der Lage war, sich der Forderung Mielkes „(...) *trotz weiter gestiegener Belastungen den sich aus den Beschlüssen der Partei und der Entwicklung der politisch-operativen Lage ergebenden und weiter anwachsenden vielfältigen politisch-operativen Aufgaben (...)*“⁶ zu stellen.

1.1. Aufbau

Um sich den Wirkmechanismen einer Kreisdienststelle auf der untersten Ebene des MfS zu nähern, ist es zunächst erforderlich, die Entstehung und die rechtlichen Grundlagen des Staatssicherheitsdienstes als Ganzes und die Bedeutung der Kreisdienststellen als Teil der Hierarchie darzustellen. Anhand der Auswertung von Grundsatzdokumenten des MfS werden die sich verändernden Aufgabenstellungen der Kreisdienststellen als Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR beleuchtet. Es wird erläutert, wie die Führungsebene des MfS mittels zentraler Weisungen, Referaten auf Dienstkonferenzen und Befehlen die Veränderung und Verfeinerung der Strukturen der Kreisdienststellen forcierte und damit versuchte, vor allem in den siebziger und achtziger Jahren die Folgen der Entspannungspolitik auf verdecktem Wege zu kompensieren. (Kapitel 2)

In Kapitel 3 folgt exemplarisch die Erläuterung der Aufgaben und der Bedeutung der KD Halle innerhalb der Bezirksverwaltung Halle. Die besondere Stellung des Leiters der KD und seines Beauftragten

⁴ Aufgaben der Abt. XII: Erfassung und Überprüfung von Personen und Objekten, Führung der zentralen Personenkartei des MfS, Registrierung von Akten, zentrale Auskunft für die gesamte Bezirksverwaltung, Archivierung von operativem Schriftgut des MfS sowie auch von Aktenbeständen anderer staatlicher Organe.

⁵ Im Folgenden „KD Halle“ genannt.

⁶ Vergleiche: Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 26. Okt. 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 47.

wird hervorgehoben; eine Analyse des Mitarbeiterstabes soll Auskunft über Altersstruktur und Bildungsstand geben.

Von der Darstellung der Überlieferungslage und des Weges der Akten ins Archiv (Kapitel 4) wird ein Bogen geschlagen zur Erschließung der Akten, wobei der Schwerpunkt auf die Erläuterung der Erschließung der aktiven registrierten Vorgänge, vorrangig der Akten der inoffiziellen Mitarbeiter, gelegt wird. (Kapitel 5, 6 und 7)

Die Auswertung der Erschließungsergebnisse und die daraus resultierende Darstellung aller, innerhalb wichtiger gesellschaftlicher Komplexe der Stadt Halle unterhaltenen offiziellen und inoffiziellen Kontakte der KD Halle bilden einen wichtigen Teil dieser Arbeit. (Kapitel 8)

Schließlich werden in Kapitel 9 die erarbeiteten Forschungsergebnisse abschließend zusammengetragen und die eingangs gestellte Frage zur Befähigung der KD Halle, das in ihrem Verantwortungsbereich liegende Territorium umfassend zu kontrollieren, beantwortet.

1.2. Forschungsstand

Das Schrifttum zum Ministerium für Staatssicherheit ist äußerst umfangreich und kaum noch zu überschauen. Sowohl Sekundärliteratur als auch Quellenpublikationen zu allen Fragestellungen der Struktur, der Aufgaben und Wirkungsweise des MfS und zu widerständischem Verhalten in der DDR sind vor allem seit der Öffnung der Akten des Staatssicherheitsdienstes 1992 erschienen.

Die umfangreichste Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst ist auf der Internetseite der BStU zu finden⁷. Alle hier aufgeführten Publikationen gehören zum Bestand der behördeninternen Fachbibliothek, welche Veröffentlichungen zu Themenfeldern, die für die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes von Bedeutung sind, sammelt. Die Bestände der Bibliothek umfassen gegenwärtig etwa 50.000 Bände, die den Nutzern im Lesesaal zur Verfügung stehen.

In dem Sammelband „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“⁸ gibt Jens Gieseke in seinem Beitrag „Die Geschichte der Staatssicherheit“ Auskunft über Veröffentlichungen zum Thema vor und nach 1989. Dabei weist er darauf hin, dass es trotz umfangreicher Darstellungen zum MfS noch immer Desiderate gibt, die einer dringenden Aufarbeitung bedürfen: So zum Beispiel die Rolle des MfS für die Privilegienkultur der SED-Spitzenfunktionäre oder die Kooperation im Ostblock. Auch der Einfluss der Staatssicherheit auf die Alltagskultur in der DDR und die Auswirkung von Repression in bestimmten sozialen Strukturen ist noch unzureichend erforscht.

Daher weisen zukünftige Planungen der Abteilung Bildung und Forschung der BStU das Projekt „Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus. Mikrohistorische Studien zur Gesellschaftsgeschichte

⁷ <http://www.bstu.de/bibliothek/index.htm>

⁸ Jens Gieseke: Die Geschichte der Staatssicherheit, In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung/hrsg. v. Rainer Eppelmann u.a., Paderborn 2003, S. 117 – 125.

der Staatssicherheit“ aus.⁹ Geplant ist eine Regionalstudie zu verschiedenen Problemfeldern des MfS, wie das Verhältnis von SED- und MfS-Stellen im Alltag und die Position und Funktion des MfS im Zusammenspiel mit anderen Instanzen des Herrschaftssystems. Komponenten dieser Mikrostudie werden die Untersuchung von Ressourcen und Arbeitsschwerpunkten einer MfS-Kreisdienststelle und die Rekonstruktion des örtlichen Herrschaftssystems sein.

Angesichts der Komplexität der Aufgaben von Kreisdienststellen ist es sicher problematisch, unabhängig von ihren territorialen Einbindungen allgemeingültige Aussagen zu treffen. So sind bis zum jetzigen Zeitpunkt lediglich Arbeiten, die sich speziell mit einer Kreisdienststelle sowie mit Kreisdienststellen eines bestimmten Territoriums befassen, erschienen. In Überblicksdarstellungen zur Entwicklung des MfS werden grundsätzliche Aussagen zu den Kreisdienststellen getroffen, so z. B. in dem Band von Jens Gieseke „Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990“¹⁰.

Bereits 1989 verfasste Walter Süß eine exemplarische Studie zur Kreisdienststelle Jena, welche erste Eindrücke über die Breite der geheimdienstlichen Interessen vermittelt, aber bereits stark von dem bevorstehenden Zusammenbruch der DDR geprägt war.¹¹ Die Erkenntnisse der Diplomarbeit „Die Stellung der Kreisdienststellen im Gefüge des MfS, dargestellt am Beispiel der Kreisdienststelle Freiberg“, 1998 von Grit Löser an der Fachhochschule Potsdam vorgelegt, beruhen hauptsächlich auf der Auswertung von Grundsatzdokumenten des MfS und dem zum damaligen Zeitpunkt auswertbarem Material der KD Freiberg und anderer Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt (jetzt: Chemnitz).¹² Ebenfalls mit der KD Freiberg befasste sich 1998 Bernd Lippmann, der vor allem anhand von Beispielen aus den Akten die Arbeit der KD beleuchtete.¹³ Eine Broschüre mit einem kurzen Überblick über die Kreisdienststellen in Thüringen gab die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Andrea Herz, 1999 heraus und setzte hier schon einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit der örtlichen MfS-Dienststellen mit anderen staatlichen Organen.¹⁴ Nicht zuletzt gibt es eine 1999 erschienene Publikation der BStU zu den Objektdienststellen, welche den Kreisdienststellen ähnliche Strukturen aufwiesen und ebenfalls territorial wirkten.¹⁵

⁹ Siehe BStU online, Abteilung Bildung und Forschung, Forschungsschwerpunkte: www.bstu.de.

¹⁰ Jens Gieseke: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990, Stuttgart, München 2001.

¹¹ Walter Süß: Die Durchdringung der Gesellschaft mittels des MfS: Fallbeispiel: Jena im Jahr 1989. In: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch/hrsg. von Eberhard Kuhrt, Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig, Opladen 1996, S. 115 – 141.

¹² Grit Löser: Die Stellung der Kreisdienststellen im Gefüge des MfS, dargestellt am Beispiel der Kreisdienststelle Freiberg und deren Bearbeitung als Bestand/Diplomarbeit Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation an der Fachhochschule Potsdam, Chemnitz 1995.

¹³ Bernd Lippmann: Aufbau und Arbeitsweise einer Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel der KD Freiberg/hrsg. von Forum 91 Freiberg e.V., Freiberg 1998.

¹⁴ Andrea Herz: Stasi-Kreisdienststellen in Thüringen: ein kurzer Überblick/hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1999.

¹⁵ Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden – MfS-Handbuch -), hrsg. von Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert, Walter Süß u.a., Berlin 1999.

In Zukunft ist ein weiterer Erkenntnisgewinn aus den nach sachlichen Kriterien erschlossenen archivierten und registrierten Personenakten des MfS zu erwarten. Schon jetzt konnten durch Erschließung der ältesten Jahrgänge der archivierten Ablagen der zeitgeschichtlichen Forschung über die DDR interessante regionale Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Die sachbezogene Verzeichnung dieser Unterlagen gestattet einen detaillierten Einblick in die Tätigkeit der einzelnen Dienstseinheiten anhand der bereits archivierten Ablagen und darüber hinaus bei den registrierten, bis 1989 genutzten Akten einen chronologischen Querschnitt der Überwachungstätigkeit. Der Quellenwert aller verfügbaren Unterlagen erhöht sich damit. Eine Recherche zu markanten historischen Ereignissen ist nun wesentlich einfacher, da ein Wissenschaftler nicht erst geeignete Namen ermitteln muss, um diese Personenakten für ein Forschungsthema auszuwerten.¹⁶

In den Erschließungsreferaten der BStU wird zudem seit 1999 mit dem eigens von der Behörde entwickeltem elektronischem Sachaktenschließungsprogramm SAE gearbeitet. Das SAE ist ein Hilfsmittel zur thematischen Erschließung und Recherche von Schriftgut sowie spezieller Informationsträger aus den Dienstseinheiten des MfS und der vom MfS registrierten und archivierten Unterlagen. Ausführliche Erläuterungen zur Handhabung des SAE finden sich in der Diplomarbeit von Wolfgang Brunner, vorgelegt 2001 an der Fachhochschule Potsdam¹⁷, und in der im Rahmen eines gradualen Fernstudienkurses vorgelegten Hausarbeit der Verfasserin zur archivischen Erschließung im Jahr 2003¹⁸. Allerdings wurde die zum damaligen Zeitpunkt gültige Programmversion inzwischen in einigen Teilen modifiziert, so dass die in den o.g. Arbeiten getroffenen Aussagen nicht mehr in allen Passagen korrekt sind. Eine aktuelle Darstellung zur sachlichen Erschließung der personenbezogenen MfS-Ablagen mit Hilfe des SAE wird u.a. ein Thema der vorliegenden Arbeit sein. Dabei werden auch die Probleme im Vorfeld der Erschließung hinsichtlich Gestaltung des Programms nach archivfachlichen und formalen Kriterien beleuchtet.

1.3. Quellen

Hauptsächliche Quellen für die vorliegende Arbeit sind die Sachakten und aktiven registrierten Vorgänge der KD Halle der Bezirksverwaltung Halle, welche von der Verfasserin selbst im Zeitraum vom März 2002 bis Januar 2006 erschlossen wurden. Der Bestand ist im Archiv der Außenstelle Halle der BStU zu finden und ist recherchierbar über das Recherchemodul des Erschließungsprogramms SAE.

Zusätzlich wurde in weiteren Teilbeständen des MfS im Zentralarchiv Berlin und in der Außenstelle Halle recherchiert und aufgefundene Akten zur Thematik Kreisdienststellen ausgewertet. Schwerpunkt

¹⁶ Vergleiche: Sechster Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2003, S. 14.

¹⁷ Wolfgang Brunner: Die Sachaktenschließung der BStU am Beispiel des Teilbestandes „SED-Kreisleitung im MfS“, Diplomarbeit FH Potsdam, Potsdam 2001.

¹⁸ Christiane Hagemann: Modul M 1-08. Archivische Erschließung/Hausarbeit im Rahmen der gradualen berufsbegleitenden Weiterbildung zur Vorbereitung auf die Externenprüfung zum Diplomarchivar/Diplomarchivarin FH an der FH Potsdam, Potsdam 2003.

waren die Dokumentenstelle des Büros der Leitung des MfS, die zentrale Abteilung für Kontrolle und Auswertung „ZAIG“ in Berlin und äquivalent die Abteilung „AKG“ der Bezirksverwaltung Halle. Sachakten anderer Dienstseinheiten des MfS wurden ebenfalls auf Hinweise zur Zusammenarbeit mit der KD Halle untersucht und für diese Arbeit herangezogen, so z.B. die Abteilung XVIII (Schwerpunkt Volkswirtschaft), die Abt. XX (Schwerpunkt Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), die HA I (Schwerpunkt NVA, Grenztruppen) und die HA VII und Abt. VII (Schwerpunkt Deutsche Volkspolizei, Zivilverteidigung, Kampfgruppen).

Nach Einsichtnahme in die Findkartei des Bestandes „Stadtleitung der SED“ des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, konnten Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen der KD Halle und der SED-Stadtleitung erarbeitet werden. Für eine umfassende Rekonstruktion der Verknüpfung der KD Halle mit anderen örtlichen Instanzen des politischen Systems müssten der Vollständigkeit halber überlieferte Quellen zum Volkspolizeikreisamt Halle, zum Rat der Stadt Halle sowie zu Blockparteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen herangezogen werden. Die Auswertung dieser Quellen ist jedoch im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu leisten und kann nur Thema eines größeren Forschungsprojektes sein.¹⁹

Um Aussagen über die Mitarbeiterstruktur der KD Halle treffen zu können, wurden die im Bestand der Außenstelle Halle überlieferten Personendossiers der hauptamtlichen Mitarbeiter ausgewertet.

Zusätzlich stützt sich die Arbeit auf Sekundärliteratur und Quellenpublikationen aus der Fachbibliothek der BStU, der Universitäts- und Landesbibliothek Halle und auf interne Materialien der BStU zur sachlichen Erschließung einschließlich der elektronischen Hilfe zum Erschließungsprogramm SAE.

2. Die Kreisdienststellen

2.1. Rechtliche Grundlagen, Entstehung und Aufgabenstellung im System des MfS

Das 1950 gegründete MfS vereinte in seinem nach militärischen Grundsätzen geführten Apparat unterschiedliche Funktionen: Es war politische Geheimpolizei, fungierte als Untersuchungsorgan bei politischen Straftatbeständen und als geheimer Nachrichtendienst. Die SED konnte ihre Macht nur mit Hilfe dieses gigantischen Sicherheitsapparates und unter dem Schutz der Sowjetunion aufrechterhalten. Kennzeichnend für die Verbindung von Partei und Geheimdienst und die Ausübung einer totalitären Herrschaft war die Kompensation der mangelnden demokratischen Legitimation durch Repression im Innern. Nach Clemens Vollnhals ist das „*rigoros durchgesetzte Primat der Politik*“²⁰ kennzeichnend für jedes totalitäre Herrschaftssystem. „*Der unmittelbare parteistaatliche Zugriff auf alle Lebensbereiche duldet jenseits privater Nischen keine eigenständige Autonomie von Ökonomie, Kultur*

¹⁹ Siehe: Kapitel 1.2. Forschungsstand – Forschungsvorhaben der Abt. Bildung und Forschung der BStU.

²⁰ Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. In: Sozialgeschichte der DDR/ hrsg. v. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Stuttgart 1994, S. 498.

und Gesellschaft.“²¹ Das heimliche Wirken der Staatssicherheit bestimmte wesentlich die politische Atmosphäre in der DDR. Sie war im Unterbewusstsein stets präsent, obwohl Vorstellungen von der Allgegenwart des Geheimdienstes wohl als überzogen betrachtet werden können. Zumindest war die Staatssicherheit „als Faktor direkt und indirekt, als Akteur, als einkalkuliertes Risiko oder als für eigene Zwecke scheinbar nutzbares Instrument, mit beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen, von großer Bedeutung (...) für die Geschichte der DDR und die Menschen, die in ihr lebten.“²²

Das „Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit“, am 8. Febr. 1950 von der Volkskammer beschlossen, ist die einzige karge rechtliche Grundlage der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und enthält keine Regelungen zu dessen Aufgaben, Strukturen und Zuständigkeiten. Politisch klar war immer die wichtigste Aufgabe: Die Absicherung und Durchsetzung der SED-Politik. Der Minister führte das Ministerium nach dem Prinzip der militärischen Einzelleitung und sorgte mit seinen Befehlen, Richtlinien, Direktiven, Anordnungen, Dienstanweisungen, Anweisungen oder Schreiben für die Effizienz und Funktionsfähigkeit des Apparates. In Mielkes Richtlinie 1/58 findet sich die aussagekräftige Formulierung: „Das Ministerium ist beauftragt, alle Versuche, den Sieg des Sozialismus aufzuhalten oder zu verhindern – mit welchen Mitteln und Methoden es auch sei -, vorbeugend und im Keim zu ersticken.“²³ Zuletzt geregelt war die Arbeit des MfS in einem, vom Nationalen Verteidigungsrat beschlossenen geheimem Statut.²⁴ Als verbindliche Grundlage nannte das Statut an erster Stelle das Programm der SED, die Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros. Erst danach folgten die Nennung der Verfassung der DDR und der Beschlüsse der Volkskammer.

Das MfS verfügte schon bald nach seiner Gründung über territoriale Strukturen, die die gesamte DDR überzogen. Es gab fünf Länderverwaltungen, die Verwaltung „Groß-Berlin“ und die Dienststellen in mehr als hundert Kreisen. Durch die Gebiets- und Verwaltungsreform 1952 wurden die fünf Länderverwaltungen aufgelöst und durch 14 Bezirksverwaltungen mit insgesamt 217 Stadt- und Landkreisen ersetzt. Damit musste die Staatssicherheit die Zahl ihrer Dienststellen mehr als verdoppeln. Aufgrund personeller und organisatorischer Schwierigkeiten existierten im März 1953 erst 192 Kreisdienststellen. In einigen Fällen wurden Stadt- und Landkreise von einer gemeinsamen Dienststelle bearbeitet.

²¹ Vollnhals, Clemens: Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 498.

²² Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 19.

²³ Richtlinie Nr. 1/58 vom 01. Okt. 1958 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, Druck: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven/hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Reihe A), Berlin 1993, Bd. 1, S. 95.

²⁴ Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates Nr. 5/69 vom 30.7.1969. Druck: Karl Wilhelm Fricke: Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit, in: Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft/hrsg. von Bernd Florath, Armin Mitter/Stefan Wolle, Berlin 1992, S. 138 – 145.

Mit dem Befehl Nr. 218/54 des Staatssekretärs im Staatssekretariat für Staatssicherheit²⁵ Wollenweber wurden in den 6 Bezirkshauptstädten Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Halle, Magdeburg und Rostock Kreisdienststellen errichtet.²⁶ In einem vorangegangenen Schreiben an die Leiter der Bezirksverwaltungen wurde von Wollenweber die zukünftige Arbeitsteilung zwischen Bezirksverwaltung und Kreisdienststelle festgelegt: „Die Bezirksverwaltung bearbeitet wie bisher alle zentralen Organe, wie den Rat des Bezirkes, die Bezirksbehörde der Volkspolizei sowie alle Dienst-einheiten, die auf der Bezirksebene Funktionen ausüben, (...). Die Kreisdienststelle der Bezirks-hauptstadt bearbeitet in Zukunft alle Organe der Kreis- bzw. Stadtebene.“²⁷ Diese strikte Aufgabentrennung konnte nicht konsequent über die Jahrzehnte des Bestehens des MfS aufrechterhalten werden. Spätestens in den achtziger Jahren hatten die Kreisdienststellen neben den massenhaft anfallenden Sicherheitsüberprüfungen, der Bearbeitung Ausreisewilliger und der Überwachung zunehmender oppositioneller Aktivitäten auch den Fachabteilungen der Bezirksverwaltung zuzuarbeiten, falls sich ein „Fall“ in ihrem Verantwortungsbereich befand. Mielke bemerkte in seinem Referat auf der Zentralen Dienstkonferenz 1982, dass die Kreisdienststellen die einzigen Dienst-einheiten im MfS sind, die im Rahmen ihrer Grundaufgabe zugleich kreisliche und bezirkliche Aufgaben realisieren und zunehmend auch an der Erfüllung von zentralen Aufgabenstellungen mitarbeiten müssen.²⁸

In dem in den fünfziger Jahren entstandenen Netz von Kreisdienststellen waren anfangs durchschnittlich vierzehn Mitarbeiter tätig. Dies war auch der Grund, warum die Kreisdienststellen beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 nicht in der Lage waren, gegenüber den Angriffen der Demonstranten Widerstand zu leisten. Das eigentliche Rückgrat bildeten zu diesem Zeitpunkt die sehr viel größeren Bezirksverwaltungen.²⁹

2.2. Entwicklung unter sich verändernden innen- und außenpolitischen Bedingungen

Nach dem Tod Stalins 1953 erfolgten auch im Staatssicherheitsdienst nach sowjetischer Vorgabe eine Umstrukturierung und die formale Wiederherstellung als eigenständiges Ministerium.³⁰ Die Arbeit richtete sich nun wieder verstärkt auf die Bekämpfung äußerer Feinde im „Westen“. Auf Grund von

²⁵ Im Juli 1953 beschloss die SED-Führung, das MfS als Staatssekretariat im Ministerium des Innern zu führen. Diese Degradierung war die Reaktion auf das Versagen der Staatssicherheit am 17. Juni 1953. Ab 1955 war das MfS wieder ein eigenständiges Ministerium.

²⁶ Befehl Nr. 218/54 v. 16.7.1954 des Staatssekretärs des Staatssekretariats für Staatssicherheit Wollenweber zum Aufbau der Kreisdienststellen in 6 Bezirkshauptstädten, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 232.

²⁷ Schreiben Wollenwebers an die Leiter der Bezirksverwaltungen zur Errichtung von Kreisdienststellen in 6 Bezirkshauptstädten vom 9.7.1954, BStU, ZA, MfS - BdL/Dok. Nr. 231.

²⁸ Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 11. Okt. 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241, S. 174.

²⁹ Vergleiche: Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 133.

³⁰ Siehe auch: Anmerkung 25.

Differenzen des Ministers für Staatssicherheit Wollenweber mit Ulbricht musste dieser im November 1957 abtreten. An seine Stelle trat Erich Mielke, der sein Amt bis 1989 nicht mehr abgab.

Als Reaktion auf die Aufstände in Polen und Ungarn 1956 richtete die SED, abweichend von den sowjetischen Interessen, die Tätigkeit des MfS wieder primär auf die „innere Sicherheit“, was eine weitere Ausweitung des Systems der inoffiziellen Mitarbeiter nach sich zog.³¹ Auch der Ausbau der Territorialstruktur³² war Ausdruck des Willens der Partei einer nach innen gerichteten Abwehrarbeit. Nach diesem Prinzip sollte jede Kreisdienststelle grundsätzlich in ihrem gesamten Territorium *„den Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung und die staatliche Sicherheit der DDR in den Kreisen zuverlässig und allseitig gewähren.“*³³ Daher wurden die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen seit 1952 kontinuierlich personell aufgestockt und setzten sich sogar von 1982 bis 1989 mit einem Zuwachs um 20 Prozent an die Spitze des gesamten Apparates.³⁴

Welchen Stellenwert die Kreisdienststellen im Gefüge des MfS hatten, beweist nicht zuletzt, die von Mielke 1968 herausgegebene Arbeitsordnung für die Kreisdienststellen³⁵, welche die „Dienstordnung des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 17. Mai 1954“³⁶ außer Kraft setzte. Mit dem Hintergrund der außenpolitischen Geschehnisse in der ČSSR (Prager Frühling) wurde ausdrücklich folgender Grundsatz betont: *„In enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen haben die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit ständig die aggressiven, friedensgefährdenden Pläne des Feindes aufzuklären, zu entlarven und zu vereiteln.“* Und weiter in maßloser Selbstüberschätzung: *„Das Ministerium für Staatssicherheit als ein von den Feinden der Arbeiter-und-Bauern-Macht gefürchtetes und von der Bevölkerung geachtetes Organ der sozialistischen Staatsmacht hat bedeutende Aufgaben bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu leisten (...).“* In der Arbeitsordnung wurden grundsätzliche Aussagen über die Hauptaufgaben und die Zusammenarbeit mit den übergeordneten Dienststeinheiten des MfS sowie der SED-Kreisleitung und anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen getroffen. So waren die Sekretäre der Kreisleitung gegenüber der Kreisdienststelle zwar nicht befehls- und weisungsbefugt, bestätigten aber, einer Festlegung des Zentralkomitees entsprechend, die Rahmenarbeitspläne der KD. Die Leiter der Kreis-

³¹ Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949 - 1990, München 2000, S. 436.

³² „Grundsatz für den Organisationsaufbau des MfS, wonach eine operative Dienststeinheit in Übereinstimmung mit der staatlichen territorialen Gliederung in einem bestimmten Territorium (...) für den Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung und die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit verantwortlich ist.“, Aus: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. von der BStU, Abt. Bildung und Forschung, Reihe A: Dokumente 1/93, Berlin 1993, S. 393.

³³ Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 26. Okt. 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 37.

³⁴ Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 134.

³⁵ Ordnung über die Hauptaufgaben, die Struktur und die Grundsätze der Führungs- und Leitungstätigkeit der Kreisdienststellen für Staatssicherheit – Arbeitsordnung KD, BStU, ZA, MfS, SdM 596.

³⁶ Vergleiche: Dienstordnung des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 1. Okt. 1954, , BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 3098.

dienststellen waren wiederum gegenüber der SED-Kreisleitung über die Erfüllung dieser Pläne rechenschaftspflichtig.

Entsprechend der Größe ihres Verantwortungsbereiches wurden die Kreisdienststellen in drei Kategorien eingeteilt. So kamen die Kreisdienststellen in den Bezirkshauptstädten mit über 100.000 Einwohnern automatisch in die Kategorie A. Weitere Kriterien für die Aufnahme in diese Kategorie waren u.a. Kreise mit wichtigen militärischen Objekten, mit mehreren großen volkswirtschaftlichen Objekten von zentraler Bedeutung oder die Existenz von Forschungseinrichtungen und wissenschaftlichen Instituten. Entsprechend abgestuft gestalteten sich die Kriterien für die Einstufung in Kategorie B (Kreise mit einer Einwohnerzahl von 70.000 bis 150.000, wichtige militärische und volkswirtschaftliche Objekte) und Kategorie C (Kreise mit einer Einwohnerzahl unter 70 000, ohne größeren volkswirtschaftlichen Schwerpunkt).

Nach der Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker im Jahre 1971 begann eine neue politische Ära in der DDR. Die ersten Jahre unter Erich Honecker waren für die DDR eine Zeit der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung. Der SED gelang es, ihr Regime zu festigen. Gleichzeitig entspannte sich die Lage zwischen beiden deutschen Staaten durch das 1970 abgeschlossene Vier-Mächte-Abkommen über Berlin. Erstmals seit 1945 garantierte die Sowjetunion darin den ungehinderten Transitverkehr auf Straße, Schiene und zu Wasser zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. In Verträgen zwischen beiden deutschen Staaten wurden die Einzelheiten geregelt. Gipfel dieser Entspannungspolitik war der Abschluss des Grundlagenvertrages 1973, mit dem die DDR und die BRD offizielle Beziehungen zueinander aufnahmen. Im Vorfeld dieser neuen Situation und auch als Reaktion auf den ansteigenden Besucher- und Transitverkehrs reagierte das MfS mit der Bildung einer neuen Struktureinheit. Mit dem Befehl Nr. 4/70 des Ministers für Staatssicherheit wurden die Hauptabteilung VI in der Zentrale, die Abteilungen VI in den Bezirksverwaltungen und die Sachgebiete VI in den Kreisdienststellen gegründet.³⁷ Die neuen Dienstseinheiten bedeuteten in der Zentrale und auf der Ebene der Bezirksverwaltungen lediglich eine Vereinigung der schon vorher existierenden Abteilungen für Passkontrolle, Fahndung, Zoll sowie Sicherung des Reiseverkehrs. In den Kreisdienststellen stellte das Sachgebiet VI eine neue Einheit dar, deren Gründung die Bewältigung eines umfangreicheren Aufgabengebietes nach sich zog. So mussten laut Befehl des Ministers nun auch die „*Sicherung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs (...) einschließlich des Rentnerreiseverkehrs in enger Koordinierung und ständiger Einflußnahme mit anderen Linien und Dienstseinheiten der Kreisdienststelle sowie der Bezirksverwaltung*“³⁸ übernommen werden. Nach Inkrafttreten des Transitabkommens war ein enormer Anstieg der Besuchsreisen in die BRD zu verzeichnen. Das bedeutete für die Kreisdienststellen zusätzliche und personalintensive Sicherheitsüberprüfungen.

³⁷ Befehl Nr. 4/70 des Ministers für Staatssicherheit vom 15. Januar 1970, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 1519.

³⁸ Befehl Nr. 4/70 des Ministers für Staatssicherheit, S. 5.

Das MfS hatte sich in den 70er Jahren zu einem hochgradig ausdifferenzierten Universalapparat entwickelt. Es gab operative Diensteinheiten der inneren und äußeren Abwehr, verschiedene Querschnittsabteilungen, technische Dienste, eigene Ausbildungs- und Erholungsstätten, einen umfangreichen Verwaltungsapparat. Hauptabteilungen in der Berliner Zentrale hatten ihre Entsprechungen auf der Ebene der Bezirksverwaltungen, manche auch in den Kreisdienststellen.³⁹ Dies entsprach dem sogenannten „Linienprinzip“ des MfS, wonach jeder für sein Sachgebiet im Rahmen der Aufklärung von Objekten, Einrichtungen oder Personengruppen zuständigen Organisationseinheit der Zentrale in Berlin entsprechende Organisationseinheiten mit gleicher Zuständigkeit und Bezeichnung in den einzelnen Bezirksverwaltungen und teilweise in den Kreisdienststellen zugeordnet waren.⁴⁰

Ein hoffnungsvolles Zeichen gab die Konferenz über Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf die am 1. August 1975, auch von der DDR unterzeichnete Schlussakte von Helsinki beriefen sich Bürgerrechtler und oppositionelle Gruppen bei ihren Protesten gegen das SED-Regime und forderten ihre Einhaltung. Aus der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR resultierten für das MfS neue Anforderungen. So kam es zu einer deutlich erkennbaren Veränderung der Vorgehensweise. Das MfS musste andere, subtilere Methoden der inneren Überwachung anwenden, um die internationale Reputation der DDR nicht zu beschädigen. Verdeckte Formen der Verfolgung, so genannte Zersetzungsmaßnahmen, wurden bevorzugt. Es ging nicht mehr um die Enttarnung feindlicher Agenten, sondern um eine umfassende Informationsgewinnung über die innere Lage sowie präventive Gesinnungskontrolle.⁴¹ Neues Schlagwort in den Aufgabenstellungen war die „vorbeugende Sicherung“. Dabei nahmen die innenpolitischen Probleme durch das Erstarren der Opposition (Entstehung von Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen), Zunahme der Ausreisearträge und der Privatreisen in den Westen zu – die Staatssicherheit war trotz der Personalaufstockungen den Aufgaben nicht mehr gewachsen.

Die Kumulation der Probleme und Defizite des Systems in den 70er und vor allem in den 80er Jahren und die daraus resultierenden Aufgabenerweiterungen trafen vor allem die Basis des MfS, die Kreisdienststellen. Um eine straffe Anleitung der Leiter der Kreisdienststellen und eine effiziente Arbeitsorganisation zu gewährleisten, hielt Mielke auf zentralen Dienstkonferenzen eigens für die Kreisdienststellen Referate, welche als Grundsatzdokumente gleichzeitig Arbeitsanleitung und Richtlinie für die darauf folgenden nächsten Jahre darstellten.

³⁹ Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1959 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriss, (BF informiert 21)/hrsg. von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1998, S. 30 f.

⁴⁰ Vollständiger Überblick zu den Diensteinheiten des MfS siehe: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989/bearb. von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur und Methoden. MfS-Handbuch. Teil V/1)/hrsg. von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1995.

⁴¹ Clemens Vollnhals: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“. In: Der Schein der Normalität: Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur/Clemens Vollnhals, Jürgen Weber.- München 2002, S. 127 f.

Das Referat auf der Dienstkonferenz 1972⁴² stand ganz im Zeichen der Ratifizierung der Schlussakte von Helsinki und den sich daraus ergebenden neuen Herausforderungen für das MfS. So betonte Mielke, dass die Kreisdienststellen sich auf die Veränderungen in der „politisch-operativen Lage“ einstellen und noch stärker „am Feind arbeiten“ müssten. Bei dieser Aussage kam ganz deutlich die paranoide Grundauffassung der Staatssicherheit zum Ausdruck, dass jeglicher Widerstand und abweichendes Verhalten von DDR-Bürgern auf den direkten oder indirekten Einfluss „imperialistischer“ Geheimdienste zurückzuführen sei.⁴³ Der Minister forderte, dass die Kreisdienststellen die Gesamtheit der in seinem Referat gegebenen Anweisungen zur Grundlage ihrer Arbeit machen und nicht einzelne Aufgaben isoliert verwirklicht werden sollten. Dabei kritisierte er, „daß die mit dem Linienprinzip verbundene relativ starre Bindung des jeweiligen Sachgebiets der Kreisdienststelle an die entsprechende Linie, die Erreichung der jetzt notwendigen höheren operativen Wirksamkeit der Kreisdienststelle erschwert (...).“⁴⁴ Auch das „Territorialprinzip“ fiel unter die Kritik Mielkes, da es seiner Meinung nach nicht mehr in der ursprünglich gedachten Form angewandt werden könnte. Operative Mitarbeiter der Kreisdienststelle würden entsprechend ihrer territorialen Verantwortungsbereiche die Gesamtheit der anfallenden Arbeiten erledigen und so ihre Kraft verzetteln. Zukünftiges Arbeitsprinzip sollte von nun an das „Schwerpunktprinzip“ sein, nach dem die Mitarbeiter verschiedener Arbeitsrichtungen - in Arbeitsgruppen zusammengefasst – operative Schwerpunkte gemeinsam bearbeiten und so die ideale Kombination des Linien- und Territorialprinzips umsetzen könnten.⁴⁵ Damit stellte Mielke die Kreisdienststellen vor eine neue Herausforderung hinsichtlich Struktur und Arbeitsweise, indem er bisher angewandte Prinzipien in Frage stellte. Zudem sollte, um eine übermäßige Belastung des Leiters der Kreisdienststelle zu vermeiden, in allen Kreisdienststellen, die für einen Stadt- und Landkreis gleichermaßen zuständig waren, ein zweiter stellvertretender Leiter eingesetzt werden. Um die Bearbeitung der „politisch-operativen“ Schwerpunkte durch die ständig zunehmenden Ermittlungsaufträge und Sicherheitsüberprüfungen im Auftrag vor allem der Fachabteilungen der Bezirksverwaltungen nicht zu gefährden, empfahl Mielke die Bildung von Sachgebieten für operative Ermittlungstätigkeit in der Mehrheit der Kreisdienststellen.⁴⁶ Allerdings stellte sich die Arbeitsweise mit dem „Schwerpunktprinzip“ im Laufe der Jahre als ebenso uneffektiv wie das Linien- und Territorialprinzip heraus, da sich die zu bearbeitenden Schwerpunkte häuften, nicht mehr gegeneinander abzugrenzen waren und, wie Jens Gieseke bemerkte, „im Ressourcenwettstreit der Dienstseinheiten unter-

⁴² Vollständiger Text siehe: Referat Mielkes zur weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen vom Aug. 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790.

⁴³ Vergleiche: Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1959 bis 1989/90, S. 29.

⁴⁴ Referat Mielkes 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790, S. 137.

⁴⁵ Siehe: Referat Mielkes 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790, S. 139 f.

⁴⁶ Siehe: Referat Mielkes 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790, S. 261.

einander und des MfS als Ganzem die Welt voller ‚Schwerpunkte‘ war, die uneingeschränkte ‚Wachsamkeit‘ beanspruchten.“⁴⁷

Mit der Umsetzung des Befehls Mielkes 6/78 zur Bildung von Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) in den Bezirksverwaltungen⁴⁸ und Änderungen in den Referaten Auswertung und Information in den Kreisdienststellen⁴⁹ wurde eine neue Qualität der Informationsverarbeitung erreicht. Bereits auf der Dienstkonferenz 1973 kritisierte Mielke, dass die von IM's zusammengetragenen Informationen ungenügend ausgewertet und genutzt würden.⁵⁰ Die neuen Struktureinheiten hatten gegenüber den vorhergehenden Auswertungs- und Informationsgruppen (AIG) wesentlich erweiterte Aufgabenstellungen und dienten als Funktionalorgan des jeweiligen Leiters. In den Kreisdienststellen waren die Referate Auswertung und Information direkt dem Leiter unterstellt. In ihre Zuständigkeit fiel vor allem die Führung und Erschließung der operativen Ablage und die Verdichtung der Einzelinformationen zu Berichten und Lagebeurteilungen. Sie wurden sowohl auf den horizontalen (innerhalb der KD) als auch den vertikalen (Linienprinzip) Informationskanälen des MfS weitergegeben sowie auch in Auswahl an die 1. Sekretäre der jeweiligen SED-Kreisleitung. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), das übergeordnete Organ der neu gebildeten AKG's, gab 1981 ein umfangreiches Nachschlagematerial zur Auswertungs- und Informationstätigkeit für die Kreis- und Objektdienststellen heraus.⁵¹ Es sollte als ständiges Arbeitsmittel vom Leiter der Kreisdienststelle und den Mitarbeitern der Auswertungs- und Informationsreferate sowie als Grundlage für die Einarbeitung neu eingestellter operativer Mitarbeiter genutzt werden. Gleichzeitig erging der Aufruf, an der Gestaltung dieses Grundsatzmaterials aktiv mitzuarbeiten und Hinweise zur Aufnahme neuer Themen zu geben. So kam es bis 1988 fast jährlich zu Aktualisierungen durch Austausch- und Ergänzungsblätter, so dass dieses Nachschlagematerial die umfassendste und jeweils aktuellste Anleitung für die operative Arbeit der Kreisdienststellen darstellte.

In seinem Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zur Arbeit der Kreisdienststellen im Jahr 1982⁵² sprach Mielke die innen- und außenpolitischen Probleme der DDR konkret an und leitete daran neue Aufgabenstellungen ab. Die Reformbewegung im Nachbarland Polen wertete er als Niederlage der sozialistischen Politik, wobei die Ursachen im „imperialistischen“ Einfluss, und nicht etwa in der Un-

⁴⁷ Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 137.

⁴⁸ Befehl 6/78 des Ministers für Staatssicherheit vom 03.04.1978 zur Bildung von Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) in den Bezirksverwaltungen, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5554.

⁴⁹ 1. Durchführungsbestimmung des Leiters der ZAIG zum Befehl Nr. 6/78 zur Arbeit der Referate Auswertung und Information der Kreisdienststellen/Objektdienststellen, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5556.

⁵⁰ Siehe: Referat Mielkes 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790, S. 63.

⁵¹ Nachschlagematerial zur politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit in den Kreisdienststellen/Objektdienststellen, Band 1 – 3, 1981, mit Aktualisierungen aus den Jahren 1981, 1982, 1983, 1985, 1986, 1987, 1988, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 7466 Band 1 – 3.

⁵² Vollständiger Text siehe: Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 11. Okt. 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241.

zufriedenheit und im Aufbegehren innerhalb des Landes zu suchen wären. Als Hauptfeind wurde die USA ausgemacht, welche mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen potentiell die Friedensbemühungen der sozialistischen Staaten gefährden würden, wobei er selbstverständlich völlig außer Acht ließ, dass auch die Sowjetunion die Stationierung von Mittelstreckenraketen vorbereitete. Durch den Regierungswechsel in Bonn und dem Antritt Helmut Kohls als neuer Bundeskanzler sah Mielke die Gefahr der Verstärkung rechtskonservativer Kräfte, welche vor allem die USA unterstützen würden. Im besonderen Maße ging Mielke auf die wirtschaftlichen Probleme der DDR ein, nannte Mangelwaren und Engpässe beim Namen und räumte ein, dass die immer fortschreitende Exporterhöhung und die Importreduzierung bei der Bevölkerung der DDR Unruhe und Unzufriedenheit hervorrief.⁵³ Hier sah Mielke vor allem eine Einsatzrichtung der Kreisdienststellen, welche tagtäglich mit derartigen Problemen und ihren Auswirkungen konfrontiert wurden. Die Mitarbeiter sollten die Entwicklung „unter sicherheitspolitischen Aspekten stets gründlich verfolgen, um rechtzeitig und vorbeugend vermeidbare nachteilige Auswirkungen zu verhindern bzw. zumindest weitgehend einzuschränken.“⁵⁴ Als wichtigen Punkt sah Mielke die Zusammenarbeit mit anderen staatlichen „Organen und Einrichtungen“, insbesondere mit der Deutschen Volkspolizei⁵⁵, an. Dabei sollten die Kreisdienststellen jedoch immer die Arbeitsteilung und das Prinzip der Nichteinmischung beachten, andererseits die gezielte Einflussnahme, wenn möglich konspirativ, forcieren. Besonders die Unterrichtung der Kreisdienststellen über den Stand der Übersiedlungersuchen und der ungesetzlichen Grenzübertritte sollte von Seiten der DVP und der Abteilungen Inneres der staatlichen Organe Schwerpunkt der Zusammenarbeit sein. Der Anspruch des MfS, über alles informiert zu sein, zog unweigerlich die Einbindung aller staatlichen Organe in seine Überwachungstätigkeit nach sich. „Im Zusammenwirken mit der DVP darf nicht zugelassen werden, daß es Bereiche gibt, in denen weder die DVP noch wir präsent sind und die Kreisdienststellen nicht ständig über die Lage informiert sind.“⁵⁶ Diesen Anspruch zu erfüllen, dürfte wohl schwer gefallen sein, zumal Mielke an anderer Stelle seines Referates feststellte, dass zu wenige Werbungen von inoffiziellen Mitarbeitern aus „feindlich-negativen“ Personenkreisen erfolgten.⁵⁷ Besonders in dem Ansteigen der Zahl der Ausreiseanträge resultierte aus Sicht des MfS eine verschlechterte Sicherheitslage. Neben den Ausreisewilligen sollten die Kreisdienststellen vor allem die sich unter dem Dach der evangelischen Kirche sammelnden Friedens- und Umweltgruppen bekämpfen. Doch der Wunsch einer totalen Überwachung blieb letztlich unerfüllt. Ausreisewillige und Mitglieder dieser Basisgruppen initiierten die ersten Demonstrationen im Herbst 1989, die das Ende der SED und ihres scheinbar allmächtigen Sicherheitsapparates einläuteten.⁵⁸ Im Jahr 1982, weit ent-

⁵³ Siehe: Referat Mielkes 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241, S. 27 f.

⁵⁴ Referat Mielkes 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241, S. 27.

⁵⁵ Im Folgenden „DVP“ genannt.

⁵⁶ Referat Mielkes 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241, S. 103.

⁵⁷ Siehe: Referat Mielkes 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241, S. 152.

⁵⁸ Vergleiche: Klaus Schroeder: Der SED-Staat, S. 438.

fernt vom Ende der DDR, beschäftigte sich Mielke mit der Frage, wie die Kreisdienststellen mit dem enorm angewachsenen Umfang an Sicherheitsüberprüfungen besser fertig werden können. Auf Grund ansteigender kommerzieller Beziehungen der DDR zur BRD und anderen kapitalistischen Ländern, wurden von den Betrieben verstärkt so genannte „NSW-Reisekader“⁵⁹ ins Ausland geschickt. Darüber hinaus stieg die Zahl derjenigen, die private Besuchsreisen in die BRD beantragten. Diese Personen mussten einer Sicherheitsprüfung unterzogen werden, aber auch leitende Mitarbeiter der Volkspolizei, der Kampfgruppen, der staatlichen Organe und wichtiger Betriebe. Daher empfahl Mielke schon 1982 die Bildung von Sachgebieten für Sicherheitsüberprüfungen, um auch auf diesem Gebiet die Kontrollhoheit auszuüben.

Die Umsetzung dieser Empfehlung erfolgte schon im Jahr 1983 mit der Festlegung Mielkes, schrittweise die Sachgebiete „Sicherheitsüberprüfungen“ in den Kreisdienststellen aufzubauen und mit den bereits bestehenden Arbeitsgebieten „Ermittlungstätigkeit“ zu einem neuen Sachgebiet „Sicherheitsüberprüfungen/Ermittlungstätigkeit“ zu vereinigen.⁶⁰ In den Kreisdienststellen einiger Bezirkshauptstädte, in denen kein Arbeitsgebiet „Ermittlungstätigkeit“ existierte, wurde das neue Sachgebiet als selbständige Struktureinheit gebildet. Die Verzahnung von Ermittlungstätigkeit und Sicherheitsüberprüfungen war ein logischer Schritt, da die Arbeitsaufgaben sich überschneiden. So konnten die Ergebnisse direkt in die Einleitung von Überwachungsmaßnahmen münden, denn eins sollte auf jeden Fall, wie Mielke auf der Dienstkonferenz 1982 betonte, vermieden werden: *„Es ist notwendig, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um jegliche Überraschungen auszuschließen – Überraschungen sowohl von außen als auch im Innern der DDR.“*⁶¹

Diese Befürchtung, nicht alles unter Kontrolle zu haben, setzte sich auf der Zentralen Dienstkonferenz 1988 fort, auf der Mielke wiederholt äußerte: *„Höchste Wachsamkeit ist und bleibt oberstes Gebot. Alles ist zu tun, um jegliche Überraschungen durch den Gegner und innere feindlich-negative Kräfte auszuschließen.“*⁶² Seit der Wahl von Michail Gorbatschow zum Staats- und Parteichef in der Sowjetunion im Jahre 1985 ergab sich für das MfS eine völlig neue Situation. Die innere Opposition in der DDR war zunehmend erstarkt und bezog sich mit ihren Forderungen auf Veränderungen auf die Umgestaltungsprozesse in der Sowjetunion. Doch obwohl sich die DDR nach außen loyal gab, ver-

59 Hinter dem Begriff „Reisekader“ verbarg sich eines der höchsten Privilegien innerhalb der DDR-Gesellschaft: Die zeitweilige oder dauerhafte Erlaubnis zu Westreisen, nach Westberlin, in die BRD oder ins restliche nichtsozialistische Ausland. In der Regel handelte es sich dabei um Reisen im Auftrag des Betriebs, einer wissenschaftlichen oder einer sonstigen staatlichen Einrichtung. Das Reisekader-Privileg konnte jederzeit ohne Angabe von Gründen wieder entzogen werden, etwa bei Familienstandsänderungen oder bei Zweifeln an der "Zuverlässigkeit" des Betroffenen. Siehe im Internet: www.ddr-wissen.de, 12.09.2005.

⁶⁰ Schreiben des Ministers für Staatssicherheit zur Bildung von Sachgebieten „Sicherheitsüberprüfungen/Ermittlungstätigkeit“ vom 25. Mai 1983, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 7417.

⁶¹ Referat Mielkes 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241, S. 17.

⁶² Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 26. Okt. 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 23.

stärkte sie die Repression im Innern und ließ durch das MfS im verstärkten Maße oppositionelle Kräfte verfolgen. Noch im November 1987 reiste Erich Honecker zu seinem ersten Staatsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland. Ein Vierteljahr später wurden anlässlich der Gedenkdemonstration an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin über hundert Personen festgenommen, und es begann eine neue Verhaftungs- und Ausbürgerungswelle. In seinem Referat auf der Dienstkonferenz 1988 stellt Mielke unmissverständlich klar, dass eine Veränderung in den politischen Machtstrukturen der DDR nicht in Frage kam. *„Mit allen derartigen Forderungen zielen sie [die oppositionellen Gruppierungen – Anmerkung d. Autorin] darauf ab, Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR nach westlichem Muster zu erreichen. Diese Kräfte stellen das Ansinnen, daß der Staat mit der Kirche, mit feindlich-negativen, oppositionellen Kräften den Dialog, gewissermaßen Verhandlungen über gesellschaftliche Veränderungen in unserem Land, über ihre Beteiligung an der politischen Machtausübung in der DDR führen solle.“*⁶³

Nicht nur auf politischem Gebiet, auch in der Wirtschaft zeichneten sich immer mehr Probleme in der DDR ab, die nicht mehr gelöst werden konnten. Nach dem Prinzip der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollte die Bevölkerung durch die stärkere Berücksichtigung von Konsumbedürfnissen ruhig gestellt werden. Dies gelang jedoch nur über die Finanzierung durch wachsende westliche Kredite. Doch Versorgungsengpässe konnten bald nicht mehr ausgeglichen werden.

Vernachlässigt wurden Investitionen in marode Industrieanlagen, in denen es immer wieder zu Störungen und Havarien kam. Hier hatten insbesondere die Kreisdienststellen ein Haupteinsatzgebiet, und sollten laut Mielke *„aktuelle aussagefähige Übersichten über besonders brand-, störungs- und havariegefährdete Anlagen, Bereiche und Objekte“*⁶⁴ führen. Wenn Mielke in seinem Referat abwiegelt, dass 43 % der aufgetretenen Störungen im falschen subjektiven Verhalten ihre Ursache haben, so kann immerhin mehr als die Hälfte der Ursachen im materiellen Bereich gesucht werden.

Die Aufgaben der Kreisdienststellen hatten gegenüber den früheren Jahren deutlich zugenommen. Durch die gelockerten Reisebedingungen für Familienreisen in die BRD sowie in die DDR und die Zunahme von kommerziellen Reisen waren die Sicherheitsüberprüfungen von Personen fast nicht mehr zu bewältigen. Fast 6 Millionen Westbesucher in der DDR wurden 1988 gezählt, und etwa ein- einhalb Millionen DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters durften in den Westen fahren.⁶⁵ Zudem sollte schon im Vorfeld erkannt werden, welche Personen eventuell eine solche Reise für das ungesetzliche Verlassen der DDR ausnutzen könnten. Das bedeutete einen zusätzlichen Druck auf die mit Überprüfungen beschäftigten Mitarbeiter der Kreisdienststellen. Die Zahl der so genannten „Verbleiber“, also derjenigen, die von einer Privat- oder Dienstreise nicht zurückkehrten, verdreifachte sich in

⁶³ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 73.

⁶⁴ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 167.

⁶⁵ Walter Süß: Ministerium für Staatssicherheit - Wandel der Repressions- und Manipulationstechniken in der Honecker-Ära, In: Kommunismus - Utopie und Wirklichkeit: Kongress der Bundeszentrale für politischen Bildung, Berlin 2001, S. 46.

den 80er Jahren.⁶⁶ Zunehmende Kontakte zwischen Ost und West auf der Basis von Städtepartnerschaften, wissenschaftlich-technischer, sportlicher und kultureller Zusammenarbeit beförderten die Möglichkeit einerseits des Verlassens der DDR, andererseits der Möglichkeit des Vergleichs der Systeme und der sich daraus ableitenden Unzufriedenheit bzw. der Forderungen nach Veränderung. Daher war eine weitere Aufgabe der Kreisdienststellen die kontinuierliche Abschöpfung der Stimmungen und Meinungen innerhalb der Bevölkerung zu politischen und wirtschaftlichen Aspekten. Auch die Durchsetzung einer hohen Sicherheit bei der Vorbereitung und Durchführung gesellschaftlicher Höhepunkte – immer in Erwartung eventueller oppositioneller Aktivitäten – gehörte von nun an verstärkt zum Arbeitsbereich einer Kreisdienststelle.

Mit dem Zuwachs durch all diese neuen Aufgaben waren die Kreisdienststellen im Wesentlichen überfordert. So äußerte auch Mielke in seinem Referat 1988: *„Es werden immer wieder Auffassungen dahingehend vertreten, dass die Grenzen der operativen Belastbarkeit der Kreisdienststellen erreicht bzw. bereits überschritten seien und dass sich die Kreisdienststellen angeblich immer weiter von den ‚eigentlichen tschekistischen Aufgabenstellungen‘ entfernen würden.“*⁶⁷ Doch er betonte im gleichem Atemzug, dass die Erwartungen der SED hinsichtlich der Umsetzung ihrer Beschlüsse erfüllt werden müssen – das heißt Gewährleistung einer stabilen politischen Lage im Innern der DDR. *„Jedes andere Herangehen wäre politisch falsch und würde der uns übertragenen Verantwortung widersprechen.“*⁶⁸ Um den Kreisdienststellen die Entscheidung über den Einsatz ihrer Mitarbeiter zu erleichtern und so flexibel wie möglich auf sich verändernde Bedingungen reagieren zu können, gestand Mielke in seinem Referat den Leitern der Kreisdienststellen mehr Kompetenzen in der Entscheidungsfindung zu, vor allem, um das „Schwerpunktprinzip“ in der Arbeit zu verwirklichen.⁶⁹ Er stärkte ihnen den Rücken, unter gegebenen Umständen auch ein vertretbares Risiko einzugehen, lehnte Vorgaben der Zentrale ab, empfahl aber, auf die Anleitung und Unterstützung durch die Fachabteilungen der Bezirksverwaltungen zu bauen. Auch die Bildung von „nichtstrukturellen Arbeitsgruppen“ sollte durch eine Konzentration von Mitarbeitern auf die Bearbeitung von besonders komplizierten Vorgängen sowie die Bearbeitung von speziellen Personengruppen (z.B. Übersiedlungersuchende) einen Schub in der Aufgabenbewältigung bringen.⁷⁰

Die Krise der DDR, die 1989 offen zutage trat, bedeutete für die Kreisdienststellen sowie für das gesamte MfS zunächst also einmal eine Erhöhung des Arbeitseinsatzes. Zwar waren die Kreisdienststellen über die Stimmung und die Lage in ihrem Territorium zweifellos im Bilde, glaubten aber bis zuletzt, die Situation unter Kontrolle zu haben. Gänzlich außer Kontrolle geriet die Lage in der DDR, als

⁶⁶ Walter Süß: Ministerium für Staatssicherheit, S. 46.

⁶⁷ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 47.

⁶⁸ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 47.

⁶⁹ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 51 f.

⁷⁰ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 63.

die Parteiführung trotz offenkundiger Fälschungen an den Ergebnissen der Kommunalwahlen im Mai 1989 festhielt. Damit wurde genau das Gegenteil von dem bewirkt, was das SED-Regime beabsichtigte. Die Erhaltung der Macht und der Privilegien, auch mit illegitimen Mitteln, und die Fehleinschätzung, dass allein Repression und Ausgrenzung ausreichten, um ein ganzes Land auf Systemtreue zu trimmen, führten zur maßlosen Selbstüberschätzung. Noch auf seiner letzten zentralen Dienstkonferenz sagte der Minister für Staatssicherheit dazu: *„Wir sind von der Richtigkeit des Sozialismus überzeugt. Es gibt keine Alternative zum Sozialismus. Ihm gehört die Zukunft, weil er Wohl und Glück der arbeitenden Menschen verkörpert. Das erfordert aber auch, alle seine Vorzüge und seinen Reichtum, die Ergebnisse von Wissenschaft und Technik, alles, was die Menschheit in ihrer Geschichte an Progressivem hervorgebracht hat, auszuschöpfen und nutzbar zu machen und die einmal errungene Macht der Arbeiter und Bauern in keiner Weise beeinträchtigen und gefährden zu lassen.“*

⁷¹ Im Mai 1989 wuchsen jedoch Wut und Empörung in der Bevölkerung so sehr, dass viele nicht mehr gewillt waren, Bevormundung und Unterdrückung hinzunehmen. Es wurde klar, dass es der Staatssicherheit zwar gelungen war, Kritik zu unterdrücken und Anpassung zu erzwingen, doch damit ließ sich auf Dauer das Defizit demokratischer Legitimation und der zunehmende Verlust wirtschaftlicher Leistungskraft nicht mehr kompensieren. ⁷²

Im folgenden Kapitel werden anhand des Beispiels der Kreisdienststelle Halle Struktur und Arbeitsweise der territorialen Dienstseinheiten des MfS dargestellt.

⁷¹ Referat Mielkes 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 36.

⁷² Vergleiche: Clemens Vollnhals: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“, S. 156.

3. Die Kreisdienststelle Halle



Bild 1: KD Halle, Ludwig-Stur-Straße ⁷³

3.1. Aufgaben, Bedeutung und Stellung innerhalb der Bezirksverwaltung Halle

Im ehemaligen Bezirk Halle existierten insgesamt 23 Kreisdienststellen. Sitz und territoriale Verantwortlichkeit waren mit der politischen Gliederung des Bezirkes identisch, so dass in den 23 Kreisen bzw. Städten des Bezirkes Halle Kreisdienststellen des MfS existierten. ⁷⁴

Die Stadt Halle war mit 230 728 Einwohnern ⁷⁵ ,einer Fläche von 126 km², welche 1,5 % der Bezirksfläche umfasste ⁷⁶, die größte Stadt im Bezirk Halle. Das Stadtgebiet von Halle grenzte im Westen an Halle-Neustadt, im Norden und im Osten an das Kreisgebiet Saalkreis und im Süden an den Kreis Merseburg. Die Bezirksstadt lag im Kern des industriellen Ballungsgebietes Halle, Bitterfeld, Merseburg und hatte als politisches, gesellschaftliches, wissenschaftliches und militärisches Füh-

⁷³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 121, S. 56.

⁷⁴ Auskunftsbereich des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit – in Auflösung – über die Struktur und Aufgabenstellungen der Abteilungen, selbständigen Referate, Kreis- und Objektdienststellen der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatsicherheit Halle, 2. Febr. 1990, o. Sign.

⁷⁵ Statistisches Jahrbuch der DDR/hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1990, S. 16.

⁷⁶ Erhebungsprogramm für die Ermittlung von Planstellennormativen der KD Halle, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1336.

rungszentrum, als zentraler Knotenpunkt des Straßen- und Schienennetzes, des Nachrichtenwesens sowie als Bildungs- und Kulturzentrum eine große Bedeutung für den ehemaligen Bezirk Halle. Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt war neben den im Ballungsgebiet gelegenen Kombinat der chemischen Industrie vor allem durch die in der Stadt selbst vorhandenen Industriebetriebe bestimmt. Bestimmend waren die chemische und die metallverarbeitende Industrie sowie wichtige Export- und Zulieferbetriebe. Als Verkehrsknotenpunkt war Halle Schnittpunkt von 4 Fernverkehrsstraßen, 7 Hauptstrecken des Eisenbahnnetzes sowie zwei Zubringern der Autobahn. Darüber hinaus gab es einen Binnenhafen an der Saale in Halle-Trotha, in dem wichtige Export- und Importgüter umgeschlagen wurden.

Die KD Halle hatte ihren Sitz im Zentrum der Altstadt der Bezirkshauptstadt Halle in der Ludwig-Stur-Straße auf einem gemeinsamen Grundstück mit der KD Saalkreis. Sie war mit 93 Mitarbeitern und 7 Referaten (im Jahr 1989) die größte Kreisdienststelle innerhalb der ehemaligen Bezirksverwaltung Halle.⁷⁷ Obwohl alle Kreisdienststellen im wesentlichen eine einheitliche Struktur hatten und für die Realisierung zentral für alle Kreisdienststellen in der DDR vorgegebenen Aufgabenkomplexe⁷⁸ verantwortlich waren, besaß die KD Halle auf Grund ihrer territorialen Verantwortung für die Bezirkshauptstadt eine besondere Bedeutung. In einem Bericht zur operativ-taktischen Aufgabenstellung aus dem Jahr 1984 wird die KD Halle als „Schwerpunktdienststelle des Bezirkes und verantwortlich für die politisch-operative Sicherung des industriellen Ballungsgebietes“⁷⁹ bezeichnet. So bestimmte die territoriale Struktur der Stadt Halle⁸⁰ die Schwerpunkte der operativen Arbeit, so wie es der Minister Mielke auf seinen zentralen Dienstkonferenzen 1973, 1982 und 1988 gefordert hatte.

Die Sicherung volkswirtschaftlicher, militärischer und staatlicher Einrichtungen gehörte zu den Hauptaufgaben der KD Halle. In einer Komplexanalyse über den Verteidigungszustand der KD Halle aus dem Jahr 1983⁸¹ wird erwähnt, dass bei den insgesamt vorhandenen Betrieben mit Sitz in Halle die Spezialisierung sich folgendermaßen gestaltete:

- 25 Betriebe der Chemieindustrie
- 25 Betriebe des Maschinen- und Anlagenbaus
- 21 Betriebe des allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbaus

⁷⁷ Vergleiche: Zuarbeit zum Bericht über den Kontrolleinsatz der ZAIG in der KD Halle vom 3. Nov. 1989, BStU, ZA, ZAIG 13960, S. 2.

⁷⁸ Letztmalig wurden diese „Aufgabenkomplexe“ vom Minister für Staatssicherheit auf der zentralen Dienstkonferenz am 26. Okt. 1988 präzisiert und verbindlich festgelegt. Die als „Grundaufgabe“ bezeichnete Hauptverantwortung aller Kreisdienststellen bestand darin, „den Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung und die staatliche Sicherheit der DDR in den Kreisen zuverlässig und allseitig zu gewährleisten.“, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226. – siehe auch Kapitel 2.2. der vorliegenden Arbeit.

⁷⁹ Siehe: BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 711.

⁸⁰ Alle nun folgenden Angaben über die Territorialstruktur der Stadt Halle entsprechen dem Stand Januar 1989.

⁸¹ Komplexanalyse über den Verteidigungszustand der Kreisdienststelle Halle vom Febr. 1983, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 778.

- 20 Betriebe der Elektrotechnik
- 20 Betriebe der Leichtindustrie und
- 16 Betriebe der Lebensmittelindustrie.

Nicht für alle diese Betriebe war die KD Halle zuständig; eine Abgrenzung der Verantwortlichkeiten war insofern erkennbar, dass Kombinate, Betriebe und Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung, wie z. B. VEB Energiekombinat oder das Zentralinstitut für Schweißtechnik, von den entsprechenden Fachabteilungen der Bezirksverwaltung bearbeitet wurden. Auf jeden Fall fielen die wichtigsten Exportbetriebe in den Verantwortungsbereich der KD Halle:

- VEB Waggonbau Ammendorf
- VEB Pumpenwerke Halle im Kombinat Pumpen und Verdichter
- VEB Maschinenfabrik Halle und
- VEB Fleisch- und Verarbeitungsbetrieb Halle.

Es gab mehrere, besonders zu sichernde militärische Einrichtungen im Stadtgebiet:

- Kasernen der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ⁸² in Halle-Dölauer Heide und Halle-Wörmlitz
- Kasernen der Nationalen Volksarmee ⁸³ in Halle-Lettin, in der Leninallee, der Reilstraße und der Paracelsusstraße
- Kaserne der Bereitschaftspolizei in der Vogelweide
- Wehrkreiskommando in der Albert-Schweitzer-Straße
- Volkspolizeikreisamt in der Dreyhauptstraße mit 4 Volkspolizeirevieren im Stadtgebiet von Halle
- Objekt der Kampfgruppen, Beesener Straße
- Eigenes Objekt der Kreisdienststelle Halle in der Ludwig-Stur-Straße.

Die sich im Territorium befindliche Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Hochschule für industrielle Formgestaltung wurden durch die Abteilung XX der Bezirksverwaltung überwacht. Wurden Absolventen der Hochschule für industrielle Formgestaltung in Halle jedoch ansässig, teilweise als freischaffende Künstler, fielen sie wieder in den Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle. Diese war für folgende weitere Ausbildungsstätten verantwortlich:

- Pädagogische Hochschule „N. K. Krupskaja“ in der Kröllwitzer Straße

⁸² Im Folgenden „GSSD“ genannt.

⁸³ Im Folgenden „NVA“ genannt.

- Fachschule für Kindergärtnerinnen „Helene Lange“ in der Rainstraße
- Medizinische Fachschule des Bezirkskrankenhauses in der Klosterstraße

Die Schulen der Stadt Halle wurden vom Rat der Stadt Halle, Abteilung Volksbildung, verwaltet und zählten ebenfalls zum Verantwortungsbereich der KD Halle:

- 5 Erweiterte Oberschulen (EOS): EOS „Thomas Müntzer“, EOS „Adolf Reichwein“, EOS „August-Hermann-Francke“, EOS „Bertolt Brecht“ und EOS „Karl Marx“, ab 1981 Fusion von EOS „Adolf Reichwein“ und EOS „Bertolt Brecht“
- Polytechnische Oberschulen (POS): Die Zahl für 1989 ist nicht zu ermitteln; in einem Auskunftsbericht der KD Halle aus dem Jahr 1982 sind 60 POS erwähnt, darüber hinaus 4 Sonderschulen
- Kinder- und Jugendsportschule

Auch die im Stadtgebiet vorhandenen kulturellen und gastronomischen Einrichtungen fielen teilweise in den Verantwortungsbereich der KD Halle:

- Kinder- und Jugendtheater „Junge Garde“ in der Puschkinstraße
- Kabarett „Die Kiebitzensteiner“ in der Moritzburg
- Klubhaus „Phillipp Müller“ in der Phillipp-Müller-Straße
- Klubhaus der Gewerkschaften „Hermann Duncker“ am Georg-Schumann-Platz
- Klubhaus „Volkspark“ in der Burgstraße
- Puppentheater Halle mit wechselnden Spielstätten
- Zoologischer Garten
- Händelgesellschaft der DDR
- Stadtkabinett für Kulturarbeit
- HO-Gaststätten

Das Landestheater Halle war ab 1980 ein eigenständiges Musiktheater (Opernhaus Halle), da Schauspielregisseur Peter Sodann mit dem Aufbau des „Neuen Theaters“ als Sprechbühne in einem ehemaligen Kino begann. Ausgehend von der Aufgabenstellung der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Halle⁸⁴ fielen beide Spielstätten in deren Verantwortungsbereich. In den überlieferten Unterlagen fin-

⁸⁴ Aufgaben der Abt. XX u.a.: Federführung auf dem Gebiet der Verhinderung bzw. Aufdeckung und Bekämpfung politisch-ideologischer Diversion (PID) und politischer Untergrundtätigkeit (PUT); Sicherung der Einrichtungen des Staatsapparates; Sicherung der Führungsgremien der Parteien (ohne SED) und Massenorganisationen; Aufklärung und Bearbeitung von Vorkommnissen staatsfeindlicher Hetze; Sicherung der

det sich lediglich in einem Auswertungsbericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS (ZAIG) zur Arbeitsweise und der Aufgabenbearbeitung der KD Halle ⁸⁵ die Erwähnung eines Theaters innerhalb der zu sichernden kulturellen Einrichtungen. Hier könnte jedoch auch das Theater „Junge Garde“ gemeint sein.

Die Einrichtungen des Gesundheitswesens waren ebenfalls, ihrer regionalen Bedeutung entsprechend, auf die Verantwortungsbereiche von Bezirks- und Kreisebene des MfS aufgeteilt. Sämtliche Kliniken der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fielen in den Aufgabenbereich der Abteilung XX der Bezirksverwaltung. Für folgende Einrichtungen war die KD Halle zuständig:

- Bezirkskrankenhaus Halle mit Hauptsitz in Halle-Dörlau, den verwaltungsmäßig dazugehörigen drei Polikliniken in Halle-Nord, Halle-Mitte und Halle-Ost und allen nachgeordneten Einrichtungen, ab ca. 1981 Poliklinik Silberhöhe im neuen Stadtteil Silberhöhe
- Betriebspoliklinik des VEB Waggonbau Ammendorf

Besonders im Blickfeld der KD Halle waren die drei konfessionellen Krankenhäuser:

- Krankenhaus des Evangelischen Diakoniewerkes
- St. Elisabeth-Krankenhaus
- St. Barbara-Krankenhaus

Die Stadt Halle gliederte sich politisch in drei Stadtbezirke mit insgesamt 159 Wohnbezirken.

Der Stadtbezirk West wurde durch den Stadtkern, den westlichen und nordwestlichen Teil des Stadtgebietes gebildet und umfasste zusätzlich die Außenbezirke Nietleben, Dörlau, Lettin und Seeben. Es konzentrierten sich hier die Bildungs-, Kultur- und Handelseinrichtungen sowie die Verwaltungen der Stadt Halle.

Der Stadtbezirk Süd wurde durch die Außenbezirke Ammendorf, Osendorf, Beesen, Wörlitz, Böllberg, Halle-Süd und Silberhöhe gebildet. Die wichtigsten Industriebetriebe hatten ihren Sitz in diesem Stadtbezirk (VEB Waggonbau Ammendorf, VEB Maschinenfabrik, VEB Pumpenwerk).

Auch der Stadtbezirk Ost war Sitz vieler Industriebetriebe. Auf seinem Territorium befand sich das ausgedehnte Gelände der Deutschen Reichsbahn mit dem Haupt- und Güterbahnhof.

Administrativ war der Rat der Stadt Halle mit den drei Räten der Stadtbezirke für alle Belange der Stadt Halle zuständig. Er stellte im Aufgabenfeld der KD Halle einen Schwerpunkt dar. Insbesondere die Abteilung Inneres des Rates der Stadt Halle, welche unter anderem für die Bearbeitung von Übersiedlungersuchen zuständig zeichnete, war ein wichtiger Kooperationspartner der KD Halle.

Kirchen und Religionsgemeinschaften; Sicherung zentraler Einrichtungen und Objekte auf dem Gebiet der Kultur; Sicherung des Bildungswesens, siehe im Internet: www.bstu.de, 15.09.2005.

⁸⁵ Statistiken über Anzahl der Mitarbeiter, Aufgabengebiete, Tätigkeiten der Kreisdienststellen Leipzig, Halle und Halle-Saalkreis, BStU, ZA, MfS ZAIG 13753, S. 51.

Anhand der erschlossenen Unterlagen der Dienstseinheit zeichnen sich Schwerpunkte der Aufgabenbearbeitung ab. Umfangreich sind Akten zur Sicherung der militärischen Objekte der GSSD und hier besonders zur akribischen Überprüfung von Personen in anliegenden Wohnbereichen überliefert, welche fast den gesamten Zeitraum vom Anfang der 60er Jahre bis zum Jahr 1989 umfassen. Weitere Schwerpunkte sind die Sicherheitsüberprüfungen zu Angehörigen und Bewerbern der Deutschen Volkspolizei (DVP) vor allem in den 70er Jahren und zu Angehörigen der Kampfgruppen sowie die Zusammenarbeit mit dem Kommissariat I der Kriminalpolizei im Volkspolizeikreisamt (VPKA). Die Kontrolle des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes in Betrieben und Einrichtungen und die Untersuchungen zu Havarien und Bränden, hier besonders im Schwerpunktbetrieb VEB Waggonbau Ammendorf, setzten Akzente in der operativen Tätigkeit der KD Halle.

Aus der sachlichen Verzeichnung der registrierten Personenakten ergibt sich ein breites Aufgabenspektrum für die Kreisdienststelle:

Schwerpunkt waren die volkswirtschaftlichen Betriebe mit ihren Wirtschaftsbeziehungen ins sozialistische und nichtsozialistische Ausland. Die Informationen über diesen Bereich erfolgten über ausgewählte Reiskader, die auf Zuverlässigkeit und Staatstreue vor ihrer Auswahl und später während ihrer Auslandsaufenthalte überprüft werden mussten bzw. zur inoffiziellen Zusammenarbeit gewonnen wurden. Weitere Schwerpunkte in der Volkswirtschaft waren die Absicherung von Staatsplanthemen in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Betrieben und die Überwachung der daran beteiligten Personen, weiterhin die so genannte vorbeugende Sicherung von Personen in leitenden Positionen mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen und die Durchsetzung und Einhaltung von Geheimhaltungsvorschriften.

Die Überwachung von Künstlern, Medizinern in leitenden und mittleren Positionen und von jungen Menschen, welche sich in Kirchenkreisen engagierten, standen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Kreisdienststelle In den 70er und 80er Jahren.

Weiterhin war die Schaffung einer inoffiziellen Basis innerhalb der Antragsteller auf Übersiedlung in die BRD ein Aufgabenschwerpunkt in den 80er Jahren sowie auch die generelle Überwachung dieser Personen in ihrem jeweiligen beruflichen und privaten Umfeld. Hinzu kamen umfangreiche Überprüfungen bei Anträgen auf Privatreisen in dringenden Familienangelegenheiten, die laut Dienstanweisung 4/85⁸⁶ des Ministers in den Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle fielen. Dafür galt es, über offizielle Arbeitsbeziehungen hinaus, in den Pass- und Meldestellen der Volkspolizei inoffizielle Mitarbeiter zur Zusammenarbeit zu werben.

Die Einschätzung von Stimmungen und Reaktionen der Bevölkerung von Halle im Zusammenhang mit bestimmten politischen Entwicklungen oder auch zur Versorgungslage in der Stadt gehörte gene-

⁸⁶ Dienstanweisung 4/85 des Ministers für Staatssicherheit zur politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1385.

rell zum Aufgabengebiet der KD Halle. Berichte dazu finden sich in nahezu jeder Akte der inoffiziellen Mitarbeiter.

Auf Grund der Fülle der Aufgaben und der Vielzahl der zu überwachenden Bereiche ist zu erkennen, warum der Minister für Staatssicherheit schon im Jahr 1972 auf der zentralen Dienstkonferenz zur Arbeit der Kreisdienststellen eine Abkehr vom Territorialprinzip und Hinwendung zum Schwerpunktprinzip verkündete. Es ist anzunehmen, dass die Überwachung aller, im Territorium befindlichen Betriebe, Einrichtungen und Institutionen der Stadt Halle selbst mit einem umfangreichen Mitarbeiterstab und auf die jeweiligen Überwachungsbereiche spezialisierten Mitarbeitern nicht zu bewältigen gewesen wäre.

3.2. Struktur

Die KD Halle wurde von 1954 bis 1973 unter der Bezeichnung KD Halle-Saalkreis geführt. Die Hypothese, dass bis 1973 eine Kreisdienststelle mit regionaler Verantwortung für die Stadt Halle und den umliegenden Saalkreis existierte, ergab sich schon während der Verzeichnung der überlieferten Unterlagen aus der Empfänger- und Absenderbezeichnung verschiedener Schriftstücke. Auch die Bezeichnung „AG Halle“ ist bei Schriftstücken aus dem Jahr 1964 aufgefunden worden und war ein Indiz für die Verteilung der Aufgaben auf zwei Arbeitsgruppen „AG Halle“ und „AG Saalkreis“. Ein konkreter Nachweis dafür konnte auf Grund der lückenhaften Überlieferung jedoch nicht erbracht werden.

Im Bestand der Dokumentenstelle des Büros der Leitung des MfS wurde der Nachweis zur Umstrukturierung der Kreisdienststelle aufgefunden. Mit dem Befehl Nr. 37/73 des Ministers für Staatssicherheit vom 7. September 1973 ([Anlage 1](#)) wurde die KD Halle-Saalkreis mit Wirkung vom 1. November 1973 umgebildet in die KD Halle-Stadt (übliche Bezeichnung: KD Halle) und KD Halle-Saalkreis (übliche Bezeichnung KD Saalkreis).⁸⁷ So erklärt sich auch die gemeinsame Unterbringung der KD Halle und der KD Saalkreis im Objekt Ludwig-Stur-Straße 1 -2. Gleichzeitig wurde mit diesem Befehl aus der bisherigen Operativ-Gruppe die Kreisdienststelle Halle-Neustadt gebildet, welche ihren zukünftigen Sitz im Hauptgebäude der Bezirksverwaltung am Gimritzer Damm hatte. Mielke begründete die Umstrukturierung in seinem Befehl damit, dass *„durch die politische, ökonomische, staatliche und kulturelle Entwicklung im Territorium des Stadt- und Landkreises Halle sowie von Halle-Neustadt (...) sich bedeutende Veränderungen ergeben haben.“*⁸⁸ Erforderlich wurde diese Neugliederung vor allem durch den Bau der Chemiarbeiterstadt Halle-Neustadt seit 1964 und dem stetigen Ansteigen der Einwohnerzahl im Gebiet der Stadt Halle und des Saalkreises. Hinweise auf die Umstrukturierung, sowohl organisatorischer als auch inhaltlicher Natur, wurden während der Erschließung des Schrift-

⁸⁷ Befehl Nr. 37/73 des Ministers für Staatssicherheit vom 7. Sept. 1973 zur Umstrukturierung der KD Halle-Saalkreis, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 1874.

⁸⁸ Befehl Nr. 37/73 des Ministers für Staatssicherheit, S. 1.

gutes nicht gefunden. Auch Anhaltspunkte für eine engere Zusammenarbeit zwischen der KD Halle und der KD Saalkreis auf Grund der gemeinsamen Nutzung eines Objektes konnten nicht nachgewiesen werden. Lediglich eine Vereinbarung zur gemeinsamen Nutzung eines Dienstgebäudes gibt Aufschluss über die Nachbarschaft und die gemeinsamen Sicherungsaufgaben des Objektes beider Kreisdienststellen.⁸⁹

Für die Zeit vor 1973 kann auf Grund der geringen Überlieferung von Leitungsdokumenten keine konkrete Aussage zur Struktur der KD Halle-Saalkreis getroffen werden. Jahresarbeitspläne und Protokolle von Leitungssitzungen vom Anfang der 70er Jahre geben Auskunft über die Existenz der Referate „Saalkreis“, „Territorium“, „Industrie“ und „Linie II/Innere Abwehr“, der Arbeitsgruppe „Auswertung“ und der operativen Gruppe „Schwermaschinenbau“. Ob es darüber hinaus noch andere Referate und Arbeitsgruppen gab, konnte nicht nachgewiesen werden.

In den folgenden Kapiteln wird ein Überblick über die Referats-, Arbeitsgruppen- und Mitarbeiterstruktur der KD Halle gegeben, welche aus Leitungsdokumenten und Berichten aus den achtziger Jahren rekonstruiert werden konnte und den zuletzt aktuellen Stand aus dem Jahr 1989 widerspiegelt.

3.2.1. Referate

Die Kreisdienststelle Halle war – wie bereits erwähnt - die größte Kreisdienststelle innerhalb der Bezirksverwaltung Halle und umfasste 7 Referate. Im Vergleich mit anderen Kreisdienststellen existierten nur in der KD Halle die Referate „Sicherung gesellschaftlicher Bereiche“ und „Kadergewinnung“.⁹⁰ Zudem existierte seit 1984 eine Nichtstrukturelle Arbeitsgruppe (NSAG) „Übersiedlungersuchen“, bestehend aus einem Leiter und 3 Mitarbeitern. Diese war mit Sicherheit dem enormen Anwachsen der Zahl der Antragsteller auf ständige Ausreise seit Beginn der achtziger Jahre geschuldet.

Im September und Oktober 1989 führte die Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS in der KD Halle einen Kontrolleinsatz durch und berichtete darüber der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS.⁹¹ In diesem Bericht wurden Aussagen zur Struktur und zum Mitarbeiterstand der Kreisdienststelle getroffen. Diese stellen den letzten Stand vor ihrer Auflösung dar.

So verfügte die KD Halle ausgehend von den Planstellennormativen des MfS über ein „Soll“ von 90 Berufsoffiziers-/Berufsunteroffiziersstellen sowie über eine 1 OibE- und 4 HIM-Planstellen.⁹² Mit Stand vom 11. Sept. 1989 wurde ein „Ist“ von 93 Berufsoffizieren/Berufsunteroffizieren verzeichnet. Davon führten 54 Mitarbeiter (einschließlich des Leiters und seiner Stellvertreter) inoffizielle Mitar-

⁸⁹ Vereinbarung zwischen der Kreisdienststelle Saalkreis und der Kreisdienststelle Halle über die Nutzung des Hauses 19 der Dr. Richard-Sorge-Straße, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1003.

⁹⁰ Siehe Struktur- und Stellenplanübersicht als Anlage zum Auskunftsbereich des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit – in Auflösung - , BStU, ASt Halle, o. Sign.

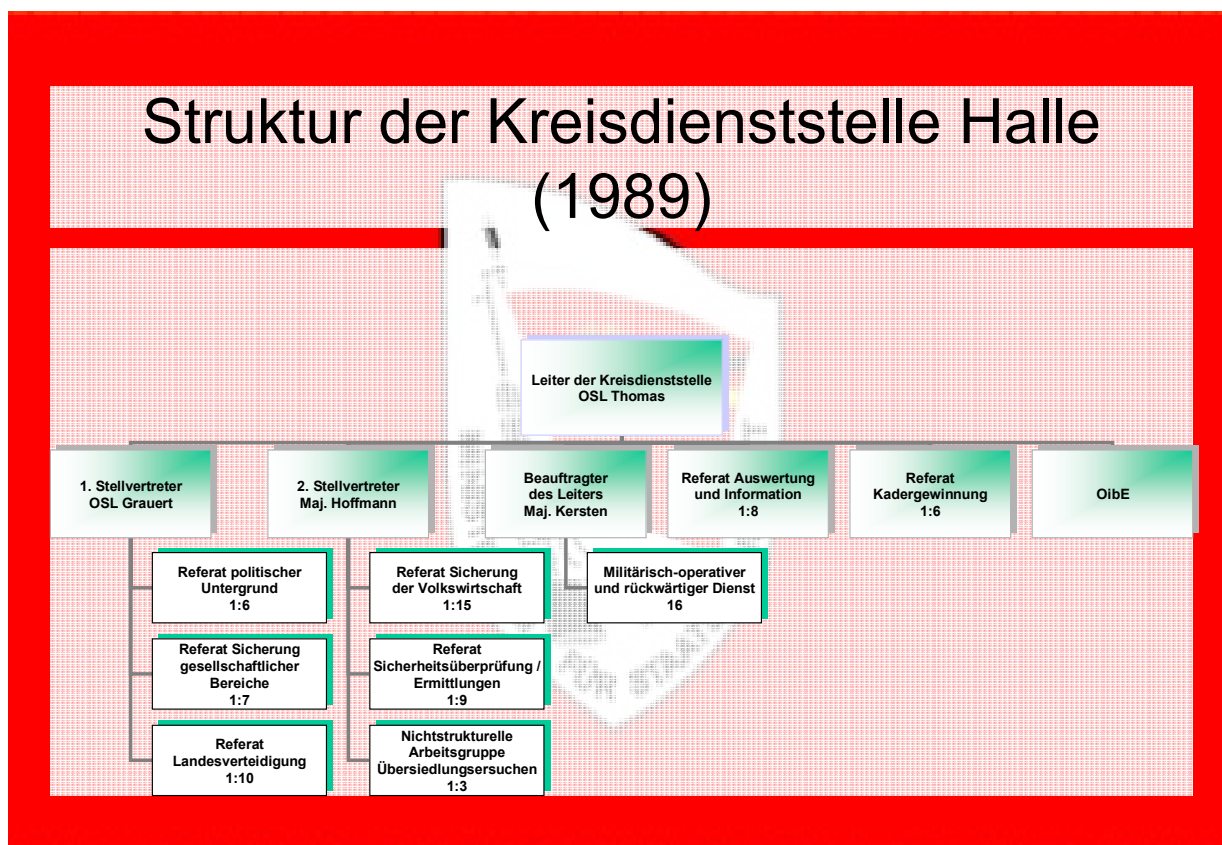
⁹¹ Zuarbeit zum Bericht über den Kontrolleinsatz der ZAIG in der KD Halle, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960.

⁹² OibE = Offizier im besonderen Einsatz, HIM = hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter.

beiter. Sie stellten damit 62,2 % des Gesamtmitarbeiterbestandes dar.⁹³ Aussagen zur tatsächlichen Zahl von OibE und HIM wurden nicht getroffen. Aus der Erschließung der aktiven registrierten Akten ergab sich, dass 1989 ein OibE und fünf HIM für die KD Halle tätig waren.

Im Bericht der Hauptabteilung Kader und Schulung zum Kontrolleinsatz wird weiterhin konstatiert, dass die Struktur innerhalb der Kreisdienststelle die Forderung des Ministers für Staatssicherheit auf der zentralen Dienstkonferenz 1988, den Stellvertretern des Leiters in größerem Umfang eigenen Leitungsverantwortung zu übertragen, widerspiegelt.

Folgende Unterstellungsverhältnisse wurden nachgewiesen:



Das Referat Auswertung und Information

Das Referat war dem Leiter der Kreisdienststelle direkt unterstellt, da hier alle Informationen zusammenflossen, einer Analyse hinsichtlich ihrer Bedeutung unterzogen und gespeichert wurden. Das Referat unterstützte den Leiter bei wichtigen Entscheidungen, indem notwendige Erkenntnisse zur „politisch-operativen“ Lage rechtzeitig herausgearbeitet und bedeutsame Veränderungen der Lage im Territorium signalisiert wurden.

⁹³ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 2.

In der praktischen Umsetzung dieser Ansprüche konnten jedoch bei einer Kontrolle durch die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der BV Halle im November 1986 grobe Mängel in der Aufgabenbewältigung festgestellt werden.⁹⁴ Dabei ging es u.a. um die Frage, wie effektiv und zielgenau die Kontroll- und Überwachungstätigkeit durchgeführt wurde und ob die Berichte über die Erfüllung der eigenen Pläne der Realität entsprachen. So waren nur drei Mitarbeiter mit analytischen Arbeiten beschäftigt, wobei die Hauptlast der Arbeit auf einem Mitarbeiter lag. Dieser bewertete die innerhalb der Dienst Einheit erarbeiteten Informationen nach der Wichtigkeit, entschied über die Speicherung und Indexierung und legte die Prioritäten der Verteilung fest. Darüber hinaus war er für die Weitergabe der Informationen an Fachabteilungen der Bezirksverwaltung (Abt. XX, Abt. XII, Abt. VI, AKG), für aktuelle Analysen zum Stand der Planerfüllung, für die Führung von Karteien zum IM-Bestand und Erarbeitung von Vorgaben an die SED-Kreisleitung und Kreiseinsatzleitung verantwortlich. Die restlichen Mitarbeiter beschäftigten sich mit referatsfremden Aufgaben. Die AKG stellte fest, dass durch diese einseitige Organisationsform das Referat nicht in der Lage war, *„der hohen Verantwortung als Funktionalorgan gerecht zu werden und Qualitätsabstriche unvermeidbar sind.“*⁹⁵ Darüber hinaus wurde bemängelt, dass das Informationsaufkommen an das Referat weder quantitativ noch qualitativ den Anforderungen entsprach und zur Einschätzung der Lage im Verantwortungsbereich nicht ausreichte. Der Forderung nach dem Versehen von Informationen mit einer Wertung durch andere Referatsleiter wurde nicht nachgekommen, die Übergabe von Informationen teilweise mit zweiwöchigem Rückstand realisiert. Offene Anfeindungen der Mitarbeiter des Referates als Zuträger des Leiters verschärfte die Situation. Die kontrollierenden Mitarbeiter der AKG stellten zusammenfassend fest: *„Auf der Grundlage des gesamten dem Referat A/I zur Auswertung, Erfassung und Speicherung übergebenen Informationsaufkommens muß die generelle Einschätzung getroffen werden, daß eine objektive Bewertung der Entwicklung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der KD Halle nicht möglich ist. Diese Situation ist auch im Referat A/I bekannt und der Leiter der DE wurde durch vielfältigste Maßnahmen ebenfalls darüber informiert.“*⁹⁶ Der zu dieser Zeit amtierende Leiter der KD Halle, Oberstleutnant Schmidt, negierte die Kritik offensichtlich und ging so weit, vom Referat getroffene Aussagen anzuzweifeln, um eigene Schwächen in der Leitungstätigkeit zu verschleiern. So lagen z. B. nur zu drei von fünfzehn kirchlichen Gemeinden der Stadt Halle relevante Informationen vor. In der korrigierten Darstellung des Leiters wurde zum Ausdruck gebracht, dass nur diese drei Gemeinden zu überwachen sind, da die übrigen Gemeinden sich so verhalten, dass keine Überwachungsmaßnahmen nötig seien. Auf die Fehlinterpretation durch Mitarbeiter der Referates Auswertung/Information hingewiesen, war die einzige Reaktion des Leiters: *„Hier bestimme ich die Lage.“*⁹⁷

⁹⁴ Komplexkontrolle der AKG in der KD Halle 1986, Bericht zur durchgeführten Kontrolle im Referat A/I der KD Halle vom 10.11.1986, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501.

⁹⁵ Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 3.

⁹⁶ Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 5.

⁹⁷ Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 6.

Diese und andere Mängel in der Leitung der KD Halle führten offensichtlich schon drei Monate nach dem Kontrolleinsatz der AKG zur Ablösung von Oberstleutnant Schmidt im Februar 1987 und zum Einsatz von Oberstleutnant Thomas als neuen Leiter der Dienstseinheit.

Das Referat Kadergewinnung

Im Jahr 1983 existierte in der KD Halle die Arbeitsgruppe Kader, welche mit vier Mitarbeitern einschließlich des Leiters der Arbeitsgruppe, unter der Leitung der Abteilung Kader und Schulung der Bezirksverwaltung ausschließlich Probleme der Nachwuchsgewinnung bearbeitete und in die direkte operative Arbeit der Kreisdienststelle nicht einbezogen war.⁹⁸ Aus dieser Arbeitsgruppe wurde später das Referat Kadergewinnung gebildet; der genaue Zeitpunkt ist aus den erschlossenen Unterlagen nicht ersichtlich.

Das Referat Kadergewinnung war einerseits zuständig für die Entwicklung und Befähigung der eigenen Mitarbeiter, andererseits für die Sicherstellung der Aufklärung von so genannten „Nachwuchskadern“, meist aus den Reihen der inoffiziellen Mitarbeiter und den Familien hauptamtlicher Mitarbeiter, zur Vorbereitung ihrer Einstellung in die Kreisdienststelle oder die Bezirksverwaltung Halle des MfS.

Vor allem die Kontrolle der Erziehung der Mitarbeiter zur ständigen Leistungsbereitschaft, die Durchsetzung von ideologischer Klarheit und militärischer Disziplin waren die Hauptaufgaben des Referates. Deren Erfüllung wurde durch Leistungsbewertungen in Dienstberatungen und durch jährliche Beurteilungen gewährleistet. Die Mitarbeiter des Referates übten hierbei eine Aufsichts- und Kontrollfunktion aus und erteilten den Leitern der anderen Referate Auflagen zur Durchsetzung des Planes zur Kaderarbeit. Dazu gehörten auch wiederkehrende Belehrungen zur Einhaltung der Konspiration im Umgang mit geheimen Materialien und in der Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern sowie zur Meldepflicht bei eventuellen Kontakten mit Personen des nichtsozialistischen Auslands. Auf letzteres wurde besonderer Wert gelegt, da es für einen Mitarbeiter des MfS schon eine Einstellungsvoraussetzung war, sämtliche Verbindungen zu „feindlichen Personen“, auch in der eigenen Familie, abzurechnen. Auch die Steuerung der Partnerwahl bei unverheirateten Mitarbeitern war Teil der Kaderpolitik. So wird im Bericht zur Erfüllung der Kaderarbeit 1988 darauf hingewiesen, dass *„bei unverheirateten Mitarbeitern stets Einfluß darauf genommen wird, in der Partnerwahl unbedingt die kaderpolitischen Fragen unseres Organs zu beachten.“*⁹⁹ Die Auswertung der aktuellen Dokumente des Ministers für Staatssicherheit zur Kaderarbeit waren ständige Arbeitsgrundlage, sowie auch andere Dienstordnungen wie Innendienstordnung, Ordnung zur Trageweise der Dienstaussweise, VS-Ordnung und Schusswaffengebrauchsvorschrift.

Die Erziehung zur militärischen Disziplin auf der Grundlage entsprechender Dienstordnungen war ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Referates Kadergewinnung. Hier ging es einerseits um vorbeugende

⁹⁸ Statistiken über Anzahl der Mitarbeiter ... , BStU, ZA, MfS ZAIG 13753, S. 85.

⁹⁹ Berichterstattung zur Erfüllung der Kaderarbeit 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 511.

Erziehungsarbeit, um gravierende disziplinarische Einbrüche zu verhindern, andererseits um die Anwendung von Strafen bei Verstößen gegen die Dienstordnung. Ungenügende Ausnutzung der Arbeitszeit, ungerechtfertigtes Diskutieren bei Aufgabenstellungen und unkameradschaftliches Verhalten waren Vergehen, welche durch Aussprachen mit den betroffenen Mitarbeitern aus der Welt geschafft werden konnten. Alkoholmissbrauch, Befehlsverweigerung und permanente Kontoüberziehungen führten dagegen unweigerlich zu härteren Maßnahmen wie das Aussprechen von Verweisen oder die Entlassung. Im Jahresarbeitsplan des Leiters der KD Halle für das Jahr 1989¹⁰⁰ wurden zwei Mitarbeiter erwähnt, die auf Grund disziplinarischer Probleme unter besondere Kontrolle gestellt wurden. Ein Mitarbeiter wurde auf Grund dessen 1988 entlassen. Im Bericht zur Kontrolle der KD Halle durch die Hauptabteilung Kader und Schulung im November 1989 für den Berichtszeitraum ab Januar 1988¹⁰¹ wurde ebenfalls die Entlassung des Mitarbeiters vermerkt und darüber hinaus eine Verwarnung, ein strenger Verweis, ein Verweis und ein Tadel ausgesprochen. Wegen mehrfacher Kontoüberziehungen wurden für 9 Mitarbeiter „individuelle Erziehungsmaßnahmen“ eingeleitet.

Die Erziehung und Befähigung junger Angehöriger der Diensteinheit, welche sich im Einarbeitungsprozess befanden, wurde für das Jahr 1989 im Wesentlichen als gut eingeschätzt. Bemängelt wurde durch die Kontrolloffiziere der Hauptabteilung Kader und Schulung, dass die praktische Einarbeitung losgelöst von der theoretischen Ausbildung erfolgte und die Studienpläne der Fachschule des MfS zu wenig Beachtung fanden.¹⁰² 1989 befanden sich fünf neue Mitarbeiter im Einarbeitungsprozess, von denen zwei den Einführungslehrgang in die operative Arbeit absolvierten.

Besonderes Augenmerk wurde – entsprechend der Forderung des Ministers Mielke – auf die Befähigung und Kontrolle der mittleren leitenden Mitarbeiter und die Qualität ihrer Arbeit gelegt, da sie die Hauptlast der Verantwortung in der operativen Arbeit trugen. Diese erfüllten die Funktionen von Referatsleitern und deren Stellvertretern, aus deren Mitte auch Nachwuchskräfte für höherwertige Funktionen in der eigenen und anderen Diensteinheiten entwickelt wurden. Die Arbeit der Referatsleiter wurde im Kontrollbericht der Hauptabteilung Kader und Schulung positiv erwähnt: „Die mittleren leitenden Kader sind (...) Vorbild in Leistung und Verhalten. Sie haben zu ihren Unterstellten, einschließlich deren Ehepartnern, ein Vertrauensverhältnis.“¹⁰³ Einschränkend wurde bemerkt, dass die Tätigkeit der mittleren leitenden Mitarbeiter vor allem durch eine Vielzahl schriftlicher Berichterstattungen, Einschätzungen und Zuarbeiten belastet wurde, und der Aufwand oft nicht im richtigen Verhältnis zum Nutzen stand. Dies stellte wohl ein allgemeines Problem in der Arbeit des MfS dar. Hinzu kam, dass von 7 Referatsleitern nur 4 über die für diese Stelle erforderliche Qualifikation verfügten

¹⁰⁰ Jahresarbeitsplan des Leiters der KD Halle für das Jahr 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 392.

¹⁰¹ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 6.

¹⁰² Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 5.

¹⁰³ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 3.

und somit den bildungsmäßigen Anforderungen nicht gerecht wurden. Im Kapitel „Mitarbeiter“ werden zu diesem Thema differenzierte Aussagen getroffen.

Die Entwicklung von operativen Mitarbeitern für die Übernahme von Leitungsfunktionen sowie die Unterstützung der Umsetzung von Mitarbeitern des Wach- und Sicherungsdienstes in den operativen Dienst waren ständige Aufgaben des Referates Kaderngewinnung und wurden durch kontinuierliche Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt. So befand sich 1989 ein Mitarbeiter in der Einarbeitung für die Aufgabenstellung des Beauftragten des Leiters; und vier Mitarbeiter waren als zukünftige Referatsleiter bzw. stellvertretende Referatsleiter vorgesehen. Zwei Mitarbeiter absolvierten ein Fachschulfernstudium, ein Mitarbeiter konnte aus dem Wachdienst in den operativen Dienst umgesetzt werden. Es waren drei Versetzungen von Mitarbeitern in andere Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung Halle zu verzeichnen, ein Mitarbeiter befand sich im Studium an der Hochschule des MfS. Demgegenüber gab es Einstellungen von zwei Mitarbeitern mit Hochschulabschluss und einem Mitarbeiter mit einem Fachschulabschluss. Trotzdem wurden der nach dem Struktur- und Stellenplan der KD Halle geforderte Qualifizierungsstand nicht erreicht. Im Kontrollbericht der Hauptabteilung Kader und Schulung wird vermerkt, dass von 33 Stellen mit gefordertem Hochschulabschluss lediglich 17 von Mitarbeitern mit diesem Abschluss besetzt waren. Es wurde festgestellt, dass die Realisierung des Bildungsbedarfs in der Hochschulausbildung der anderen Mitarbeiter nicht absehbar ist. Allerdings sollte geprüft werden, ob die geforderten Qualifizierungsabschlüsse den realen Erfordernissen tatsächlich entsprechen.

104

Um eine kontinuierliche Nachbesetzung von frei werdenden Stellen zu gewährleisten, war es eine wichtige Aufgabe des Referates Kaderngewinnung, bereits unter Schülern der 9. Klassen im Zusammenhang mit Musterung und Einberufungsüberprüfung geeignete, so genannte „Nachwuchskader“ für einen militärischen Beruf im MfS zu gewinnen. Lag die Bereitschaft von Schülern vor, ihren dreijährigen Wehrdienst im Wachregiment des MfS zu absolvieren, wurden einige von ihnen schon vorab zur inoffiziellen Zusammenarbeit geworben, um sie damit einerseits an das MfS zu binden und andererseits den Bedarf an Informationsgewinnung unter Jugendlichen zu realisieren. Nach Ableistung des Wehrdienstes wurde die inoffizielle Zusammenarbeit weitergeführt, und es konnte nach nochmaliger eingehender Prüfung aller Einstellungsvoraussetzungen zum Beginn einer hauptamtlichen Tätigkeit beim MfS kommen. Für das Jahr 1989 weist der Jahresarbeitsplan des Leiters der KD Halle aus, dass in den 9. Klassen 5 Berufsoffiziersbewerber (BOB) und 12 Berufsunteroffiziersbewerbern gewonnen werden konnten. Davon wurden 9 „Perspektivkader“ im Rahmen einer inoffiziellen Zusammenarbeit für den späteren Dienst im MfS erprobt. Ebenfalls kamen 3 Mitarbeiter als ehemalige „Perspektivkader“ zur Einstellung in die KD Halle.

Abschließend ist im Kontrollbericht der Hauptabteilung Kader und Schulung zu lesen: *„Ausgehend von der vorherrschenden Lage im Kollektiv der Struktureinheit (...) können die Kollektivbeziehungen*

¹⁰⁴ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 4.

*in der KD Halle zum gegenwärtigen Zeitpunkt im wesentlichen als gefestigt eingeschätzt werden. Die im Rahmen dieses Kontrolleinsatzes erstellte These, daß das Kollektiv sich nicht den höheren Anforderungen in der politisch-operativen und fachlichen Arbeit stellen will, hat sich nicht bestätigt.“*¹⁰⁵

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Kontrollkommission 1989 zu einem wesentlich positiveren Ergebnis kam als die AKG im Jahr 1986, welche damals die Arbeit des Referates Auswertung/Information kontrollierte. Offensichtlich hatte sich der Wechsel des Leiters der KD Halle im Jahr 1987 günstig auf die Arbeit der gesamten Kreisdienststelle ausgewirkt.

Referat Politische Untergrundtätigkeit

Das Referat hatte die Aufgabe, Personen und Gruppen mit nicht staatskonformem Verhalten aufzuklären und zu bekämpfen sowie Aktivitäten, die sich gegen den herrschenden Machtapparat richteten, zu beobachten, zu dokumentieren und gegebenenfalls zu unterbinden. Schwerpunkte waren die Überwachung von Friedens- und Umweltgruppen, die sich vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche organisierten, die Aufklärung von nicht angepassten Jugendgruppen und oppositioneller Künstler und Mediziner sowie die Kontrolle der Übersiedlungersuchenden und die Verhinderung einer Verbindungsaufnahme zu so genannten „kriminellen Menschenhändlerbanden“ und Organisationen in der BRD, welche eine illegale oder legale Ausreise unterstützten. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgte meist in enger Zusammenarbeit mit dem Referat Gesellschaftliche Bereiche, da dieses u.a. für die Abteilung Inneres des Rates der Stadt Halle zuständig war, in der Ausreisewillige ihre Anträge stellen mussten. Die Mitarbeiter beider Referate konnten sich auf einen umfangreichen Stamm an inoffiziellen Mitarbeitern stützen. Die Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern war jedoch nicht so effizient, wie es in den vorgegeben Plänen des Leiters der KD Halle und des Leiters der BV Halle vorgesehen war. Dies bestätigt ein Kontrolleinsatz der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV Halle im Jahr 1986. Diese schätzte ein, dass mit den in den Referaten Politische Untergrundtätigkeit und Gesellschaftliche Bereiche vorhandenen inoffiziellen Kräften *„in qualitativer und quantitativer Sicht die Lage nicht schwerpunktmäßig beherrscht werden kann.“*¹⁰⁶ Das lag daran, dass keine regelmäßige und zielgerichtete Trefftätigkeit und Auftragserteilung realisiert wurde, IM-Vorläufe mit Perspektive nicht zur Werbung geführt wurden und ganz allgemein die durchaus fundierten Festlegungen des Referatsleiters seitens der Mitarbeiter missachtet wurden und keine Kontrolle der Arbeitsergebnisse erfolgte. Kritisiert wurde auch, dass viele inoffizielle Mitarbeiter nicht den Anforderungen entsprachen, indem sie zum einen nur lapidare Informationen übermittelten und zum anderen durch Veränderungen im beruflichen und persönlichen Umfeld ihre Einsatzrichtung einer dringenden Überprüfung und Veränderung seitens des MfS-Mitarbeiter bedurfte. Den Mitarbeitern des Referates wurde Schwerfälligkeit in der Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Bereiche attestiert, so zum Beispiel das Anwachsen der Punker- und Skinheadgruppen. Schwerpunkt sollte *„eine kontinuierliche Erhöhung des Be-*

¹⁰⁵ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 3.

¹⁰⁶ Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 46.

standes an jugendlichen IM sein, um die Lage unter jugendlichen Personenkreisen (...) zu kennen, besser zu beherrschen und den vorbeugenden Aspekt bei der Abwehr feindlich-negativer Aktivitäten zu verstärken.“¹⁰⁷ Auch eine engere Zusammenarbeit mit der Abt. XX der BV Halle und die Festigung der Zusammenarbeit mit staatlichen Organen wurde angemahnt. So mangelte es im Wesentlichen an der Anleitung und Kontrolle des Referatsleiters durch den Leiter der KD sowie an der Unterstützung der im operativen Dienst tätigen Mitarbeiter durch die vorgesetzten Mitarbeiter – Routine, starre Arbeitsabläufe und Gleichgültigkeit waren die Folge.

Das Referat Sicherung gesellschaftlicher Bereiche

Das Referat hatte zur Aufgabe, durch die Werbung und den Einsatz geeigneter inoffizieller Mitarbeiter im Staatsapparat, im kulturellen Bereich, im Bereich der Rechtspflegeorgane und des Bildungswesens Personen in leitenden und einflussreichen Positionen zu überwachen, negatives Verhalten und opportunistische Meinungsäußerungen zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zur Disziplinierung umzusetzen. Die KD Halle hatte ein wesentliches Mitspracherecht bei der Besetzung von leitenden Funktionen im Rat der Stadt Halle! So wurde großer Wert auf die Einhaltung des Geheimnisschutzes und die regelmäßige Instruierung der Geheimnisträger des Rates der Stadt gelegt. Eine enge Zusammenarbeit des Referates erfolgte mit der VS-Hauptstelle des örtlichen Rates und den dort tätigen Mitarbeitern. In einem Bericht der KD Halle vom September 1986 wird vermerkt, dass der *„bisherige Stellvertreter der VS-Hauptstelle des Rates der Stadt (...) in Absprache zwischen dem 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters und dem verantwortlichen Mitarbeiter der KD Halle von seinen Pflichten als Stellvertreter entbunden, als Mitarbeiter des Staatsapparates entlassen und zum Energiekombinat in Absprache mit der Abt. XVIII der BV Halle¹⁰⁸ arbeitsmäßig umgeleitet wurde. Der B. offenbarte politisch-ideologische Schwächen und zeigte keine klassenmäßige Haltung in Fragen der persönlichen Einsatzbereitschaft (...).*“¹⁰⁹ Ein neuer Stellvertreter wurde durch die KD Halle vorgeschlagen und sein Einsatz durch die Arbeitsgruppe Geheimnisschutz der Bezirksverwaltung Halle genehmigt. Da alle VS-verpflichteten Mitarbeiter des Stadtrates jährlich so genannte „Kontakterklärungen“ unterschreiben mussten, in denen sie versicherten, keine Verbindungen in das nichtsozialistische Ausland zu unterhalten, war hier ebenfalls die KD Halle als kontrollierendes Gremium involviert. Im Bericht vom September 1986 wird ein leitender Mitarbeiter des Bereiches Planung im Rat der Stadt erwähnt, der versuchte, über eine andere Adresse verdeckt den Kontakt zur BRD-Verwandtschaft aufrechtzuerhalten. Er wurde durch die KD Halle unter operative Personenkontrolle gestellt mit dem Ziel *„der*

¹⁰⁷ Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 49.

¹⁰⁸ Aufgaben der Abt. XVIII u.a.: Sicherung der volkswirtschaftlichen Bereiche, Objekte und Einrichtungen sowie der Einrichtungen der naturwissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung, Wirtschaftsspionageabwehr, Aufklärung und Bestätigung von Nomenklaturkadern, Auslands- und Reisekadern, Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere mit dem NSW, Verhinderung bzw. Aufklärung von Bränden, Havarien und Störungen zur Aufdeckung etwaiger Feindeinwirkung, Im Internet: www.bstu.de , 14.12.2005.

¹⁰⁹ Einschätzung des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit bei der Durchsetzung des Geheimnisschutzes ..., in: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 71.

Aufklärung eventuellen Abflusses geheim zu haltender Informationen und bei Bestätigung des Verdachtes der Herauslösung aus seiner Funktion.“¹¹⁰

Im Hauptpostamt Halle verfügte die KD Halle über mehrere inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselpositionen und gute offizielle Kontakte, so dass „auf Grund der ausreichenden personellen Basis (...) die operative Durchdringung und Kontrolle im Hauptpostamt gewährleistet ist.“¹¹¹ Probleme gab es mit einer großen Anzahl von Abteilungsleitern, die nicht VS-verpflichtet werden konnten, da sie offensichtlich ihre „West-Kontakte“ nicht abbrechen wollten.

Weitere staatliche Einrichtungen, in denen das Referat Sicherung gesellschaftlicher Bereiche wirksam wurde, waren das Hauptpostamt Halle, das Kreisgericht der Stadt Halle sowie die Kreisstaatsanwaltschaft der Stadt Halle, deren Kontrolle als ausreichend eingeschätzt wurde. In allen Einrichtungen war die Überwachung des Schutzes von Staatsgeheimnissen die Hauptaufgabe des Referates. Lediglich in der Kreisstaatsanwaltschaft der Stadt Halle war die Werbung eines inoffiziellen Mitarbeiters vorgesehen, da hier nur offizielle Kontakte gepflegt wurden.

Das Referat Landesverteidigung

Das Referat war für die äußere Absicherung der militärischen Objekte der Stadt Halle zuständig, indem umfangreiche Überprüfungen der Anwohner in den angrenzenden Stadtgebieten durchzuführen und immer auf dem aktuellen Stand zu halten waren. Dies geschah vor allem durch die Zusammenarbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern, die Überprüfung von Bewohnern in den Karteien des MfS sowie der Personendatenbank der DDR und mittels Durchführung von Beobachtungseinsätzen in den an den Militärobjekten liegenden Wohngebieten und Gartenanlagen. Im Jargon des MfS hieß dies: „Aufspürung, Aufdeckung und Bekämpfung feindlicher Spionageangriffe an militärischen Objekten“.¹¹²

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt war die Kontrolle der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei im Volkspolizeikreisamt (VPKA) und der Mitarbeiter des Wehrkreiscommandos (WKK) Halle sowie die Zusammenarbeit mit dem WKK hinsichtlich Musterung und Einberufung von Wehrpflichtigen. Hier sorgten mehrere inoffizielle Mitarbeiter, davon einige in leitenden Positionen, für die Übermittlung von Informationen an die KD Halle. Es ging vor allem um die Kontrolle von VP- und WKK-Angehörigen, welche nicht erlaubte und von ihnen verschwiegene briefliche oder auch persönliche Kontakte in die BRD unterhielten. Weiterhin war die KD Halle an Informationen über Polizei- und Armeeingehörige interessiert, die durch moralische Verfehlungen (Alkoholmissbrauch, Unehrllichkeit, außereheliche Beziehungen), korruptes oder undiszipliniertes Verhalten während ihrer Dienstdurchführung auf-

¹¹⁰ Einschätzung des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit bei der Durchsetzung des Geheimnisschutzes ..., in: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 72.

¹¹¹ Einschätzung des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit bei der Durchsetzung des Geheimnisschutzes ..., in: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 72.

¹¹² Einschätzung der politisch-operativen Wirksamkeit und Effektivität im Referat Landesverteidigung, in: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 7.

fielen. Die Kontrolle von Musterung und Einberufung hatte zum Ziel, junge Leute für das Ergreifen eines militärischen Berufes zu gewinnen und aus diesem Kreis vor allem „Nachwuchskader“ für das MfS zu rekrutieren.

Der Referatsleiter war für die Verbindung mit der Leitungsebene des VPKA und WKK zuständig, wobei der Kontakt zu den Leitern beider Behörden vom Leiter der KD Halle selbst gepflegt wurde. Jeweils zwei so genannte Abwehroffiziere koordinierten die Arbeit mit VPKA und WKK und erhielten Unterstützung von zwei weiteren operativen Mitarbeitern des Referates.

Wie auch in den anderen Referaten brachte der Kontrolleinsatz der AKG im Jahr 1986 eine Reihe von Unzulänglichkeiten in der Arbeit des Referates Landesverteidigung zum Vorschein. Bemängelt wurde die ausschließliche Konzentration auf die Absicherung der beiden Militärobjecte der GSSD. Die Gewährleistung des Schutzes der in Halle vorhandenen NVA-Objekte durch Außensicherung und Überprüfung der Anwohner im Anliegerbereich wurde offensichtlich der Hauptabteilung I¹¹³ überlassen, ohne dass dafür eine Koordinierungsvereinbarung existierte. So findet sich in den erschlossenen Unterlagen kein Hinweis auf eine Tätigkeit der KD Halle in Verbindung mit der Sicherung von NVA-Objekten.

Ebenfalls stark vernachlässigt wurde nach Ansicht der AKG die Absicherung des eigenen Kreisdienststellenobjektes, obwohl dazu eine Weisung des Leiters der Bezirksverwaltung¹¹⁴ vorlag. Aus der Erschließung der Sachakten Nr. 200 und 210¹¹⁵ ist jedoch ersichtlich, dass bereits Anfang der 80er Jahre umfangreiche Überprüfungen der Bewohner der Anliegerbereiche der KD Halle vorgenommen wurden und somit die Kritik der AKG nicht berechtigt war. Wiederholungsüberprüfungen gab es 1986 und 1987, mit denen offensichtlich auf die Anmerkungen der AKG seitens des Referates umgehend reagiert wurde.¹¹⁶ Da sich die KD Halle und die KD Saalkreis auf einem gemeinsamen Grundstück befanden, wäre eine gemeinsame Sicherungskonzeption von Nutzen gewesen, die jedoch zumindest im Jahr 1986 nicht existierte. Aus dem Jahr 1988 sind eine Vereinbarung zwischen beiden Kreisdienststellen über die Nutzung ihrer Häuser und ein Maßnahmenplan beim Eintreten einer eventuellen Gefahrensituation überliefert.¹¹⁷

¹¹³ Die Hauptabteilung I (HA I) war zuständig für die Abwehrarbeit in den Führungsorganen, Truppen und Einrichtungen der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenztruppen der DDR zur Gewährleistung ihrer funktionellen und personellen Sicherheit und für die Sicherung des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) und nachgeordneter Einrichtungen.

¹¹⁴ Anweisung 1/81 des Leiters der BV Halle zur Gewährleistung der Sicherheit der Dienstobjekte und der politisch-operativen Abwehrarbeit an den Dienstobjekten der BV Halle, Jan. 1981, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 802.

¹¹⁵ Überprüfung von Anwohnern im Bereich des Dienstobjektes der KD Halle, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 200, 1969 – 1980; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 210.

¹¹⁶ Sicherheitsüberprüfungen zu Anwohnern im Bereich des Dienstobjektes der KD Halle, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 173, 1986 – 1989; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 174.

¹¹⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1003.

Die AKG stellte 1986 fest, dass „*die federführende Rolle des Referates bei der Bekämpfung von Militär- und politischer Spionage noch nicht den qualitativen Anforderungen (...) entspricht.*“¹¹⁸ Das lag vor allem an der uneffektiven Arbeit von Führungs-IM's (FIM), die mehrere inoffizielle Mitarbeiter zur Beobachtung an GSSD-Objekten einsetzten, deren Informationsübermittlung jedoch sehr dürftig ausfiel. Aufwand und Nutzen bei mehrwöchigen Beobachtungseinsätzen standen in keinem Verhältnis. Die übertriebenen Sicherheitsdoktrin des MfS führten zu aufwendigen Beobachtungsmaßnahmen, da jeder harmlose Spaziergänger in der Nähe eines militärischen Objektes als potentieller Spion eingestuft wurde. Das bestätigen die Erschließungsergebnisse von Sachakten, in denen umfangreiche Überprüfungen und Bilddokumentationen zu Personen übermittelt sind, in deren Ergebnis ein Verdacht auf Spionage nicht bestätigt werden konnte.¹¹⁹

Weiterhin hieß es im Bericht der AKG: „*Die Maßnahmen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in den Organen der DVP und WKK sind in ihrer Wirksamkeit noch nicht ausreichend, um in diesen Bereichen die Beherrschung der politisch-operativen Lage zu garantieren.*“¹²⁰ Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern ohne Konzept, routinemäßige Treffdurchführung und –auswertung sowie ungenügende Treffintensität waren hierfür die Ursache. Da der erste Stellvertreter des Leiters der KD für die Anleitung und Kontrolle des Referates Landesverteidigung zuständig war, wurden ihm von der AKG Auflagen erteilt, um eine effektivere Arbeit des Referates zu erwirken. Infolge dessen wurden 1987 eine umfangreiche Analyse zur Wirksamkeit der Außensicherung der militärischen Objekte und eine Konzeption zur Absicherung der Militärobjekte Halle-Dölauer Heide und Halle-Wörmlitz¹²¹ erarbeitet.

Ende der 80er Jahre hatte das Referat Landesverteidigung ein neues Einsatzgebiet auf Grund des Aufenthaltes von polnischen Arbeitnehmern in der DDR und auch in Halle, welche in der Innenstadt unter Umgehung von Einfuhrgesetzen Waren billig zum Kauf anboten. In Zusammenarbeit mit der Volkspolizei wurde versucht, den Warenhandel dieser „ausländischen Spekulanten“ zu unterbinden. Da es vor allem im Aufgabenbereich der Polizei lag, im Stadtgebiet für Ruhe und Ordnung zu sorgen, oblag dem Referat mehr die Anleitungs- und Kontrollfunktion. Hierzu sind in den erschlossenen Unterlagen nur spärliche Informationen überliefert.¹²²

¹¹⁸ Einschätzung der politisch-operativen Wirksamkeit und Effektivität im Referat Landesverteidigung, in: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 8.

¹¹⁹ Überprüfung von Anwohnern im Bereich des militärischen Objektes der GSSD Halle-Wörmlitz, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 171, 1972 – 1989; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 353, 1973 – 1985.

¹²⁰ Einschätzung der politisch-operativen Wirksamkeit und Effektivität im Referat Landesverteidigung, in: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 8.

¹²¹ Konzeptionen zur Außensicherung der sowjetischen Militärobjekte Halle-Heide und Halle-Wörmlitz, 1987, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 441, S. 178 – 192.

¹²² Siehe Sachakten der KD Halle: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 397; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 156; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1274.

Das Referat Sicherung der Volkswirtschaft

Das Referat Volkswirtschaft stellte mit fünfzehn Mitarbeitern und einem Leiter das größte Referat der KD Halle dar. Bei der Vielzahl der in Halle ansässigen Betriebe der Industrie, des Bauwesens sowie des Handels- und Dienstleistungssektors war die Stärke des Referates durchaus gerechtfertigt. In einem Protokoll zur Berichterstattung des Referatsleiters auf einer Dienstversammlung im August 1989 ist erwähnt, dass die Mitarbeiter des Referates für insgesamt 919 Betriebe und 18 Kombinate verantwortlich waren, wobei diese Zahl nicht überprüft werden kann und insgesamt zu hoch erscheint.

¹²³ Nach dem Schwerpunktprinzip wurden Prioritäten gesetzt und die Kontrolle von Betrieben mit bedeutsamen Projekten der Forschung und Entwicklung, von Betrieben mit umfangreichen Außenwirtschaftsbeziehungen und hoher Exportintensität sowie Betrieben mit Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Schlüsseltechnologie ¹²⁴ und der Beteiligung an Integrationsvorhaben innerhalb des RGW ¹²⁵ favorisiert. So ist in einer Gliederung zu den Verantwortungsbereichen des Referates aus dem Jahr 1987 ersichtlich, dass sich 14 Mitarbeiter um insgesamt 33 Betriebe kümmern. ¹²⁶ Das wären, glaubt man der Zahl aus 1989, lediglich rund 4 % aller Betriebe im Verantwortungsbereich der KD Halle.

In allen Betrieben war eine stets wachsende Aufgabe die Kontrolle der Produktions- und Anlagensicherheit und die Verhinderung von Bränden und Havarien durch die vorbeugende Aufdeckung von potentiellen Gefahrenpunkten. Angesichts der maroden Struktur der Industrieanlagen und der Bausubstanz in fast allen Betrieben, die oft noch aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammten, konnte von einzelnen Gefahrenpunkten gar nicht mehr die Rede sein. So kam es immer wieder zu Vorfällen, wie z.B. zu drei Großbränden innerhalb von sechs Jahren im Waggonbau Ammendorf, die auch durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern und mittels Zusammenarbeit mit Betriebschutz und Volkspolizei nicht zu verhindern waren. Die Mitarbeiter des Referates konnten die Missstände auch nur benennen und Informationen darüber an die örtliche SED-Leitung weitergeben. So steht im Monatsbericht des Referates vom Juli 1989, dass *„der Betriebsdirektor des VEB Waggonbau Ammendorf seiner Verantwortung bei der Durchsetzung einer hohen Ordnung und Sicherheit sowie des darauf ausgerichteten Erziehungsprozesses nicht in dem erforderlichen Maße gerecht wird. (...)*

¹²³ Protokolle der kollektiven Beratungen mit Berichterstattung der Referatsleiter und Monatsberichte zur politisch-operativen Lage, 1988 – 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105.

¹²⁴ Schlüsseltechnologie: Ab den 1980er Jahre eingeführter Propagandabegriff für die (letzte) Modernisierungswelle der DDR-Volkswirtschaft. Schwerpunkte waren die Forschung und Entwicklung für Mikroelektronik, CAD-CAM-Anlagen, Industrieroboter, Computertechnik. Siehe: im Internet www.ddd-wissen.de, 10.09.2005.

¹²⁵ RGW: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe entstand 1949 unter sowjetischer Führung als Reaktion auf den Marshallplan der USA zum Wiederaufbau Westeuropas. Der RGW sollte mittels Arbeitsteilung und Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer zur Stärkung der Wirtschaftskraft der einzelnen Staaten und des sozialistischen Lagers insgesamt beitragen. Siehe: im Internet www.ddd-wissen.de, 10.09.2005.

¹²⁶ Gliederung der Verantwortungsbereiche des Referates Volkswirtschaft Apr. 1987, In: Übersicht zu den Dokumenten und Waffen für die Übernahme zum Dienstbeginn des OvD, 1985 - 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1224.

Es wird vorgeschlagen, diesen Sachverhalt in eine Parteiinformation einzuarbeiten.“¹²⁷ Gleichzeitig wurde eingeschätzt, dass es „*durch die planmäßige Entwicklung und Qualifizierung des inoffiziellen Kräftepotentials, dem engen Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und betrieblichen Leitern (...) gelungen ist, über den Zeitraum der letzten Jahre wesentliche Verbesserungen bei der Verhinderung von Bränden, Havarien und Störungen durchzusetzen.*“¹²⁸ Dem entgegengesetzt stehen die Erschließungsergebnisse von Sachakten und aktiven registrierten Akten, in denen Berichte von katastrophalen materiellen und personellen Bedingungen in halleschen Betrieben zeigen, dass die Ursachen für Havarien und Brände zumindest nicht vom MfS beseitigt werden konnten und im desolaten Wirtschaftsgefüge der DDR zu suchen waren. Weitere Ausführungen dazu sind im Kapitel 8.10.1. zu finden.

Eine weitere Aufgabe des Referates war die Kontrolle des Bauwesens mit dem Schwerpunkt des städtischen Wohnungsbaus. Aufgrund des auf dem VIII. SED-Parteitag im Jahr 1976 beschlossenen Wohnungsbauprogramms, welches das Ziel formulierte, bis 1990 für jeden DDR-Bürger angemessenen Wohnraum zu schaffen, stand der Wohnungsbau sowohl als wirtschaftlicher als auch gesellschaftspolitischer Faktor im Vordergrund. Innerhalb des innerstädtischen Bauens in Halle gab es große Probleme, die in vielen Berichten der vom Referat geführten inoffiziellen Mitarbeitern dargestellt wurden. Ursachen für die oft auftretende Stagnation waren die Nichtgewährleistung der Baufreiheit durch verzögerten Abriss von Altbauten, Materialengpässe und arbeitsorganisatorische Probleme in der Zusammenarbeit zwischen dem Rat der Stadt und den Baubetrieben. Daraus resultierten eine zunehmende Unzufriedenheit und Demotivation unter den Bauleuten und innerhalb der Bevölkerung. Neubauwohnungen konnten nicht in genügendem Umfang fertig gestellt werden, notwendige Sanierungen von Altbauten blieben aus. Im Monatsbericht des Referates vom August 1989 wird dazu bemerkt: „*Die Verzögerung im Baugeschehen, vor allem im innerstädtischen Bereich und bei der Realisierung von Reparatur- und Wartungsarbeiten in Wohnungen und Gebäuden, sind entscheidender Anteil des Stimmungs- und Meinungsbildes der Bevölkerung bzw. der Eingabenstatistik.*“¹²⁹

Die Kontrolle über die Außenwirtschaftsbeziehungen wichtiger Exportbetriebe erfolgte vor allem durch inoffizielle Mitarbeiter, die als Reisekader ins nichtsozialistische Ausland reisten, und über IM's in Schlüsselpositionen, welche Einfluss auf die Exporttätigkeit der Betriebe hatten sowie mit Reisekadern in Verbindung standen, auf diese Einfluss nehmen und Informationen erhalten konnten. Reisekader-IM wurden genutzt, um in Strategien und Vorhaben westlicher Firmen Einblick zu erhalten und diese direkt über Maßnahmekataloge, welche die IM' zu erfüllen hatten, zu beeinflussen.

¹²⁷ Monatsbericht 7/89 des Referates Volkswirtschaft, In: Protokolle der kollektiven Beratungen mit Berichterstattung der Referatsleiter und Monatsberichte zur politisch-operativen Lage, 1988 – 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 80.

¹²⁸ Monatsbericht 8/89 des Referates Volkswirtschaft, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 35.

¹²⁹ Monatsbericht 7/89 des Referates Volkswirtschaft, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 80.

Im Gegensatz zu den vom Referat selbst gefertigten Berichten steht wieder der Kontrollbericht der AKG aus dem Jahr 1986, wobei sich die Kontrolle vor allem auf die Mittel und Methoden der operativen Arbeit, weniger auf die Objekte der Ermittlung konzentrierte. Dabei bleibt offen, ob sich die Tätigkeit des Referates bis 1989 tatsächlich verbessert hat (eventuell auf Grund des Leiterwechsels), da im Jahr 1989 keine Kontrolle durch eine übergeordnete Diensteinheit erfolgte. Kritisiert wurde, dass Planaufgaben aus dem Plan der Leiters der KD Halle nicht in die Planungen des Referates einfließen und demzufolge nicht realisiert wurden. Mitteilungen von inoffiziellen Mitarbeitern basierten oft auf in den Betrieben offiziell erarbeiteten Papieren und brachten keine darüber hinaus gehenden Informationen. Zudem berichteten die IM's überwiegend in mündlicher Form, so dass die Treffberichte der Führungsoffiziere Gedächtnisprotokolle darstellten, deren Objektivität als nicht ausreichend erachtet wurde. Ungenügende Treffintensität, mangelhafte Überprüfung der IM's auf Ehrlichkeit und ihre Befähigung zur Zusammenarbeit ließen die Kontrolleure der AKG zu dem Schluss kommen, dass *„die Qualität und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung zur Sicherung der Volkswirtschaft in der KD Halle nicht den aktuellen und perspektivischen Sicherheitserfordernissen entspricht.“*¹³⁰

Das Referat Sicherheitsüberprüfungen/Ermittlungen

Das Referat wurde 1983 mit der Festlegung des Ministers für Staatssicherheit zur Bildung von Sachgebieten „Sicherheitsüberprüfungen“ in den Kreisdienststellen und auf Grundlage seiner „Richtlinie Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen“¹³¹ gegründet. Sicherheitsüberprüfungen gab es zwar schon immer seit Bestehen des MfS, im Zuge der sich entwickelnden Ost-West-Beziehungen gewannen sie aber qualitativ und quantitativ an Bedeutung. Die Richtlinie 1/82 legte restriktive Kriterien für den Zugang zu zahlreichen Funktionen und für die Genehmigungen von Westreisen fest. Sie war die Grundlage für eine immer stärker ausufernde Praxis von Sicherheitsüberprüfungen, welche die Kreisdienststelle stark in Anspruch nahm.¹³²

Das Referat Sicherheitsüberprüfungen arbeitete vorrangig im Auftrag der anderen Referate, indem es Sicherheitsüberprüfungen zu Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durchführte. Es handelte sich dabei vor allem um Reisekader, Geheimnisträger in Betrieben und im Staatsapparat und in zunehmendem Maße um Antragsteller auf Besuchsreisen in die BRD und Westberlin. Hier arbeitete das Referat offiziell mit der Pass- und Meldestelle des Volkspolizeikreisamtes Halle zusammen und hatte die Entscheidungsbefugnis über die Genehmigung von Westbesuchsreisen. Über dort eingesetzte inoffizielle Mitarbeiter kamen auch die Informationen zu von Reisen nicht zurückgekehrten Personen, so genannte „Verbleiber“, deren Zahl der Erfolgsmesser für die vorab durchgeführten Sicherheitsüber-

¹³⁰ Qualität und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit im Referat Volkswirtschaft, In: Komplexkontrolle der AKG, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 60.

¹³¹ Grundsatzdokumente des MfS/bearb. von Roger Engelmann und Frank Joestel. Berlin: BStU, Abt. Bildung und Forschung, 2004. (Anatomie der Staatssicherheit ; Teil 5, 5), S. 397 ff.

¹³² Siehe: Grundsatzdokumente des MfS, S. 16.

prüfungen war. Aus einer Einschätzung des Referates vom August 1989 geht hervor, dass die Zahl der Antragsteller auf Besuchsreisen und ebenfalls der „Verbleiber“ enorm zugenommen hatte. *„Im Berichtszeitraum 3/89 – 7/89 wurden insgesamt 9.588 Reiseanträge bearbeitet, was gegenüber dem Vergleichszeitraum 1988 eine Steigerung um 1.625 (17 %) bedeutet. Die Steigerungsrate bei Verbleibern ist gegenüber dem Vergleichszeitraum um 58 Personen auf 89 Personen gestiegen, was eine Steigerung um 263 % bedeutet. (...) Eine zusammenfassende Einschätzung der realistischen Zahlen macht deutlich, daß ein drastischer Anstieg von Verbleibern zu verzeichnen ist, der in keinem Verhältnis zur Steigerung der bearbeiteten Anträge steht.“*¹³³ Es folgte eine umfangreiche Analyse zur Altersstruktur, beruflichen Stellung und Qualifikation sowie Motivationslage der Nichtrückkehrer, wobei herausgearbeitet wurde, dass bei keiner Person vor Antritt der Reise erkennbare Hinweise auf das Vorhaben des „ungesetzlichen Verlassens“ vorhanden waren. Auf der Grundlage eines überhöhten Sicherheitsdenkens führten die Mitarbeiter des Referates nicht nur Ermittlungen im beruflichen Umfeld, sondern auch innerhalb der Privatsphäre im Wohn- und Freizeitbereich durch. Allerdings muss man im Vergleich zu in operativen Personenkontrollen bearbeiteten Bürgern hinzufügen, dass diese Sicherheitsüberprüfungen nicht die inhaltliche Brisanz wie die Beobachtung und Verfolgung politisch Andersdenkender hatten. Dies war auf Grund der zunehmenden Zahl der zu überprüfenden Reisekader und Antragsteller auf Besuchsreisen von den Mitarbeitern des Referates auch nicht zu leisten. So sollte vor allem die Überprüfung von Personen, die wichtige Funktionen innehatten, *„insbesondere Geheimnisträger und andere bedeutsame Wissensträger, Mitarbeiter staatlicher und wirtschaftsleitender Organe“*¹³⁴, intensiviert werden, indem verstärkt inoffizielle Hinweise aus dem Arbeits- und Wohnbereich genutzt und auch Familienangehörige in die Überprüfung mit einbezogen werden sollten. Der Referatsleiter konstatierte in seinem Bericht zum Reiseverkehr: *„Die Lagebedingungen erfordern mit aller Konsequenz das Mögliche zu tun, um im Vorfeld von Antragstellungen Klarheit über die Kader zu besitzen. Dies gilt in erster Linie für die Personenkreise, die von uns vorrangig politisch-operativ zu sichern bzw. unter Kontrolle zu halten sind.“*¹³⁵

Nichtstrukturelle Arbeitsgruppe Übersiedlungersuchende (NSAG ÜE)

Die Arbeitsgruppe wurde im Jahr 1984 gebildet, da eine derartige Zunahme von Übersiedlungersuchen in die BRD zu verzeichnen war, dass die jeweiligen Referate die Überwachung der sich in ihren Verantwortungsbereichen befindlichen Antragstellern nicht mehr bewältigen konnte. Bis zum Ende der DDR existierte kein allgemeines Recht auf Ausreise ins „nichtsozialistische Ausland“ (NSA). Selbst zu Zwecken der Familienzusammenführungen gab es erst seit 1983 (in Folge des ersten BRD-

¹³³ Einschätzung des Standes der politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs v. 10.08.1989, In: Protokolle der kollektiven Beratungen mit Berichterstattung der Referatsleiter und Monatsberichte zur politisch-operativen Lage, 1988 – 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 104.

¹³⁴ Einschätzung des Standes der politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs v. 10.08.1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 107.

¹³⁵ Einschätzung des Standes der politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs v. 10.08.1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 107

Milliardenkredites) eine offizielle Rechtsgrundlage, um eine Ausreise zu beantragen. Trotzdem stellten tausende von DDR-Bürgern Ausreiseanträge, die oft zunächst von den quasi zuständigen Abteilungen Inneres beim Rat der Stadt nicht angenommen, nicht anerkannt oder zurückgewiesen wurden. Seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch die DDR 1975 stieg die Zahl der Antragsteller stetig an und geriet ab 1984 außer Kontrolle.

Nichtstrukturelle Arbeitsgruppen in Kreisdienststellen wurden daher „zur Bewältigung besonders bedeutsamer komplexer politisch-operativer Ziel- und Aufgabenstellungen“¹³⁶ gebildet. Ihre Funktion bestand im Wesentlichen in der „Unterstützung bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage auf dem jeweiligen Aufgabengebiet, insbesondere zur Herausarbeitung, Bestimmung und Präzisierung politisch-operativer Schwerpunktbereiche.“¹³⁷ Die Nichtstrukturelle Arbeitsgruppe Übersiedlungersuchen wurde auf Befehl des Leiters der KD Halle gebildet und war dem zweiten stellvertretenden Leiter der Dienstseinheit unterstellt. Sie sollte die Überwachung von Übersiedlungersuchenden mit Hilfe von inoffiziellen Mitarbeitern und der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Halle koordinieren. Die Rekrutierung von IM's unter Antragstellern war ein schwieriges Unterfangen, da diese sich in weitestgehend homogenen Gruppen bewegten oder Einzelgänger waren. Die Erfassung von Übersiedlungersuchenden in Betrieben wurde über Betriebs- und Abteilungsleiter gewährleistet; das Eindringen in die private Sphäre über inoffizielle Kontakte war nahezu unmöglich, und wurde meist nur durch Telefon- und Postüberwachung realisiert. So wurde im Kontrollbericht der ZAIG vom November 1989 bemängelt, dass Mitarbeiter der NSAG Übersiedlungersuchen Informationen aus Kreisen von Ausreisewilligen nur über so genannte Kontaktpersonen erhielten, die nach einem gewissen Zeitraum ebenfalls in die BRD übersiedelten. Die Kontaktpersonen waren keine Kategorie inoffizieller Mitarbeiter; demzufolge gab es keinen formalen Vorgang der Registrierung und Überprüfung in den Karteien des MfS. Darin sah die ZAIG nach der Ausreise dieser Personen ein mögliche Gefährdung der inneren Sicherheit der KD Halle, da keine Übersichten über Kontaktpersonen und deren Verbindungsoffiziere wie über ehemalige IM's existierten.¹³⁸ Eine statistische Übersicht über den Stand der Zahl der Ausreiseanträge liefert ein Bericht der NSAG Übersiedlungersuchen aus dem September 1989. Mit dem Inkrafttreten einer neuen Reiseverordnung im November 1988 hatte sich die Zahl der Antragsteller enorm erhöht, obwohl in dieser Verordnung wiederum kein Recht auf Ausreise verankert war. „Mit dem Stichtag 19.09.89 ergibt sich auf dem Gebiet der Anträge auf ständige Ausreise (AstA) gemäß RVO vom 30.11.88 folgender Stand: 2588 Personen, davon treten 895 AstA erstmalig in Erscheinung. Während bei der letzten Berichterstattung (05.06.89) eingeschätzt wurde, daß

¹³⁶ Vergleiche: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. von der BStU, Abt. Bildung und Forschung, Reihe A: Dokumente 1/93, Berlin 1993, S. 28.

¹³⁷ Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 28.

¹³⁸ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, Anlage S. 1 – 4.

*die Erst-AstA nur 10 % der Gesamtzahl ausmachen, so stieg dieser Anteil auf 35,3 %.*¹³⁹ Dazu wurde bemerkt, dass die Anzahl der Anträge in direktem Zusammenhang mit der Fluchtbewegung von DDR-Bürgern über Ungarn in die BRD zusammenhängt und durch BRD-Medienberichterstattung befördert würde. Auch fruchteten die Einschüchterungstaktiken des MfS nicht mehr in gewünschtem Maße: *„Auch die Haltung und das Auftreten der Bürger in den Gesprächen mit den staatlichen Organen hat sich verändert. Sie treten bereits mit verhärteten Positionen auf und sind nicht gewillt, umfassende Gespräche zu führen. (...) Während in der Vergangenheit oftmals humanitäre Gründe vorgegeben wurden, verstärkt sich jetzt die Tendenz, daß die Bürger offen angeben, die DDR aus politischen Gründen verlassen zu wollen.“*¹⁴⁰ Allgemein ist der Tenor des Berichtes der Arbeitsgruppe im September 1989 von Pessimismus und Resignation geprägt, da Ansatzpunkte zur Zurücknahme von Ausreisearträgen – welche das Ziel der Bemühungen der Arbeitsgruppe darstellte – nicht erkennbar waren, und die Zahl zurückgenommener Anträge seit Januar 1989 lediglich 1 % aller registrierten Anträge ausmachten.

3.2.2. Leiter der KD Halle

Die jeweiligen Leiter der KD Halle hatten enge Verbindungen zu den territorialen Führungskräften von Staat und Partei. Sie waren Mitglieder der Kreisleitung der SED und der Kreiseinsatzleitung (KEL). Durch diese Personalunion waren sie als Führungskader des MfS in die politische Willensbildung der SED eingebunden. Der Leiter der KD musste regelmäßig dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung über die Lage in seinem Verantwortungsbereich berichten. Dafür griff er auf die Zuarbeit des Referates Auswertung und Information zurück, in welchem ein Mitarbeiter für die Verdichtung und Analyse aller wichtigen Informationen zuständig war. Die Informationsübermittlung erfolgte „unter Wahrung der Konspiration“, da es ein Grundsatz war, dass diese keine Rückschlüsse auf Interna des MfS zulassen durfte.¹⁴¹

MfS-übergreifend war die Kreiseinsatzleitung (KEL) das militärische Organ des Kreises zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand im Falle einer Kriegsgefahr. Laut Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates war der jeweilige 1. Sekretär der SED-Kreisleitung zugleich Vorsitzender der Kreiseinsatzleitung. Die KEL stellte die strukturelle Vernetzung von MfS, SED und Staat dar, indem Führungskräfte aus Verwaltung, Partei, Polizei, NVA und Staatssicherheit zusammenarbeiteten. Der Leiter der KD Halle als Mitglied der KEL hatte im Falle einer Mobilmachung innerhalb der Kreis-

¹³⁹ Berichterstattung zur Entwicklung der operativen Lage unter Antragstellern und Durchsetzung der DA 2/88, bei Einschätzung des zielgerichteten Einsatzes der Kräfte und Mittel zur Entwicklung operativer Materialien, In: Protokolle der kollektiven Beratungen mit Berichterstattung der Referatsleiter und Monatsberichte zur politisch-operativen Lage, 1988 – 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 24.

¹⁴⁰ Berichterstattung zur Entwicklung der operativen Lage unter Antragstellern, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 25.

¹⁴¹ Vergleiche: Clemens Vollnhals: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“, S. 121, 126.

dienststelle immer einen Führungsstab hinter sich, in dem der Beauftragte des Leiters federführend die Arbeit organisierte und mehrere Lageoffiziere und operativ-technische Einsatzkräfte anleitete.

Folgende MfS-Offiziere standen im Zeitraum von 1964 bis 1989 an der Spitze der KD Halle (bis 1973 KD Halle-Saalkreis):

- Paul Beck: 1964 – 1968
- Heinz Kamjunke: 1968 – 1971
- Günter Voßwinkel: 1972 – 1984
- Joachim Schmidt: 1984 – 1987
- Wolfgang Thomas: 1987 – 1990

Zu den Leitern der KD Halle-Saalkreis vor 1964 können keine Aussagen getätigt werden. Kurzbiografien sämtlicher Leiter sind in [Anlage 2](#) zu finden.

Gründe für die Ablösung von Oberstleutnant Schmidt nach der relativ kurzen Einsatzzeit von drei Jahren konnten nicht nachgewiesen werden. Zumindest ist ersichtlich, dass mit der Leitungstätigkeit von Oberstleutnant Thomas die operative Tätigkeit der KD Halle sich auf einigen Gebieten verbesserte (siehe Ausführungen zu den einzelnen Referaten der KD). Doch auf charakterlich-moralischem Gebiet offenbarten sich einige Schwächen, die offenbar selbst einem Mitarbeiter der KD über das tolerierbare Maß hinaus gingen und ihn zu einer anonymen Eingabe an den Minister für Staatssicherheit im Juni 1989 veranlassten. In der Anlage zum Bericht über den Kontrolleinsatz der ZAIG im November 1989 wird dazu Stellung genommen.¹⁴² Es ging zum einen um die Beschaffung von PKW für den Leiter und den stellvertretenden Leiter der KD Halle. Der Hinweis in der Eingabe, dass der Stellvertreter innerhalb kurzer Zeitabstände mehrfach einen PKW erhielt, konnte bestätigt werden. Dieser äußerte sich dazu, dass er Arbeitskontakte zum 1. Sekretär der Stadtbezirksleitung der SED Halle-Süd (Sitz des IFA-Vertriebes) unterhält und dieser über die vorzeitige Auslieferung von 200 PKW entscheiden könnte. So erhielten ein großer Teil der leitenden Mitarbeiter der KD Halle über diese Verbindung einen PKW. Weitere Vorwürfe gegen Oberstleutnant Thomas waren die Nutzung offizieller Arbeitsbeziehungen zur Beschaffung von Material zur Sanierung seiner Wohnung und den privaten Arbeitseinsatz von Mitarbeitern während der Dienstzeit. Die Beschaffung von Fleisch- und Wurstwaren im Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb Halle war ebenso gängige Praxis wie die generellen „Beschaffungstouren“ anderer Mitarbeiter, die teilweise im Vordergrund der Aufgabenerfüllung standen und vom Leiter toleriert wurden. Das Geflecht von legalen Privilegien und missbräuchlicher Ausnutzung der Machtpositionen war ohnehin ein wesentlicher Faktor in der Lebenswelt des MfS, wie

¹⁴² Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 4.

Jens Gieseke in seiner Untersuchung zu den hauptamtlichen Mitarbeitern feststellte.¹⁴³ Dass besonders die Leiter der Kreisdienststellen durch ihre engen Verbindungen innerhalb des Territoriums große Spielräume hatten, beweist die o.a. anonyme Eingabe. Sie konnten sich einer Kontrolle leichter entziehen und genossen oftmals eine nahezu unantastbare Position innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches. Belegt ist, dass vom 1. Sekretär der SED-Kreisleitung nach der Ernennung von Oberstleutnant Thomas veranlasst wurde, dass sie gemeinsam Schwerpunktbetriebe des Territoriums zu einer Vorstellungsrunde aufsuchten. Dies diente mit Sicherheit auch der Knüpfung von Kontakten, die in der Zukunft umfangreiche Bereicherungs- und Begünstigungspraktiken zuließen und auch das Beziehungsgefüge des 1. SED-Sekretärs absicherten. Konsequenzen von Seiten der ZAIG hatten nach Bekannt werden der Vorwürfe die betroffenen Mitarbeiter nicht mehr zu erwarten, da das MfS im November 1989 bereits um das Überleben kämpfte. So legten die Kontrolloffiziere nach einer Aussprache lediglich fest, dass die unrechtmäßige Nutzung der offiziellen Arbeitskontakte umgehend einzustellen sei.

3.2.3. Beauftragter des Leiters

Beauftragter des Leiters war von 1974 bis 1990 Major Helmut Kersten. Seine Kurzbiografie ist in [Anlage 2](#) nachzulesen.

Der Beauftragte des Leiters war die rechte Hand des Leiters der Kreisdienststelle. Er wurde eingesetzt, um den Leiter der KD zeitlich zu entlasten, damit dieser sich mit Grundsatzfragen und der Anleitung der Referatsleiter und operativen Mitarbeiter beschäftigen konnte. Der Beauftragte des Leiters war zuständig für die Gewährleistung der Einstellung von „Nachwuchskadern“, für die ständige Aktualisierung der Dokumente zum Auslösen einer Stufe der Verteidigungsbereitschaft und die Zuarbeit auf diesem Gebiet für die Arbeitsgruppe des Leiters der Bezirksverwaltung (AGL). Weiterhin unterstützte er die Arbeit des Leiters der KD in der Kreiseinsatzleitung (KEL) und war somit zuständig für die Mobilmachung im Verteidigungsfall. Ihm unterstellt war der Wach- und Sicherungsdienst der Kreisdienststelle, für dessen Anleitung und Kontrolle er verantwortlich zeichnete.¹⁴⁴

In den überlieferten Unterlagen der KD befindet sich eine Vielzahl von Dokumenten des Kennziffernplanes für den Verteidigungsfall, welche immer auf dem aktuellsten Stand gehalten wurden und Zeugnis von der akribischen Arbeit des Beauftragten des Leiters geben. Der Kennziffernplan war in der Kategorie „Geheime Verschlussache“ eingeordnet und stellte das wichtigste Leitungsdokument in der Mobilmachungsarbeit und –planung der Kreisdienststelle dar. Jährlich verfasste der Beauftragte des

¹⁴³ Siehe: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950 - 1989/90/ Berlin 2000 (Analysen und Dokumente; Bd 20), S. 442 ff.

¹⁴⁴ Vergleiche: Referat Mielkes zur weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen vom Aug. 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790, 151 f.

Leiters einen Bericht über den aktuellen Stand der Einsatz- und Mobilmachungsbereitschaft.¹⁴⁵ Es gab drei Stufen der Einsatzbereitschaft: erhöhte Einsatzbereitschaft, Einsatzbereitschaft bei Kriegsgefahr, volle Einsatzbereitschaft. Die Arbeitsgruppe des Leiters der Bezirksverwaltung Halle, für die der Beauftragte des Leiters der KD Halle Zuarbeiten leistete, hatte die federführende Verantwortung für die Mobilmachung innerhalb der Bezirksverwaltung. Sie war verantwortlich für die Einrichtung und Wartung von Schutzbauten, für die Vorbereitung "spezifisch-operativer Maßnahmen" einschließlich Planungen hinsichtlich Verhaftung, Internierung und Isolierung sowie für die Erarbeitung und Bereitstellung von Dokumenten zur Unterstützung der Tätigkeit der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Deutschen Volkspolizei (DVP). Da die Kreisdienststelle Halle regional für die Stadt Halle zuständig war, kam ihr bei der Vorbereitung für den Verteidigungsstand eine zentrale Bedeutung zu. Eine Übersicht zu ihren Hauptaufgaben in einer eventuell auftretenden Spannungsperiode bzw. im Verteidigungszustand ist aus dem Januar 1989 überliefert¹⁴⁶ ([Anlage 3](#)), die Details dazu sind im Kennziffernplan ausgewiesen¹⁴⁷.

3.2.4. Mitarbeiter

Im Befehl Nr. 37/73 des Ministers für Staatssicherheit zur Umstrukturierung der KD Halle ([Anlage 1](#)) wurden 51 Planstellen bestätigt, die sich aus 42 Planstellen der bisherigen KD Halle-Saalkreis und 9 neu zur Verfügung gestellten Planstellen zusammensetzten. In einem Auskunftsbereich des Leiters der KD Halle aus dem Jahr 1982 sind Planstellen mit einem Soll von 60 angegeben, die aber insgesamt nur mit 54 Mitarbeitern besetzt waren. Davon waren einschließlich des Leiters 33 Mitarbeiter mit der Führung von inoffiziellen Mitarbeitern beschäftigt. Diese Zahl erhöhte sich – in Auswertung von Kontrollberichten von übergeordneten Dienststeinheiten und der Mitarbeiterpersonendossiers – bis 1989 auf insgesamt 97 Mitarbeiter (Leitungspersonal, operative Mitarbeiter, Mitarbeiter des technischen und Sicherungsbereiches, OibE und hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter). Demnach hatte sich die Zahl der Mitarbeiter, auch der IM-führenden, innerhalb von sieben Jahren fast verdoppelt. Alle getroffenen Aussagen zu den Mitarbeitern beziehen sich auf die KD Halle ab 1973. Da während der Umstrukturierung eine Aufteilung der Mitarbeiter auf die KD Halle, die KD Saalkreis und die KD Halle-Neustadt erfolgte, kann eine detaillierte Aussage zur Entwicklung der Mitarbeiterzahl vor 1973 nicht getroffen werden. Aus dem Befehl des Ministers zur Umstrukturierung ist lediglich zu entnehmen, dass die KD Halle-Saalkreis vor dem November 1973 über 65 Mitarbeiter verfügte. Zur Aufteilung der Mitarbeiter auf die einzelnen Referate wurden bereits im Kapitel 3.2.1. Aussagen getroffen.

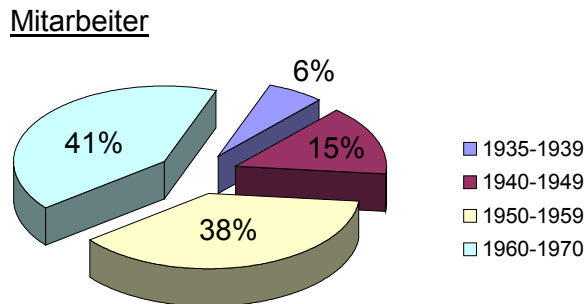
¹⁴⁵ Siehe Beispiel: Bericht des Beauftragten des Leiters über den Stand der Einsatz- und Mobilmachungsbereitschaft der KD Halle, 1987, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 914.

¹⁴⁶ Hauptaufgaben der Dienststeinheit in Spannungsperioden und im Verteidigungszustand v. 24.01.1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 781.

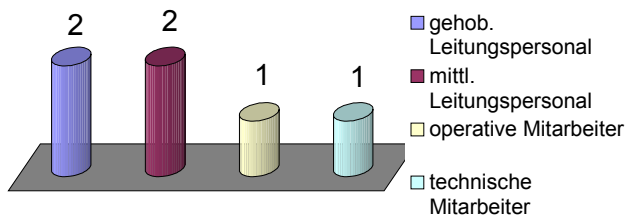
¹⁴⁷ Siehe Sachakten der KD Halle zum Kennziffernplan: u.a. BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 610; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 188; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 914.

Altersstruktur

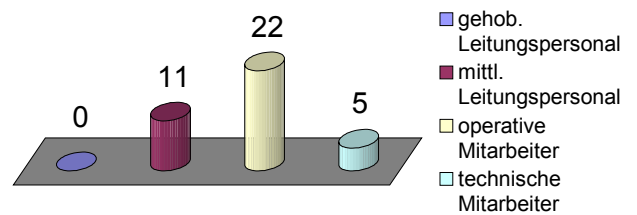
Die KD Halle war 1989 eine „junge“ Dienstseinheit. Der älteste Mitarbeiter war Geburtsjahrgang 1935, der jüngste Jahrgang 1970. Aus der Auswertung der Personendossiers der Mitarbeiter ergibt sich folgender Stand:



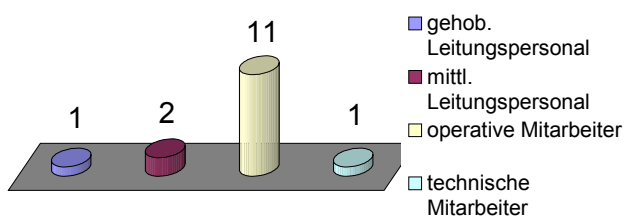
Jahrgang 1935-1939



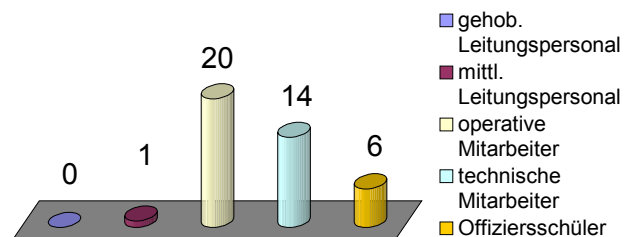
Jahrgang 1950-1959



Jahrgang 1940-1949



Jahrgang 1960-1969



(technische Mitarbeiter = Wach- und Sicherungskräfte, Verwaltungspersonal)

So waren Ende 1989 fast 80 % aller Mitarbeiter der KD Halle jünger als 40 Jahre, davon 41 % jünger als 30 Jahre. Ersichtlich ist auch, dass die Posten des 1. und 2. Stellvertreters des Leiters der KD und der des Beauftragten des Leiters mit älteren Mitarbeitern besetzt waren, da hier offensichtlich der Dienstgrad und die Jahre der MfS-Zugehörigkeit Voraussetzung waren. So war der 1. Stellvertreter, Oberstleutnant Grauert, Geburtsjahrgang 1939 und seit 1962 Angehöriger des MfS. Der 2. Stellvertreter, Major Hofmann, Geburtsjahrgang 1943, war seit 1964 hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter. Major Kersten, Beauftragter des Leiters, entstammte dem Jahrgang 1936 und war mit dem Einstellungsjahr 1960 der dienstälteste Mitarbeiter der KD Halle. Referatsleiter sowie stellvertretende Referatsleiter,

also Mitarbeiter der mittleren Leitungsebene, konzentrierten sich vor allem in der Gruppe der 30- bis 40jährigen. Operative Mitarbeiter waren über alle Jahrgänge verteilt, wobei wiederum die jüngeren Jahrgänge ab 1950 überwogen. Da die Entwicklung im MfS zumeist mit dem Dienst in einer Wach-einheit begann, finden sich die jüngsten Mitarbeiter im Bereich des Wach- und Sicherungsdienstes, bzw. sind Offizierschüler im studienvorbereitenden Jahr oder bereits im Studium an einer zivilen Hochschule/Universität oder an der Juristischen Hochschule des MfS.

Bildungsstand

Von den 97 Mitarbeitern hatten 27 Abitur, das entsprach einem Anteil von ca. 28 %. Davon hatten 11 Mitarbeiter an einer zivilen Hochschule oder Universität studiert, und 5 Mitarbeiter absolvierten die Hochschule des MfS ¹⁴⁸ bzw. die Offiziershochschule des MdI. Weitere 4 Mitarbeiter mit Abitur hatten eine Fachschulausbildung innerhalb des MfS absolviert.

Von allen Mitarbeitern verfügten insgesamt 19 Mitarbeiter über eine Universitäts- oder Hochschul-ausbildung (davon 12 zivil und 7 MfS- bzw. MdI-intern), und 37 Mitarbeiter über eine Fachschulausbildung (davon 10 zivil und 27 MfS- bzw. MdI-intern). So verfügten in der KD Halle 56 Mitarbeiter über eine Hoch- oder Fachschulausbildung (57 % der Mitarbeiter). Dieser Anteil ist überdurchschnittlich hoch. Statistiken des MfS zum Gesamtbestand der Mitarbeiter des MfS und ihrem Anteil an einer Hoch- und Fachschulausbildung weisen für 1988 einen Prozentsatz von 27 % aus. ¹⁴⁹ Der Anteil der Mitarbeiter mit einer Ausbildung an der Fachschule des MfS ist ebenfalls relativ hoch und weist auf die internen Anstrengungen des MfS hin, das Bildungsniveau der Mitarbeiter anzuheben. Seit Beginn der achtziger Jahre konnten neu eingestellte Abiturienten nach einem Jahr Einarbeitung in ihrer Dienstseinheit im vierjährigen Direktstudium an der Hochschule des MfS studieren. POS-Absolventen konnten ein dienstbegleitendes Fernstudium an der Fachschule des MfS absolvieren; das Direktstudium wurde eingestellt. Aber auch für zukünftige Mitarbeiter ohne Abitur war es möglich, ein Hochschulstudium zu absolvieren. Dazu kann man im Kaderprogramm der KD Halle nachlesen, dass „*klassenbewußte Arbeiterkader über den Weg eines einjährigen Vorbereitungslehrganges für das Hochschulstudium an der Hochschule des MfS und der Humboldt-Universität vorzubereiten sind.*“ ¹⁵⁰ Bedingung für diesen Bildungsweg war ein sehr guter Abschluss der POS und der Nachweis der Eignung des Kandidaten für den „politisch-operativen Dienst“.

¹⁴⁸ Für die fachliche Aus- und Fortbildung gründete das MfS 1951 eine eigene Ausbildungsstätte in Potsdam-Eiche. 1965 erhielt die Schule den Status einer Hochschule. 1968 wurde der „Juristischen Hochschule“ förmlich das Promotionsrecht verliehen, ab 1981 konnten MfS-Offiziere an ihr auch die Promotion B erwerben. Es gab die Sektionen Marxismus-Leninismus und Rechtswissenschaft und die Sektion „Politisch-operative Spezialdisziplin“. Fast 500 Offiziere wurden bis 1989 zum Dr. jur. (Promotion A) bzw. zum Dr. sc. Jur. (Promotion B) gekürt. Ihre akademischen Titel dürfen sie bis heute führen. Quelle: Vollnhals, Clemens: Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 504 f.

¹⁴⁹ Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, S. 426.

¹⁵⁰ Kaderprogramm der KD Halle für den Zeitraum 1987 bis 1990, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 531, Anlage 11, S. 2.

Rückstände in den geforderten Qualifizierungsabschlüssen für bestimmte Dienststellungen konnten trotzdem nicht aufgeholt werden. So beklagte die Hauptabteilung Kader und Schulung in ihrem Kontrollbericht an die ZAIG im November 1989, dass in der KD Halle trotz laufender Qualifizierungsmaßnahmen der Bildungsbedarf in der Hochschulausbildung nicht erreicht wurde.¹⁵¹ Das Studieren an zivilen Universitäten oder Hochschulen war im gesamten MfS eher die Ausnahme. In der KD Halle liegt der Anteil der zivilen Abschlüsse bei insgesamt 11 Mitarbeitern wiederum über dem Durchschnitt, allerdings entfällt ein Teil davon auf den halbdienstlichen Kriminalistik-Studiengang an der Humboldt-Universität in Berlin. Der Leiter der Hauptabteilung Schulung warnte 1983 vor einer „*vorhandenen übermäßigen Konzentration von Delegierungen an zivile Hochschulen (...), da eine derartige Qualifizierung Spezialisten vorbehalten bleiben sollte*“, und hob die interne Hochschule als das „*politisch-operative Bildungszentrum*“ des MfS hervor.¹⁵²

Bemerkenswert ist, dass die Stellvertreter des Leiters und der Beauftragte des Leiters lediglich über eine MfS-interne Fachschulausbildung verfügten. Das MfS beklagte Ende der achtziger Jahre die Rückstände in der Hoch- und Fachschulqualifizierung der Mitarbeiter in leitenden Stellungen. So verfügte nur ein geringer Prozentsatz über den geforderten Hochschulabschluss. Um die angestrebten Quoten zu erreichen, konzentrierte sich die Staatssicherheit auf die Fachschulabschlüsse der Berufsoffiziere und verfuhr dabei großzügig mit älteren Offizieren in leitender Stellung. Diesen wurde „extern“ der Fachschulabschluss verliehen; der Besuch eines Grundlehrganges in ihrer Fachrichtung war dafür nicht einmal Voraussetzung. Ohnehin war die Offiziersausbildung auf die Laufbahn des Abschlusses der 10. Klasse, einer Facharbeiterausbildung und der internen Fachschulausbildung fokussiert.

Frauen

Der Frauenanteil innerhalb des Mitarbeiterstammes war – wie im gesamten Staatssicherheitsapparat – sehr gering. Von 97 Mitarbeitern waren 14 Frauen, das entsprach einem Anteil von ca. 15 %. 12 Frauen waren als Sekretärinnen, Schreibkräfte und Raumpflegerinnen beschäftigt und hatten Dienstgrade vom Feldwebel bis zum Leutnant inne. Eine Mitarbeiterin war im Referat Sicherheitsüberprüfungen als operativ-technischer Mitarbeiter beschäftigt und besaß den Dienstgrad eines Oberleutnants. Im Offiziersrang als Hauptmann befand sich lediglich eine Mitarbeiterin, welche als Auswerterin im Referat Auswertung/Information eingesetzt war. Frauen als IM-führende Mitarbeiter gab es nicht; generell galten im MfS Frauen als ungeeignet zum Führen von IM. Im Kaderprogramm der KD Halle für den Zeitraum bis 1990 ist ausdrücklich vermerkt, dass „*verantwortungsbewußt zu prüfen ist, welche Planstellen mit weiblichen Angehörigen besetzt werden können, um männliche Angehörige für IM-*

¹⁵¹ Kontrolleinsatz der ZAIG, BStU, ZA, MfS ZAIG 13960, S. 5.

¹⁵² HA KuSch, Leiter: „Referat auf der Dienstbesprechung am 5.4.1983 mit den Leitern der Bereiche, Abteilungen und Arbeitsgruppen der HA Kader und Schulung, der Abteilungen Kader und Schulung sowie der Abteilungen Kader der Hochschule und des Wachregiments Berlin zur Auswertung der erweiterten Kollegiumssitzung vom 4.3.1983“, BStU, ZA, HA KuSch 219, In: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, S. 427.

führende Bereiche und Aufgaben mit höheren physischen und psychischen Belastungen freizusetzen.“

153

Trotz eines insgesamt hohen Qualifizierungsstands der Mitarbeiter der KD Halle kann eingeschätzt werden, dass die dem gegenüberstehenden Arbeitsergebnisse nicht den geforderten Erwartungen vorgesetzter und kontrollierender Dienstseinheiten entsprachen. Der hohe Anteil der internen Ausbildung erscheint bedenklich hinsichtlich der Qualität der erreichten Abschlüsse und lässt eine eingeschränkte, ganz auf „tschekistischen“ Werten beruhende Weltansicht der Mitarbeiter der KD Halle vermuten. Diese versetzte sie keineswegs in die Lage, gesellschaftliche Prozesse zu steuern, sondern zementierte ein Freund-Feind-Bild in ihrer kleinen, engen Welt.

4. Die Überlieferungslage der Akten der KD Halle

4.1. Zugang ins Archiv

Am 9. Dezember 1989 erließ General Schwanitz, Leiter des seit 17. November bestehenden Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS), den Befehl zur sofortigen Auflösung aller Kreisämter und Objektdienststellen. So war die ursprüngliche Planung der Einrichtung von „Außenstellen der Bezirksämter“ hinfällig geworden und das Ende aller 23 im ehemaligen Bezirk Halle bestehenden Kreisämter und der drei Objektdienststellen eingeleitet.¹⁵⁴ Noch zwei Wochen zuvor hatte der Leiter des Bezirksamtes Halle mit einem Fernschreiben an die Kreisämter versucht, den schon auftretenden Spekulationen über eine Schließung entgegenzuwirken.¹⁵⁵

Die Akten der KD Halle wurden am 12. Dezember 1989, zusammen mit den Akten der anderen Kreisdienststellen, in die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS „Roter Ochse“, am Kirchtor, transportiert und dort vorläufig eingelagert. Im Auflösungsprotokoll des Kreisamtes Halle ist vermerkt, dass zwischen 8:30 Uhr und 10:36 Uhr der Transport des Schriftgutes vom Dienstgebäude des Kreisamtes in der Ludwig-Stur-Straße in die Untersuchungshaftanstalt erfolgte.¹⁵⁶ Bis zum 12. Dezember 1989 war die Einlagerung der Akten sämtlicher Kreisämter und Objektdienststellen abgeschlossen.

Um die Kontrolle des sich in Auflösung befindlichen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit zu gewährleisten, wurde in Halle am 11. Januar 1990 die „Autorisierte Gruppe des Runden Tisches“ gebildet. Deren erster Beschluss lautete, das gesamte operative und dienstliche Schriftgut der Abteilungen

¹⁵³ Kaderprogramm der KD Halle für den Zeitraum 1987 bis 1990, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 531, S. 4.

¹⁵⁴ Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), BF informiert 13, Berlin 1996, S. 50 f.

¹⁵⁵ Fernschreiben des Leiters des BafNS Halle an die Leiter der Kreisämter zu Spekulationen hinsichtlich der Schließung der Kreisämter, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 872.

¹⁵⁶ Auflösungsprotokolle der Kreisämter und Objektdienststellen im Bereich des BafNS Halle, 11. – 13.12.1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 2172, Bl. 9.

des ehemaligen Bezirksamtes in das Gebäude RE 80 am Gimritzer Damm zu verbringen.¹⁵⁷ Am 6. März wurde mit der Beräumung des sich im Objekt Kirchtor befindlichen Schriftgutes der ehemaligen Kreisämter und Objektdienststellen begonnen und die Einlagerung ebenfalls in das Gebäude RE 80 vorgenommen.¹⁵⁸ Diese Aktion war am 19. März 1990 abgeschlossen.

Wann genau die Akten des ehemaligen Kreisamtes Halle in das Gebäude RE 80 verbracht wurden, ist nicht mehr zu ermitteln. Laut Bericht des Bezirksarbeitsstabes Halle des Komitees zur Auflösung des ehemaligen AfNS vom 19. März 1990 war nun das gesamte Schriftgut des ehemaligen Bezirksamtes Halle sowie der Kreisämter und Objektdienststellen in 95 Räumen des Gebäudes RE 80 eingelagert und gesichert.¹⁵⁹ Weiteren Berichten des Bezirksarbeitsstabes ist zu entnehmen, dass in Folge mit der Sichtung und Vorsortierung des eingelagerten Archiv- und Schriftgutes begonnen wurde, „*vor allem unter dem Gesichtspunkt vorbereitender Maßnahmen zur Herstellung einer die ständige Zugriffsfähigkeit sichernden Erfassung und Ablage (...)*“.¹⁶⁰

Mehrfache Umlagerungen des Schriftgutes innerhalb des Gebäudes RE 80, welches ab 1991 Sitz des Außenarchivs Halle der Behörde des Sonderbeauftragten, ab 1992 der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten wurde, waren bedingt durch die stetige Zunahme der Mitarbeiter und der schrittweisen Durchführung von Sanierungsmaßnahmen. Bis zur Einlagerung in die neu gebaute Archivhalle der Außenstelle Halle im Jahre 1996, befanden sich die Unterlagen der ehemaligen Kreisdienststelle Halle (dann bereits grobgesichtet¹⁶¹) verteilt auf mehreren Räumen im Keller und in der ersten Etage des Dienstgebäudes. Ab 1996 war es zum ersten Mal möglich, die Akten archivgerecht und geordnet in einem klimatisierten Magazin zu lagern.

4.2. Der Akten- und Karteibestand der KD Halle

Der Bestand der Kreisdienststelle Halle umfasst 58 lfm (laufende Meter) und setzt sich aus verschiedenen Kategorien von Akten, Karteien, Bild- und Tondokumenten und anderem Material zusammen. Nicht in dieser Zahl enthalten sind die vom MfS archivierten Akten der KD Halle.

Aktive registrierte Akten

Bei diesen Akten handelt es sich um nicht archivierte, registrierte Personenakten, welche sich zur Zeit der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes noch in Bearbeitung durch die KD Halle befanden. Zu den

¹⁵⁷ Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“, S. 60 f.

¹⁵⁸ Fortschreibung des Berichtes zum Stand und zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk Halle vom 13.03.1990, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, BAfNS in Auflösung Sach 66.

¹⁵⁹ Fortschreibung des Berichtes zum Stand und zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk Halle vom 19.03.1990, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, BAfNS in Auflösung Sach 66.

¹⁶⁰ Fortschreibung des Berichtes zum Stand und zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk Halle vom 19.03.1990 und 30.07.1990, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, BAfNS in Auflösung Sach 66.

¹⁶¹ Erklärung: siehe Anmerkung 170.

Personen, zu denen die Akten angelegt wurden, lag in der zentralen Personenkartei F 16¹⁶² der Archivabteilung XII¹⁶³ der BV Halle eine „aktive“ Erfassung vor. Diese aktive Erfassung galt vor allem Personen:

- die IM (inoffizieller Mitarbeiter), GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) oder IM-Kandidaten waren,
- die in Operativen Vorgängen (OV) bearbeitet wurden,
- die unter einer Operativen Personenkontrolle (OPK) standen,
- oder die in Sicherungsvorgängen (SiVo) aufgenommen waren.

Andere Erfassungen wie die für Zelleninformatoren (ZI) oder Untersuchungsvorgänge (UV) waren für die Akten der KD Halle nicht relevant.

Vor einer geplanten Erfassung in der F 16 musste die KD Halle per Suchauftrag an die Abteilung XII prüfen lassen, ob die betreffende Person bereits durch eine andere Diensteinheit bearbeitet wurde, da grundsätzlich nur eine aktive Erfassung zulässig war. Die von der Abteilung XII mitgeteilte Registriernummer erhob die bis dahin gesammelten Informationen zu einer Person in einen offiziellen Status. Die dreigeteilte Registriernummer gab Auskunft über den Registrierbereich der zuständigen Archivabteilung XII, die laufende Nummer und die Jahreszahl.

Beispiel: VIII 154/78 – Die Registriernummer besagt, dass es sich um eine Akte handelt, die im Jahre 1978 mit der laufenden Nummer 154 in der Abt. XII der BV Halle registriert worden ist.¹⁶⁴

Die Registrierung der Akte erfolgte immer auf der Grundlage des vom Leiter der KD Halle bestätigten Beschlusses zum Anlegen eines Vorgangs. Sie bestand in der Anlage einer Karteikarte der Vorgangskartei F 22, auf der geheimzuhaltende Daten (wie z.B. die Vorgangsart, der Deckname, die zuständige Diensteinheit, der verantwortliche Mitarbeiter) und die Registriernummer eingetragen wurden. Die Übergabe des Vorgangs an den verantwortlichen operativen Mitarbeiter der KD Halle wurde im Vorgangsheft dokumentiert.

Durch Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes, welche bis 1992 bei der Sichtung und Ordnung der Unterlagen mithalfen, wurden die aktiven registrierten Vorgänge nach Diensteinheiten und innerhalb dieser chronologisch geordnet und damit der Überlieferungszusammenhang wiederhergestellt. Eine

¹⁶² F 16: Diese Kartei war der zentrale Datennachweis des MfS zu Personen. Handelte es sich um einen registrierten Vorgang, wurde auf der F 16 neben den Personengrunddaten nur die Registriernummer vermerkt. Mit Hilfe dieser Registriernummer konnten weitere Angaben in der Vorgangskartei F 22 ermittelt werden. Dies stellte eine geheimdienstlich verschlüsselte, zweistufige Nachweisführung dar. Die Besonderheit der F 16 in der ehemaligen BV Halle ist, dass sie nicht rein alphabetisch, sondern alphabetisch-phonetisch überliefert ist. Damit wurde der halleschen Aussprache Genüge getan und der Tatsache, dass die ersten Informationen zu Personen, beispielsweise bei Überwachungen, telefonisch übermittelt wurden.

¹⁶³ Aufgaben der Abt. XII: siehe Anmerkung 4.

¹⁶⁴ BV Halle = Registrierbezirk mit der römischen Zahl VIII.

Besonderheit im Archiv der Außenstelle Halle ist es, dass die aktiven registrierten Akten Teil des Bestandes der Dienstseinheiten bleiben. Ebenso gut wäre eine chronologische Ordnung aller registrierten Akten ohne Berücksichtigung der zuletzt führenden Dienstseinheit möglich gewesen, da jede Registriernummer nur einmal existiert. Der Zugriff auf die registrierten Akten der KD Halle ist somit ohne die Erstellung neuer Findhilfsmittel über die überlieferten Zentralen Karteien des MfS bereits seit 1991 gewährleistet.

Die insgesamt 591 aktiven registrierten Vorgänge haben einen Umfang von 29 lfm. Ein Vorgang besteht meist aus mehreren Akteneinheiten.

Vom MfS archivierte Akten

Aktive registrierte Akten wurden vom MfS archiviert, wenn beispielsweise die Zusammenarbeit mit einem IM eingestellt oder wenn das Ziel einer operativen Personenkontrolle erreicht wurde. Das bedeutete, dass in der Regel aus der „aktiven“ Erfassung einer Person dann eine „passive“ wurde, da der zugrunde liegende registrierte Vorgang abgeschlossen war. Die Akten zu diesen Personen gingen in den Bestand der Archivabteilung XII der BV Halle ein, nachdem sie eine Archivsignatur erhielten und die Archivierung in den Speichern der Abteilung registriert wurde.

Die Ablage der archivierten Akten erfolgte chronologisch innerhalb von Jahrgängen hintereinander, unabhängig von der Aktenkategorie und der aktenabgebenden Dienstseinheit. Lediglich an der Archivsignatur war zu erkennen, ob es sich beispielsweise um einen archivierten IM-Vorgang (AIM 34/87) oder um eine Akte zu einer archivierten operativen Personenkontrolle handelte (AOPK 179/79).

Die archivierten Vorgänge und Akten wurden von der Abteilung XII der BV Halle in folgenden Archivbeständen abgelegt: die Operative Hauptablage, die Personalaktenablage der ausgeschiedenen hauptamtlichen Mitarbeiter, die Akten der Staatsanwaltschaften, die Akten der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei und Teilablagen. Der größte Bestand ist die "Operative Hauptablage (Archivbestand 1)", der die Schriftgutkategorien der archivierten Untersuchungsvorgänge (AU), der archivierten Operativen Personenkontrollen (AOPK), der archivierten Operativen Vorgänge (AOP), der archivierten IM-Vorgänge und IM-Vorläufe (AIM), die archivierten GMS-Akten (AGMS), Material zu ehemals in Sicherungsvorgängen erfassten Personen bzw. anderes allgemeines Material über Personen (AP) und das archivierte Material zu ehemals KK-erfassten (in einer Kербlockkartei erfassen) Personen (AKK) enthält. In diesem Bestand befinden sich auch die archivierten Akten der KD Halle.

Auf Grund der besonderen Ablageordnung der Operativen Hauptablage können der Umfang und die Anzahl der archivierten Akten der KD Halle nicht exakt ermittelt werden. Dies wäre nur mittels einer Recherche in den Archivregistrierbüchern ¹⁶⁵, in der zentralen Kartei F 77 (Decknamenkartei) ¹⁶⁶, der

¹⁶⁵ 88 Archivregistrierbücher der Abt. XII der BV Halle, Umfang 2,40 lfm.

¹⁶⁶ F 77: Die Decknamenkartei war eine Übersicht über den Bestand der einzelnen Dienstseinheiten an registrierten Vorgängen. Die Kartei war für laufende Vorgänge nach Dienstseinheiten, innerhalb dieser nach

zentralen Kartei F 22 oder durch eine Auszählung in den Vorgangsheften der Mitarbeiter möglich. Durch den enorm hohen Zeitaufwand und den nicht nachvollziehbaren Nutzen für Erschließung und Informationsgewinnung ist dies jedoch nicht zu vertreten. Anhand des prozentualen Anteils der aktiven registrierten Akten der KD Halle am Gesamtbestand an registrierten Akten, kann der Umfang der archivierten Akten der KD Halle von ca. 83 lfm rein rechnerisch ermittelt werden.¹⁶⁷

ZMA und VSH-Kartei

Die Zentrale Materialablage (ZMA)¹⁶⁸ sowie der größte Teil der Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH-Kartei)¹⁶⁹ des Bestandes wurden vermutlich durch das MfS vernichtet. Die restliche VSH-Kartei mit sehr geringem Umfang, eine VSH-Kartei Löschaufträge sowie eine VSH-Kartei Reservekader zur personellen Ergänzung wurden durch Mitarbeiter der BStU geordnet und sind zugriffsfähig.

Andere Karteien

Während der Grobsichtung¹⁷⁰ der Unterlagen aufgefundene Karteien zu Personen wurden geordnet und sind über das Elektronische Personenregister EPR¹⁷¹ in die Auskunft zur Akteneinsicht einbezogen:

- Kartei zu Personen, die im Sicherungsvorgang VIII 820/85 erfasst wurden
- Kartei negativ-dekadenter Jugendlicher
- Kartei von Mitarbeitern der KD Halle (bis 1989 tätige und ehemalige Mitarbeiter)
- Kartei der zur Löschung vorgesehener Personen, die in einem Sicherungsvorgang erfasst sind
- Dokumentenkartei¹⁷²

Vorgangsarten und nach Decknamen geordnet (IM zusätzlich nach Kategorien); archivierte Vorgänge waren nur alphabetisch nach Decknamen geordnet. Die F 77 der ehemaligen BV Halle umfasst 13,30 lfm.

¹⁶⁷ Aktive registrierte Akten insgesamt = 721 lfm, Aktive registrierte Akten KD Halle = 29 lfm, entspricht 4 %. Operative Hauptablage = 2088 lfm, davon 4 % für die archivierten Akten der KD Halle = 83 lfm.

¹⁶⁸ ZMA: zentraler Speicher der jeweiligen Dienstseinheit, in dem die in der VSH-Kartei (siehe Anmerkung 169) gespeicherten Informationen in den im MfS üblichen Berichtsarten oder Schriftformen zugriffsbereit abgelegt sind. Der Aufbau der ZMA ist von der Ablageordnung abhängig. Es wird unterschieden in Ablage nach laufenden Nummern, Ablage nach Personen (alphabetisch) und Ablage nach politisch-operativen Problemen. Je nach Ablageordnung kann der Zugriff direkt oder über den jeweiligen Speicher erfolgen. Aus: Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 250. – Anhand von in den Akten aufgefundenen Teilen der ZMA der KD Halle ist ersichtlich, dass diese mit numerischen Signaturen versehen war.

¹⁶⁹ VSH-Kartei (Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei): manueller Informationsspeicher in operativen Dienstseinheiten zur lückenlosen Erfassung aller Personen, über die operativ bedeutsame Informationen vorliegen. Sie ist in allen Kreisdienststellen/Objektdienststellen (...) zu führen. Aus: Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 449.

¹⁷⁰ Von 1994 bis 1998 wurden in der ASt Halle alle noch unerschlossenen Unterlagen vor ihrer Verzeichnung in einem Schnelldurchlauf grob gesichtet, d. h. der Inhalt wurde grob erfasst und auf Listen nachgewiesen. Ziel war es, strafrechts- und sicherheitsrelevante Unterlagen herauszufiltern und für Rehabilitation und Forschung zur Verfügung zu stellen.

¹⁷¹ Erläuterungen zum EPR siehe Kapitel 6.2.

Der Umfang der Karteien beträgt insgesamt 0,50 lfm.

Sachlich erschlossene Unterlagen der Dienstseinheiten¹⁷³

Sachakten sind nach sachlichen Kriterien verzeichnete Unterlagen der ehemaligen KD Halle. Bei diesen Unterlagen handelt es sich um Schriftgut, das sich bei Auflösung des MfS unmittelbar im Gebäude der KD Halle in den Büros der Mitarbeiter befand. In Bündel geschnürt und in Kartons verpackt, wurde es sichergestellt. (siehe auch Kapitel 4.1.) Dieser gesamte Bestand war bei der Gründung der Behörde der BStU aus archivarischer Sicht ungeordnet und stand daher zunächst für Recherchen nicht zur Verfügung.

Die Sachakten der KD Halle wurden in den Jahren 2002 bis 2004 erschlossen und sind in einem Umfang von 27 lfm mit insgesamt 1522 Verzeichnungseinheiten vorhanden. Sie können derzeit über das Recherchemodul des Sachaktenschließungsprogramms in die Beauskunftung einbezogen werden.

Personendossiers

Die Personendossiers der zuletzt in der KD Halle tätigen Mitarbeiter wurden direkt in der Dienstseinheit geführt und stellen im Prinzip Nebenakten zu den in der Abteilung Kader und Schulung der BV Halle angelegten Personalakten dar. Sie enthalten Teile der Personalakte in Kopie, aber auch originale Schriftstücke zu internen Vorgängen innerhalb der Dienstseinheit, welche den entsprechenden Mitarbeiter betrafen. Es handelt sich dabei um Beurteilungen, Nachweise zu Beförderungen und Auszeichnungen, den Lebenslauf, eine Verwandtenaufstellung und ein Formblatt zu den Tätigkeiten vor Einstellung in das MfS, zur Laufbahnentwicklung innerhalb des MfS, der Ausbildung und Qualifizierung des Mitarbeiters.

Personendossiers als gleichförmige Massenakten wurden mit Sachaktensignaturen versehen; die Personendaten der Mitarbeiter sind im Elektronischen Personenregister (EPR)¹⁷⁴ erfasst. Über diese Erfassung erfolgt der Zugang zu den Akten.

Bild- und Tondokumente

Fotopositive und Negative, die Bestandteil einer Sachakte waren, wurden dieser nicht entnommen. Hinweise darauf erfolgten im Enthält-Vermerk zum Aktentitel.

Als lose Bilddokumente sind lediglich Negativstreifen mit Dokumentationsmaterial der Zivilverteidigung überliefert. Aus diesen wurden 12 Fotosachakten gebildet.

¹⁷² Dokumentenkartei: Kartei im Format A 4, auf der Informationen zu einer bestimmten Person zusammengeführt und in Schlagworten festgehalten wurden. Die Karteikarte war in 4 Felder eingeteilt; Teil I und II enthielten die Daten zum Sachverhalt, Teil III zur Person, Teil IV zur Erfassung und Bearbeitung.

¹⁷³ Im Folgenden als „Sachakten“ bezeichnet.

¹⁷⁴ Erläuterungen zum EPR siehe Kapitel 6.2.

4 Tonbandkassetten und 3 Spulentonbänder wurden von der dafür zuständigen Fachabteilung in der Zentrale der BStU erschlossen und im Erschließungsprogramm SAE verzeichnet. Sie enthalten im Wesentlichen Vorträge zu gesellschaftspolitischen Themen und Beiträge über rückkehrwillige, in die BRD ausgereiste DDR-Bürger und haben insofern keinen direkten Bezugspunkt zur Tätigkeit der KD Halle.

Karten

Karten sind zum einen als Bestandteil von Sachakten, zum anderen als einzelne Karten vorhanden.

Die Erschließung der lose überlieferten Karten in einer Kartensammlung wird erst erfolgen, sobald im Sachaktenererschließungsprogramm der BStU in der entsprechenden Hinterlegungstabelle der Zusatz „Kartensammlung“ auch für die Außenstellen programmiert wird. Der Umfang des Kartenmaterials der KD Halle beträgt ca. 7 lfm.

Topographische Karten, welche als Anlagen zum Kennziffernplan für den Verteidigungsfall fungieren und handschriftliche Eintragungen aufweisen, wurden bereits als Sachakte verzeichnet. Weitere Karten als fester Bestandteil einer Verzeichnungseinheit wurden in dieser belassen und im Enthält-Vermerk zum Aktentitel aufgeführt.

Zusammenfassende Angaben zum Bestand der KD Halle finden sich in [Anlage 4](#).

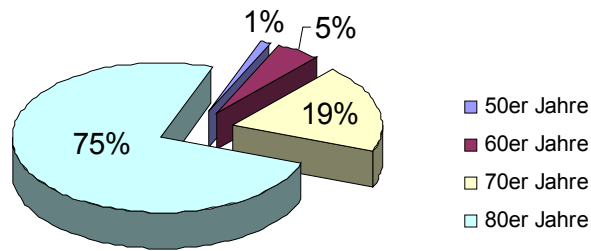
4.3. Zeitlicher Umfang

Sachakten

Der zeitliche Umfang der Unterlagen erstreckt sich auf die Jahre von 1951 bis 1990, wobei den Schwerpunkt der Überlieferung die 80er Jahre bilden. Aus den 50er und 60er Jahren sind vor allem Grundsatzdokumente des Ministeriums des Innern und anderer Ministerien zur Regelung innerdeutscher Probleme überliefert. Schwerpunkt in den 70er Jahren bilden Sicherheitsüberprüfungen zu Angehörigen und Bewerbern der Deutschen Volkspolizei (DVP) und zu Angehörigen der Kampfgruppen und die Zusammenarbeit mit dem Kommissariat I der Kriminalpolizei, welche bis zum Ende der Überlieferung fortgeführt wurden. Inhaltliche Schwerpunkte in den 80er Jahren liegen bei der Berichterstattung zu Übersiedlungersuchenden, auffälligen Jugendlichen und zu Störfällen in der Volkswirtschaft. Auffallend ist die zahlreiche Überlieferung von dienstlichen Bestimmungen des MfS, der BV Halle und des Ministeriums des Innern (MdI) sowie in großem Umfang von Teilen des Kennziffernplanes für den Verteidigungsfall.

Die prozentuale Aufteilung der Unterlagen auf den genannten Zeitraum gestaltet sich folgendermaßen:

Prozentuale Aufteilung der Unterlagen



In Anwesenheitslisten der Mitarbeiter der Kreisdienststelle stammt die letzte Datierung aus dem Februar 1990. Das ist umso erstaunlicher, da das Schriftgut der KD Halle laut Auflösungsprotokoll des Kreisamtes bereits am 12. Dezember 1989 in die ehemalige Haftanstalt „Roter Ochse“ verbracht wurde. Möglich wäre, dass einzelne Mitarbeiter der KD Halle noch über diese Zeit hinaus für die Objektsicherung des Dienstgebäudes eingesetzt waren und das in diesem Zusammenhang entstandene Schriftgut im Nachhinein dem Aktenbestand der KD Halle zugeordnet wurde.

Aktive registrierte Vorgänge

Auf Grund der Tatsache, dass im Jahr 1960 sämtliche, sich in den Archivabteilungen des MfS befindlichen aktiven registrierten Vorgänge umregistriert wurden, weist auch der älteste registrierte Vorgang der KD Halle eine Signatur aus dem Jahr 1960 auf (VIII 1486/60). Die ersten Schriftstücke aus dieser Akte stammen jedoch aus dem Januar 1956. Die letzte registrierte Akte aus dem Jahr 1989 umfasste den Zeitraum von September bis November 1989; das darin zuletzt vermerkte Datum ist der 14. November 1989. (VIII 2313/89)

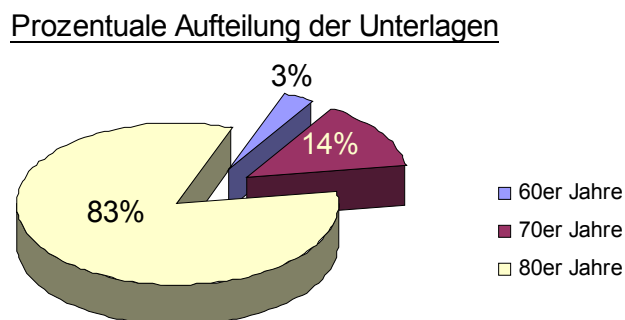
Bei den wenigen, mit einer 60er Signatur versehenen Vorgängen (16) ist ein inhaltlicher Schwerpunkt nicht zu erkennen. Es gab Anwerbungen von inoffiziellen Mitarbeitern in Betrieben, unter Jugendlichen, innerhalb der Kirche und des Bildungswesens. Anzumerken ist, dass die danach als IM verpflichteten Personen über einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren für das MfS tätig waren. Nur acht von ihnen arbeiteten über den gesamten Zeitraum mit der KD Halle zusammen, die andere Hälfte wurde zuvor von anderen Dienststeinheiten der BV Halle oder auch anderer Bezirksverwaltungen geworben.

In den 70er Jahren liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf der Gewinnung von inoffiziellen Mitarbeitern in Betrieben der Volkswirtschaft zur Kontrolle deren Wirtschaftsbeziehungen mit Firmen in der BRD, welche seit Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zwischen DDR und BRD im Jahre 1973 stetig ausgebaut wurden. Auffällig ist auch die Zahl der geworbenen IM's in medizinischen Einrichtungen, sowohl unter Ärzten als auch unter mittlerem medizinischen Personal. Offensichtlich ist auch die Schaffung einer breiten IM-Basis innerhalb der in Halle ansässigen Kampfgruppeneinheiten. Hierzu wurden zahlreiche Akten angelegt.

Der Schwerpunkt der 80er Jahre liegt eindeutig bei der Werbung von inoffiziellen Mitarbeitern in Betrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen. Es handelte sich meist um Personen in leitenden Funktionen, um NSW-Reisekader und Ingenieure in den Forschungsabteilungen großer Betriebe. Die

Erfüllung von Exportplänen, die Überwachung der Außenwirtschaftsbeziehungen ins sozialistische und vor allem nichtsozialistische Ausland und die Informationsgewinnung über wichtige Forschungsprojekte, insbesondere im Bereich der so genannten „Schlüsseltechnologie“, waren für die KD Halle von großem Interesse. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Gewinnung von inoffiziellen Mitarbeitern, um Einblick in die Aktivitäten von Übersiedlungersuchenden zu erhalten und die Überwachung von Übersiedlungersuchenden in operativen Personenkontrollen und operativen Vorgängen. Auch zur Gewinnung von IM's innerhalb des Rates der Stadt Halle und in den verschiedenen Abteilungen des Volkspolizeikreisamtes sind eine Vielzahl von registrierten Akten angelegt worden. Vom Ende der 80er Jahre sind zahlreiche GMS-Akten überliefert, in denen die Werbung von Jugendlichen zur inoffiziellen Arbeit vor ihrer Einstellung in das Wachregiment des MfS mit dem Ziel einer späteren hauptamtlichen Tätigkeit im MfS dokumentiert ist.

Die prozentuale Aufteilung der Unterlagen auf den genannten Zeitraum gestaltet sich folgendermaßen:



Von den bei der Auflösung der KD Halle noch geführten IM's sind 3 % in den 60er Jahren, 17% in den 70er Jahren und 80 % in den 80er Jahren zur inoffiziellen Zusammenarbeit geworben worden.

Dass die größte Anzahl der IM-Akten aus den 80er Jahren stammt, ist mit der Tatsache zu erklären, dass die Zusammenarbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern meist nur über einen begrenzten Zeitraum lief und eine Laufzeit über mehr als zehn Jahre eher die Ausnahme war. Nach dem Einstellen der Zusammenarbeit – aus verschiedenen Gründen – wurden die Akten archiviert oder an andere Dienststellen abgegeben. Daher kann im Rahmen dieser Arbeit keine Aussage darüber getroffen werden, wie viele IM-Akten die KD Halle insgesamt über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens geführt hat.

Ähnliches gilt für OPK- und OV-Akten. Diese wurden angelegt, „wenn operativ bedeutsame Anhaltspunkte vorliegen, die eine gezielte Kontrolle von Personen begründen und erfordern. (...) Es sind solche politisch-operativen Maßnahmen festzulegen, die das zügige Erreichen der konkreten Kontrollziele sichern.“¹⁷⁵ Das bedeutete, dass eine operative Personenkontrolle in einem kurzen Zeitraum zu den gewünschten Ergebnissen führen sollte. Daher sind diese registrierten Akten nur aus dem Zeitraum von 1981 bis 1989 überliefert.

¹⁷⁵ Grundsatzdokumente des MfS, S. 364, 367.

5. Von der BStU herausgegebene Richtlinien als Grundlage für die archivische Erschließung von Sachakten und aktiven registrierten Vorgängen

Als grundsätzliche Arbeitsanleitung für die Erschließung galt bis dato die 1993 herausgegebene Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinie der BStU ¹⁷⁶, in welcher die OVG ¹⁷⁷ als gültige theoretische Grundlage für die Ordnung und Verzeichnung der vom MfS überlieferten Unterlagen verbindlich festgelegt wurden. Die seit Juni 2005 in Kraft gesetzte neue Erschließungsrichtlinie ¹⁷⁸ bezieht sich auch wieder ausdrücklich auf die OVG und ihre Anwendung als methodisches Regelwerk. Darüber hinaus wird der internationale Standard „ISAD G“ als allgemeine Regel für die archivische Verzeichnung genannt, auf deren Anwendung die BStU orientiert. Grundlage dafür wäre aber die Kompatibilität des Sachaktenserschließungsprogramms der BStU mit anderen archivüblichen Erschließungsprogrammen, um die Integration der Verzeichnungsergebnisse aus verschiedenen Archiven in ein einheitliches Informationssystem zu ermöglichen. Dies zu prüfen, wird eine zukünftige Aufgabe bei der BStU sein.

Mit der Erschließungsrichtlinie soll ein einheitliches Herangehen an die Erschließung in den Archiven der BStU sowie eine einheitliche Anwendung des IT-Verfahrens „Sachaktenserschließung“ erreicht werden. Dies ist auch dringend erforderlich, da in der Zentrale und den Außenstellen der BStU zum Teil unterschiedliche Vorgehensweisen bei der sachlichen Erschließung zum Tragen kamen. Die seit geraumer Zeit vorgenommene sachthematische Erschließung von registrierten Personenakten des MfS erforderte allemal grundsätzliche Aussagen zur inhaltlichen und formalen Ausgestaltung von Verzeichnungsangaben.

Voraussetzung für die Erschließung von MfS-Unterlagen ist, dass die spezifischen Dienstanweisungen und Ordnungen des MfS als Schlüssel zum Verständnis einer speziellen Schriftgutorganisation einschließlich charakteristischer Schriftgutkategorien gründlich studiert und berücksichtigt werden müssen. Dies gilt allerdings nur für die Rekonstruktion bereits vom MfS vorgenommener Ordnungs- und Ablagesysteme und gibt den Archivaren bei der Formierung der ungeordneten Unterlagen zu Sachakten kaum Hilfestellung. Hier sind wirklich die OVG der ehemaligen DDR – bei Weglassung der ideologisch geprägten Abschnitte – die Arbeitsgrundlage.

Bei der sachthematischen Erschließung der aktiven registrierten Akten ist das Verständnis der Ablageordnung des MfS nach operativen Regularien jedoch unabdingbar und setzt die Kenntnis bestimmter MfS-Dokumente voraus. Zu nennen wären die Dienstanweisung Nr. 1/80 "Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Dienst-

¹⁷⁶ Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinie für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in den Archiven des Bundesbeauftragten, Berlin 1993.

¹⁷⁷ Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik (OVG). Herausgegeben von der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern der DDR, 1964.

¹⁷⁸ Richtlinie für die Erschließung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in den Archiven der BStU – Erschließungsrichtlinie AR – vom Juni 2005.

heiten des MfS" ¹⁷⁹, die Dienstanweisung Nr. 2/81 vom 01.07.1981 "Zur einheitlichen Gestaltung der Erfassung und Überprüfung von Personen und Objekten, der Registrierung von Vorgängen und Akten sowie der Archivierung politisch- operativen Schriftgutes in den Abteilungen XII" ¹⁸⁰, die "Speicherführungsprinzipien XII" ¹⁸¹ sowie die "Arbeitsorganisatorischen Festlegungen zur Archivordnung XII" vom 18. Mai 1989 ¹⁸².

Die Erschließungsrichtlinie der BStU wird durch Anlagen ergänzt, welche sich u.a. mit der Klassifizierung und Abgrenzung der Teilbestände, den Besonderheiten bei der Verzeichnung von registrierten und archivierten Ablagen, den Signaturtypen und der Zitierweise von MfS-Unterlagen sowie mit dem Inhalt von Bearbeitungsberichten und Findbüchern beschäftigen.

Wurde in der ersten Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinie der BStU ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Originalbehältnisse und deren Beschriftung im Zuge der Verzeichnung beizubehalten sind und die innere Ordnung der Akte nicht zerstört werden darf, ist es nun – nach einem fast zehnjährigen Erkenntniszuwachs – möglich, vom Staatssicherheitsdienst überlieferte Ordner und Behältnisse aufzulösen und den Inhalt in Jurismappen umzubetten.

Eine weitere wichtige Arbeitsgrundlage für die Sachaktenserschließung, hier speziell mit einem eigens für die Behörde entwickelten Sachaktenserschließungsprogramm, ist der seit November 2002 verbindlich vorgeschriebene Thesaurus für die Indexierung und Recherche im Sachindex des SAE-Programms der BStU. ¹⁸³ Da in den Kapiteln 6.2. und 7.2 ausführlicher auf die Anwendung des Sachaktenserschließungsprogramms SAE und auf die Verschlagwortung eingegangen wird, soll an dieser Stelle die Erwähnung des Thesaurus als Hilfsmittel in der Erschließung genügen.

6. Die Erschließung der Sachakten der KD Halle

6.1. Aktenbildung

Nimmt man allein die allgemeinen Aussagen des StUG zur Ordnung und Erschließung, kann man sagen, dass die Archivare der Behörde im Umgang mit den speziellen Aktenkategorien und der geheimdienstlichen Schriftgutverwaltung doch sehr auf sich selbst gestellt sind. Hilfe bieten die Publikationen der internen Forscher, die Aufklärung über die Struktur und Arbeitsweise des MfS geben. ¹⁸⁴

¹⁷⁹ BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 5221.

¹⁸⁰ BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 4210.

¹⁸¹ BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 11153.

¹⁸² BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 3106.

¹⁸³ Thesaurus für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Thesaurus Stasiunterlagen), Stand: 30.09.2002.

¹⁸⁴ Siehe auch: Wolfgang Brunner, Die Sachaktenserschließung am Beispiel des Teilbestandes „SED-Kreisleitung im MfS“, Fachhochschule Potsdam, Diplomarbeit, 2001, S. 12.

Alle theoretischen Grundlagen zur Aktenerschließung gehen davon aus, dass die Sachakte das Produkt aus der Arbeit einer Verwaltung ist, deren Strukturen und Ablageprinzipien die Beschaffenheit von Sachakten geprägt haben. Entweder kann der Archivar die Akten geordnet nach einem vorgegebenen Aktenplan und nach Bewertung und eventueller Kassation ins Archiv übernehmen und die Verzeichnung an der vorgegebenen Struktur ausrichten (insbesondere bei in jüngerer Zeit entstandenen Akten), oder er kann einen ungeordneten Bestand übernehmen und anhand seines Wissens über die Verwaltungsstruktur des Registraturbildners die Bestandsbildung neu vornehmen. All dies ist bei den noch unerschlossenen Unterlagen des MfS, welche zu Sachakten formiert werden sollen, nur begrenzt anwendbar. Die meisten Arbeitsmaterialien der Diensteinheiten liegen ungeordnet, in sachlich und zeitlich nicht zusammengehörenden Einzelblättern vor.

Anders bei den Unterlagen zur ehemaligen KD Halle: Diese waren größtenteils formiert in Aktenordnern, zu einem geringeren Teil als Loseblattsammlung überliefert. Eine Registraturordnung war nicht erkennbar, allerdings deutete die in großen Teilen einheitliche Beschriftung der Ordnerrücken auf eine Sekretariatsablage hin. Durch die sehr mangelhafte und veraltete Beschriftung der übrigen Ordner war es nicht möglich, ein Ordnungsschema zu rekonstruieren. Eine teilweise Strukturierung war zu erkennen durch die alphabetische Ordnung nach Straßenbezeichnungen bei Anwohnerbefragungen. Dies war jedoch vermutlich auf die Eigenverantwortung der ehemaligen Bearbeiter zurückzuführen und folgte nicht einer bestimmten Ordnung.

Dienstliche Bestimmungen waren teilweise thematisch in Aktenbehältnissen zusammengefasst, was auch sinnvoller erschien als eine chronologische oder hierarchische Ordnung. Dies hatte jedoch für die Erschließung des Teilbestandes keine Bedeutung.

Während der Verzeichnung aufgefundene Schriftstücke anderer Provenienz wurden teils in den grobgesichteten Bestand des jeweiligen Teilbestandes zurückgeführt, teils bei bereits erschlossenen Teilbeständen den zuständigen Archivarinnen zur Nachverzeichnung übergeben. Nach den Vorgaben des § 19 OVG ist das Provenienzprinzip bei der Bildung und Abgrenzung der Bestände zu berücksichtigen. Provenienz ist somit ein wichtiges Ordnungsmerkmal für die Bestandsbildung im Erschließungsbereich der BStU. Insgesamt wurden ca. 3 lfm Schriftgut anderer Provenienzen aus dem Bestand der KD Halle ausgesondert.

Vor Beginn der tatsächlichen Verzeichnungsarbeiten standen noch grundlegende Überlegungen zur Vorgehensweise. Es wurden die Erschließungsziele und –intensität festgelegt. Ausschlag für die Entscheidung zur Verzeichnung des Schriftgutes der KD Halle gab das große Interesse von Nutzern an regionalen Themen und die Erwartung, dass durch die während der Erschließung erfassten Personendaten dem Anliegen von Antragstellern auf Akteneinsicht Rechnung getragen werden konnte. Das Ziel der Sachaktenschließung im Archiv der BStU ist die Benutzerorientierung; Erschließung findet nicht zum Selbstzweck statt. Volker Schockenhoff sagte dazu: *„Im Bereich der Verzeichnung bedeutet Benutzerorientierung (...), dass sich die Prioritätensetzung wie die Erschließungstiefe an der Informa-*

tionsnachfrage orientieren sollte“.¹⁸⁵ Auch Wilfried Reininghaus äußerte sich in ähnlicher Weise: „Wer verzeichnet, vermittelt zwischen der Stelle, die Informationen erzeugt und/oder gesammelt hat, und deren späteren Benutzern. (...) Das Verzeichnen ist daher eine verantwortungsvolle Arbeit, weil durch die Weitergabe bzw. Nichtweitergabe von Informationen Wissensbildung und Forschung beeinflusst werden können.“¹⁸⁶ Auch bei Eckhart G. Franz ist nachzulesen, dass sich die Art und Intensität der Verzeichnung sowohl nach der Struktur des zu erfassenden Archivguts und dem inhaltlichen Gewicht des Bestandsteils als auch nach der zu erwartenden Benutzernachfrage richten soll.¹⁸⁷ Allerdings werden hier durch die restriktiven Forderungen des StUG hinsichtlich des Zurverfügungstellens von Findhilfsmitteln mittels automatisierter Abrufverfahren der Benutzerbetreuung Grenzen gesetzt.¹⁸⁸

Die innere Ordnung der bereits formiert aufgefundenen Akten wurde beibehalten. Bei einigen Loseblatt-Ablagen mit noch erkennbarer innerer Ordnung konnte der sachliche Zusammenhang wiederhergestellt werden. Hier handelt es sich vermutlich um komplette Ausheftungen aus Aktenbehältnissen. Bei der Neubildung von Verzeichnungseinheiten aus losen Schriftstücken wurde sachlich-chronologisch in buchmäßiger Ablage formiert. Die Verzeichnung von Einzelblättern wurde dann vorgenommen, wenn kein erkennbarer Zusammenhang zu anderen Schriftstücken herzustellen war. Dadurch entstanden Akten mit wenig Volumen bis hin zum Einzelblatt.

Im Sachaktenschließungsprogramm (SAE) wurde eine neue Klassifikation erarbeitet, deren Aufbau sich auf Grund von Absprachen im Erschließungsbereich an anderen erschlossenen Teilbeständen orientierte, um eine weitgehende Einheitlichkeit zu gewährleisten. (Siehe auch Kapitel 6.2.)

Auf Grund der Größenordnungen und der Verunordnung des Schriftguts erfolgte die Erschließung nach dem Bär'schen Prinzip. Dies ist ein Numerus-Currens-Verfahren, bei dem die Akten in der Reihenfolge verzeichnet werden, wie sie nacheinander und zufällig in die Hand genommen werden. Abweichend davon wurde anhand der vorhandenen Grobsichtungslisten eine Auswahl für vorrangig zu verzeichnende Unterlagen getroffen. So wurden Akten mit personenbezogenen Informationen an erster Stelle verzeichnet, um dem im § 3 formulierten Auftrag des StUG¹⁸⁹ Genüge zu tun. Weiterhin

¹⁸⁵ Volker Schockenhoff. Historische Bildungsarbeit – Apercu oder „archivische Kernaufgabe“, in: Öffentlichkeit herstellen – Forschen erleichtern/hrsg. von Günther Rohdenburg, Bremen 1996, S. 28 f.

¹⁸⁶ Wilfried Reininghaus, Verzeichnen, unter Mitarbeit von Gabriele Unverferth und Ralf Stremmel, in: Handbuch für Wirtschaftsarchive: Theorie und Praxis/hrsg. von Evelyn Kroker ... im Auftrag der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V., München 1998, S. 146.

¹⁸⁷ Eckart G. Franz, Einführung in die Archivkunde, 5. Aufl., Darmstadt 1999, S. 87 ff.

¹⁸⁸ § 41 Abs. 2 StUG.

¹⁸⁹ „Jeder einzelne hat das Recht, vom Bundesbeauftragten Auskunft darüber zu verlangen, ob in den erschlossenen Unterlagen Informationen zu seiner Person enthalten sind. Ist das der Fall, hat der einzelne das Recht auf Auskunft, Einsicht in Unterlagen und Herausgabe von Unterlagen nach Maßgabe dieses Gesetzes.“, StUG § 1 Abs. 1.

wurden Unterlagen, die Aussagen zur Struktur, zur Arbeitsweise und zu wichtigen operativen Aufgaben der KD Halle treffen, bei der Verzeichnung vorgezogen.

6.2. Die Verzeichnung mit Hilfe des Sachaktenschließungsprogramms (SAE)

Die Verzeichnung des Schriftgutes erfolgte im Sachaktenschließungsprogramm. Dies ist ein 1999 eigens von der Behörde entwickeltes elektronisches Programm, welches auf die archivische Situation bei der BStU mit seinen Besonderheiten zugeschnitten ist. Mit Hilfe des SAE können die Archivare direkt am Bildschirm verzeichnen, modifizieren und recherchieren. Die thematische Recherche kann parallel in allen Teilbeständen gleichzeitig durchgeführt werden. Die zur Zeit gültige Programmversion gliedert sich in mehrere Teilbereiche:

- Verzeichnung der unerschlossenen Teilbestände
- Verzeichnung der MfS-Ablagen
- Findbucherstellung, Recherche
- Übersicht über alte Schlagworte
- Bearbeitung der Klassifizierung
- Bearbeitung der Schlagworte
- Verknüpfungen im Sachindex



Die herkömmliche Verzeichnung mit den in allen Regelwerken fast identisch angegebenen Bestandteilen der Sachaktenverzeichnung – Provenienz, Signatur, Titel, Enthält-Vermerke, Laufzeit, alte Signaturen oder Bündelnummern, Bewertungsangaben - wurde auch bei der Erschließung der Sachakten der KD Halle angewandt.

Zunächst erfolgte also die Eingabe der Signatur, die sich aus der Bezeichnung des Bestandes „MfS, BV Hle, KD Halle“ und einer laufenden Nummer zusammensetzt. Die Bestandsbezeichnung lässt sich im SAE voreinstellen. Nach Eingabe der ersten laufenden Nummer wird auch die weitere Nummerierung durch das Programm automatisch fortgeschrieben.

Bei der Bildung des Aktentitels wurde weitgehend den Vorgaben der OVG gefolgt.¹⁹⁰ Grundsatz war es, vorhandene Beschriftungen und Überschriften nicht automatisch zu übernehmen, sondern den Inhalt der Akte von ihrem Entstehungszusammenhang her zu beschreiben. Soweit alte Aktentitel vorhanden waren, dienten sie als Grundlage für die Aktentitelbildung. Waren zutreffende Beschriftungen an Ordnerrücken oder Überschriften erkennbar, wurden sie genutzt, um unter Wahrung einer größtmöglichen Authentizität Titel zu formulieren. Originaltitel wurden verändert, wenn inhaltliche Aussagen nicht mehr nachvollziehbar waren. Zum Beispiel: „Kriterien zur Arbeit mit dem B-Betriebsverzeichnis“ wurde geändert in „Schlüsselverzeichnis der zu erbringenden Leistungen von Betrieben und Einrichtungen im Verteidigungszustand.“

Konnte der Inhalt der Akte allein durch den Aktentitel nicht präzise wiedergegeben werden, wurde er durch Enthält-Vermerke erweiternd beschrieben. Auch hier waren die Angaben in den OVG wegweisend¹⁹¹:

- Enthält = vollständige Auflistung
- Enthält nur = Einschränkung des vorgegebenen Aktentitels
- Enthält vor allem = Hervorhebung des sachlichen Schwerpunktes
- Enthält unter anderem = besondere Hervorhebung

Etwa 35 % des Schriftgutes musste erweitert verzeichnet werden, um dem hohen Informationswert Rechnung zu tragen. Bei den restlichen Akten reichte eine einfache Verzeichnung aus. Auch bei einheitlich strukturierten Akten, wie Personendossiers, Arbeitsbüchern oder Postbüchern wurde die einfache Verzeichnung angewandt.

Die Laufzeit beschreibt den Anfangs- und Endzeitpunkt der Bearbeitung einer Verzeichnungseinheit, erkennbar am Datum des frühesten Schreibens und dem Datum der letzten Verfügung. Das SAE unterscheidet in Laufzeit von ... bis und differenzierte Laufzeit. Zwingend vorgegeben ist die Eintragung der Laufzeit von ... bis, weil diese Angaben in die Recherche einbezogen werden. Bei der Datierung

¹⁹⁰ OVG, §§ 111 bis 165.

¹⁹¹ OVG, § 145.

wurde gemäß einer internen Absprache des Erschließungsbereiches verfahren. Das genaue Tagesdatum wurde nur bei chronologisch aufgebauten Akten, z.B. Postein- und Postausgangsbüchern, Lagefilmen oder Protokollen aufgeführt. Ansonsten erfolgte die übliche Jahresangabe.

Verschlagwortung

Die Verschlagwortung des Akteninhalts ist ein wichtiger Bestandteil der Sachaktenverzeichnung und führt zum eigentlichen Ziel der Erschließung, der schnellen, sicheren und komfortablen Recherche von Sachverhalten in einzelnen Vorgängen. Konnten zu Beginn des Einsatzes des SAE die Erschließungsbereiche jeder Außenstelle frei wählbare Schlagworte im Personen-, Orts-, Sach-, Decknamen-, Vorgangs-, Firmen- und Organisationenindex und teilbestandsbezogenem Index vergeben, gibt es mittlerweile einen von der Fachabteilung entwickelten, verbindlich vorgeschriebenen Thesaurus für den Sachindex, der den umfangreichsten Index darstellt. Bei der Erstellung des Thesaurus wurde davon ausgegangen, dass künftig eine Recherche auch durch externe Benutzer ermöglicht wird, der Benutzerkreis heterogen ist und unterschiedliche Anfragen gestellt werden. Als Deskriptoren wurden im heutigen Sprachgebrauch benutzte Begriffe gewählt, soweit dies möglich erschien. Die vom MfS häufig gebrauchten, ideologisch gefärbten Begriffe, sind diesen Deskriptoren in der Regel als Nichtdeskriptoren zugeordnet.

Die Umstellung der Arbeit mit frei wählbaren Deskriptoren im Sachindex auf die Anwendung des Thesaurus ab Oktober 2003 bedeutete noch einmal eine intensive gedankliche Auseinandersetzung mit den Akteninhalten. Sämtliche „alten“ Deskriptoren mussten modifiziert werden; nicht immer war eine zufrieden stellende, auf die Spezifik der Kreisdienststelle zugeschnittene Verschlagwortung möglich. Die Weiterentwicklung des Thesaurus ist ein lebendiger, wenn auch etwas schwerfälliger Prozess. Vorschläge zur Aufnahme oder Änderung von Deskriptoren sind von der Berliner Fachaufsicht, welche den Thesaurus federführend pflegt, ausdrücklich erwünscht. Bei der Umsetzung von Änderungswünschen muss die Waage zwischen dem Anspruch eines praktikabel anwendbaren Thesaurus für den Gesamtbestand der MfS-Unterlagen und den durchaus berechtigten Wünschen der täglich mit der Spezifik einzelner Dienstseinheiten des MfS sich auseinandersetzenden Archivaren gehalten werden. Das ist eine langwierige Aufgabe, sollte aber letzten Endes zu einem Abschluss gebracht werden, da jedes im SAE neu eingespielte Update des Thesaurus einen erneuten Arbeitsaufwand bedeutet.

Klassifikation

Die Klassifikation im SAE ist für jede Außenstelle in der ersten und zweiten Ebene vorgegeben. In der Außenstelle Halle bedeutet dies:

1. Ebene = Bezirksverwaltung Halle
2. Ebene = Bezeichnungen der Abteilungen, Kreisdienststellen, Objektdienststellen

Die Klassifikation für den Bestand der KD Halle (für Sachakten und aktive registrierte Vorgänge gleichermaßen) erfolgte in Anlehnung an früher erstellte Ordnungsschemata von Teilbeständen anderer

operativer Dienstseinheiten, um eine gewisse Homogenität in der Verzeichnungsstruktur der Teilbestände zu erreichen. Dabei geht die Gliederung von der Aufgabenstruktur der Dienstseinheit aus und lässt die Organisationsstruktur weitgehend unberücksichtigt. Das ist deswegen sinnvoll, da die Zuordnung unerschlossenen Schriftgutes zu den einzelnen Referaten der Dienstseinheit nicht möglich war bzw. sich die Struktur der KD Halle im Einzelnen erst während der Verzeichnungsarbeiten offenbarte. Die Klassifikation wurde je nach spezifischer Aufgabenstellung durch Untergruppen ergänzt. Für jede Akteneinheit erfolgte die Einordnung in ein systematisch aufgebautes Gliederungsschema.

Die Klassifikation ist nach der Dezimalgliederung mit einer mehrstufigen Gliederung (Hauptgruppe, Gruppe, Sachgruppe ...) aufgebaut, ähnlich einem Aktenplan. Ein Ausbau bis zur achten Ebene ist möglich. Die Klassifikation wurde zumindest in ihrer Grobgliederung schon vor Beginn der Verzeichnungsarbeiten erstellt. Ergänzungen und Umklassifizierungen während der Erschließung waren unumgänglich auf Grund neu gewonnener Erkenntnisse zur Arbeit und Struktur der KD Halle. Die endgültige Klassifikation ist in [Anlage 5](#) einzusehen.

Das elektronische Personenregister EPR

Das IT-Verfahren EPR wurde in erster Linie als Vorfilter für Karteien entwickelt, um eine schnelle und effektive Recherche zu gewährleisten. Es dient auch dazu, Personendaten, die bisher nur zu einem geringen Anteil bzw. gar nicht in den Regelablauf der Kartirecherche einbezogen werden konnten, in ein Personenregister einzuspeichern und damit eine EDV-gestützte Kartirecherche zu ermöglichen.

In den sachlich verzeichneten Unterlagen der KD Halle fanden sich zahlreiche Informationen zu Personen, die ins Blickfeld des MfS geraten waren. Das Spektrum reichte von umfangreichen Ordnern oder Heftern zu einer oder mehreren Personen bis zu Aktennotizen in sachlichen Berichterstattungen, die jedoch auch einen erheblichen Informationswert besaßen. Hier musste entschieden werden, ob die während der Verzeichnung zur Kenntnis gelangten Personeninformationen so wesentlich waren, um die Eingabe der Personendaten in das Elektronische Personenregister EPR der BStU zu veranlassen. Voraussetzung dafür war, dass eine relevante Darstellung der betreffenden Person existierte, die durch ein Mindestmaß an Daten eindeutig zu identifizieren war. Die Relevanz richtete sich dabei nicht nach dem Umfang der Information, sondern nach dem inhaltlichen Gewicht. Bis August 2003 erfolgte die Erfassung der Personen handschriftlich auf Listen. Ab diesem Zeitpunkt konnte ein elektronischer Erfassungsbeleg auf Seite 2 der SAE-Maske ausgefüllt werden. Damit wurde ein komfortabler Datentransfer gewährleistet.

Auch im Personenindex des SAE wurden Personen erfasst, hier aber ohne Personengrunddaten, und nur dann, wenn sie für eine zukünftige Recherche auf Grund ihrer Bedeutung oder Aufgabenstellung wichtig sind. Dabei handelte es sich vor allem um Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger.

Die Erfassung von Personendaten während der Erschließung des Bestandes der KD Halle war insofern von großer Bedeutung, da weder eine ZMA noch eine VSH-Kartei überliefert sind.

Der Nachweis besonderer Erfassungsverhältnisse

Weitere, bei der Sachaktenverzeichnung zu beachtende Punkte waren das Auffinden und der Nachweis von personenbezogenen Informationen zu hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern (HIM), zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) sowie zu Mitarbeitern der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA) oder der Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen.¹⁹² Grund für das Anlegen der HHO-Datenbank bei der BStU war die Tatsache, dass 1990 auf Beschluss des Runden Tisches Berlin die HVA sich selbst auflösen durfte und in diesem Zuge bis Juni 1990 fast alle personenbezogenen Unterlagen, Spionageergebnisse und sonstige Materialien vernichtet hat. So werden nun wie bei einem Puzzle Daten zu Personen mit Hinweisen auf eine HVA-Tätigkeit und diesbezügliche sachliche Hinweise, die sich aus der Erschließung der Akten ergeben, in dieser Datenbank zusammengetragen.

Auf einem von der Behörde entwickelten Formblatt wurden Angaben zu 8 Person, zur inhaltlichen Aussage in der Akte und der Fundstelle eingetragen und an die Fachabteilung AR 2 der BStU weitergemeldet. Im SAE erfolgte ein Vermerk auf der zweiten Seite der Verzeichnungsmaske in einem Feld, welches mit den Vorgaben EPR = „Elektronisches Personenregister“, HHO = „HIM/HVA/OibE“ und KARDE = „Karteirecherche Decknamen“ in einer Tabelle hinterlegt ist und hier die Auswahl vorgenommen werden konnte. Die Erfassung wurde auf einem Formblatt der BStU in der Akte vermerkt, um Doppelerfassungen zu vermeiden.

Eine besondere Personenkategorie stellen die so genannten Kontaktpersonen (KP) dar. Dabei handelte es sich um Personen, zu denen Kontakt hergestellt wurde mit dem Ziel, diese partiell zur Erlangung von Informationen abzuschöpfen. Kontaktpersonen stellen zwar keine Kategorie von inoffiziellen Mitarbeitern dar, werden aber den IM gleichgesetzt, das sie willentlich und wissentlich mit dem MfS zusammenarbeiteten (Decknamenvergabe, Trefftätigkeit). Da Kontaktpersonen ohne Registrierung vom MfS geführt wurden, und der Nachweis dafür meist nur in den Arbeitsaufzeichnungen der Mitarbeiter existierte, sind sie erst im Zuge der Sachaktenschließung in den Blickpunkt gerückt. Zu neun Personen als Kontaktpersonen wurden Unterlagen aufgefunden. Zunächst wurde zu ihnen eine Karteirecherche zur Abklärung möglicher anderer Erfassungen ausgelöst. Danach wurde auf einem Formblatt die Erfassung der Kontaktperson mit den Personengrunddaten, dem Zeitraum der Zusammenarbeit mit dem MfS, dem eventuell vorhandenen Decknamen und anderer relevanter Angaben vorgenommen und dem Karteibereich als zusätzliche Information übergeben.

Große Aufmerksamkeit wurde während der Sachaktenschließung auf das Erkennen von Schriftgut, welches aus aktiven registrierten Vorgängen stammen könnte oder diesen zugeordnet werden müsste, verwendet. Hier gibt es keine einheitlichen Richtlinien bzw. Identifikationsmerkmale, allein die Sach-

¹⁹² Die Abt XV war die Aufklärungsabteilung und wurde vom Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung für Aufklärung geführt. Dieser war direkt dem Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) im MfS unterstellt. Die Aufgaben der Abt. XV bestanden in der Auslandsaufklärung sowie Gegenspionage und „aktiven Maßnahmen“ im sogenannten Operationsgebiet (v.a. BRD und Berlin-West).

kenntnis des Archivars über Registraturzusammenhänge der MfS-Ablagen beeinflusst das Erkennen dieser Unterlagen. Im Bestand der KD Halle wurden lediglich zu zwei registrierten Akten Teile aufgefunden und nach einem akribischen Prüfungsverfahren in Karteien und den Originalakten, diesen als Zuheftungen beigelegt. Diese Beifügungen wurden in einem neuen Aktenbehälter der Bundesbeauftragten neben der vom MfS registrierten Akte unter der Registriernummer zur Ablage gebracht. Ein in der Akte enthaltenes Formblatt gibt darüber Auskunft, welcher Mitarbeiter der BStU zu welchem Zeitpunkt die Beifügung bearbeitet hat. Darüber hinaus wird eine Nachweiskarte in der Vorgangskartei F 22 nachgestellt.

Das Dokumentensammlungssystem DOSA

Während der sachlichen Verzeichnung aufgefundene innerdienstliche Bestimmungen der ehemaligen Bezirksverwaltung Halle, wie Dienstanweisungen, Ordnungen, Befehle, wurden im behördeninternen Dokumentensammlungssystem DOSA erfasst und gespeichert. Die Kennzeichnung dieser Erfassung erfolgte vorläufig auf der zweiten Seite der SAE-Erfassungsmaske in einem Feld, in dem auch die EPR-Erfassung vermerkt ist.

Im DOSA kann nach allen erfassten Daten gesucht und diese können modifiziert werden. Es ist eine Recherche in allen Dokumenten und Anlagen nach den eingegebenen Erfassungsmerkmalen möglich, ebenfalls im Thesaurus.

Bewertung/Kassation

Auf Seite 2 der Erfassungsmaske des SAE für unerschlossene Teilbestände kann eine vorläufige Bewertung der Verzeichnungseinheit vorgenommen werden, indem in dem dafür vorgesehene Feld die Buchstaben K = Kassation, D = Durchsicht oder A = Aufbewahrung eintragen werden. Diese Bewertung kann bis zum Abschluss der Verzeichnung und auch darüber hinaus jederzeit von dem mit entsprechenden Zugangsrechten versehenen Archivar geändert werden und stellt lediglich einen Vorschlag zur Bewertung dar. Grundlage für den Bewertungsvorschlag bildet die 2001 in kraft gesetzte „Arbeitsanweisung für die Bewertung und Kassation von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (Bewertungskatalog), Teil I – Kassable Unterlagen“¹⁹³. Gemäß dieser Richtlinie wurden ca. 2 lfm Schriftgut der Kassation zugeführt. So kamen Mehrfachüberlieferungen, sobald die Aufbewahrung einiger Exemplare gesichert war, nicht zur Verzeichnung und wurden ausgesondert; ebenfalls Unterlagen, die aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit weder aktuell genutzt werden noch zukünftig für historische Zwecke von Wert sind. Es handelt sich dabei überwiegend um leere Aktendeckel, Trennblätter, leere Mappen und Kunststoffhüllen.

210 Verzeichnungseinheiten mit unerheblichem Inhalt wurden im SAE mit einem Kassationsvermerk versehen. Dies sind vor allem Akteneinheiten mit formalem Verwaltungsschriftgut, welches keine

¹⁹³ Arbeitsanweisung für die Bewertung und Kassation von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (Bewertungskatalog), Teil I – Kassable Unterlagen, Januar 2001.

Rückschlüsse auf die spezifische Tätigkeit des MfS gewährt. Die endgültige Entscheidung zur Kassation wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Mit Sicherheit werden die Bewertungsentscheidungen bei Unterlagen einer Kreisdienststelle anders ausfallen als bei Unterlagen übergeordneter Fachabteilungen des MfS. Hier wurde der Schwerpunkt weniger auf den Evidenzwert (Aussagekraft von Unterlagen bezüglich der Arbeitsmethoden und Verfahren des MfS) als vielmehr auf den hohen Informationswert hinsichtlich der Aussagekraft von Unterlagen über Personen, Orte und Ereignisse, also die Darstellung des lokal- und regionalgeschichtlichen Bezuges, gelegt. Da sich die Erarbeitung von Grundsätzen und Hilfsmittel für die Bewertung von MfS-Unterlagen bei der BStU noch im Anfangsstadium befindet, muss die endgültige Bewertung der Unterlagen der KD Halle als eine zukünftige Aufgabe vorgemerkt werden.

7. Die Erschließung der aktiven registrierten Vorgänge der KD Halle

Wesentlicher Unterschied zur Erschließung von Sachakten ist, dass registrierte Akten bereits vom Staatssicherheitsdienst formiert waren, geordnet nach Diensteinheit und Registriernummern im Magazin zugänglich sind und demzufolge Überlegungen zur Ordnung und Aktenbildung nicht angestellt werden mussten. Die Erschließung von registrierten Akten erfolgte erstmalig in der Außenstelle Halle unter dem Gesichtspunkt der vollständigen Erschließung der Unterlagen einer Kreisdienststelle, jedoch ohne die vom MfS archivierten Akten.

Im Vorfeld der Erschließung stand die Forderung der Fachaufsicht, bei der Verzeichnung neue Archivsignaturen zu vergeben. Dagegen sprach sich der Erschließungsbereich der Außenstelle Halle dafür aus, die vom MfS überlieferten Registraturnummern beizubehalten. Einige Argumente für die Beibehaltung der Registraturnummern waren:

- Die OVG wurden in der Erschließungsrichtlinie der BStU als gültige theoretische Grundlage für die Ordnung und Verzeichnung der vom MfS überlieferten Unterlagen verbindlich festgelegt. So ist der Überlieferungszusammenhang gemäß § 19 OVG¹⁹⁴ gewahrt worden, indem die Unterlagen nach der zuletzt vorgangsführenden Diensteinheit und innerhalb dieser nach Registriernummern geordnet wurden.
- In der Außenstelle Halle sind die registrierten Akten mit vollständig überlieferten Findhilfsmitteln des MfS nutzbar. Alle Auskünfte zu den Akten erfolgten bisher mit den MfS-Signaturen; ebenfalls wurden diese in Publikationen als Primärquellen angegeben. Da auch die Ausleihe der Akten unter den Registriernummern erfolgte, sind bei einer Neuvergabe die Ausleihen nicht mehr nachvollziehbar.

¹⁹⁴ „Die Bildung und Abgrenzung der Bestände erfolgt auf der Grundlage des Provenienzprinzips. Sie berücksichtigt damit den historisch entstandenen, durch gemeinsame Herkunft bedingten Zusammenhang der Akten eines Registraturbildners.“, OVG § 19.

- Die Vergabe von Registriernummern durch das MfS und die besonders gesicherte Erfassung von Personen und Objekten über eine zweistufige (konspirative) Nachweisführung von der Personenkartei F 16 auf die Vorgangskartei F 22 dokumentiert eine besonders typische Arbeitsweise des MfS und sollte auch bei der sachlichen Verzeichnung durch die Beibehaltung der Registriernummern berücksichtigt werden. So beinhaltet die überlieferte Signatur Informationen über den Zeitpunkt des Anlegens des Vorgangs, die Laufzeit bzw. bei Akten zu inoffiziellen Mitarbeitern die Dauer der Zusammenarbeit durch die Enddatierung 1989 sowie die Provenienz (römische Zahl = Kennung der Bezirksverwaltung).¹⁹⁵

Letzten Endes waren diese Argumente überzeugend, um die Verzeichnung unter Beibehaltung der Registriernummern durchzuführen; das SAE wurde entsprechend angepasst. Weitere Aussagen zur SAE-Erschließung werden in Kapitel 7.2. getroffen.

7.1. Bestandsübersicht und Vorgangsarten

7.1.1. IM-Vorgänge

Kategorisierung und formaler Aufbau

Die zuletzt gültige „Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)“ war die Arbeitsgrundlage der Führungsoffiziere. Darin bezeichnete Mielke die inoffiziellen Mitarbeiter als „*Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind*“. Er äußerte weiterhin, „*daß die Arbeit mit den IM Arbeit mit Menschen ist, die sich aus positiver gesellschaftlicher Überzeugung oder aus anderen Beweggründen zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärten und mit denen wir gemeinsam den Feind aufzuspüren und zu bekämpfen haben.*“

¹⁹⁶ Der Begriff „Inoffizieller Mitarbeiter“ suggerierte eine Zusammenarbeit mit dem MfS auf einer partnerschaftlichen und vertrauensvollen Basis; der früher verwendete Begriff „Geheimer Informator“ mit seiner inhaltlich negativen Aussage wurde mit dieser Bezeichnung abgeschafft.

Inoffizielle Mitarbeiter waren Personen, die mit der Staatssicherheit eine, meist schriftlich fixierte Vereinbarung getroffen hatten, geheim und verdeckt für sie zu arbeiten. Diese Tätigkeit sollte dazu dienen, Informationen zu sammeln und mitzuteilen, die „Feindbekämpfung“ zu unterstützen, Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen oder durch logistische Hilfe diese Funktionen zu unterstützen.¹⁹⁷

¹⁹⁵ Vergleiche Kapitel 4.2.

¹⁹⁶ Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) vom 8. Dez. 1979, In: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen/hrsg. von Helmut Müller-Enbergs, Berlin 1996 (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten; 3), S. 305.

¹⁹⁷ Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 110.

Da die IM ganz unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen hatten, muss man grundsätzlich zwischen den verschiedenen IM-Kategorien unterscheiden:

Der „**IM** zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches“ (IMS) war der am häufigsten eingesetzte IM-Typ. Diese IM kamen überwiegend für die flächendeckende Überwachung zum Einsatz. Sie sollten auf Grund ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung umfassende Informationen über ihren Einflussbereich liefern. Ihre Arbeit sollte zur inneren Sicherheit beitragen, vorbeugend und schadensverhütend wirken. Nach statistischen Erhebungen stellten die IMS zuletzt 85 % des gesamten Bestandes an IM dar. In der Kreisdienststelle Halle machten die zuletzt tätigen 273 IMS 58 % des Gesamtbestandes aus – ein im Verhältnis zum gesamten IM-Stab innerhalb des MfS geringer Prozentsatz.

Die „**IM** für einen besonderen Einsatz“ (IME) arbeiteten meist in verantwortlichen Positionen, besaßen berufliche Spezialkenntnisse oder konnten für operative Ermittlungen eingesetzt werden. In der KD Halle arbeiteten zuletzt 12 IME (2 % des Gesamtbestandes). Dabei handelte es sich bei dem größten Teil um in wichtigen Industriebetrieben tätige ehrenamtliche Sicherheitsbeauftragte. Diese wurden grundsätzlich nur mit Bestätigung des MfS von dem jeweiligen staatlichen Leiter in ihrer Funktion eingesetzt. Verantwortlich waren sie für Belange von Ordnung und Sicherheit im Betrieb und für die Aufdeckung von Mängeln im Produktionsablauf. Weitere IME der KD Halle waren Kreisärzte sowie hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter zur Führung konspirativer Ermittlungen in Betrieben und Wohngebieten.

Die „**IM** der Abwehr mit Feindverbindung bzw. der unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen“ (IMB) gehörten zur Elite des abgestuften IM-Systems. Diese sollten „Feinde“ überprüfen, beobachten und gegen sie ermitteln, um dadurch Kenntnisse über deren Pläne zu erlangen. Sie konnten auch – im Auftrag des MfS – Verbindungen zu gegnerischen Nachrichtendiensten unterhalten. In der KD Halle waren zuletzt 7 IMB registriert (1% des Gesamtbestandes). Zwei von ihnen – ein Antiquitätenhändler und ein in einer Ehe- und Sexualberatung tätiger Arzt – hatten neben ihrem exponierten beruflichen Status umfangreiche private Beziehungen in die BRD, die für das MfS interessant erschienen. Weitere IMB unterhielten innerhalb der evangelischen Kirche Verbindungen zu oppositionellen Kräften und konnten auf Grund ihrer beruflichen Stellung Einfluss auf die Durchsetzung von MfS-Interessen nehmen.

Die Kategorie „**Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit**“ (GMS) wurde zum ersten Mal mit der Richtlinie 1/68 eingeführt. Der GMS sollte zur „*Sicherheit und Unantastbarkeit der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung*“ beitragen.¹⁹⁸ Die Auswahl, Prüfung und Rekrutierung der GMS erfolgte wie bei den inoffiziellen Mitarbeitern. Im Unterschied zu diesen sollten sie aber nur begrenzt in

¹⁹⁸ Richtlinie 1/68 für die Zusammenarbeit mit Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit und Inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik, In: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 248.

konspirative Methoden einbezogen und vorrangig für den Informationsbedarf im Arbeits- und Freizeitbereich eingesetzt werden. Ein weiterer Unterschied war, dass die GMS durchaus Mitglied der SED sein durften, während die IM möglichst nicht der SED angehören sollten. (In der Praxis konnte dies in den wenigsten Fällen durchgesetzt werden.) GMS unterschrieben keine Verpflichtungserklärung, sondern eine Urkunde zur Berufung, die damit ihre besondere Stellung innerhalb des IM-Systems unterstrich. Unterlagen zu GMS sollten nach der Richtlinie 1/68 lediglich in Handakten geführt werden und bedurften keiner Registrierung. Das änderte sich mit der Richtlinie 1/79: In der Aktenführung erfolgten eine Reihe Anpassungen an das bei IM übliche System. Es wurde nun eine spezielle GMS-Akte angelegt, und der GMS musste bei der Archivabteilung XII registriert werden. Gleichzeitig wurden die GMS in ihrer Bedeutung wesentlich herabgesetzt. Sie sollten zwar weiterhin zur inneren Sicherheit beitragen, aber vor allem als Reservoir für die Gewinnung von IM und hauptamtlichen Mitarbeitern fungieren. So konnten in der KD Halle mehrere GMS-Akten aus den Jahren 1988 und 1989 nachgewiesen werden, in welchen minderjährige Schüler zur Ableistung ihres Wehrdienstes im Wachregiment des MfS mit der Perspektive einer hauptamtlichen Tätigkeit im MfS geworben wurden.¹⁹⁹ Insgesamt machten die GMS mit 94 Registrierungen 20 % des Gesamtbestandes an IM der KD Halle aus.

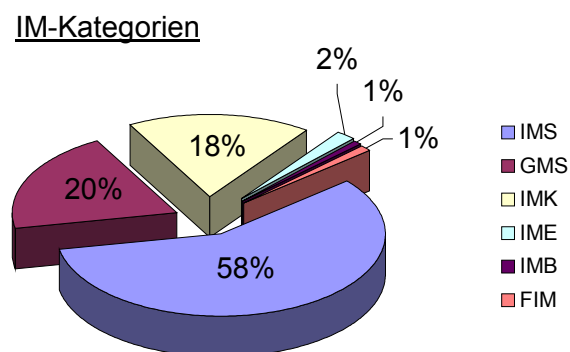
Die „**IM zur Führung anderer IM**“ (FIM) hatten die Aufgabe, die Sicherheit ihres Aufgabenfeldes und den zweckmäßigen Einsatz anderer IM und GMS sowie deren Kontrolle und Erziehung zu gewährleisten. Sie konnten als ehrenamtliche als auch als hauptamtliche Führungs-IM arbeiten. In den 70er Jahren hatten die FIM weitreichende Kompetenzen in der Führung von IM, nahezu denen der Führungsoffiziere angeglichen. Da sich dieses Konzept in der Praxis nicht bewährte bzw. FIM ihre Kompetenzen überschritten, wurde ihnen bald wieder ein Teil der Vollmachten entzogen. Stets in der Kritik war die Arbeit der FIM der Kreisdienststellen. Auf seinen Dienstkonferenzen zur Arbeit der Kreisdienststellen 1982 und 1988 stellte Mielke desillusioniert fest, dass die Führung von FIM-Systemen sich als unrentabel herausgestellt hatte und die operativen Mitarbeiter in keiner Weise entlasten würde. So wurde der Bestand an FIM drastisch reduziert. In der KD Halle gab es 1989 einen hauptamtlichen FIM, welcher für die Durchführung von Ermittlungen an militärischen Objekten und zur Überprüfung der Bewohner anliegender Wohnbereiche eingesetzt war.²⁰⁰ Er führte zuletzt 14 IM. Weitere vier Personen arbeiteten ehrenamtlich als FIM. Sie stellten insgesamt 1 % des IM-Bestandes dar.

Eine weitere Kategorie bildeten die „**IM zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens**“ (IMK). Diese stellten ihre Wohnung für konspirative Treffen, ihre Anschrift oder Telefonnummer dem MfS zur Verfügung. Da sie nur logistische Aufgaben erfüllen sollten, hatten sie einen beschränkteren Wirkungskreis als andere IM-Typen. Allerdings nutzten gerade Inhaber von konspirativen Wohnun-

¹⁹⁹ Beispiele siehe: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2460/88; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 463/89.

²⁰⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 408/76, Teil I Bd 1.

gen, bei denen es sich meist um zuverlässige Genossen oder auch ehemalige Hauptamtliche handelte, die ständige Anwesenheit von MfS-Mitarbeitern, um über Nachbarn und Bekannte mit „negativen Verhaltensweisen“ zu berichten. So erfüllten sie eine Doppelfunktion, ohne dafür speziell instruiert worden zu sein.²⁰¹ Die KD Halle führte Ende 1989 eine große Zahl von konspirativen Wohnungen und Objekten, insgesamt 88 (18 % des Gesamtbestandes an IM). Davon waren 22 Wohnungen oder Objekte ohne Mieter bzw. durch ein Schein-Mietverhältnis abgedeckt, oder es handelte sich um Dienstwohnungen von Betrieben und Institutionen bzw. wenig genutzte Büros von Mitarbeitern von Vereinen oder Ausbildungseinrichtungen. Einen optischen Eindruck zur Verteilung der konspirativen Wohnungen über das Stadtgebiet von Halle vermittelt [Anlage 6](#).



Die „Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter“ (HIM) stellten keinen eigenen IM-Typ dar, weil sie die Tätigkeiten von FIM, IME und IMS lediglich hauptamtlich ausübten. Ihre Arbeit war eine Mischung aus hauptamtlicher und inoffizieller Tätigkeit. Sie hatten nicht den gleichen Status wie die hauptamtlich angestellten Mitarbeiter, da sie keinen militärischen Dienstgrad besaßen, standen aber in einem Arbeitsverhältnis zum MfS. HIM waren zuverlässige und überprüfte IM, mit denen eine Vereinbarung über einen „langfristigen Einsatz“ getroffen wurde. Sie wurden aus ihren bestehenden Arbeitsverhältnissen herausgelöst und in ein so genanntes „Scheinarbeitsverhältnis“ vermittelt und stattdessen vom MfS finanziell und sozial abgesichert. Seit 1986 wurden sie im Stellenplan des MfS geführt und sind damit den hauptamtlichen Mitarbeitern zuzurechnen. In der KD Halle konnten 5 HIM, die 1989 noch tätig waren, nachgewiesen werden. Sie waren hauptsächlich zur Führung konspirativer Ermittlungen in Betrieben, Schulen und Wohngebieten eingesetzt. Ein HIM war offiziell als Schreibkraft im Wehrkreiskommando Halle angestellt, und beschaffte der KD Halle Informationen über Wehrdienstleistende und Angestellte des WKK.²⁰²

Jeder IM-Vorgang wurde nach genau vorgegebenen formalen Kriterien angelegt. In ihm sind bei der Gewinnung des bzw. in der Zusammenarbeit mit dem inoffiziellen Mitarbeiter entstandene Doku-

²⁰¹ Siehe Beispiel: Zusammenarbeit mit einem Ehepaar als Inhaber einer konspirativen Wohnung, Enthält u.a.: Auflistung von Wahlverweigerern und ihrer Gründe zur Nichtteilnahme an der Wahl im Mai 1989, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 537/84.

²⁰² Vergleiche: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 62 ff.

mente enthalten. Laut der 1. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/79 des Ministers für Staatssicherheit wurden folgende Aktenteile geführt:

- Teil I
 - Personalakte nach der Werbung des IM oder
 - IM-Vorlaufakte über den Prozess der Gewinnung als IM oder
 - Kombinierte Personal- und Arbeitsakte eines IM als Inhaber einer konspirativen Wohnung
- Teil II
 - Arbeitsakte für alle IM-Kategorien
- Teil III
 - Beiakte zur Personalakte zum Nachweis über an den IM ausgehändigte operative Dokumente und Mittel sowie über ausgezahlte Beiträge und geleistete Sachwerte (Teil III wurde nur bei Notwendigkeit geführt.)

Abweichend von diesen formalen Vorschriften wurden die GMS-Akten angelegt. Laut der 1. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/79 bestehen diese aus nur einem Aktenhefter, der gleichermaßen Unterlagen zur Gewinnung des GMS, Überprüfungsergebnisse und Berichte in chronologischer Reihenfolge enthält.

In der o.g. Durchführungsbestimmung wurde zur Durchsetzung eines einheitlichen und übersichtlichen Aufbaus der Akten genau festgelegt, welche Formblätter in welchem Aktenteil zu verwenden sind. Die Akten sollten so geführt werden, dass sie stets ein aktuelles Bild über die Persönlichkeit des IM sowie über den Stand und die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit ihm geben konnten.²⁰³

So war es bei der Verzeichnung der aktiven registrierten Akten möglich, sich auf Grund des immer gleichen formalen Aufbaus in kurzer Zeit einen inhaltlichen Überblick über die zu verzeichnende Akte zu verschaffen.

Inhalt

Über die Motive von IM zur Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ist bereits umfangreich publiziert worden.²⁰⁴ Aus der Erschließung der IM-Akten selbst ist nur schwer zu erkennen, welche

²⁰³ 1. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/79 über die Registrierung und Führung der IM-Vorläufe, IM-Vorgänge und GMS-Akten sowie die Erfassung der IM-Kandidaten, IM und GMS, In: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 374 ff.

²⁰⁴ Siehe u.a.: Helmut Müller-Enbergs, Warum wird einer IM?, In: Zersetzung der Seele: Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi/hrsg. von Klaus Behnke/Jürgen Fuchs, Hamburg 1995, S. 102 – 129; Ingrid Kerz-Rühling: Verräter oder Verführte: eine psychoanalytische Untersuchung inoffizieller Mitarbeiter der Stasi, Berlin 2004; Marco Hecht, Gerald Prash: Ich habe "Nein!" gesagt: über Zivilcourage in der DDR, Berlin 2002;

Gründe für die Kooperation mit dem MfS vorlagen, da die meisten Berichte zu einer durchgeführten Werbung von den Führungsoffizieren eher formalisiert, fast scheinbar unter Verwendung von vorgegebenen Textbausteinen abgefasst waren. Das MfS hatte seine eigene Sprache, die, wie allgemein der offizielle Sprachgebrauch in der DDR, voller Phrasen und unförmiger Wortgebilde war. Geht man allein vom Wortlaut der in den IM-Akten dokumentierten Werbungen aus, so haben sich 97 % aller IM der KD Halle „aus politischer Überzeugung“ für eine inoffizielle Zusammenarbeit entschieden. Lediglich 2 % wurden auf der „Basis der Wiedergutmachung“ geworben, was gleichbedeutend mit einer Erpressung war. Der vom MfS früher verwendete Begriff „Werbung unter Druck“ bekam hier eine begriffliche Beschönigung. Und schließlich sind 1 % der IM zur inoffiziellen Zusammenarbeit geworben worden, nachdem sie zuvor in einer operativen Personenkontrolle „bearbeitet“ wurden und sich entweder der dafür angeführte Verdacht einer „feindlich-negativen Tätigkeit“ nicht bestätigt hatte oder das angesammelte kompromittierende Material zumindest ausreichend für eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit war. Die zuletzt aufgeführten Gründe für die inoffizielle Zusammenarbeit erscheinen aus heutiger Sicht plausibel; doch warum sich eine so große Zahl von meist intelligenten und gut ausgebildeten Menschen aus „politischer Überzeugung“ hat werben lassen, ist schwer nachzuvollziehen und muss hinterfragt werden. Obwohl bei der Werbung von IM angestrebt werden sollte, möglichst Personen, welche nicht SED-Mitglieder sind, auszuwählen, sah die Praxis wesentlich anders aus. Aus der Erschließung der Akten ergibt sich, dass die meisten IM der KD Halle Personen in gehobenen Positionen, angefangen vom Meister bis zum Betriebsdirektor oder Kreisarzt, und Parteimitglieder waren. Bei diesem Personenkreis hatten es die Führungsoffiziere relativ leicht, IM's zu rekrutieren, da sie auf eine staatsloyale Einstellung trafen und davon ausgehen konnten, dass aus Karrieregründen und der Befürchtung, Macht und Einfluss zu verlieren, die Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit gegeben wurde. Angestellte im Staatsapparat und Angehörige von Volkspolizei, Armee und Kampfgruppe konnten schlecht eine Zusammenarbeit verweigern, da sie ja schon durch ihre gesellschaftliche Stellung Systemtreue bekundeten. Auch so genannte „NSW-Reisekader“, die generell nach jeder Westreise einen Bericht für ihren staatlichen Leiter verfassen mussten, waren „leichte Beute“, da diese befürchteten, ihre Privilegien zu verlieren. Natürlich war nicht jeder Dienstreisende in die BRD inoffizieller Mitarbeiter, doch es gibt kein Beispiel, das belegt, dass jemand aus diesem Personenkreis eine Zusammenarbeit verweigert hat. Schwieriger war es, Personen zu werben, um Einblick in gesellschaftliche Bereiche zu erhalten, die sich dem Einfluss des Staates entzogen: Kirche, alternative Gruppen, kriminelle Kreise. Auffällig ist, dass aus diesen Kreisen einmal gewonnene IM besonders pflichtbewusst ihre Zusammenarbeit gestalten wollten. So erklärte ein Katholik und Mitglied des CDU-Bezirksvorstandes Halle, „*dass meine Zusammenarbeit mit dem MfS von mir als staatsbürgerliche Pflicht angesehen wird und damit kein Gegenstand von Beichtgesprächen ist.*“²⁰⁵ Ein vorbestrafter

Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 124 – 127; Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 107 – 110.

²⁰⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 807/78 Teil I Bd 1, S. 317.

Produktionsarbeiter und auf der „Basis der Wiedergutmachung“ gewonnener IM schrieb in seiner Verpflichtungserklärung: „Bei Verrat oder ähnlichem bin ich bereit, jede Strafe entgegenzunehmen, die mir auferlegt wird. Ich verpflichte mich, meine ganze Kraft dafür einzusetzen und gegebenenfalls auch mein Leben dafür zu opfern.“²⁰⁶ Zu einer ausführlichen Darstellung seiner Motive zur Zusammenarbeit sah sich ein ehemals wegen versuchter Republikflucht ins Visier der Staatssicherheit gelangter Kraftfahrer veranlasst. (siehe [Anlage 7](#))

Übertriebenes Pflichtbewusstsein ist auch bei einer Lehrerin, einer Abteilungsleiterin und einem Richter zu erkennen, die soweit gehen, ihren Führungsoffizier zu bitten, den zukünftigen Partner in den Karteien des MfS „zwecks kaderpolitischer Sicherheit“ zu überprüfen.²⁰⁷ Viele IM bauten ein derart intensives Vertrauensverhältnis zu ihrem Führungsoffizier auf, das nur damit zu erklären ist, dass sie versuchten, im privaten Bereich vorhandene menschliche Defizite auszugleichen. Dazu trug die geschützte Atmosphäre der in konspirativen Wohnungen durchgeführten Treffs bei. Man sprach von dem Führungsoffizier „als Freund“ und „einzigen Menschen, mit dem man über alle Probleme sprechen könne“²⁰⁸ und davon, dass „ein ausgezeichnetes Vertrauensverhältnis, freundschaftlicher Art“ bestehen würde²⁰⁹. Einen besonderen Vertrauensbeweis erbrachten die Inhaber konspirativer Wohnungen, die ja, anders als „normal“ arbeitende IM, Mitarbeiter des MfS direkt in ihrer Privatsphäre agieren ließen, und das oft über viele Jahre. Hier spielten mit Sicherheit auch materielle Interessen eine Rolle, da das MfS Miete und anfallende Wohnungsnebenkosten übernahm. Ansonsten spielten materielle Motive eine eher untergeordnete Rolle in der KD Halle, da angesichts von geringfügigen Geld- und Sachgeschenken kein IM durch seine Tätigkeit zu Reichtümern gelangte.

Beim Lesen der meisten IM-Berichte fällt die Banalität der mitgeteilten Informationen auf. Man kann feststellen, dass viele IM lediglich eine enorme Menge von beschriebenem Papier produzierten. So erschien die Tatsache, dass eine Mitarbeiterin der Universitätsverwaltung vor Weihnachten eine Hose im Intershop²¹⁰ gekauft hatte, einem IM wichtig genug, um dies seinem Führungsoffizier mitzuteilen.²¹¹ Die übertriebene Sicherheitsdoktrin des MfS führte darüber hinaus zur Erteilung von Aufträgen an IM, die die angestrebte Wirksamkeit der „operativen Arbeit“ doch sehr in Frage stellten. So wurden beispielsweise 13 IM bei einer Maidemonstration eingesetzt, um „negative Vorkommnisse“ zu exakt festgelegten Anrufzeiten dem Mitarbeiter der KD Halle mitzuteilen. Den Abschluss der Aktion bildete

²⁰⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1114/85 Teil I Bd 1, S. 7 f.

²⁰⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1170/86 Teil II Bd 1, S. 53; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle V 472/81 Teil I Bd 1, S. 161; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 981/77 Teil I Bd 1, S. 172.

²⁰⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1716/72 Teil II Bd 1, S. 52.

²⁰⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle IV 313/85 Teil I Bd 1, S. 89.

²¹⁰ Intershop war eine Einzelhandelskette in der DDR, deren Waren aus dem westlichen Ausland nur mit konvertierbaren Währungen bzw. später Forumschecks und nicht mit Mark der DDR bezahlt werden konnten.

²¹¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 173/79 Teil II Bd 1, S. 22.

die lapidare Mitteilung, dass „*keine Vorkommnisse von operativer Bedeutsamkeit erarbeitet wurden*“.
212

Trotz dieser Belanglosigkeiten sollte nicht vergessen werden, dass IM's fast immer in den privaten Bereich anderer Menschen eindrangen, und auch scheinbar harmlose Informationen - durch die Sichtweise des MfS entstellt - diesen in großem Maße geschadet haben. Das beweist beispielsweise ein IM, der enger Vertrauter eines in Halle bekannten Jugenddiakons war, und dessen Berichte zu seiner Verhaftung führten.²¹³ Großer Wert bei der IM-Führung wurde daher von Seiten des MfS-Mitarbeiters auf die ideologische Schulung und die Vermittlung eines Feindbildes gelegt. So zerstreute ein Führungsoffizier die Bedenken seines IM, anderen Menschen schaden zu können, indem er ihm erläuterte, dass „*der Feind sich tarnt und auch der beste Kollege sein könnte. Dieser muss vernichtet werden, auch wenn er scheinbar positiv in Erscheinung tritt.*“²¹⁴

Das Beispiel eines im Oktober 1989 mündlich abgegebenen IM-Berichtes lässt die Frage aufkommen, ob der IM die von ihm geschilderte Situation tatsächlich so einschätzt, ob er bewusst positiv verdrehte Informationen abgab oder sein Führungsoffizier den IM-Bericht beschönigt und verfälscht verschriftlicht hat. Als Kaderleiter eines großen halleschen Betriebes sollte der IM die Stimmung unter der Bevölkerung nach der Wahl Egon Krenz wiedergeben. In der Tonbandabschrift heißt es: „*Dieser Schritt wurde durch die Bevölkerung positiv begrüßt. Es bestand der Eindruck, daß Gen. Erich Honecker aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes nicht mehr in der Lage war, die angehäuften Probleme zu lösen. (...) Der GMS schätzt ein, daß durch diesen Schritt der Partei umfassende Möglichkeiten gegeben sind, das Vertrauen der gesamten werktätigen Bevölkerung, vor allem derer, die in den letzten Tagen Sympathien für die Demonstranten hegten, zurückzugewinnen.*“²¹⁵ Ähnliche Einschätzungen findet man in Berichten von VP-Angehörigen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung.²¹⁶ Hier wird deutlich, warum der Minister für Staatssicherheit auf jeder seiner Dienstkonferenzen von den Kreisdienststellen forderte, mehr Werbungen aus „feindlich-negativen Personenkreisen“ zu realisieren und möglichst keine Parteimitglieder zu werben. Die ideologisch verzerrte Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch systemnahe inoffizielle Mitarbeiter trug mit dazu bei, dass das MfS den Ernst der politischen Lage im Herbst 1989 völlig verkannte.

²¹² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 408/76 Teil II Bd 4, S. 52 f.

²¹³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1600/75.

²¹⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 416/78 Teil I Bd 1, S. 156.

²¹⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 727/89 Bd 1, S. 138.

²¹⁶ Siehe Beispiel Bericht vom 01.11.89: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 46/83 Teil II Bd 2, o. S.

7.1.2. Operative Personenkontrollen (OPK) und Operative Vorgänge (OV)

Die Einleitung von Operativen Personenkontrollen (OPK) erfolgte auf der Grundlage der Richtlinie 1/81 des Ministers für Staatssicherheit²¹⁷. In ihr wurden Aussagen sowohl zur inhaltlichen als auch formalen Gestaltung von OPK getroffen. Operative Personenkontrollen dienten der Erarbeitung eines Anfangsverdachts und waren einzuleiten, „wenn operativ bedeutsame Anhaltspunkte vorliegen, die eine gezielte Kontrolle von Personen begründen bzw. erfordern.“²¹⁸ In OPK konnten auch Personen "bearbeitet" werden, die eine herausragende berufliche oder gesellschaftliche Stellung in der DDR inne hatten oder die für eine solche Position vorgesehen und deshalb "vorbeugend" zu sichern waren.

Eine operative Personenkontrolle konnte zu einem operativen Vorgang (OV) entwickelt werden, wenn sich der Verdacht auf „feindlich-negative Handlungen“ bestätigte. Die Richtlinie 1/76²¹⁹ des Ministers war das zuletzt aktuelle Grundsatzdokument für die Führung von operativen Vorgängen. Diese bildeten die höchste Bearbeitungsstufe und stellten nichts anderes als ein konspirativ durchgeführtes Ermittlungsverfahren dar, das jedoch außerhalb der gesetzlichen strafprozessualen Regelungen durchgeführt wurde. Wichtigstes Mittel zur Führung von OPK und OV war der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern, die das Vertrauen der bespitzelten Personen besaßen. Aber auch die heimliche Kontrolle des Post- und Telefonverkehrs, die Abfrage aller Datenspeicher, auch auf staatlicher Ebene, die Einsichtnahme in Kaderakten, Bankunterlagen und Krankenakten bis zum Einbau von Wanzen in Wohn- und Arbeitsräumen waren gängige Praxis, um Personen unter Kontrolle zu halten.²²⁰

Besonders schlimm für die Betroffenen war die Anwendung so genannter „Zersetzungsmaßnahmen“. Dazu nennt die OV-Richtlinie u.a.: die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufs“, die „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen“, das „Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen“. ²²¹ Dabei gehörte es zu den Handlungsmaximen der Staatssicherheit, unsichtbar im Hintergrund zu wirken und durch die Einbeziehung anderer staatlicher Organe, der „Partner des operativen Zusammenwirkens“, einen größtmöglichen Erfolg der „Zersetzung“ zu organisieren.

Die von der KD Halle zuletzt geführten OPK und OV sind überwiegend mit vollständigem Inhalt, teilweise aber nur als Aktendeckel mit einem Formblatt „Übersichtsbogen“ und ausgefüllten Lösch-

²¹⁷ Richtlinie Nr. 1/81 über die operative Personenkontrolle (OPK) vom 25. Febr. 1981, In: Grundsatzdokumente des MfS, S. 362 ff.

²¹⁸ Richtlinie Nr. 1/81, In: Grundsatzdokumente des MfS, S. 364.

²¹⁹ Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) vom Jan. 1976, In: Grundsatzdokumente des MfS, S. 245 ff.

²²⁰ Siehe Beispiel OPK: Überwachung eines Ingenieurs auf Grund seiner Aktivitäten für das „Neue Forum mit der Zielstellung des Nachweises strafrechtsrelevanter Handlungen und der Auflösung des Führungsgremiums der Gruppe, Enthält u.a.: Telefonabhörprotokolle der Abt. 26, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2230/89.

²²¹ Richtlinie Nr. 1/76, In: Grundsatzdokumente des MfS, S. 287.

aufträgen überliefert. Daraus ist nicht ersichtlich, ob diese Vorgänge regulär zum Abschluss gebracht werden sollten oder die Vernichtung der Inhalte auf Grund der absehbaren Auflösung des Staatssicherheitsdienstes vorgenommen wurde. Gründe für das Einstellen einer OPK konnten sein: Nichtbestätigen des Verdachts, Umwandlung in einen IM-Vorlauf mit dem Ziel der Werbung, Fortführung als Operativer Vorgang. Der Abschluss eines Operativen Vorgangs war ebenfalls die Nichtbestätigung des Verdachts, aber auch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, welches zur Inhaftierung führen konnte.

Gemessen an der Vielzahl der Sicherheitsüberprüfungen und anderer Abfragen von Datenspeichern stellten die OPK und OV für die Kreisdienststelle nur einen Bruchteil der gesamten Arbeitsbelastung dar. Es sind 95 OPK und 14 OV der KD Halle als aktive registrierte Vorgänge überliefert. Der OV „Heide“ ist mit Abstand der am längsten geführte Operative Vorgang. Er wurde 1981 angelegt, umfasste 1989 acht Bände und beschäftigte sich mit den Mitgliedern der „Ökologischen Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle“. Alle weiteren Operativen Vorgänge stammen aus dem Zeitraum 1982 bis 1989. Von allen OPK und OV wurden 25 % zu oppositionellen Personen und Gruppen angelegt. Die Akten zu Antragstellern auf Ausreise umfassten 20 %. Der Verdacht auf unerlaubte Westbeziehungen bei VP-Angehörigen löste 17 % der Kontrollen aus. Die Überwachung von leitenden Mitarbeitern in Betrieben auf Grund des Verdachts auf Korruption oder des Überschreitens ihrer Befugnisse bei Dienstreisen macht 14 % der überlieferten Akten aus. Alle weiteren OPK und OV (24 %) wurden breit gefächert zu Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen angelegt: Anwohner von militärischen Objekten, Künstler, Vertreter von BRD-Firmen, kriminelle Personen.

7.1.3. Sicherungsvorgänge

Mit der „Ordnung über die Erfassung von Personen in der Abt. XII auf der Grundlage von Sicherungsvorgängen“²²² schuf die Staatssicherheit die Möglichkeit, bestimmte Personenkreise zu erfassen, die zum Beispiel aufgrund ihrer besonderen Stellung, beruflichen Tätigkeit oder Interessen zu "sichern" waren. Somit wurden in einen Sicherungsvorgang mehrere, häufig sehr viele Personen aufgenommen. Die Erfassung war nicht an das Vorhandensein "operativ bedeutsamer" Informationen zu diesen Personen gebunden, sondern allein an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis. Sie gewährleistete, dass alle Informationen, die zu der betreffenden Person erarbeitet wurden, bei der Dienst Einheit zusammenliefen, die den Sicherungsvorgang führte.

Ein Sicherungsvorgang lief im Allgemeinen über Jahre, wobei ständig Personen neu aufgenommen und andere Personen - zum Beispiel aus Altersgründen - wieder gestrichen wurden. Das Datum des Anlegens eines Sicherungsvorgangs konnte daher viele Jahre vor der Aufnahme einer bestimmten Person liegen.

²²² Ordnung über die Erfassung von Personen in der Abt. XII auf der Grundlage von Sicherungsvorgängen vom 1. Juni 1976, In: Grundsatzdokumente des MfS, S. 299 ff.

Die Aufnahme in Sicherungsvorgänge geschah grundsätzlich ohne Kenntnis der betroffenen Personen und besaß in der Regel einen geringen Aussagewert. Sicherungsvorgänge enthalten meist nur die Personengrunddaten der erfassten Personen, welche auf so genannten Indexbögen aufgelistet waren. Die Erfassung bedeutete nicht, dass die Personen gezielt und systematisch beobachtet und kontrolliert wurden. Der Sicherungsvorgang war zwar registrierpflichtig, schrieb aber - als Sammlung von Grunddaten zu verschiedenen Personengruppen - keine Aktenführung zu einzelnen Personen vor. Wurde dennoch Material zu Personen gesammelt, kam dieses in einer ZMA zur Ablage.

In der KD Halle wurden zuletzt drei Sicherungsvorgänge geführt. In einem 1976 angelegten Sicherungsvorgang waren vorbeugend zu sichernde und auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung oder beruflichen Tätigkeit für das MfS interessante Personen erfasst.²²³ Auf Grund der langen Laufzeit wurden viele Personen gelöscht bzw. neue Personendaten aufgenommen. Ein weiterer SiVo aus dem Jahr 1979 führte Personen auf, die Verbindung zu in einem Operativen Vorgang bearbeiteten Personen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Losungen in Halle zur Ausbürgerung von Wolf Biermann hatten.²²⁴ Und im dritten, 1985 angelegten Vorgang ging es um die Erfassung von „Nachwuchskadern“ für das MfS.²²⁵

7.2. Die Verzeichnung mit Hilfe des Sachaktenerschließungsprogramms

Bei der Erschließung der aktiven registrierten Akten der KD Halle konnte auf kein grundsätzliches Regelwerk der BStU zurückgegriffen werden, da in der Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinie von 1993 die Verzeichnung von archivierten und aktiven registrierten Ablagen noch nicht vorgesehen war. Die neue Erschließungsrichtlinie vom Juni 2005 erschien zu einem Zeitpunkt, an dem die Verzeichnungsarbeiten bereits weit fortgeschritten waren. So basierte die Erschließung auf den Erfahrungen der Verzeichnung der Sachakten, auf dem Erfahrungsaustausch mit Archivaren anderer Außenstellen, welche bereits archivierte Ablagen erschlossen, sowie unter unmittelbarer Anleitung der Berliner Fachaufsicht. Nach Herausgabe der neuen Erschließungsrichtlinie konnten noch einige Änderungen vorgenommen werden, die jedoch keinen Mehraufwand bedeuteten, da die Erschließungsergebnisse zum Abschluss generell einer redaktionellen Bearbeitung unterzogen werden.

Die Erschließung im Sachaktenerschließungsprogramm erfolgte unter der Maske „MfS-Ablagen“, wobei hier archivierte und aktive registrierte Akten gleichermaßen verzeichnet werden können. Mit der Aktivierung eines Kästchens „aktiver registrierter Vorgang“ wird die Maske den Belangen der Erschließung eines registrierten Vorgangs angepasst. Diese Anpassung wurde nach Absprachen durch die IT-Abteilung in Berlin vorgenommen, da ursprünglich nur die Verzeichnung von archivierten Akten vorgesehen war und die Überzeugung herrschte, dass keine neuen Signaturen vergeben werden.

²²³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 990/76.

²²⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 160/79.

²²⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 820/85.

Grundsätzlich muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass das SAE hinsichtlich der Verzeichnung von aktiven Personenakten noch nicht optimal gestaltet werden konnte. Es erfolgte nur insoweit eine Änderung, dass eine arbeitsfähige Fassung die Verzeichnung ermöglichte. Sollte in Zukunft bei der BStU auch die Erschließung von aktiven registrierten Personenakten voranschreiten, ist es unabdingbar, noch einige Programmkorrekturen vorzunehmen.

SAE-Erfassungsmaske, Seite 1

Nach Eingabe der Bezeichnung „BV Halle“ und des Decknamens wurden die Anzahl der Aktenteile genau aufgeführt. Grundsätzlich können sowohl Teil I (Personalakte) als auch Teil II (Arbeitsakte) von IM-Vorgängen aus mehreren Bänden bestehen, so dass Teil- und Bandnummern eingegeben werden müssen. Das Fenster „Vorgangsart“ ist mit einer Auswahltablette hinterlegt, wobei sich hier schon ein Mangel der Verzeichnungsmaske offenbarte. Bei IM-Akten konnte man nur zwischen „IM-Vorgang“, „IM-Vorlauf“ und „GMS-Vorgang“ auswählen. Das ist ausreichend für archivierte Akten. Bei registrierten Akten wäre eine Unterscheidung der IM-Kategorien (siehe Kapitel 7.1.1.) nützlich; einmal für statistische Auswertungen und für zu erwartende Anfragen bei Recherchen, zum anderen für inhaltliche Aussagen zur Arbeit der zu erschließenden Dienstseinheit. Das Feld Registriernummer ist mit einer Tabelle hinterlegt, welche die Registrierbezirke des MfS anzeigt. Ebenso die Felder „Anliegende Stelle“ und „Letzte DE (Dienstseinheit)“: In den Hinterlegungstabellen lassen sich die zuletzt im Jahr 1989 bestehenden Dienstseinheiten des gesamten Staatssicherheitsapparates finden. Problematisch war es, wenn eine Akte von einer nicht mehr existierenden Dienstseinheit angelegt wurde. Auf Grund des häufigen Wechsels der Organisationsstruktur der Registraturbildner fielen Bezeichnungen weg bzw. wurden geändert. In diesem Falle wurde so verfahren, dass als aktenanliegende Stelle die Nachfolgestruktureinheit angegeben wurde.

Bei der Formulierung des Aktentitels mussten verschiedene Aspekte beachtet werden. Bei einem IM-Vorgang wurde die Person des IM in ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung verbal umschrieben und ihre Tätigkeit für das MfS benannt. Dabei war es besonders bei vielbändigen, über einen langen Zeitraum geführten Vorgängen schwierig, die Zusammenarbeit des IM mit oft verschiedenen Dienstseinheiten und unterschiedlichen Aufgabenstellungen in knapper Form im Aktentitel darzustellen. Eine Reduzierung auf die zuletzt zuständige Dienstseinheit – hier die KD Halle – wäre dem Inhalt gerade umfangreicher IM-Vorgänge nicht gerecht geworden. Eine Lösung bot sich an, indem der Enthält-Vermerk genutzt wurde, um die Chronologie der Zusammenarbeit darzustellen. In ihm konnten auch Zusatzinformationen von besonderer Bedeutung sowie die Art der Werbung oder die Gründe für die Beendigung der Zusammenarbeit vermerkt werden.

Die Erschließungsrichtlinie der BStU und das Stasiunterlagengesetz lassen zu, dass Daten über Mitarbeiter und Begünstigte des MfS veröffentlicht werden können.²²⁶ Damit ist nicht gemeint, dass im Aktentitel Klarnamen zu Personen genannt werden, denn es handelt sich schließlich um eine Verzeichnung des sachlichen Inhalts einer Personenakte. Doch könnte die Beschreibung beispielsweise der beruflichen Position eines IM's unter Nennung seines Tätigkeitsfeldes und der Laufzeit der Akte in den meisten Fällen zumindest für mit den regionalen Gegebenheiten vertrauten Nutzer eine eindeutige Identifizierung von Personen zulassen. Diese Tatsache wurde im Erschließungsbereich der Außenstelle Halle als problematisch erachtet. Die Erschließungsergebnisse der aktiven registrierten Personenakten der KD Halle werden erwartungsgemäß vor allem Nutzern zur Verfügung stehen, die an regionalen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Stadt Halle interessiert sind. Letzten Endes sollen die Erschließungsergebnisse nicht darüber Auskunft geben, welche Person als IM in welchem Betrieb oder in welcher Einrichtung tätig war, sondern die Einsatzgebiete einer territorialen Dienst Einheit des MfS transparent machen. So wurden in Abänderung zur Erschließungsrichtlinie der BStU die Aktentitel derart gestaltet, dass keine Rückschlüsse auf die darin dargestellten Personen möglich sind.

Beispiel: In großen Kombinat und Betrieben gab es mehrere Direktoren, welche für die verschiedenen Bereiche wie Produktion, Verwaltung oder Beschaffung zuständig waren. Anhand des folgenden Aktentitels ist die genannte Person nicht zu identifizieren:

²²⁶ StUG § 32 Abs. 3 Pkt. 2: Personenbezogene Informationen dürfen nur veröffentlicht werden, wenn es sich um Informationen handelt über Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, soweit diese nicht Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres betreffen, oder Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes.

Erschließungsrichtlinie der BStU, Anlage 5: Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden Personennamen und andere personenbezogene Angaben im Aktentitel in der Regel verbal umschrieben, ausgenommen (...) Informationen über Mitarbeiter/Begünstigte.

SAE- VERZEICHNUNG - [Seite 1 - MFS-Ablagen]

Eingabe Bearbeiten Daten Schlagwort Bandnummer Extras SonderZeichen Fenster Hilfe

Nr. 17616

Archivsignatur: aktiver registrierter Vorgang

Text: MFS Bezirksbez. / HA IX/11: BV Hle Aktenkategorie: lfd.Nr. / Jahrg.: Zusatz: Teil- / Bandnummer: AE: 4

Deckname: Rolf Scholz

Vorgangsart: IM-Vg. Registrier-Nr.: Bezirksk.: VIII lfd.Nr. / Jahrg.: 822 / 75

Anleg.Stelle: BEZIRKSVERWALTUNG HALLE KREISDIENSTSTELLE HALLE

Letzte DE: BEZIRKSVERWALTUNG HALLE KREISDIENSTSTELLE HALLE

Unterstruktur (ableg.Stelle):

Aktentitel: Berichterstattung eines Direktors des Kombines Feinmechanische Werke Halle als inoffizieller Mitarbeiter zu den Außenhandelsbeziehungen des Kombines sowie zum Stand und zur Entwicklung der Laserforschung

Laufzeit von bis differenziert: 01.07.1975 31.12.1989 1975 - 1989

Enthält-Vermerk J

Geben Sie den Text zur Archivsignatur ein; 'MFS' und 'K1' erlaubt. (Max. 3 Zeichen) Modi 23/475 FEST EINFÜG

Generell sollte die Erschließungsrichtlinie der BStU ein Regelwerk sein, welches hinsichtlich der Erschließung von archivierten und aktiven registrierten Akten einen Ermessensspielraum für die Archivare zulässt.

Bei OPK- und OV-Akten wurde adäquat zur Erschließung von IM-Akten verfahren. Personenangaben wurden verbal umschrieben und die betroffene Person etwa durch ihre Funktion – ohne Rückschlüsse zuzulassen - charakterisiert. Darüber hinaus gibt der Aktentitel bei OPK-Vorgängen Auskunft über den Grund des Anlegens, und bei OV-Vorgängen über das auslösende Delikt oder Vorkommnis.

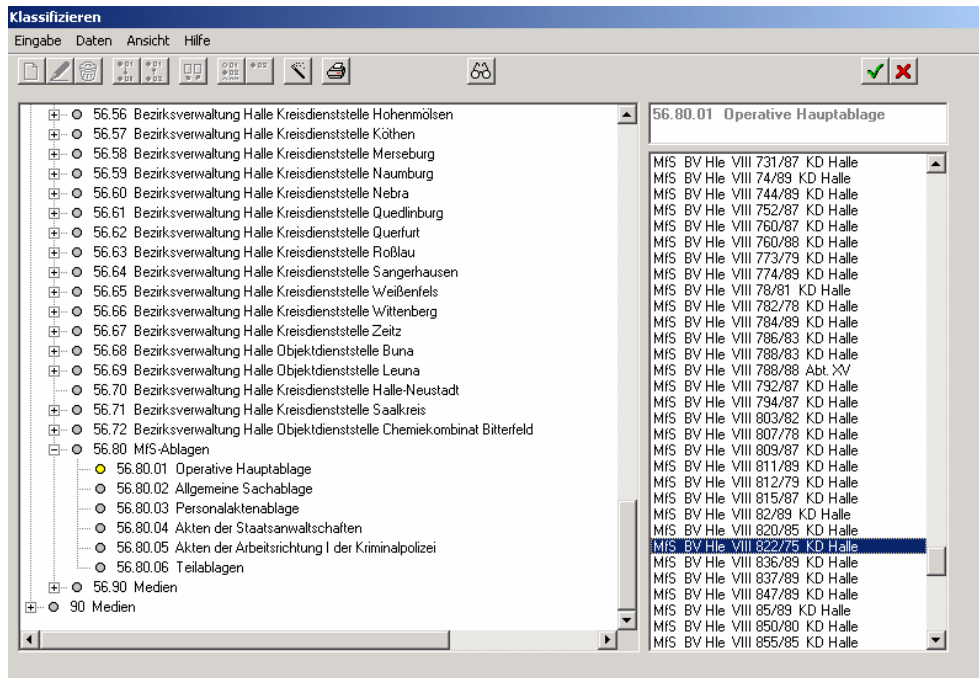
Die für die Erschließung von Sachakten geltenden Regeln zur formalen Gestaltung der Laufzeit galten auch für die aktiven registrierten Akten. Abweichende Daten von in den Akten enthaltenen Teilen von Kaderakten und anderen älteren Anlagen wurden der Laufzeit in runden Klammern vorangestellt.

Verschlagwortung

Als hilfreich bei der Verschlagwortung der aktiven registrierten Akten erwies sich, dass der Thesaurus für den Sach-Index bereits Arbeitsgrundlage war und auf die Erfahrungen bei der Sachaktenererschließung zurückgegriffen werden konnte. Auch die bereits umfangreiche Hinterlegung des Firmen-, Organisationen- und Decknamen-Index, welche frei nach den regionalen Gegebenheiten gestaltet wurden, konnte für die Eingabe von Betrieben, Einrichtungen und Decknamen genutzt werden. Die im Kapitel 6.2. getroffenen Aussagen zur Verschlagwortung treffen gleichermaßen für die Erschließung von registrierten Akten zu.

Klassifikation

Die Klassifizierung aller aktiven registrierten Akten erfolgte zunächst unter dem Klassifizierungspunkt „MfS-Ablagen/Operative Hauptablage“. Das ist eigentlich nicht zutreffend und der Tatsache geschuldet, dass das SAE in dieser Beziehung nur für die Verzeichnung von archivierten Akten ausgelegt ist. Da die aktiven registrierten Akten Teil des Bestandes der Diensteinheit sind, müsste die Erstklassifizierung im Bestand der KD Halle unter dem zutreffenden sachlichen Gliederungspunkt erfolgen. Zur Zeit ist dies nur mittels eines komplizierten Prozederes über die Zweitklassifizierung möglich.



Da bereits während der Sachaktenverzeichnung eine Klassifikation für den Bestand „KD Halle“ erstellt wurde, konnte bei der Zweitklassifizierung auf diese zurückgegriffen werden. Änderungen und Zusätze unter dem Gliederungspunkt „Auswertungs- und Informationstätigkeit“ waren dennoch nötig aufgrund neuer, während der Verzeichnung herausgearbeiteter Tätigkeitsfelder der KD Halle.

Das elektronische Personenregister EPR

Auch in den aktiven registrierten Vorgängen fanden sich zahlreiche Hinweise zu Personen, über die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines IM oder bei der „operativen Kontrolle“ anderer Personen berichtet wurde und deren Daten normalerweise über die Karteien des MfS niemals zu ermitteln sind. Die Grundsätze für die Aufnahme einer Person in das Elektronische Personenregister der BStU wurden bereits im Kapitel 6.2. erörtert. Bei der Erschließung der aktiven registrierten Vorgänge wurde dabei besonderes Augenmerk auf Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes mit erkennbar oder vermutlich schwerwiegenden Auswirkungen auf Beruf, Ausbildung, soziales Umfeld und Familie dieser Personen gelegt. Auch das Erkennen von so genannten „Zersetzungsmaßnahmen“, Inhaftierung oder strafrechtsrelevanten Handlungen war ein Grund, um Personendaten im EPR zu erfassen.

Die Erfassung wurde auf einem Formblatt der BStU in der Akte vermerkt, damit bei einer späteren Aufbereitung der Akte durch einen Sachbearbeiter beispielsweise für eine Akteneinsicht Personen nicht doppelt aufgenommen werden. Generell besteht auch für die Sachbearbeiter die Möglichkeit, beim Lesen der Akten Personen für das EPR zu erfassen.

Der Nachweis besonderer Erfassungsverhältnisse

Insgesamt wurden 32 Personendaten für die Aufnahme in die HHO-Datenbank der BStU weitergeleitet (siehe auch Kapitel 6.2.). Überwiegend handelte es sich dabei um im Auftrag der HVA durch die KD Halle bestätigte inoffizielle Mitarbeiter als Auswerter für wissenschaftlich-technische Unterlagen. Forschungsingenieure, Abteilungsleiter in wissenschaftlichen Zentren von Großbetrieben oder andere wissenschaftliche Mitarbeiter hatten sich im Zuge ihrer IM-Tätigkeit und auf Grund ihrer beruflichen Position dazu bereit erklärt, die von der HVA durch illegalen immateriellen Technologietransfer beschafften technischen Unterlagen zu begutachten und auszuwerten. Andere IM waren bereit, im Auftrag der Abteilung XV der BV Halle bei Dienstreisen in die BRD ihre westlichen Kooperationspartner auszuspähen oder bei privaten Familienreisen Informationen über ihre Verwandtschaft zu sammeln und weiterzugeben.

Bewertung

Die Frage der Bewertung bei aktiven registrierten Vorgängen ist leicht zu beantworten. Da diese Akten entsprechend den Zugangsregelungen des StUG noch auf längere Zeit genutzt werden, können Bewertungsfragen zur Zeit keine Rolle spielen. Darüber hinaus sind die Akten, die bisher in erster Linie Sammlungen von personenbezogenen Informationen darstellten, nun auch unter sachlichen Aspekten zugriffsfähig. Daher wurden sämtliche erschlossenen Vorgänge als archivwürdig eingestuft, und auf Seite 2 des SAE die Aufbewahrung vermerkt.

8. Die territorialen Verknüpfungen der KD Halle im Spiegel der Ergebnisse der

Aktenauswertung

Bei der Auswertung der Inhalte von Sachakten und aktiven registrierten Vorgänge der KD Halle ergaben sich folgende Anhaltspunkte: Bei den Verbindungen der KD Halle innerhalb des Verantwortungsbereiches muss man zwischen offiziellen und inoffiziellen Möglichkeiten unterscheiden, wobei die Übergänge fließend sind. So waren die staatlichen Institutionen verpflichtet, der Kreisdienststelle zuzuarbeiten, obwohl dies in keinem Vertrag oder einer gesetzlichen Grundlage geregelt war. Das Entgegenkommen war stark abhängig von der Person, die die jeweilige Leitungsposition inne hatte und wurde beeinflusst von dem über viele Jahre hinweg entstanden Beziehungsgefüge aus gegenseitigen Gefälligkeiten und dadurch bedingten Abhängigkeiten. Ein Beispiel für das perfekte offizielle Zusammenwirken staatlicher Stellen anhand der OPK-Akte eines Ärzteehepaares, welches von einer BRD-Reise nicht zurückkehrte, findet sich in [Anlage 8](#).

Natürlich waren auch in allen staatlichen Einrichtungen inoffizielle Mitarbeiter tätig, die über die offizielle Berichterstattung hinaus Informationen lieferten.

In [Anlage 9](#) ist eine von der KD Halle erstellte Übersicht über die Partner des operativen Zusammenwirkens einzusehen.

Zu den so genannten „Partnern des operativen Zusammenwirkens“ (POZW) gehörten:

- Volkspolizeikreisamt
- Wehrkreiskommando
- Kampfgruppen
- Rat der Stadt Halle
- Kreisgericht Halle
- Hauptpostamt
- Kreisvorstände der Blockparteien CDU und LDPD
- FDJ-Kreisvorstand
- FDGB-Kreisvorstand
- DTSB-Stadtvorstand
- GST-Stadtvorstand

Ebenso wurde im Rahmen der „politisch-operativen Zusammenarbeit“ angestrebt, Betriebsleitungen offiziell in das System der Kontrolle und Überwachung einzubinden. Die Erschließung der Akten ergab jedoch, dass die KD Halle die für sie wichtigen Betriebsdirektoren und Abteilungsleiter über eine inoffizielle Zusammenarbeit verpflichtet hat.

Ausschließlich inoffizielle Kontakte ergaben sich im Bereich der kirchlichen Einrichtungen (Kirchengemeinden und konfessionelle Krankenhäuser), im staatlichen Gesundheitswesen, im Bereich Kunst und Kultur sowie in gastronomischen und Handelseinrichtungen.

Sämtliche, in den folgenden Kapiteln getroffenen Aussagen beruhen auf der Auswertung der Akten, die sich 1989 noch „aktiv“ in Bearbeitung befanden bzw. als Schriftgut der Kreisdienststelle Halle und anderer Dienstseinheiten der BV Halle sichergestellt werden konnten.

8.1. SED-Kreisleitung

Zum Verhältnis zwischen SED und MfS allgemein wurden in den vorangegangenen Kapiteln schon explizit Aussagen getroffen. Wie sah es jedoch auf der untersten Ebene der Kreisdienststelle Halle und ihrer Zusammenarbeit mit der örtlich zuständigen SED-Kreisleitung aus? Bekannt ist, dass der Leiter der Kreisdienststelle regelmäßig an den örtlichen Parteisekretär berichtete, und diese Informations-

übermittlung unter strenger Wahrung der „Konspiration und Geheimhaltung“ vonstatten gehen musste. So ist es erklärlich, dass sich weder im Aktenbestand der KD Halle noch im überlieferten Bestand der SED-Stadtleitung Halle Unterlagen finden, die unter der Überschrift „Berichte an die SED-Kreisleitung“ firmieren. Die Auswertung der Findkartei zum Bestand „Stadtleitung der SED“, welcher sich mit einem Umfang von 42 lfm im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, befindet, lässt jedoch Rückschlüsse auf eine enge Verflechtung beider Dienststellen zu.²²⁷ Schon ab 1958 finden sich Informationsberichte, Analysen und Einschätzungen über „Republikflucht“ und „Feindarbeit“ im Bestand der Kreisleitung, welche auf die Urhebererschaft der Kreisdienststelle schließen lassen. Unter dem Stichwort „Sicherheit – Grundsatzfragen“ sind Unterlagen aus den Jahren 1963 bis 1981 überliefert, die die ganze Bandbreite der Sicherheitspolitik beinhalten: Einschätzung der Feindtätigkeit, Wehrerziehung, Grenzdurchbrüche, politisch-moralischer Zustand der Volkspolizei, Zurückdrängung der Kriminalität, anhängige Verfahren beim Staatsanwalt wegen Staatsverleumdung, Kampfgruppen, Kirchenfragen, Einschätzung von Reisen ins NSW sowie Reise- und Besucherverkehr, Nachwuchsgewinnung für militärische Berufe und die Arbeit der Zivilverteidigung. Hier sind Informationen geflossen, die von allen staatlichen Instanzen gesammelt und übermittelt wurden, wie vom Volkspolizeikreisamt, vom Wehrkreiskommando, vom Kreisgericht und der Staatsanwaltschaft sowie von der Kreisdienststelle Halle. Informationsberichte über Stimmungen und Meinungen aus den Jahren 1967 bis 1989 vervollständigen das Bild über die Zuarbeit der Kreisdienststelle. Der letzte Bericht stammt vom 12. Oktober 1989.

Schon seit Beginn der 50er Jahre wurde die vollständige Unterstellung der Staatssicherheit unter die SED-Bürokratie reguliert. Auf Beschluss der Sicherheitskommission des Politbüros wurde der Staatssicherheit untersagt, Ermittlungen im SED-Parteiapparat zu führen.²²⁸ Ein Hinweis darauf, dass trotz dieses Verbots Ermittlungen über SED-Funktionäre geführt wurden, ergab ein „Handmaterial der ZAIG zur Konsultation mit dem Leiter der Bezirksverwaltung Halle“ aus dem Jahr 1983²²⁹. Darin wurde vermerkt, dass im Auftrag der 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen Bestätigungsüberprüfungen zu vorgesehenen Neueinstellungen und Sicherheitsüberprüfungen zu Mitarbeitern von SED-Kreisleitungen vorgenommen wurden. Im Ergebnis dessen wurden Mitarbeiter mit persönlichen Kontakten in die BRD, Mitarbeiter mit vorbestraften Verwandten ersten Grades und Mitarbeiter mit Verwandten, welche Rückkehrer aus der BRD sind, gemeldet. Auf Grund dieser Überprüfungen durch das MfS wurden Mitarbeiter aus SED-Kreisleitungen versetzt und von einigen Personen von einer Neueinstellung Abstand genommen. Inwieweit die KD Halle in diese Überprüfungen mit einbezogen war, ist nicht ersichtlich, da hier von Kreisdienststellen des ehemaligen Bezirkes Halle allgemein die Rede war. Der Inhalt der Akte zeigt jedoch deutlich, dass der SED-Apparat keinesfalls darauf verzichten

²²⁷ Landeshauptarchiv Sachsen Anhalt, Abteilung Merseburg, Stadtleitung der SED Halle, IV / 5 / 01 bis IV / F – 5 / 01, 1949 – 1989.

²²⁸ Beschluss der Sicherheitskommission des Politbüros der SED vom 16.12.1954, BStU, ZA, MfS, SdM 407.

²²⁹ Bericht über die Führungs- und Leitungstätigkeit der KD, Aug. 1988, BStU, ZA, MfS, ZAIG 13887 Pkt. 4.

wollte, sich der Staatssicherheit als Instrument für innerparteiliche Überprüfungen zu bedienen. Nicht möglich war jedoch die Rekrutierung von IM's in Dienststellen der Parteileitung. Ein Beispiel dafür ist die IM-Akte eines Elektrikers, der am Bau des Gebäudes der SED-Bezirksleitung beteiligt war. Nachdem er im Objekt der SED-Leitung als Haustechniker fest angestellt wurde, brach die KD Halle die Zusammenarbeit mit ihm ab.²³⁰

Es fanden sich in den Akten weitere Hinweise zur Zusammenarbeit zwischen der KD Halle und der SED-Kreisleitung, jedoch keine zusammenhängenden Abhandlungen oder Vereinbarungen über Verbindungen zwischen beiden Dienststellen. In einem vertraulichen MfS-Dokument an die KD Halle zur inneren Sicherheit der Kreisleitungen der SED wurde dargelegt, wie der Leiter der Kreisdienststelle dem 1. Parteisekretär in „*kameradschaftlicher Art und Weise Vorschläge, Hinweise und Empfehlungen*“ dazu unterbreiten soll. Eine Unterstützung durch die Kreisdienststelle „*bei der (...) Gewährleistung der inneren Sicherheit ist anzubieten.*“²³¹ Deutlich ist, dass ein offensives Vorgehen vermieden werden sollte und der vorsichtige Umgang mit Belangen des Parteiapparates von den vorgesetzten Dienststellen des MfS der Kreisdienststelle nahe gelegt wurde.

In der Berichtsakte des IMS „Ulrich“, eines leitenden Mitarbeiters des VEB Pumpenwerke Halle, ist ein Bericht überliefert, der auf gegenseitige Zuarbeiten zwischen der KD Halle und den Stadtbezirksleitungen der SED hinweist. Hierin ging es um die Ablösung von leitenden „Wirtschafts- und Parteikadern“ auf Grund ihrer in den Augen der SED mangelhaften Leitungstätigkeit. Dazu hatte die KD Halle Informationen an verschiedene Stadtbezirksparteileitungen geliefert, welche wiederum Überprüfungen durch die Parteikontrollkommissionen (PKK) auslösten. Infolgedessen wurden Betriebsdirektoren und Parteisekretäre von ihren Funktionen entbunden und in andere Betriebe versetzt. Andererseits konnte die KD Halle ihren Einfluss auf Parteigremien soweit ausüben, dass einer Abberufung eines Betriebsdirektors nicht zugestimmt, sondern die „Disziplinierung“ durch den zuständigen Parteisekretär veranlasst wurde.²³²

Anhand der einzelnen, aus den Akten zusammengetragenen Fakten kann nicht rekonstruiert werden, auf welche Art und Weise das Zusammenwirken zwischen der KD Halle und der SED-Kreisleitung organisiert war.

8.2. Andere Parteien und gesellschaftliche Organisationen

Die Auswertung der Akten verdeutlicht, dass die KD Halle versuchte, Informanten in den so genannten Blockparteien CDU und LDPD und in den wichtigen gesellschaftlichen Organisationen zu gewin-

²³⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XVIII 872/86 Teil I Bd 1.

²³¹ Unterstützung der Kreisleitungen der SED hinsichtlich der inneren Sicherheit im politischen Apparat durch die Kreisdienststellen des MfS, 1983, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1383, Anlage.

²³² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 252/87 Teil II Bd 1, S. 299.

nen. Obwohl alle bestehenden Parteien und Organisationen in der DDR der SED gleichgeschaltet waren, gelang dies nur in geringem Maße.

CDU (Christlich-demokratische Union)

Direkt Einblick in die innerparteiliche Arbeit der CDU hatte die KD Halle durch einen IM, der als CDU-Funktionär von 1967 bis 1989 über die CDU-Kreisverbände Halle und Aschersleben berichtete.²³³ Dieser lieferte ebenfalls umfassende Informationen über Kirchenmitglieder, über Pfarrer und Veranstaltungen innerhalb der evangelischen und katholischen Kirche in Halle. Angesichts des langen Zeitraums der Berichterstattung und der Brisanz der übermittelten Informationen erhielt die KD Halle einen umfangreichen Einblick in Kirchen- und Parteiinterna.

Zwei weitere IM-Akten von CDU-Mitgliedern, einem Dozenten an der Pädagogischen Hochschule Halle und einem Abteilungsleiter des wissenschaftlich-technischen Zentrum des VEB Pumpenwerke, geben Auskunft über das berufliche Umfeld der IM. Ihre CDU-Mitgliedschaft spielte eher eine untergeordnete Rolle und war mit Sicherheit der Tatsache geschuldet, dass beide Personen katholisch waren und zum Erreichen ihrer beruflichen Positionen Mitglied einer Partei sein mussten. Auffällig ist, dass beide IM besonders übereifrig ihre Zusammenarbeit gestalteten. So nahm der Hochschuldozent mittels eines in einer Aktentasche versteckten Kassettenrecorders Gespräche seiner Kollegen auf, welche sich über politische Ereignisse und Mängel in der Versorgung unterhielten. Diese Handlungsweise dokumentiert eine Form der Denunziation, die über das „normale Maß“ weit hinausgeht. Auch der Abteilungsleiter schreibt bereits in seine Verpflichtungserklärung, dass er die Zusammenarbeit mit dem MfS als seine staatsbürgerliche Pflicht ansieht und gibt in einem Bericht seinem Führungsoffizier Hinweise, wie seiner Meinung nach mit „staatsfeindlichen Personen“ zu verfahren wäre.²³⁴ Beide IM arbeiteten seit 1969 bzw. 1978 mit der KD Halle zusammen. Auch hier ist anhand der langjährigen Zusammenarbeit und der Bereitwilligkeit zur Informationslieferung der Eindruck entstanden, dass die IM den „Makel“ des falschen Parteibuches auf diese Art und Weise auszugleichen suchten.²³⁵ So sieht schon Christian von Ditfurth in seiner Dokumentation „Blockflöten“ die CDU analog zum Selbstverständnis der Staatssicherheit als „Schild und Schwert der SED“ und beweist, dass die Mitglieder der DDR-CDU keine oppositionelle Position einnahmen, sondern zum größten Teil ideologisch überzeugte Vasallen der SED waren.²³⁶

²³³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 690/67.

²³⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 807/78, Teil I Bd 1 Verpflichtungserklärung, Teil II Bd 3, S. 25.

²³⁵ Eine SED-Mitgliedschaft kam für Katholiken in der Regel nicht in Frage; daher war die CDU Sammelbecken für Christen, welche höhere berufliche Positionen anstrebten, bzw. durch die CDU-Mitgliedschaft ihre staatsloyale Einstellung unter Beweis stellen wollten.

²³⁶ Christian von Ditfurth: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991.

LDPD (Liberaldemokratische Partei Deutschlands)

Zur Arbeit der zweitgrößten Blockpartei der DDR berichteten zwei IM der KD Halle über einen Zeitraum von fast 20 Jahren: ein Diplomingenieur und ein freischaffender Journalist. Beide arbeiteten aktiv in zwei Parteigremien auf Stadtebene in leitenden Funktionen und informierten über den Inhalt von Sitzungen sowie über persönliche Angelegenheiten von Parteifreunden. Überregional konnte ein IM vom 13. Parteitag der LDPD in Weimar, speziell von den Reaktionen westlicher Medien berichten. Für die LDPD gelten im Prinzip die bereits für die CDU getätigten Feststellungen. Der Unterschied zwischen den Parteien bestand darin, dass die Mitglieder der CDU vor allem Christen waren, während sich in der LDPD oftmals Handwerksmeister und andere Selbständige organisierten.

FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund)

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund stellte zwar formal die Interessenvertretung der „Werkstätigen“ dar, war jedoch lediglich ein weiteres Glied in der Durchsetzung des Führungsanspruches der SED und der Sicherung der staatlichen Macht. Die Tätigkeitsfelder des FDGB lagen unter anderem in der Ideologievermittlung, der Mobilisierung von Arbeitskraft und –moral sowie der Funktionärsausbildung und –schulung. Damit diene er vornehmlich dem Partei- und Staatsinteresse. Weiterhin organisierte er in weitgehend alleiniger Entscheidungsbefugnis die Sozial- und Kulturpolitik in Betrieben und Institutionen, so z.B. den Ferien- und Kurdienst, Kinderbetreuung, Kantinenversorgung.²³⁷

Die KD Halle verfügte über eigenes Dienstzimmer zur „politisch-operativen Nutzung“ im Gebäude des FDGB-Bezirksvorstandes Halle. Dies geht aus einem Aktenvermerk aus dem Jahr 1989 hervor²³⁸ und ist ein Beleg für die offizielle Verbindung zwischen Kreisdienststelle und Gewerkschaftsvorstand.

Ein Mitarbeiter des FDGB-Kreisvorstandes Halle-Ost lieferte als GMS Informationen über die von ihm angeleiteten BGL-Vorsitzenden in verschiedenen Betrieben und Einrichtungen.²³⁹ Ein weiterer IM war im FDGB-Stadtvorstand Halle zuständig für die Vergabe von Touristenreisen ins nichtsozialistische Ausland, für die ordnungsgemäße Essenversorgung von Kindereinrichtungen sowie die Hygienekontrolle in Verkaufseinrichtungen.²⁴⁰ Auf Veranlassung der KD Halle berichtete er über Personen, welche Reiseanträge stellten, da der Staatssicherheit daran gelegen war, nur staatsloyale und überprüfte „Reisekader“ ins nichtsozialistische Ausland zu schicken. Genau vorgeschrieben wurde, welchen „SED-Anteil“ und welche soziale Zusammensetzung Reisegruppen, die beispielsweise mit der MS „Arkona“ reisten, aufweisen mussten. Zahlreich in der Akte finden sich IM-Berichte über hygienische und bauliche Mängel in Großküchen und Kaufhallen und der damit einhergehenden Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung in Halle. Von der KD Halle daraufhin veranlasste Verände-

²³⁷ Im Internet: www.ddr-wissen.de, 21.10.05.

²³⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 671.

²³⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1618/83.

²⁴⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 563/87.

rungen sind nicht dokumentiert, lediglich der Hinweis auf die eventuelle Schließung der Einrichtungen.

FDJ (Freie Deutsche Jugend)

Die Freie Deutsche Jugend war eine Massenjugendorganisation in der DDR und wurde als „Kampfreserve der Partei der Arbeiterklasse“ bezeichnet, da die SED keine eigene Jugendorganisation besaß. Im Jahr 1988 hatte die FDJ 2,3 Millionen Mitglieder, das waren 80 Prozent der Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren. Die Mitgliedschaft war zwar offiziell freiwillig, doch hatten Nichtmitglieder Nachteile bei der Auswahl für weiterführende Schulen sowie bei der Studien- und Berufswahl zu befürchten.²⁴¹

Die FDJ-Organisation war wie die aller Parteien und Massenorganisationen bis in die kleinste Zelle (d.h. FDJ-Gruppe in der Schulklasse oder Seminargruppe) untergliedert. Für die KD Halle waren die maßgeblichen Ansprechpartner die FDJ-Stadtleitung und die FDJ-Stadtbezirksleitungen. Sicherheitsüberprüfungen zu Mitarbeitern der Stadtbezirksleitungen sind in einer Akte überliefert²⁴² und basieren auf Karteiauskünften aus den Speichern des MfS, auf IM-Berichten und Auszügen aus Personalakten. Ein leitender Mitarbeiter der Kommission Jugendtouristik der FDJ-Stadtleitung Halle berichtete als IM über Teilnehmer an Reisen ins nichtsozialistische Ausland sowie über in Halle weilende Jugendgruppen aus der BRD. Die für die Sicherung des Reiseverkehrs zuständige Abt. VI der BV Halle verwies in einem Schreiben auf die Eigenverantwortung der FDJ für die Auswahl und Befürwortung von Reisekandidaten. Die letzte Entscheidungsbefugnis „aus sicherheitspolitischer Sicht“ oblag jedoch der „objektmäßig zuständigen Dienst Einheit“ des MfS.²⁴³ Auch in die Verhandlungen über die Städtepartnerschaft zwischen Halle und Karlsruhe war der FDJ-Funktionär involviert, da der Vertrag über die Städtepartnerschaft in der IM-Akte überliefert ist.²⁴⁴ Zwei weitere Mitarbeiter der Stadtbezirksleitung Halle-Süd arbeiteten ab 1986 inoffiziell mit der KD Halle zusammen und informierten über andere FDJ-Funktionäre, über den Verlauf von FDJ-Veranstaltungen sowie über Jugendliche aus halleschen Betrieben. Interessant ist eine Stellungnahme der FDJ-Stadtleitung zu den gesellschaftlichen Veränderungen im Herbst 1989. Diese verdeutlichte insgesamt, dass die Stadtleitung einerseits bereit war, an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen, andererseits dies von der SED-Stadtleitung mit Hinweis auf die „Parteitreu“ der Jugendorganisation untersagt wurde.²⁴⁵

²⁴¹ Im Internet: www.ddr-wissen.de, 22.10.05.

²⁴² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 349.

²⁴³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 923. S. 17.

²⁴⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 254/86 Teil II Bd 1.

²⁴⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1609/81 Teil II Bd 1.

DTSB (Deutscher Turn- und Sportbund)

Der deutsche Turn- und Sportbund war eine Massenorganisation, in der zuletzt über 20 Prozent der DDR-Bevölkerung organisiert war. Das Spektrum des DTSB umfasste Massensport, aber auch Wettkampf- und Leistungssport. Dazu bedurfte es der Ausbildung von Übungsleitern, Schieds- und Kampfrichtern. Angesichts der Bedeutung des Sports für die Innen- und Außenpolitik der DDR war eine enge Verbindung des DTSB mit den Staatsorganen, der SED und ihrer Kontrollinstanzen nicht verwunderlich.²⁴⁶

Die in Halle existierende Kinder- und Jugendsportschule war eine Stätte für die systematische Suche nach Talenten für den Leistungssport. Wichtig war der KD Halle daher, Einblick in die Persönlichkeit und die familiären Verhältnisse von zukünftigen Sport-Leistungsträgern zu erhalten. Von zwei hauptamtlichen DTSB-Funktionären aus dem DTSB-Stadtvorstand Halle und dem Stadtvorstand Halle-Ost wurden die gewünschten Informationen übermittelt. Als inoffizielle Mitarbeiter berichteten diese über Gespräche mit Eltern und deren Leistungssport treibenden Kindern hinsichtlich der Abgrenzung zu in der BRD lebenden Verwandten und gaben dementsprechende Empfehlungen zur Aufnahme in die Sportschule. Auch Trainer und Sportlehrer, welche Anträge auf Reisen zu Verwandten in die BRD gestellt hatten, wurden über die Berichterstattung der IM überprüft. Offensichtlich war der KD Halle sehr daran gelegen, einen Imageschaden durch nicht zurückgekehrte „Sportkader“ zu vermeiden.

GST (Gesellschaft für Sport und Technik)

Die GST diente vor allem der vormilitärischen Ausbildung und Wehrtüchtigung der Jugendlichen in der DDR. Sie war eine paramilitärische Organisation, da sie über eine eigene Bewaffnung und eigene Uniformen verfügte. Neben der allgemeinen vormilitärischen Ausbildung führte sie Wehrlager und Wettkämpfe durch. Diese waren Teil einer weiterführenden Ausbildung bzw. der Berufsausbildung, so dass daran auch Nicht-GST-Mitglieder teilnehmen mussten.

Die KD Halle konnte 1981 einen Mitarbeiter des GST-Stadtbezirksvorstandes Halle-West zur inoffiziellen Zusammenarbeit werben. Dieser berichtete über andere GST-Funktionäre sowie über Gespräche mit Jugendlichen, die sowohl eine zustimmende als auch eine ablehnende Haltung zur vormilitärischen Ausbildung und zum Dienst mit der Waffe einnahmen. Letztere befanden sich in der Minderheit und führten meist religiöse oder pazifistische Gründe an. Statistische Angaben zur Bereitschaft von Jugendlichen, einen längeren Wehrdienst zu leisten, ergänzten die Berichte des GST-Funktionärs und lieferten der KD Halle für den Zeitraum der Auswertung wertvolle Informationen.²⁴⁷

²⁴⁶ Im Internet: www.wikipedia.de, 22.10.05.

²⁴⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1609/81, Teil II Bd 1, S. 339 ff.

8.3. Volkspolizeikreisamt (VPKA)

Die Volkspolizei war der wichtigste Partner des „politisch-operativen Zusammenwirkens“; dementsprechend hoch war die Anzahl der inoffiziellen Mitarbeiter im VPKA Halle. Insgesamt arbeiteten 35 VP-Angehörige im Jahr 1989 in unterschiedlichen Dienststellungen inoffiziell mit der KD Halle zusammen. Über den prozentualen Anteil der IM im Verhältnis zur Gesamtzahl der Polizisten des VPKA Halle kann keine Aussage getroffen werden, da die Personalzahlen des VPKA nicht bekannt sind. Laut Aussagen Jens Giesekes gab es je nach Dienstzweig der Volkspolizei Anteile von 10 bis 20 % an inoffiziellen Mitarbeitern. So waren z.B. im VPKA der Kreisstadt Prenzlau 16 % der Polizisten IM.²⁴⁸

Aus Sicht der Staatssicherheit gab es zwei Bereiche des Zusammenwirkens mit der Volkspolizei, die fließend ineinander übergingen. Die inoffiziellen Mitarbeiter hatten einerseits die Aufgaben, die Volkspolizei zu überwachen – das verdeutlichen die zahlreichen Sicherheitsüberprüfungen zu VP-Angehörigen des VPKA Halle.²⁴⁹ Andererseits dienten sie ebenso dazu, Einfluss auf Entscheidungen der Volkspolizei zu nehmen und deren Potenzen für die eigene Arbeit zu nutzen.

Die offiziellen Beziehungen zwischen KD Halle und VPKA Halle und die Festlegung der jeweiligen Aufgaben wurden in Koordinierungsvereinbarungen festgeschrieben. Die zuletzt gültige „Vereinbarung über das Zusammenwirken zwischen dem VPKA Halle und der KD Halle des MfS“ stammte aus dem Jahr 1987. Darin wurde grundsätzlich festgelegt, dass „*die Vereinbarung von der Eigenverantwortung beider Organe ausgeht und nicht in deren spezielle Arbeitsweisen eingreift.*“²⁵⁰ Zusammenwirken bedeutete demnach, dass die beiden Sicherheitsapparate ihre Arbeit eng aufeinander abstimmten, allerdings unter Beachtung ihrer jeweiligen spezifischen Verantwortung. Die weiteren, in der Vereinbarung festgelegten Aufgaben liefen jedoch darauf hinaus, das Volkspolizeikreisamt zum „verlängerten Arm“ der KD Halle zu machen. So sollte die Volkspolizei bei der Verhinderung von Grenzstraftaten und der Zurückdrängung von Übersiedlungersuchenden helfen, weiterhin den Schutz der Volkswirtschaft gewährleisten sowie gegen negative Verhaltensweisen Jugendlicher vorgehen. Auch die Absicherung von Westreisen durch die Zusammenarbeit beim Antrags- und Genehmigungsverfahren war Bestandteil der Vereinbarung. Zudem sah diese gemeinsame Führungsgruppen vor und regelte die Kooperation auch auf der Ebene der einzelnen Abteilungen.²⁵¹ Die schriftliche Fixierung des Zusammenwirkens war die eine Seite, die praktische Umsetzung die andere. In einem Handmaterial zur Konsultation der ZAIG mit dem Leiter der BV Halle über ausgewählte Fragen der Arbeit der Kreisdienststellen im November 1984 wurde festgehalten, dass die bis dahin erreichte Qualität des Zusammenwirkens das Verdienst der Kreisdienststelle wäre. Nach wie vor würde diese Aufgaben

²⁴⁸ Jens Gieseke: Volkspolizei und Staatssicherheit – Zum inneren Sicherheitsapparat der DDR, In: Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit/hrsg. von Hans-Jürgen Lange, Opladen 2003, S. 98.

²⁴⁹ Siehe Sachakten der KD Halle: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 109 bis 119, 125 bis 128, 177.

²⁵⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 427, S. 3.

²⁵¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 427, S. 4 – 7.

übernehmen, die eigentlich in den Verantwortungsbereich der Volkspolizei gehörten. Diese hätte sich wohl „daran gewöhnt“, dass die Kreisdienststelle zusätzliche Aufgaben erledigte. Eine Verbesserung der Aufgabenverteilung wurde angemahnt.²⁵²

Eine wichtige Funktion hatten die so genannten „Abwehroffiziere Volkspolizei“ inne, welche auf Beschluss des Ministers für Staatssicherheit ab Januar 1981 in allen Kreisdienststellen auf der Grundlage neuer Planstellen eingesetzt wurden. Dazu wählte man geeignete Offiziere der Volkspolizei aus und überprüfte sie auf ihre Eignung für die operative Arbeit im MfS. Da die KD Halle die größte Kreisdienststelle im Bezirk Halle war, wurden zwei Planstellen für „Abwehroffiziere Volkspolizei“ geschaffen. Ihren Einsatz im Referat Landesverteidigung bestätigen Berichte aus dem Jahr 1989.²⁵³ Im Schreiben des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Generalmajor Neiber, zum Einsatz von „Abwehroffizieren Volkspolizei“ wird deutlich, dass deren Aufgaben vor allem in der Überwachung von VP-Angehörigen und dem Erkennen von Mängeln in der Aufgabenerfüllung lagen. In der Sprache des MfS bedeutete dies die „*Einheit von operativer Sicherung und politisch-operativem Zusammenwirken.*“²⁵⁴ Die Abwehroffiziere waren ausdrücklich berechtigt, offizielle Kontakte zu leitenden Angehörigen des VPKA Halle zu unterhalten, führten ihre Arbeit aber vor allem auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit IM und GMS durch.

In den folgenden Abschnitten soll besonders auf zwei ausgewählte Abteilungen des VPKA eingegangen werden, da diese am intensivsten mit der KD Halle zusammenwirkten.

8.3.1. Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei

Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei war eine Struktureinheit des Ministerium des Innern (MdI) und war der Struktur der Kriminalpolizei folgend auf Zentral-, Bezirks- und Kreisebene organisiert. Im VPKA Halle gab es entsprechend ein Kommissariat I, welches 1986 folgendermaßen strukturiert war:

- Arbeitsgruppe Handel
- Arbeitsgruppe Industrie/Bauwesen
- Arbeitsgruppe Schwere Straftaten
- Arbeitsgruppe Jugend/Grenze
- Arbeitsgruppe Religionsgemeinschaften/Vereinigungen (nicht zuständig für die katholische u. evangelische Kirche sowie die Zeugen Jehovas, hier war das MfS verantwortlich)
- Arbeitsgruppe Halle-Neustadt

²⁵² BStU, ZA, MfS ZAIG 13877.

²⁵³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501.

²⁵⁴ BStU, ZA, MfS, HA VII 988 Teil I.

- Sachgebiet Information und Auswertung²⁵⁵

Ein Informationsbericht der KD Halle weist für 1987 für das Kommissariat I 36 Mitarbeiter und 1 Leiter aus.²⁵⁶ Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Kommissariats I beinhalteten den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern zur vorbeugenden Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten, die nach dem Strafgesetzbuch der DDR als gesellschaftlich bedeutsam angesehen wurden²⁵⁷, aber keine „sicherheitspolitische Relevanz“ besaßen. Das Kommissariat I gestaltete seine Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern nach weitgehend gleichen Regeln, wie sie auch im MfS Anwendung fanden. Die Inoffiziellen Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter (IKM) unterschieden sich aber von Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS in Qualität (Funktion der einzelnen Kategorien), Quantität und Einsatzrichtung.²⁵⁸ Laut StUG sind sie jedoch den IM der Staatssicherheit gleichgestellt.²⁵⁹

Die Zusammenarbeit des MfS mit der Volkspolizei, speziell mit dem Kommissariat I war umfassend geregelt und dokumentierte das Arbeitsprinzip des MfS mit anderen Organen hinsichtlich „Abwehr“ und „Nutzung durch Einflussnahme“. In zwei Weisungen von Mielke wurden die „politisch-operative Sicherung“ (d.h. die Abwehrarbeit) und das eigentliche „politisch-operative Zusammenwirken“ getrennt geregelt.²⁶⁰

Auf der Grundlage des erschlossenen und ausgewerteten Aktenmaterials können vor allem Aussagen zur „politisch-operativen Sicherung“ des Kommissariats I getroffen werden. Um das Zusammenwirken auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung und auch der Bekämpfung „politischer Straftaten“ in den achtziger Jahren zu dokumentieren, müssten die Akten der IKM, welche in der Abteilung XII der BV Halle archiviert wurden, ausgewertet werden. Dies würde jedoch über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Der in der Weisung von Mielke zur „politisch-operativen Sicherung“ des Kommissariats I geforderte Einsatz von OibE in den Dienststellungen des Leiters und in weiteren Leitungsfunktionen konnte für das VPKA Halle nicht nachgewiesen werden. Recherchen zum seit 1980 eingesetzten Leiter des Kommissariats I, Hauptmann R., brachten den Hinweis, dass dieser von 1987 bis 1989 als IME für die KD Halle arbeitete. Sein Einsatz trug wesentlich dazu bei, Angehörige

²⁵⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1001.

²⁵⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 324.

²⁵⁷ Gemeint waren z.B. ungesetzlicher Grenzübertritt, unbefugter Waffen-, Munitions- und Sprengmittelbesitz, schwere Straftaten.

²⁵⁸ Vergleiche: Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit, BStU, Berlin 1994.

²⁵⁹ StUG § 6 Abs. 5 Pkt. 2.

²⁶⁰ 1. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 2/79 über das politisch-operative Zusammenwirken mit dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei vom 14.03.1987, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 955. / 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 2/87 zur politisch-operativen Sicherung des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 956.

seines Kommissariats unter operative Personenkontrolle zu stellen, in deren Folge sie aus dem Bereich herausgelöst und aus der DVP entlassen wurden.²⁶¹

Nachgewiesen ist, dass der Leiter der KD Halle, Oberstleutnant Schmidt, und der Leiter des Kommissariats I, Hauptmann R., sich zu regelmäßigen wöchentlichen Absprachen trafen.²⁶² Im Bericht über die Ergebnisse eines Kontrollgruppeneinsatzes der Bezirksdirektion der Volkspolizei (BDVP) Halle, dem übergeordneten Organ des VPKA, vom September 1986 wird positiv erwähnt, dass diese Zusammenkünfte Grundlage für die gemeinsame Einschätzung der Lage und der Bestimmung „operativer Schwerpunkte“ darstellten. Dabei orientierte Oberstleutnant Schmidt auf die Erweiterung der Einsatzgebiete des Kommissariats I im Bereich des oppositionellen Untergrundes hinsichtlich der Überwachung von Antragstellern auf ständige Ausreise, auf die Überwachung von Religionsgemeinschaften im Hinblick auf die Unterstützung homosexueller Kreise und der Punkerbewegung in Halle. Diese Aufgaben gehörten normalerweise nicht zum Aufgabenspektrum des Kommissariats I. Doch auf Grund der in den achtziger Jahren entstandenen innenpolitischen Situation orientierte die KD Halle auf die verstärkte Nutzung der volkspolizeilichen Tätigkeit bei der Eindämmung oben genannter Erscheinungen. Auf Grund der Bedeutung des Kommissariats I erfolgten Neueinstellungen prinzipiell nur nach durchgeführter Sicherheitsüberprüfung und erfolgter Bestätigung durch den Leiter der KD Halle. Bereits in dieser Phase wurde geprüft, ob eine spätere inoffizielle Nutzung möglich wäre.²⁶³

In den Absprachen zwischen der KD Halle und dem Kommissariat I ist weiterhin eine arbeitsteilige Vorgehensweise ersichtlich, da bestimmte gesellschaftliche Bereiche von beiden Organen kontrolliert wurden. So sollten Probleme bei der Einführung der Mikroelektronik in Betrieben und beim innerstädtischen Bauen dokumentiert werden. Die Verhinderung von Diebstählen in Betrieben der Fleischverarbeitung und die Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin im VEB Waggonbau Ammendorf gehörten ebenso zum Aufgabenspektrum wie die Verhinderung der Ausfuhr von Antiquitäten durch BRD-Bürger.

In einer Einschätzung der KD Halle aus dem Jahr 1988 wurden vier inoffizielle Mitarbeiter erwähnt, welche zur „*Sicherung und operativen Durchdringung des Mitarbeiterstabes*“²⁶⁴ zur Verfügung standen. Die Akten zu drei dieser IM sind im Bestand der aktiven Vorgänge überliefert und wurden erschlossen. Der Leiter des Referates Landesverteidigung der KD Halle schätzte die Zusammenarbeit mit den IM als äußerst effektiv ein. Eine regelmäßige Treffdurchführung und die Einhaltung der Konspiration durch die unterschiedliche Nutzung von Treffquartieren für die IM trugen dazu bei.

²⁶¹ Siehe: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AIM 3407/89.

²⁶² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1001, Bl. 8.

²⁶³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 107.

²⁶⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 107.

Die IM berichteten über Kollegen und Vorgesetzte, waren jedoch teilweise selbst Ziel von inoffiziellen Überprüfungen durch andere IM. IM „Karl Walter“ berichtete über das angeblich unmoralische Verhalten anderer VP-Angehöriger, versuchte aber selbst, kriminelle Handlungen seines Sohnes zu decken. Ebenso IM „Fred Wenzel“, der über persönliche Bereicherung unter Ausnutzung der Dienststellung bei Kollegen berichtete, jedoch in seiner Freizeit einen florierenden Handel mit Gebrauchtwagen betrieb. Vorschläge der KD Halle, die Zusammenarbeit mit diesen IM zu beenden bzw. diese aus dem Kommissariat I herauszulösen, wurden von der Abt. VII der BV Halle ²⁶⁵ abgelehnt, da *„keine Hinweise der Unehrlichkeit des IM gegenüber dem MfS bzw. auf eventuelle Feindseligkeit des Genannten vorliegen.“* ²⁶⁶ Ausschlaggebend war also nicht die charakterliche Qualifikation, sondern allein das Verhalten gegenüber der KD Halle unter „sicherheitspolitischen“ Aspekten. Berichte der IM über Mängel in der Arbeit des Kommissariats I mit den eigenen IKM lässt Parallelen zur IM-Arbeit der KD Halle zu. So wurde über manipulierte Berichterstattung, Mängel in der Einhaltung des Quellenschutzes durch telefonische Kontaktierung und Treffen in Gaststätten und den häufigen Wechsel der Führungsoffiziere informiert. ²⁶⁷

8.3.2. Abteilung Pass- und Meldewesen

Das gesamte Meldewesen unterstand der Deutschen Volkspolizei und war in den Abteilungen Pass- und Meldewesen angesiedelt. Deren Aufgaben waren in der Verordnung über das Meldewesen in der DDR – Meldeordnung – und in Dienstvorschriften des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über das polizeiliche Meldewesen geregelt. In der Abteilung wurden durch VP-Angehörige und Zivilangestellte die Kreismeldekartei geführt und alle Angelegenheiten, die mit dem Ausstellen von Dokumenten zu Personen- und Reiseangelegenheiten zusammenhingen, bearbeitet.

In der Abteilung Pass- und Meldewesen des VPKA Halle arbeitete ein leitender Mitarbeiter als GMS für die KD Halle. Er lieferte Informationen über disziplinarische Verfehlungen von Mitarbeitern, über die Entwicklung des Personalbestandes (Beurteilungen, Einsatzmöglichkeiten, Qualifizierungsstand) sowie über erhöhte Anforderungen im Genehmigungswesen auf Grund der neuen Reiseverordnung ins nichtsozialistische Ausland ab 1. Januar 1989. ²⁶⁸ Analysen zu ungesetzlichen Grenzübertreten und statistische Angaben zur Entwicklung der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten (DFA) ergänzten die Berichterstattung. Über einzelne Bürger, die für die KD Halle von Interesse waren, informierte er zur familiären Situation sowie zu Ein- und Ausreisen. ²⁶⁹

²⁶⁵ Aufgaben der Abt. VII waren u.a.: Abwehrmäßige Sicherung und Abschirmung des Ministeriums des Innern (Mdl), insbesondere der Deutschen Volkspolizei, Zusammenwirken mit dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Siehe im Internet: www.bstu.de, 26.10.2005.

²⁶⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 107, S. 5.

²⁶⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1294/77 Teil II Bd 1, S. 159 – 161.

²⁶⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 794/87 Bd 2.

²⁶⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 794/87 Bd 2.

Zwei weitere GMS und vier IM in der Abteilung Pass- und Meldewesen sorgten dafür, dass die KD Halle rechtzeitige und umfassende Informationen über sämtliche Belange der Abteilung erhielt und die Möglichkeit besaß, Veränderungen im Interesse des MfS durchzusetzen. Dabei bemängelte ein IM das Zusammenwirken mit der KD Halle, da diese Bearbeitungsfristen nicht einhielt und es zu Verzögerungen bei der Ausgabe von Reisedokumenten kam. Bei jeglichen Reisen ins nichtsozialistische Ausland – Reisen in dringenden Familienangelegenheiten und dienstlichen Reisen – hatte die KD Halle die letzte Entscheidungsbefugnis. Daher mussten sämtliche eingehenden Anträge in einem genau festgelegten Prozedere zwecks Personenüberprüfung an die KD Halle übergeben und wieder an die Abteilung Pass- und Meldewesen zurückgeführt werden.²⁷⁰

Das Selbstverständnis der Volkspolizei als Organ zur Durchsetzung der staatlichen Macht kommt sehr gut in einem Brief des IM in Schlüsselposition der Abt. Pass- und Meldewesen an den neu gewählten Generalsekretär Egon Krenz im November 1989 zum Ausdruck. Darin kritisiert er die Handlungsunfähigkeit der Parteiführung und die fehlende Rückendeckung für die Volkspolizei: *„Wer sich aber nicht als führende Kraft der Gesellschaft vor die Schutz- und Sicherheitsorgane stellt, der läßt einen Angriff auf die Machtfrage durch die Gegner zu. (...) Wir wollen und werden den Prozeß der Erneuerung mit höherer Eigenverantwortung bewußt mittragen und gestalten, aber die Sicherung der Macht ist und bleibt die Voraussetzung.“*²⁷¹

8.3.3. Andere Abteilungen des VPKA

Mehrere inoffizielle Mitarbeiter (11) in den drei VP-Revieren in Halle und den zwei VP-Revieren Halle-Neustadt berichteten über ihre Kollegen und Vorgesetzten. Dabei waren für die KD Halle von besonderem Interesse: konspirierte BRD-Verbindungen, Fehlverhalten durch Alkoholkonsum, Verbindung zu kriminellen Kreisen, Vorteilsnahme unter Ausnutzung der Dienststellung. Zahlreiche Volkspolizisten wurden so unter permanenter Kontrolle gehalten; bei anhaltenden Verstößen gegen die VP-Dienstordnungen konnten operative Personenkontrollen eingeleitet werden. Besonders gravierend wurde von der Staatssicherheit das Festhalten an verwandtschaftlichen Beziehungen in die BRD eingeschätzt. Dies zog letzten Endes die Entlassung aus der DVP nach sich. In [Anlage 10](#) ist dokumentiert, wie eine auf der Basis von IM-Berichten eingeleitete Postkontrolle zu einem VP-Angehörigen dessen Verbindung zu seinen Eltern in die BRD aufdeckte und diesen zum Abbruch des brieflichen Kontaktes veranlasste.²⁷²

Drei IM in Schlüsselpositionen berichteten aus dem Stab des VPKA über andere Führungskräfte, waren aber vor allem zur offiziellen Wahrung und Durchsetzung der Interessen der KD Halle eingesetzt.

²⁷⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XVIII 2404/73 Teil II Bd 1, S. 182 f.

²⁷¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 794/87 Bd 2, S. 164 f.

²⁷² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 174.

²⁷³ Ein IM in der VS-Stelle des VPKA sorgte für die Berichterstattung über den sicheren Umgang mit geheimen Dokumenten und informierte darüber hinaus – wie fast alle IM – über persönliche Belange von Kollegen und Vorgesetzten. ²⁷⁴

Es kann eingeschätzt werden, dass die KD Halle auf Grund ihrer zahlreichen Informanten im VPKA Halle, die offiziell auf der Grundlage von Koordinierungsvereinbarungen über alle wichtigen Sachverhalte und inoffiziell über Mängel im Dienst und persönliches Fehlverhalten von VP-Angehörigen berichteten, umfassend über das nahezu gesamte polizeiliche Wissen verfügte. Das betraf sowohl sämtliche Vorkommnisse, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit tangierten, als auch interne Probleme.

8.4. Wehrkreiskommando

Das Zusammenwirken mit dem Wehrkreiskommando Halle gestaltete sich ähnlich dem mit dem VPKA Halle auf zwei Ebenen: Abwehrarbeit (d.h. Überprüfung der Mitarbeiter) und Wahrnehmung der Interessen des MfS innerhalb des Aufgabengebietes des Wehrkreiskommandos. In der Dienstanweisung 7/84 des Ministers für Staatssicherheit waren diese Aufgaben detailliert geregelt. Darin wurde festgelegt, dass in den Kreisdienststellen ein Abwehroffizier Wehrkreiskommando für die *„politisch-operative Sicherung und die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Wehrkommandos zu lösenden Aufgaben“* verantwortlich war. ²⁷⁵ Im Referat Landesverteidigung der KD Halle gab es zwei Abwehroffiziere und zwei weitere für das WKK zuständige Mitarbeiter.

Im WKK Halle waren 1989 insgesamt 44 Mitarbeiter tätig, davon 13 mit militärischem Rang und 31 Zivilbeschäftigte. Die Mitarbeiter des WKK Halle hatten die Sicherstellung der gesamten Einberufung der Stadt Halle sowie die Planung der Mobilmachung für den Verteidigungsfall zu gewährleisten. Sämtliche Wehrpflichtige und Reservisten für die Mobilmachung waren im WKK karteimäßig erfasst. Laut *„Konzeption zur Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit im WKK Halle“* der KD Halle vom April 1989 arbeiteten 8 inoffizielle Mitarbeiter zur *„Sicherung des Personalbestandes und der Arbeitsprozesse im WKK“* mit der KD Halle zusammen. Überliefert sind jedoch nur zwei aktive registrierte Vorgänge zu IM, welche aus dem Führungsstab des WKK berichteten und ein Vorgang zu einem hauptamtlichen IM. Bei letzterem handelte es sich um die Ehefrau eines Mitarbeiters der KD Halle, welche als Schreibkraft im WKK eingesetzt war und dadurch Kenntnis über alle angefertigten Analysen und Statistiken zur Musterung und Einberufung besaß. Die inoffiziellen Mitarbeiter erarbeiteten Informationen zu Angehörigen des WKK hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit und

²⁷³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1632/86; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1580/86; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 836/89.

²⁷⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1148/87.

²⁷⁵ Dienstanweisung Nr. 7/84: Die politisch-operative Sicherung der Wehrkommandos der NVA und die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Wehrkommandos der NVA zu lösenden politisch-operativen Aufgaben, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1227.

eventuellen Kontakte in die BRD, über ihre Ehe- und Familienverhältnisse und Schwierigkeiten in der Aufgabenbewältigung. Da der hauptamtliche IM ab 1982 bei allen Einberufungsüberprüfungen und Musterungen eingesetzt war, bekam die KD Halle eine Übersicht zur Einstellung von Wehrpflichtigen zum Militärdienst sowie genaue Angaben zu Alter, Berufsausbildung, Dislozierung innerhalb der Armee und mögliche inoffizielle Nutzung durch das MfS. Routinemäßig wurden alle Wehrpflichtigen des Zuständigkeitsbereiches vor ihrer Einberufung überprüft. Bereits Schüler warb die KD Halle zur inoffiziellen Zusammenarbeit, um sie gemäß der Dienstanweisung des Ministers an die Hauptabteilung I zur „operativen Nutzung“ während ihres Wehrdienstes zu übergeben.²⁷⁶ Generell waren die Vorbereitung und Durchführung der Musterung einer der wichtigsten Punkte im Zusammenwirken mit dem Wehrkreiskommando. Sämtliche Mitglieder der Musterungskommissionen wurden von der KD Halle vorab einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen, in ihre Aufgaben eingewiesen, um die Interessen des MfS zu vertreten. Die Objekte, in denen die Musterung durchgeführt wurde, sicherten hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter ab, verstärkt durch zusätzliche Streifendienste der Volkspolizei. Ziel der Musterungen war es auch, Nachwuchskräfte für das MfS zu rekrutieren und für den Dienst im Wachregiment zu verpflichten, was nicht immer ausreichend gelang. In einem Bericht des Selbständigen Referates Abwehr-Wehrkommando (SR AWK) der BV Halle wird als Grund für die Nichterfüllung im Bereich des militärischen Berufsnachwuchses u.a. vermerkt, dass die *„Friedens-, Abrüstungs- und Dialogpolitik unserer Partei sich nicht fördernd auf die Wehrbereitschaft auswirkt bzw. die angesprochenen Wehrpflichtigen und deren Eltern dies als Vorwand zum Ausdruck brachten, um Konfrontationen aus dem Weg zu gehen.“*²⁷⁷

In den Unterlagen der KD Halle finden sich Statistiken zu Gründen der Nichteignung für den Wehrdienst, zu der Anzahl der Gemusterten, Anzahl der Wehrdienstverweigerer und deren Motive, Anzahl der Gemusterten unter Übersiedlungersuchenden und Aufschlüsselung der Zahlen auf Längerdienende und diejenigen, die nur den Grundwehrdienst zu leisten bereit waren. Eine Übersicht zur Entwicklung der Wehrdienstverweigerer, welche als Bausoldaten zur Armee eingezogen wurden, zeigt Zahlen für die Stadt Halle zwischen 20 und 46 Personen zwischen 1983 und 1989. Im Jahr 1989 haben in der Stadt Halle 40 Jugendliche den Dienst mit der Waffe verweigert – eine im Vergleich zur Gesamtzahl der Gemusterten von 1.810 eher geringe Anzahl.²⁷⁸ Dennoch war diese kleine Gruppe es der Staatssicherheit wert, umfangreiche Analysen zu Herkunft, kirchlicher Bindung und damit einhergehende Aufschlüsselungen auf die Gemeinden der Stadt Halle sowie zur Motivationslage zu führen.²⁷⁹

²⁷⁶ DA Nr. 7/84, S 12.

²⁷⁷ Bericht vom 14.10.1988, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, SR AWK Sach 51.

²⁷⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 293.

²⁷⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, SR AWK Sach 293; Siehe auch: Stephan Wolf, Bausoldaten im Visier der Staatssicherheit, In: Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964 – 1989, Göttingen 2004.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass die KD Halle in Kooperation mit der vorgesetzten Abteilung der Bezirksverwaltung SR AWK Einberufungsüberprüfung und Musterung in der Stadt Halle sowie die Mitarbeiter des Wehrkreiskommandos unter vollständiger Kontrolle hatte.

8.5. Kampfgruppen

Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse waren bewaffnete Einheiten in den volkseigenen Betrieben, den staatlichen Verwaltungen und Institutionen der DDR. Sie wurden nach den Erfahrungen des 17. Juni 1953, der offiziell als konterrevolutionärer Putsch bezeichnet wurde, im Juni 1954 gegründet. Die Teilnahme an einer KG war freiwillig, sollte jedoch als *"Ehre und Pflicht zum Schutze der Partei und der Republik"* angesehen werden. Die Verantwortung für die politische Führung der Kampfgruppen, für ihren Aufbau, ihre Entwicklung und ihren Einsatz war während der gesamten Zeit ihrer Existenz der SED übertragen.

Die Dienstanweisung 1/77 des Ministers für Staatssicherheit war das Grundsatzdokument zur „politisch-operativen Sicherung“ der Kampfgruppen.²⁸⁰ Auf der Grundlage dieser DA war in der KD Halle das Referat Volkswirtschaft für die Verbindung zu den Kampfgruppeneinheiten der Stadt Halle verantwortlich (Interessant: nicht das Referat Landesverteidigung). Jeder Offizier des Referates war als Verbindungsoffizier für eine KG-Einheit zuständig. Es wurden insgesamt 12 Einheiten unterschiedlicher Bedeutung und Stärke betreut. Wichtigste und größte Einheit war das II. Kampfgruppenbataillon des VEB Waggonbau Ammendorf, für welches der Leiter der KD Halle persönlich die Verantwortung übernahm. Die Auswertung der aktiven registrierten Akten ergab, dass sich die KD Halle im Jahr 1989 auf insgesamt 17 inoffizielle Mitarbeiter in den Kampfgruppeneinheiten stützen konnte, davon allein 9 im II. Kampfgruppenbataillon. Eine Statistik der KD Halle aus dem Jahr 1987 weist aus, dass die KG-Einheiten insgesamt 1564 Kämpfer umfassten, die durch 208 Reservekämpfer ergänzt werden konnten. Durchschnittlich 80 % der Kämpfer waren SED-Mitglieder.²⁸¹ Es sind Berichte der Verbindungsoffiziere zur Überprüfung der Kampfgruppenmitglieder ihrer Kampfgruppeneinheit sowie Auflistungen der Mitglieder, aufgeschlüsselt nach Namen und Betriebszugehörigkeit, in den Unterlagen überliefert.²⁸² Man kann insofern von einer totalen Kontrolle ausgehen. Zusätzlich berichteten die in den Kampfgruppen eingesetzten IM zu Problemen, welche die Wirksamkeit der Kampfgruppen beeinträchtigten: relativ hohe Fluktuation bei Kämpfern und Kommandeuren, Schwierigkeiten bei der Besetzung von Führungspositionen, mangelnde Teilnahme an und Qualität der Ausbildung sowie ein unzureichendes Alarmierungssystem. Auch Informationen zur Ablehnung der Mitgliedschaft in den Kampfgruppen oder auch nur die Negierung ihrer Notwendigkeit durch Kollegen wurden von den IM

²⁸⁰ Dienstanweisung 1/77 zur politisch-operativen Sicherung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 723.

²⁸¹ Einschätzungen zu den KG-Einheiten des Verantwortungsbereiches vom 11.11.1987, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 108, S. 5.

²⁸² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 354.

an die KD Halle gemeldet.²⁸³ Zusätzlich war die KD Halle verantwortlich für die Sicherung des Objektes des II. Kampfgruppenbataillons im Süden von Halle. Dazu existieren in den Unterlagen Objektzeichnungen, ein Verteidigungsplan sowie die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen zu Personen im Anwohnerbereich des Objektes.²⁸⁴

8.6. Zivilverteidigung

Die Zivilverteidigung war ein Teil der Landesverteidigung der DDR, in der vor allem Mädchen und Frauen militärisch und im Sanitätsdienst ausgebildet wurden. Mitarbeiter der Zivilverteidigung trugen Uniformen der NVA, bei denen die Farbe der Schulterstücke lila war. Da die Zivilverteidigung auf der Stadtebene dem Bürgermeister unterstellt war, wurden die für die Zivilverteidigung zuständigen Mitarbeiter in der Stadtverwaltung integriert.

Die KD Halle verfügte über einen inoffiziellen Mitarbeiter im Komitee für Zivilverteidigung beim Rat des Stadtbezirkes Halle-West. Dieser gab keine speziellen Informationen zur ZV weiter, sondern denunzierte vor allem Kollegen aus allen Bereichen der Stadtverwaltung. Er berichtete über Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin, über Kontakte in die BRD, vermutetes Sehen von Westfernsehen und Alkoholprobleme.²⁸⁵ Nicht ersichtlich ist, ob die KD Halle von diesem IM weiterführende Informationen zur Organisationsstruktur der ZV erhielt. Im Schriftgut der Dienstseinheit wurde ein Organigramm zur Struktur der ZV des Kreises und Übersichten zu Laboren und anderen Einrichtungen der ZV in halleschen Betrieben aufgefunden und sachlich verzeichnet.²⁸⁶

In seiner „Dienstanweisung 4/84 über die politisch-operative Sicherung der Zivilverteidigung der DDR“ legte der Minister für Staatssicherheit auch die Aufgaben für die Kreisdienststellen fest. Deren Verantwortung sollte die „Gewährleistung der politisch-operativen Sicherung der Angehörigen, Arbeitsprozesse, Führungsverbindungen und Objekte der Stäbe der Zivilverteidigung der Kreise und Stadtbezirke“²⁸⁷ umfassen. Nach Aktenlage ist die KD Halle dieser Aufgabe nicht in dem erforderlichen Maße gerecht geworden.

8.7. Sicherung der Objekte der GSSD

Die Außensicherung der Objekte der GSSD in Halle-Heide und Halle-Wörmlitz betrieb die KD Halle mit großer Intensität. Wie schon im Kapitel „Referate“ erwähnt, erarbeitete das Referat Landesverteidigung 1987 dazu eine Sicherungskonzeption infolge einer harschen Kritik der übergeordneten

²⁸³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 108.

²⁸⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 172.

²⁸⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1716/72.

²⁸⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 836.

²⁸⁷ Dienstanweisung 4/84 des Ministers für Staatssicherheit über die politisch-operative Sicherung der Zivilverteidigung der DDR, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1258, S. 23.

Dienst Einheit AKG. Allein 22 inoffizielle Mitarbeiter waren im Jahr 1989 eingesetzt, um der KD Halle entsprechende Informationen zu liefern, davon zwei IM seit 1962 und 1966. Dazu kamen umfangreiche Überprüfungen von Personen der an die Objekte angrenzenden Wohngebiete – in 21 Sachakten wurden die Überprüfungsergebnisse verzeichnet. Dabei ging es nicht um Personen, die auf Grund negativer Verhaltensweisen ins Blickfeld des MfS geraten waren, sondern es wurden akribisch ganze Straßenzüge ohne Ansehen der Person in die Überprüfung einbezogen.

Das GSSD-Objekt Halle-Heide befand sich im Norden von Halle, grenzte unmittelbar an das Gelände der Bezirksverwaltung Halle des MfS und an Wohngebiete. Das Objekt in Halle-Wörmlitz lag im Süden von Halle und wurde von Wohngebieten und Gartenanlagen begrenzt. Die KD Halle warb gezielt Personen zur inoffiziellen Zusammenarbeit, die durch ihre berufliche Tätigkeit die Möglichkeit hatten, mit vielen Menschen in ihrem privaten Umfeld in Kontakt zu treten. So berichteten u.a. ein Schornsteinfeger, drei Versicherungsvertreter, eine Postzustellerin, drei selbständige Handwerker und ein Abschnittsbevollmächtigter über Bewohner und ihre Kontakte zur Westverwandtschaft anhand von festgestellten BRD-Fahrzeugen oder westlichen Einrichtungsgegenständen und Konsumartikeln in den Wohnungen. Aber auch Bewohner observierten als IM ihre Nachbarn und informierten über private Dinge, die mit der Sicherung der Militärobjekte nichts mehr zu tun hatten. Ebenfalls einbezogen wurden IM's, die in Verkaufsstellen oder Betrieben in unmittelbarer Nachbarschaft der GSSD-Objekte tätig waren und so auch tagsüber Personen- und Fahrzeugbewegungen dokumentieren konnten. Ein hauptamtlicher IM, der mehrere andere IM führte, war für konspirative Ermittlungen an den Objekten, Verladebahnhöfen und militärischen Übungsgeländen der GSSD eingesetzt.²⁸⁸ Wichtig für die KD Halle war auch ein IM, der als Oberbauleiter beim Spezialbau Potsdam Bauvorhaben innerhalb der GSSD-Objekte betreute und daher interne Informationen liefern konnte.²⁸⁹

Auffällig ist, dass kein einziger Fall dokumentiert wurde, bei dem es sich um Spionage an Militärobjekten handelte. Ursprüngliche Verdachtsmomente wurden nicht bestätigt, nachdem zuvor ein aufwändiges System von Karteiüberprüfungen, IM-Berichten, Fotodokumentationen, Analysen und Auswertungen sowie Beobachtungseinsätzen zum Tragen kam.

8.8. Rat der Stadt Halle

Der Rat der Stadt Halle mit den drei Räten der Stadtbezirke war administrativ für die Stadt Halle zuständig und ein wichtiger Partner des Zusammenwirkens der KD Halle. Neben dem Bürgermeister und seinen Stellvertretern, zu denen in der Regel offizielle Kontakte unterhalten wurden, waren bestimmte Abteilungen von besonderem Interesse. Hierzu zählten die Abteilung Inneres mit den Bereichen Genehmigungsangelegenheiten in den Stadtbezirken und das Amt für Arbeit. Im Jahr 1989 arbeiteten

²⁸⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 408/76.

²⁸⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 131/66.

insgesamt 16 IM aus verschiedenen Abteilungen des Rates inoffiziell mit der KD Halle zusammen. Die meisten wurden in den 80er Jahren für die Zusammenarbeit geworben.

Das Referat Sicherung Gesellschaftlicher Bereiche der KD Halle war für die Abteilung Inneres zuständig. Da in dieser Abteilung Übersiedlungsersuchende ihre Anträge stellten, stand diese für die KD Halle im Mittelpunkt des „operativen Zusammenwirkens“. Sowohl die Mitarbeiter dieser Abteilung als auch Antragsteller, die besonders nachdrücklich ihr Anliegen vorbrachten, wurden Kontrollen unterzogen. Von 1984 bis Sept. 1989 war der Leiter der Abt. Inneres zugleich ein Offizier im besonderen Einsatz (OibE) des MfS im Dienstrang eines Majors. Seine Aufgaben bestanden in der Berichterstattung über Übersiedlungsersuchende und deren „Abschöpfung“ bei Gesprächen sowie die Anleitung des Bereiches der Wiedereingliederung von Haftentlassenen. Aufgrund von Diskrepanzen zwischen ihm und dem stellvertretenden Oberbürgermeister für Inneres unter anderem wegen seiner mangelnden fachlichen Kompetenz wurde der Einsatz des OibE im September 1989 beendet.²⁹⁰ Über seine weitere Verwendung geben die Akten keine Auskunft; lediglich die Übernahme einer anderen Funktion wurde vermerkt.

Der Einsatz von vier IM in den Abteilungen Inneres gewährleistete eine ausreichende inoffizielle Sicherung. Aber auch jeder Mitarbeiter dieser Abteilung besaß „*ein hohes Maß an politischem Verantwortungsbewußtsein sowie einen gefestigten Klassenstandpunkt*“. ²⁹¹ War dies nicht der Fall oder offenbarten sich Unsicherheitsfaktoren, wurden die Betroffenen auch in operativen Personenkontrollen bearbeitet – wie der Fall eines Stadtbezirksrates aus Halle-Ost zeigte.²⁹² Alle Mitarbeiter waren Mitglied der SED und besaßen einen Hoch- oder Fachschulabschluss. Die absurde Vorstellung des MfS, dass das Bedürfnis von DDR-Bürgern, in den Westen auszureisen, allein auf die äußere Beeinflussung durch den „Feind“ zurückzuführen sei, führte zur Erstellung umfangreicher Sicherheitskonzeptionen für die Abteilungen Inneres. In einem dieser Papiere schrieb ein Mitarbeiter der KD Halle: „*Die Beeinflussung bzw. Veranlassung von Bürgern der DDR zur Übersiedlung wird als günstigste Möglichkeit [für den Feind – Anmerkung der Verfasserin] angesehen, die äußere Einmischung zu verschleiern, feindliche und negative Kräfte in der DDR zu aktivieren und zu sammeln, der Weltöffentlichkeit einen inneren Druck, eine innere Opposition vorzuspielen (...)*.“ ²⁹³ In einem Bericht des Rates des Bezirkes Halle zur Arbeit der Abteilungen Inneres wird die „*seit Jahren kontinuierliche und konstruktive Zusammenarbeit mit den Vertretern der KD des MfS*“ ²⁹⁴ als bedeutend eingeschätzt. So kann man davon ausgehen, dass die KD Halle sowohl ausreichende Informationen über jeden Mitarbeiter der Abt. Inneres erhielt und gleichzeitig den Überblick über den Stand der

²⁹⁰ Siehe: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KS II 1457/89; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 159/84.

²⁹¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 349, S. 109.

²⁹² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 122.

²⁹³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 349, S. 107.

²⁹⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 510.

Übersiedlungersuchen hatte. Im September 1989 wurde von der KD Halle kritisiert, dass durch den explodierenden Anstieg der Ausreiseanträge die Mitarbeiter der Abteilung Inneres nicht mehr in Lage waren, ausführliche „Rückgewinnungsgespräche“ mit den Antragstellern zu führen, sondern sich nur noch auf die Abarbeitung der administrativen Aufgaben konzentrieren konnten.²⁹⁵

Das Amt für Arbeit beim Rat der Stadt Halle hatte die Aufgabe, Arbeitskräfte zu vermitteln. Da in der DDR auf Grund der geringen Arbeitsproduktivität chronischer Arbeitskräftemangel bei einfachen Tätigkeiten herrschte und es keine nennenswerte Arbeitslosigkeit gab, war ihr Arbeitsumfang sehr begrenzt. Das Amt wurde daher vor allem eingebunden bei der Beschaffung von Arbeitsstellen für Behinderte und zur Wiedereingliederung von Haftentlassenen. Besonders an letzterer Gruppe war das Interesse des MfS groß. Für die KD Halle arbeitete ein IM, der als Abteilungsleiter im Amt für Arbeit tätig war und über Arbeitsplatzzuweisungen für regulär entlassene und amnestierte Straftäter informierte. Weiterhin ist in den Unterlagen der KD Halle ein Schreiben des Ministers für Staatssicherheit überliefert, in dem er 1979 über die erweiterten Aufgabenstellungen der Ämter für Arbeit informierte. Hier ging es im Besonderen um die zukünftige Erstellung einer Kartei aller berufstätigen und lernenden Personen sowie der nichtberufstätigen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Diese Kartei sollte auf der Grundlage der Wahlbenachrichtigungskartei aufgebaut werden. Das MfS sorgte sich dabei um die Wahrung der Konspiration für ihre hauptamtlichen IM und OibE, deren inoffizielle Arbeit durch Scheinarbeitsverhältnisse abgedeckt war. Dazu wurden die Leiter der Kreisdienststellen angewiesen, *„anderen operativen Dienstseinheiten die Möglichkeit zu gewähren, die Wahlbenachrichtigungskarten der hauptamtlichen IM, OibE oder anderer Angehöriger ihrer Dienstseinheit selbst auszusortieren.“*²⁹⁶ NVA-Angehörige, Angehörige der Zivilverteidigung, des MfS, des MdI, der Zollverwaltung einschließlich der Zivilbeschäftigten und die Mitarbeiter des Staatsapparates, der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen durften in dieser Kartei nicht erfasst werden. Das Schreiben lässt darüber hinaus erkennen, dass die Ämter für Arbeit ein Kontrollinstrument der Staatssicherheit für unliebsame Personen waren. Mitarbeiter wurden nur nach vorheriger Überprüfung der Kreisdienststellen eingesetzt. Personen mit häufig wechselnder Arbeitsstelle sollten gemeldet, ebenso die freiberufliche Tätigkeit „feindlich-negativer“ Personen verhindert werden. Gleichfalls konnte die Kreisdienststelle veranlassen, für „operativ interessierende“ Personen einen Arbeitsplatzwechsel zu erwirken und sie so aus bestimmten Bereichen zu entfernen.

Die Verteilung der anderen IM der KD Halle im Rat der Stadt gewährleistete die Kontrolle der Staatssicherheit in fast allen Bereichen: Kaderabteilung, Abteilung Verkehrswesen, Abteilung Jugendfragen, Körperkultur und Sport, Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft, Abteilung Kultur, Stadtbauamt, Stadtplanungskommission und der Bereich des Oberbürgermeisters.

²⁹⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105.

²⁹⁶ Anweisung des Ministers für Staatssicherheit zur Durchsetzung der erlassenen Rechtsvorschriften für die erweiterten Aufgaben der Ämter für Arbeit und Löhne der Räte der Bezirke, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1359, S. 9.

8.9. Kreisgericht

Die Aufgabe von Richtern in der DDR bestand in der Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit, die sich bewusst vom Rechtsstaat bürgerlicher Prägung abgrenzte. Zwar waren die Richter in der DDR gemäß Artikel 127 der Verfassung von 1949 unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Eine institutionelle Unabhängigkeit war jedoch durch die Kontrolle des Staates nicht gegeben.

Im Kreisgericht Halle arbeitete ein Richter ab 1986 inoffiziell mit der KD Halle zusammen. Zuvor hatte dieser schon als Student der Rechtswissenschaften an der Humboldt- Universität über seine Kommilitonen berichtet. Als Richter lieferte er ausführliche Informationen über andere Richter, Rechtsanwälte, Justizangestellte sowie über den Verlauf und die Ergebnisse von Strafverfahren.²⁹⁷ So praktizierte das MfS als verlängerter Arm der SED eine Lenkung der Justiz, die vor allem in politischen Verfahren bis hin zu konkreten Einzelanweisungen ging. Die KD Halle hatte als Kreisdienststelle jedoch nur geringen Einfluss auf die Strafjustiz, da diese Aufgaben vor allem auf der Ebene der Bezirksverwaltung durch die Abteilung IX²⁹⁸ wahrgenommen wurden.

8.10. Volkswirtschaft

Die Federführung bei der „Sicherung der Volkswirtschaft“ hatten die Hauptabteilung XVIII und entsprechend des Linienprinzips des MfS die Abteilungen XVIII in den Bezirksverwaltungen. In den Kreisdienststellen waren die Referate „Sicherung der Volkswirtschaft“ zuständig, so auch in der KD Halle. Dessen Aufgabe bestand vor allem in der Sicherung der Grundlagenforschung, des Außenhandels, der Verhinderung bzw. Aufklärung von Störungen, Bränden und Havarien, zur Aufdeckung eventueller „Feindeinwirkungen“, der Aufdeckung von Fällen schwerer Wirtschaftskriminalität und die umfassende Informationstätigkeit an die SED-Kreisleitung.²⁹⁹ Grundlegende Dokumente für die Überwachung der Wirtschaft waren die Richtlinie 1/69 und zuletzt die sie ablösende Dienstanweisung 1/82 des Ministers für Staatssicherheit. „Das Ziel der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR“, hieß es darin, „besteht in der Vorbeugung, rechtzeitigen Aufdeckung, konsequenten Bekämpfung und Verhinderung aller subversiven Angriffe, in der vorbeugenden Verhinderung von Störungen und Schäden im Reproduktionsprozeß sowie in der Unterstützung der staatlichen und wirt-

²⁹⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle V 472/81.

²⁹⁸ Die Aufgaben der Abteilung IX bestanden u.a. darin, Ermittlungsverfahren in der Zuständigkeit des MfS zu bearbeiten, so sämtliche Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen gegen die DDR und deren Souveränität, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte sowie Ermittlungsverfahren wegen anderer Straftaten, die auf Grund ihrer politischen Bedeutung bzw. bestimmter Zusammenhänge eine Bearbeitung durch die Organe für Staatssicherheit erforderlich machten. Durch die Verbindung zur Staatsanwaltschaft und zu den Gerichten hatte die Abt. IX Einfluss auf den Verlauf und die Ergebnisse von Strafverfahren.

²⁹⁹ Hans-Hermann Hertle; Franz-Otto Gilles: Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft, In: Der Schein der Stabilität: DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker/hrsg. von Renate Hürtgen; Thomas Reichel, Berlin 2001, S. 173 – 189.

schaftsleitenden Organe (...).“³⁰⁰ In Folge dessen wurden ab den sechziger Jahren ein dichtes Netz inoffizieller Mitarbeiter, namentlich in den Leitungsetagen der Betriebe sowie ein System der offiziellen Information und der Kontrolle von staatlichen Leitern und Funktionären aller im Betrieb ansässigen Organisationen gebildet. Insbesondere in der offiziellen Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitungen und der KD Halle hatte die Kaderauswahl der für höhere Leitungsfunktionen vorgesehenen Personen längst dazu geführt, dass von diesen keine auch nur geringste Infragestellung ihrer Informationspflicht an das MfS zu erwarten war. Eine weitere Säule der Präsenz des MfS in den Betrieben waren die Sicherheitsbeauftragten, welche den staatlichen Leitern unterstellt waren und gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfern über Ordnung und Sicherheit im Betrieb zu wachen hatten. Neben dieser offiziellen Funktion waren sämtliche Sicherheitsbeauftragten der KD Halle, haupt- wie ehrenamtliche, zugleich inoffizielle Mitarbeiter des MfS. In dieser Funktion verstanden sie sich in erster Linie als Kontrolleure der Arbeit der Betriebsleitungen. Sie berichteten über Entscheidungsfindungen der Leiter und benachrichtigten das MfS über Planrückstände und Qualitätsmängel.³⁰¹ Die Abteilungen XVIII und die Hauptabteilung XVIII führten darüber hinaus in wichtigen Großbetrieben Sicherheitsbeauftragte als OibE des MfS.

Im Jahr 1989 arbeiteten für die KD Halle 4 ehrenamtliche und 2 hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte. Einschließlich der Sicherheitsbeauftragten informierten 109 inoffizielle Mitarbeiter (IM) und 14 gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) aus verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft die KD Halle über alle sie interessierenden Sachverhalte. (Betriebe und IM in der Volkswirtschaft – siehe [Anlage 11](#)) Die Schwerpunkte der „operativen Sicherungsarbeit“ der KD Halle in den achtziger Jahren lagen eindeutig auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, wo 14 % der IM eingesetzt waren, bei der Überprüfung der Produktions- und Anlagensicherheit, wobei 11 % der IM zuarbeiteten, und vor allem bei der Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere mit dem NSW einschließlich der diesbezüglichen Reisekader, worüber 31 % der IM berichteten. Die Berichterstattung weiterer IM (44 %) war vom Inhalt breit gestreut und kann nicht eindeutig den o.g. Bereichen zugeordnet werden.

8.10.1. Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz

Die Gewährleistung des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes (GAB) in den Betrieben, die im Verantwortungsbereich der KD Halle lagen, war eine der Aufgaben des Referates Sicherung der Volkswirtschaft. Durch die Mitverantwortung des MfS für die so genannte Produktions- und Anlagensicherheit (PASI) ergaben sich große Probleme, da in fast allen Betrieben die zum Teil aus den dreißiger Jahren oder gar aus der Zeit des Ersten Weltkrieges stammenden Fabrikhallen und Anlagen restlos

³⁰⁰ Dienstanweisung 1/82 des Ministers für Staatssicherheit über die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR. In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1451.

³⁰¹ Vergleiche: Renate Hürtgen: Die rechte Hand des MfS im Betrieb – der Sicherheitsbeauftragte, In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, 32 - 33 (2004), S. 38 - 44

verschlissen waren. Die KD Halle führte genaue Statistiken über Anzahl und Ursachen von Bränden, Störfällen, Unfällen und Mängel in der Betriebshygiene. Sie traf dabei eine Auswahl an besonders brand- und havariegefährdeten Betrieben, da eine Überwachung aller Betriebe des Territoriums nicht zu leisten war. (Siehe [Anlage 12](#) - besonders brand- und havariegefährdete Betrieben) Zuletzt wurden diese in einer von der KD Halle 1987 erstellten Sicherungskonzeption für den Verantwortungsbereich Produktions- und Anlagensicherheit festgelegt.³⁰² Aus den Unterlagen der übergeordneten Fachabteilung XVIII der Bezirksverwaltung sind Informationsberichte der KD Halle überliefert, in denen sie in regelmäßigen zeitlichen Abständen über verschlissene Anlagen als Ursache für Störungen im Produktionsablauf berichtet, so beispielsweise im Heizkraftwerk Bruckdorf, im VEB Kaffee Halle und im besonders brandgefährdeten VEB Waggonbau Ammendorf.³⁰³ Hier wurden zwischen 1982 und 1987 drei Großbrände mit Millionenschäden verzeichnet.³⁰⁴ Aber nicht nur Brände führten zu hohen Produktionsausfällen. So berichtete die KD Halle an die Abteilung XVIII 1989, dass es auf Grund fehlender Werkzeuge und fehlender Teile für die Montage, hohe Fehlerquoten (bis zu 30 Fehlern bei der Qualitätskontrolle) Probleme bei der Serienproduktion des Wartburg-Tourist 1.3 im VEB Karosseriewerk Halle gab. Es mussten pro Fahrzeug bis zu 8 Stunden Nacharbeit geleistet werden; Diebstahl von Autoteilen, Alkoholmissbrauch am Arbeitsplatz und Nichtauslastung der Arbeitszeit taten ihr Übriges.³⁰⁵ Auch hygienische Mängel in Betrieben der Nahrungsmittel- und Arzneimittelproduktion waren an der Tagesordnung. Diese waren zum Teil so schwerwiegend, dass eine Kontrollkommission im Jahr 1989 für den VEB Pharmazeutische Werke Halle, den VEB Kaffee Halle und den VEB Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb die Stilllegung der Produktion forderte. In letztgenanntem Betrieb stammte die Kühlanlage aus dem Jahr 1938. Das dort eingelagerte Fleisch konnte nicht ausreichend gekühlt werden, so dass bereits Reklamationen wegen verdorbenem Fleisch im Betrieb eingingen.³⁰⁶ Im August 1989 schätzte der Leiter der KD Halle ein, dass es bei „*der Durchsetzung der vorbeugenden Instandhaltung*“ in fast allen Betrieben Probleme gab. Es fehlten die erforderlichen Mittel bzw. das erforderliche Material, um verbindlich festgelegte Zyklen für Generalreparaturen und Revisionen einzuhalten. Im VEB Maschinenfabrik und VEB Waggonbau Ammendorf wurden mitunter gravierende Mängel lediglich notdürftig abgestellt, um überhaupt die Inbetriebnahme der Maschinen und Anlagen gewährleisten zu können. Von den erforderlichen technologischen Abläufen musste oft abgewichen werden, da Zulieferungen ausblieben bzw. eine Einordnung in Bilanzen nicht fristgerecht erfolgen konnte. Von den staatlichen Organen wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Hinweise von betrieblichen Sicherheitsinspektionen, dass bestimmte

³⁰² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 886.

³⁰³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1052.

³⁰⁴ Großbrände im VEB Waggonbau Ammendorf: 1982 – Mastix-Anlage; 1986 - Bereich Plastverarbeitung; 1987 – Umkleidebereich.

³⁰⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 2959.

³⁰⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 202.

Probleme auf Grund der veralteten Anlagen einfach nicht zu lösen waren, wurden vom Leiter der KD Halle als unkonstruktive Verhaltensweise bemängelt. In seiner Einschätzung zur Produktions- und Anlagensicherheit deutete Oberstleutnant Thomas durchaus objektive Schwierigkeiten an, stellte aber die subjektiven Mängel in der Arbeit von Brandschutzinspektoren oder Leiter der Abteilungen Betriebssicherheit in den Vordergrund. Darüber hinaus galt seine Sorge den Unmutsäußerungen von Werktätigen hinsichtlich der katastrophalen Arbeitsbedingungen, sah er darin vordergründig Anzeichen einer politisch-ideologischen Diversion. Die Lösung sollte die Verstärkung der inoffiziellen Basis sein, um jederzeit über die aktuelle Lageentwicklung informiert zu werden.³⁰⁷ Dazu erhielten die in den Betrieben eingesetzten IM genaue Instruktionen, wie in einem Informationsblatt der KD Halle überliefert ist. Diese sollten einschätzen, welche Bereiche in den Betrieben brand-, explosions- und havariegefährdet sind und auf welche Art und Weise mit der Gefährdung durch Belegschaften und Vorgesetzte umgegangen wurde.³⁰⁸ Dazu schätzte der Leiter des Referates Volkswirtschaft 1988 ein, dass größere Veränderungen durch IM, selbst in leitenden Positionen, nicht möglich waren, da sie meist an materiellen und personellen Hindernissen scheitern würden. Erfolgsaussichten würden lediglich auf Grund einer langfristigen Bilanzierung bestehen. Hier behinderte die Planwirtschaft schnelle und unkonventionelle Lösungen. Er schätzte ein, dass zahlreiche Informationen auf Grund fehlender materieller Mittel nicht oder nur ungenügend in praktische Veränderungen umgesetzt werden konnten, was zu einer gewissen Gleichgültigkeit unter den IM führte, da sie laufend berichteten und keine Lösungen möglich wurden. Dies betraf sowohl Informationen an das MfS als auch an wirtschaftsleitende Organe.³⁰⁹ Dazu kam das Dilemma der Betriebsdirektoren, einerseits den Plan erfüllen bzw. übererfüllen zu müssen, andererseits die Auflagen für die Sicherheit der Anlagen und damit für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Beschäftigten einzuhalten. In den meisten Fällen fiel die Entscheidung zugunsten der Produktion aus, wie ein Schichtleiter aus dem VEB Waggonbau Ammendorf berichtete. Die Arbeitsbedingungen der Arbeiter waren sekundär; Anlagen wurden auf Verschleiß gefahren, da niemand mit Investitionsmaßnahmen rechnete.³¹⁰

Unterstützt wurde die KD Halle von zahlreichen betrieblichen und gesellschaftlichen Gremien, die meist vordergründig als Kontrollorgane in den Betrieben auftraten, jedoch vom MfS teilweise instruiert wurden: VPKA Halle, Abt. Feuerwehr und die Kommissariate I und III der Kriminalpolizei, Kreishygieneinspektion (KHI) und die Abteilungen Arbeits- und Produktionssicherheit in den Betrieben. Das Zusammenwirken mit den Arbeitsschutzinspektionen (ASI) des FDGB, dem Staatlichen Amt für Technische Überwachung (SATÜ) und der Staatlichen Bauaufsicht erfolgte seitens der KD Halle

³⁰⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 202.

³⁰⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1052.

³⁰⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 886.

³¹⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2086/82, Bericht vom 21.09.1989.

über die Abteilung XVIII der BV Halle. Der verantwortliche Mitarbeiter der KD Halle nahm an Kontrollen in Schwerpunktbetrieben teil, um die Interessen des MfS wirksam durchzusetzen.

Gravierende Auswirkungen auf die Produktionssicherheit und die Arbeitsproduktivität hatte der Alkoholmissbrauch in den Betrieben, angefangen vom Arbeiter in der Produktionshalle bis zum leitenden Angestellten. Nahezu jeder IM berichtete der KD Halle zu dieser Tatsache und darüber, dass dazu auf allen Ebenen das nötige Problembewusstsein fehlte. So mussten Arbeiter im Waggonbau Ammendorf vorfristig ihre Schicht beenden, weil sie volltrunken nicht mehr in der Lage waren, ihre Arbeitsaufgaben zu bewältigen. Und auch auf der Leitungsebene gehörte Alkoholkonsum zum Arbeitsalltag.³¹¹ Dazu kamen Arbeitszeitmanipulationen, Nichtauslastung der Arbeitszeit, private Beschaffungstouren und Anfertigung von Produktionsgütern für den privaten Gebrauch – gängige Praxis in allen Betrieben, durch IM-Berichte bestätigt. Die KD Halle leitete diese Informationen an die für die Produktionssicherheit zuständigen Gremien weiter und veranlasste Kontrollen und Befragungen bei auffälligen Personen. Teilweise wurden den Betriebsdirektoren Auflagen erteilt, derartige Zustände abzustellen. Zeitweilige Verbesserungen, etwa durch die Androhung von Disziplinarmaßnahmen, Verhängung von Ordnungsstrafen oder Personalumsetzungen, blieben von kurzer Dauer. Angesichts der in den MfS-Unterlagen überlieferten Fotodokumentationen zu den katastrophalen Arbeitsbedingungen und den IM-Berichten dazu stellen sich all diese Erscheinungen als systemimmanent dar.³¹² Die am Produktionsprozess Beteiligten reflektierten im Vergleich der Erfolgsmeldungen in den Tageszeitungen zur Hochtechnisierung und Stabilität der DDR-Wirtschaft mit ihrer eigenen gegenläufigen Selbstwahrnehmung den langsamen, schleichenden Niedergang oder zumindest die Stagnation der Wirtschaft. Die Folge waren Anpassung an die ja doch nicht veränderbaren Verhältnisse, Desinteresse und Resignation.

8.10.2. Forschung und Entwicklung

Wissenschaft und Technik, Forschung und Entwicklung hatten eine zentrale Position innerhalb der Gesellschaft der DDR und des Selbstverständnisses ihrer Regierung inne. Doch der wissenschaftlich-technische Fortschritt war in einem System, das prinzipiell jeden Lebensbereich politisierte, ein Teil der politischen Propaganda, und verschiedene Projekte wurden hochstilisiert, ohne dass die entsprechende materielle Basis vorhanden war. Dies waren in den achtziger Jahren vor allem die elektronische Datenverarbeitung, die Mikroelektronik, die Laserforschung und die Lebensmittelforschung. Doch die im Vergleich zum Weltmarkt mangelhafte Qualität der Produkte – die besonders auf veraltete Anlagen und Produktionsverfahren zurückzuführen war (siehe Abschnitt 8.10.1.) – ließ die Absatzchancen für DDR-Produkte auf dem Weltmarkt sinken; fehlende Deviseneinnahmen machten wie-

³¹¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1931/81; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2086/82; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1818/83.

³¹² Beispiele in folgenden Akten: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 486/89; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 599; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 202; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 198; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 388.

derum Investitionen und ausreichende Rohstoffeinfuhr unmöglich. Die DDR hinkte so im internationalen Vergleich der Industrieländer der Technologieentwicklung stets um Jahre hinterher. Hier hatte das MfS als „Schild und Schwert“ der Partei ein großes Einsatzgebiet und griff in originäre Belange des Bereiches ein.³¹³

Zuständig für die Sicherung renommierter Forschungsprojekte waren vor allem die Hauptabteilung XVIII des MfS und die Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen. Die KD Halle hatte im Rahmen ihrer Schwerpunktbetriebe, welche Staatsplanthemen bearbeiteten und Forschung betrieben, Sicherungsaufgaben zu übernehmen und an die Abteilung XVIII der BV Halle aktuelle Informationen zu liefern. Im folgenden Abschnitt sind vier Beispiele für die Kontrolltätigkeit der KD Halle im Forschungs- und Entwicklungsbereich ausgewählt. Eine Übersicht zu allen mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten betrauten Betrieben findet sich in [Anlage 13](#).

Das wissenschaftlich-technische Zentrum (WTZ) des Kombines Pumpen und Verdichter mit Sitz in Halle, welches sich mit der Entwicklung von Pumpen für verschiedene Bereiche der Wirtschaft beschäftigte, unterhielt Kooperationsbeziehungen zur TH Merseburg, zur TU Dresden sowie innerhalb des RGW. Dementsprechend wichtig war die inoffizielle Absicherung sowohl der Forschungsprojekte als auch der Kontrolle der Reisekader, die im nichtsozialistischen Ausland die Produkte des Kombines vertraten. Im Jahr 1989 waren 5 inoffizielle Mitarbeiter im WTZ eingesetzt, welche über den Stand der Einführung der Mikroelektronik und der rechnergestützten Konstruktion, über die laufenden Projekte zur Pumpenentwicklung sowie über ihre Kollegen berichteten. Von besonderem Interesse für die KD Halle war die in der BRD ansässige Vereinigung „Verein Deutscher Maschinenbauanstalten“ (VDMA), zu der ein Ingenieur und NSW-Reisekader des WTZ durch seine Teilnahme an Symposien Kontakte hatte. Dieser wurde unter Kontrolle gestellt, um „*mögliche feindliche Angriffe seitens der in der BRD sich befindenden Konkurrenzunternehmen des VEB Kombines Pumpen und Verdichter*“³¹⁴ rechtzeitig aufzudecken. Letzten Endes konnte aber eine derartige Einflussnahme nicht nachgewiesen werden, da der VDMA an ehrlicher Wissenschaftskooperation interessiert war.

Im VEB Feinmechanische Werke Halle wurde in der Abteilung Forschung und Entwicklung vor allem die Lasertechnik weiterentwickelt, verbunden mit großen Schwierigkeiten auf Grund fehlender Bilanzanteile und nicht termingerechter Materiallieferung durch andere Betriebe. Darüber berichteten 3 inoffizielle Mitarbeiter. Auf Grund der Einbindung des Entwicklungsprojekts in ein Staatsplanthema wurden alle daran beteiligten Ingenieure Sicherheitsüberprüfungen unterzogen, besonders jene, die verwandtschaftliche Beziehungen in die BRD unterhielten.

³¹³ Vergleiche: Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, (BStU, Reihe B: Analysen und Berichte Nr. 1/2000), Berlin 2000.

³¹⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 599, S. 7.

In Anbetracht der Wichtigkeit der zwei Projekte Entwicklung von Kühl- und Klimatechnik und Entwicklung eines „Schraubenverdichters kleiner Leistung“ im VEB Maschinenfabrik Halle war die KD Halle mit einem inoffiziellen Mitarbeiter in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung unterrepräsentiert. Das lag wohl daran, dass aus der Sicht des MfS „*der politisch-moralische Zustand im Bereich F/E als völlig ungenügend*“ eingeschätzt wurde und dementsprechend die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit nicht ausgeprägt war. Als äußerst bedenklich schätzte die KD Halle den Austritt von vier Ingenieuren aus der SED seit Januar 1989 ein und stellte als Grund die Nichtübereinstimmung mit der Wirtschafts- und Lohnpolitik der Parteiführung fest. Darüber hinaus konnte das Projekt „Schraubenverdichter“ nicht in die serienmäßige Produktion geführt werden, da weder der nötige Maschinenpark noch das nötige Material sowie eine ausgereifte Technologie zur Verfügung standen.

Auch die Entwicklung von Ultraschallprüftechnik für Kernkraftwerke im VEB Ultraschalltechnik Halle scheiterte an fehlenden personellen und materiellen Voraussetzungen. Daher konzentrierte sich die Forschungsabteilung seit 1987 auf die Entwicklung von Herzschrittmachern der 3. Generation, die mit mäßigem Erfolg zur klinischen Erprobung gebracht wurden. Die KD Halle hatte hier zwei inoffizielle Mitarbeiter im Einsatz, deren Berichterstattung als äußerst aufschlussreich eingeschätzt wurde, da sie die fachlich-technische Umsetzung des Forschungsthemas und die nötigen Kontaktpartner persönlich kannten.

8.10.3. Einsatz von Reisekadern

Die Bestätigung von Reisekadern, besonders derer mit Einsatz im westlichen Ausland, wurde seitens der Betriebe mit einem hohen Aufwand betrieben, und kam letzten Endes nur durch die Befürwortung durch das MfS zustande. (Beispiel siehe [Anlage 14](#)) Die KD Halle war für die Reisekader der Betriebe in ihrem Verantwortungsbereich zuständig. Wegen der Annahme, dass die Reisekader einem verstärkten Einfluss „feindlicher Institutionen“ ausgesetzt waren, mussten sie besondere Eigenschaften wie „*fester Klassenstandpunkt, Charakterfestigkeit, Bescheidenheit, Verschwiegenheit und sozialistische Moral*“ aufweisen.³¹⁵ Gründliche Sicherheitsüberprüfungen gingen jedem Reisekadereinsatz voraus. Dazu sind im Teilbestand der Abt. XVIII der BV Halle Berichte der KD Halle in beträchtlichem Umfang überliefert.³¹⁶ Obwohl jeder Reisekader nach Rückkehr von einer Dienstreise offiziell einen Sofortbericht abzugeben hatte, der auch vom MfS ausgewertet wurde, war es wichtig, innerhalb des Reisekaderstammes eine inoffizielle Basis heranzubilden. Diese sogenannten Reisekader-IM waren angehalten, nach konkreter schriftlicher Aufgabenstellung über den Ablauf und Besonderheiten ihrer Dienstreisen sowie ihre Kooperationspartner in westlichen Firmen zu berichten. In der Dienstweisung 6/76 des Leiters der BV Halle wurde dazu festgelegt, dass die Leiter der Kreisdienststellen

³¹⁵ Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 332.

³¹⁶ Überprüfung von Reisekadern durch die KD Halle: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1020 (1982 – 1984), 1097 (1984 – 1985), 1117 (1985 – 1986), 1118 (1980 – 1984, 1987 – 1988).

dafür sorgen mussten, „daß nach Durchführung der Reise alle Reisekader-IM-Berichte sowie die Abschöpfungsberichte der NSW-Reisekader durch die Sicherheitsbeauftragten und Reiestellenleiter der Abt. XVIII unverzüglich zur Auswertung übergeben werden.“³¹⁷ Dabei war besonders wichtig, die eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter ständig zu überprüfen, um Verstöße gegen Reisedirektiven während des Aufenthaltes im Ausland, Umgehung von Zoll- und Devisenbestimmungen, übermäßige materielle Interessiertheit mit Tendenzen zur Korruption sowie eine eventuelle Bevorteilung von westlichen Firmen rechtzeitig aufzudecken. In der Dienstanweisung 6/76 hieß es dazu: „*Negativ angefallene NSW-Reisekader einschließlich Reisekader-IM sind sofort für weitere Reisen zu sperren und der operativen Situation entsprechende Überprüfungs- und Aufklärungsmaßnahmen (...) einzuleiten.*“³¹⁸

Für die KD Halle waren im Jahr 1989 zuletzt 39 Reisekader-IM im Einsatz, die meisten davon im Kombinat Pumpen und Verdichter und im VEB Maschinenfabrik Halle. Auffällig ist, dass lediglich drei der IM mit Facharbeiterausbildung als Monteure im sozialistischen Ausland und in Ländern der dritten Welt tätig waren. Deren Berichte zu den Regimeverhältnissen in den jeweiligen Ländern waren informativ, besaßen aber nicht den für das Sicherheitsdenken der KD Halle hohen Stellenwert. Demgegenüber lieferten die als NSW-Verhandlungskader eingesetzte Direktoren, Abteilungsleiter und Diplomingenieure als Vertreter der technischen Intelligenz brisante Berichte über Verhandlungen mit westlichen Firmen und deren Mitarbeiter bis hin zu privaten Angelegenheiten ihrer Verhandlungspartner.

8.10.4. Bauwesen

Im Bereich Bauwesen interessierte die KD Halle vor allem das Voranschreiten des territorialen Wohnungsbaus und die Überwachung des Bauleistungsexports in die BRD. Aus der Erschließung der aktiven registrierten Akten ist ersichtlich, dass 7 IM und 3 GMS im Jahre 1989 für die KD Halle im Bauwesen tätig waren. Diese waren überwiegend leitende Mitarbeiter aus dem Wohnungsbaukombinat Halle, dem VEB Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinat und dem VEB Gesellschaftsbau Halle. Wesentliche Informationen zur Stagnation des innerstädtischen Bauens und der Errichtung neuer Wohngebiete flossen aus dem Stadtbauamt Halle durch einen dort als IM tätigen leitenden Mitarbeiter.³¹⁹ Es wurde eingeschätzt, dass der bis 1990 aufgestellte Plan nicht erfüllt werden konnte. So musste beispielsweise der Wohnungsbau in Heide-Nord eingestellt werden, weil die Versorgung neuer Wohngebiete mit Wärmeenergie nicht gewährleistet war. Das innerstädtische Bauen funktionierte 1989 nur noch durch ein unplanmäßiges und auf einem operativen Arbeitsstil beruhendem Zusammenwirken der Baubetriebe, da die Baufreiheit durch den verzögerten Abriss von Altbauten nicht gegeben war. Dieser wiederum ging nicht voran, weil den Mietern keine neuen Wohnungen angeboten werden

³¹⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 731, Bl. 3.

³¹⁸ Siehe Anmerkung 317.

³¹⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 462/88.

konnten. War auf einigen Baustellen die Baufreiheit endlich gewährleistet, mangelte es an Baumaterial, da die Zulieferbetriebe nicht termingerecht liefern konnten. Der erhöhte Aufwand in der Materialbeschaffung beeinflusste letzten Endes den Nettogewinn der Baubetriebe negativ. So schloss sich der verhängnisvolle Kreislauf von Materialengpässen, technologischen Problemen und verminderter Produktivität. Auch ein Mitarbeiter der KD Halle konnte diese Situation nur schriftlich fixieren und bemerkte dazu im Monatsbericht im September 1989, dass *„eine Parteiinformation zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich ist, da der Sekretär der Stadtleitung, Genosse P., über die Situation informiert ist.“*³²⁰

Im Büro des Stadtarchitekten konnte bis 1989 kein IM geworben werden, wie aus dem Monatsbericht im September 1989 hervorging, daher *„ist sich weiterhin auf die Schaffung zweckmäßiger Arbeitskontakte zu konzentrieren, die sich perspektivisch für eine inoffizielle Zusammenarbeit eignen.“*³²¹ Zu dieser Zusammenarbeit wird es wohl nicht mehr gekommen sein. Dem Architektenbüro wurde generell große Aufmerksamkeit gewidmet, da eine Mitarbeiterin von einer Privatreise aus der BRD nicht zurückgekommen, und einer weiteren Mitarbeiterin eine solche Reise auf Grund des Verdachts der Nichtrückkehr nicht genehmigt worden war. Darüber hinaus hatte ein Mitarbeiter des Büros selbständig Verbindung zu einer Baubehörde des Bayrischen Innenministeriums aufgenommen. Dessen Sicherheitsüberprüfung ergab keine „Feindtätigkeit“, sondern nur den Nachweis eines Interesses an Fachliteratur.³²²

Über von DDR-Betrieben in der BRD realisierte Bauprojekte informierten ein Bauleiter und ein für den Abschluss von Verträgen verantwortlicher leitender Mitarbeiter eines Baubetriebes. Der KD Halle war vor allem die Überprüfung der an den Projekten beteiligten Bauarbeiter wichtig, ihre Staatsloyalität und Arbeitsdisziplin. Weniger Interesse bestand an dem planmäßigen Voranschreiten der Bauprojekte. Die inoffizielle Basis unter den NSW-Reisekadern wurde von der KD Halle als nicht ausreichend angesehen, so dass eine Überführung von offiziellen Kontakten in eine inoffizielle Zusammenarbeit als wichtiges Ziel angesetzt wurde.³²³

Für den „Sicherungsbereich Volkswirtschaft“ insgesamt kann eingeschätzt werden, dass die KD Halle über offizielle und inoffizielle Kontakte in wesentlichen Bereichen präsent war, jedoch der Eindruck entsteht, dass die Informationen wie Puzzleteile gesammelt wurden, jedoch nie zu einem Ganzen zusammengefügt werden konnten. Bei dem Versuch, die strukturell bedingten Missstände in der Volkswirtschaft zu verringern, blieb der „bewährte“ Einsatz von IM weitgehend wirkungslos. Ursachen dafür waren zum einen die große Zahl der Betriebe in Halle, aus deren Mitte nur die wichtigsten überwacht wurden oder zumindest der Versuch der Überwachung zustande kam, und zum anderen die

³²⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 7.

³²¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 59.

³²² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 62.

³²³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 63.

Unterordnung der KD Halle als örtliche MfS-Dienstseinheit unter die für die Volkswirtschaft zuständige Fachabteilung XVIII der BV Halle. Ob diese mehr Möglichkeiten hatte, in Kooperation mit dem Staats- und Parteiapparat Veränderungen anzuschieben, ist in Frage zu stellen. Eher konnte die Kreisdienststelle auf der untersten Ebene punktuell „kleine Lösungen“ durch langjährige persönliche Beziehungen zu leitenden Mitarbeitern der Betriebe durchsetzen, änderte aber letzten Endes nichts am maroden Wirtschaftsgefüge der DDR.

8.11. Gesundheitswesen

Im Jahr 1989 arbeitete die KD Halle mit 21 inoffiziellen Mitarbeitern in Krankenhäusern und Polikliniken der Stadt Halle zusammen, von denen 12 mehr als 10 Jahre als Zuträger fungierten. Darunter war ein Kreisarzt und zuletzt leitender Arzt des Bezirkskrankenhauses Halle, der 19 Jahre für die KD Halle tätig war. Aus Sicht der KD Halle war das Gesundheitswesen ein „operativer Schwerpunkt“ ihrer Arbeit, da besonders hier „*breit angelegte Angriffe des Gegners*“ zu erwarten waren.³²⁴ Es gab keine größere medizinische Einrichtung in Halle, in der die KD Halle mit nicht wenigstens einem IM präsent war, die konfessionellen Krankenhäuser eingeschlossen. Die meisten IM waren in den Einrichtungen des Bezirkskrankenhauses Halle zu finden. Unter den IM befanden sich Kreisärzte und ärztliche Direktoren sowie leitende Oberärzte. Gerade diese verfügten über umfangreiche Entscheidungsbefugnisse, Leitungserfahrungen und eine positive Grundeinstellung zur Politik der SED. Die KD Halle versuchte über diese IM Einfluss zu nehmen auf Personalentscheidungen und Beseitigung von Missständen in den medizinischen Einrichtungen. Hierzu fand sich in einem Bericht der KD Halle aus dem August 1989 als Zuarbeit für die Kreiseinsatzleitung die Aussage, „*dass sich die Neubesetzung von Leitungspositionen durch klassenbewußte und fachlich versierte Ärzte in Leitungsfunktionen durch Einflußnahme der Partei positiv ausgewirkt hat.*“³²⁵ So berichtete ein leitender Arzt des Bezirkskrankenhauses Dölau über seine Gespräche mit Ärzten und Schwestern zur Rücknahme ihres Ausreiseantrages, für die er zuvor von der KD Halle instruiert wurde.³²⁶ Ein Kreisarzt unterstützte die KD Halle in ihrem Plan, eine Gruppe ausreisewilliger Zahnärzte der Poliklinik „Johann Christian Reil“ zu disziplinieren, informierte darüber hinaus allgemein zu Mängeln in der Leitungstätigkeit und der Situation des Gesundheitswesens in Halle.³²⁷ Drei der IM im Gesundheitswesen waren Kader- bzw. Verwaltungsleiter von Krankenhäusern, zwei davon aus konfessionellen Einrichtungen. Über diese bekam die KD Halle u.a. Informationen zu Ärzten, die sich im Ärztekreis „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“ engagierten. Lediglich vier der inoffiziellen Mitarbeiter konnten dem mittleren medizinischen und Verwaltungspersonal zugeordnet werden. Auch diese berichteten über Kollegen und Probleme ihres Arbeitsbereiches.

³²⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 150.

³²⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 212/70, Teil II Bd 2, S. 111.

³²⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1034/73.

³²⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 212/70.

Generell kann man die Berichte der IM in Sach- und Personenberichte einteilen. Sachinformationen gaben vor allem IM in leitenden Stellungen, die über Versorgungsprobleme in der Medizin, Hygiene-probleme, zur Personalsituation, zu medizinischen Kongressen sowie zu fachlichen Problemen be-richteten. Alle IM berichteten jedoch generell personenbezogen über Kollegen, deren politische Ein-stellung, Meinungen zu fachlichen Details bis hin zu familiären und privaten Beziehungen. Besonders perfide war der Bericht eines leitenden Oberarztes des Bezirkskrankenhauses Halle, in dem er Progno-sen zu Kollegen mit der wahrscheinlichen Absicht der Antragstellung auf ständige Ausreise abgab, und so wesentlich ihr berufliches Fortkommen behinderte.³²⁸ Unter der Ärzteschaft gab es viele Mediziner, die einen Ausreisantrag gestellt hatten. Diese unter Kontrolle zu halten, und nach ihrer Ausreise die möglichen „Rückverbindungen“ zu in Halle verbliebenen Ärzten zu überwachen, war ein wesentliches Aufgabenfeld der eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter. Im Monatsbericht der KD Halle vom Juli 1989 hieß es dazu, dass im Bereich Medizin zehn ausreisewillige Ärzte in OPK bearbeitet wurden, und vier davon direkt von IM aus dem Arbeitsbereich.³²⁹

Informationen über Patienten sind nur in zwei Fällen dokumentiert. Das Beispiel eines leitenden Arztes der Poliklinik „Johann Christian Reil“, welcher Geruchsproben von einer Patientin besorgte, die unter dem Verdacht der Verbreitung von Hetzzetteln stand, dokumentiert ein erschreckendes Ausmaß der Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit. Darüber hinaus verhinderte er Einstellun-gen von Ärzten auf Anweisung der KD Halle.³³⁰ Ein als IMB eingesetzter leitender Arzt einer Ehe- und Sexualberatungsstelle gab ebenfalls Informationen über Patienten weiter, die aus seinem Tätig-keitsfeld als besonders privat und sensibel einzuschätzen sind.³³¹

An dieser Stelle soll der Hinweis auf ein seit 2004 betriebenes Forschungsprojekt des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dresden zur IM-Tätigkeit von Ärzten erfolgen. In dessen Mittel-punkt steht die empirische Untersuchung der inoffiziellen Kooperation von Ärzten verschiedener Fachrichtungen auf allen Tätigkeitsfeldern des MfS. Die öffentliche Begleitung des Forschungsthemas erfolgte durch eine Artikelserie im „Deutschen Ärzteblatt“.³³² Die darin getroffenen Aussagen stim-men mit den Erschließungsergebnissen aus den Akten der KD Halle im Wesentlichen überein.

8.12. Bildungswesen

Bei der Werbung von inoffiziellen Mitarbeitern im Bereich der Schulen und weiterführenden Bil-dungseinrichtungen ging es vor allem um die Überwachung nicht systemkonformer Lehrer und das

³²⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 693/74.

³²⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 152.

³³⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 356/76.

³³¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 616/76.

³³² Im Internet:

<http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/treffer.asp?archivVolltext=Staatssicherheit&archivVolltextBool=%26&ArchivVonMonat=1&ArchivVonJahr=1996&ArchivBisMonat=12&ArchivBisJahr=2005>, 28.11.2005.

Eindringen in eine jugendliche Subkultur, die sich verstärkt in den 80er Jahren entwickelte. Besonders in Halle hatten sich Gruppen von Punkern etabliert, die unter dem Dach der evangelischen Kirche Zuflucht und Unterstützung fanden.

Stark durchdrungen von IM's war die Pädagogische Hochschule „Krupskaja“ Halle. Hier arbeiteten 1989 drei Dozenten und ein Student inoffiziell für die KD Halle. Die Dozenten berichteten ausführlich zu ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit, zu Stimmungen und Meinungen von Kollegen und Studenten zur Versorgungslage und zu politischen Ereignissen sowie über Kontakte zu Wissenschaftlern in der BRD.³³³ Ein Student denunzierte seine Kommilitonen auf Grund ihrer kirchlichen Verbindungen und Beziehungen zur Westverwandtschaft.³³⁴

Vier Lehrer von zwei Erweiterten Oberschulen in Halle informierten vor allem über die Einstellung ihrer Schüler zum Wehrdienst und meldeten konfessionell gebundene und oppositionell eingestellte Schüler an die KD Halle. Ein Lehrer aus dieser Gruppe erstellte Persönlichkeitsanalysen zu Schülern, die einen Medizinstudienplatz erhalten hatten, um die KD Halle auf mögliche Unsicherheitsfaktoren hinsichtlich der politischen Zuverlässigkeit hinzuweisen.³³⁵ Eine Lehrerin einer Polytechnischen Oberschule berichte in denunziatorischer Form über ihre Kollegen und darüber hinaus ausführlich über die private Situation einer Freundin mit Ausreiseabsicht und ihren bereits in die BRD ausgereisten Freund.³³⁶ Dies zeigt deutlich, dass die Bereitschaft, Informationen an das MfS zu geben, bei den meisten IM's über den eigentlichen Werbungsgrund, nämlich ihr berufliches Umfeld zu sichern, weit hinausging. Auch ein Stadtschulrat von Halle, von dem sich die KD Halle als IM in Schlüsselposition aufschlussreiche Informationen über den Volksbildungsbereich der Stadt Halle versprach, berichtete am Ende ausufernd über die Beziehung seines Sohnes zur Tochter eines übersiedlungsersuchenden Arztes und seines Versuches – um seine Karriere fürchtend - , diese Beziehung zu zerstören.³³⁷

Als schwierig erachtete die KD Halle die Rekrutierung von Jugendlichen, besonders in so genannten „negativ-dekadenten Jugendgruppen“. Angeworben wurden Jugendliche entweder im Rahmen polizeilicher Maßnahmen oder – in den meisten Fällen – in den Schulen. Voraussetzung hierfür war die regelmäßige Durchsicht der Schülerakten hinsichtlich ihrer „kadermäßigen Eignung“ und die Auswertung der IM-Berichte von Lehrern. Es wurden die Haltung zur „Verteidigungsbereitschaft“, das Einbringen in die FDJ und die politische Zuverlässigkeit der Eltern überprüft. Im Ergebnis dessen konnte die KD Halle 2 Schüler als IM werben, deren zukünftige Perspektive eine hauptamtliche Tätigkeit im MfS sein sollte, und 5 Schüler für einen Einsatz bei den Grenztruppen der DDR im Verant-

³³³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1292/69; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2451/80; BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 6658/82.

³³⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XIII 1331/84.

³³⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2880/81.

³³⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 760/87.

³³⁷ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 1350/86.

wortungsbereich der Hauptabteilung I. Alle Schüler waren bei ihrer Anwerbung minderjährig. Zwei weitere Jugendliche berichteten über ihre Verbindungen zur Punker- und Skinhead-Szene in Halle, jedoch war deren Berichterstattung nach Einschätzung der KD Halle unregelmäßig und schwer zu steuern. Vier weitere, erst im Jahr 1989 als IM geworbene Schüler, gaben Informationen über die Meinungen ihrer Mitschüler zu den politischen Veränderungen im Herbst 1989 an die KD Halle weiter.

Der wohl wichtigste IM der KD Halle zur Überwachung des Bildungswesens war der beim Rat der Stadt, Abteilung Volksbildung, eingesetzte Sicherheitsinspektor, welcher seit 1979 für das MfS tätig war. In seiner Berichtsakte sind in großer Zahl Einschätzungen von Schülern hinsichtlich ihrer Eignung für eine Delegation an die EOS, der Eignung für die gewählte Studienrichtung sowie der Eignung für eine Offizierslaufbahn in der NVA überliefert. Des Weiteren gab er Wertungen zu Anträgen von Pädagogen auf private Besuchsreisen in die BRD sowie Persönlichkeitseinschätzungen zu Pädagogen mit einem Übersiedlungsantrag ab.³³⁸ Dieser IM hat für manchen Lehrer und vor allem für eine große Zahl von Schülern für deren zukünftigen Lebensweg an entscheidender Stelle die Weichen gestellt, da auf Grund seiner Aussagen das MfS die berufliche Karriere von Menschen behinderte oder beförderte.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die KD Halle in einzelnen Bildungseinrichtungen der Stadt Halle großen Einfluss ausübte, in den meisten allerdings nicht inoffiziell Fuß fassen konnte. Inwieweit sich das offizielle Zusammenwirken mit der Abteilung Volksbildung des Rates der Stadt und mit einzelnen Direktoren von Schulen gestaltete, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Berichterstattung des Sicherheitsinspektors der Abteilung Volksbildung hat es der KD Halle ermöglicht, an den erweiterten Oberschulen in Lebensläufe von Schülern und Lehrern einzugreifen.

8.13. Kunst und Kultur

*„Kunst und Kultur wurden einerseits als Unsicherheitsfaktor im Innern betrachtet, der in besonderer Weise kontrolliert und überwacht wurde, andererseits wurden sie (...) als Instrument im Ringen um Reputation und internationale Anerkennung genutzt.“*³³⁹ Diese These der Kunsthistorikerin Hannelore Offner wird durch die Auswertung der Akten der KD Halle zur halleschen Kunst- und Kulturszene bestätigt. Dazu muss bemerkt werden, dass die Sicherung dieses Bereiches nur eine von vielen Aufgaben der Kreisdienststelle darstellte. Federführend in der Bearbeitung von Künstlern und Kulturschaffenden war die Abteilung XX der BV Halle. In deren Verantwortungsbereich fiel auch die Hochschule für industrielle Formgestaltung (heute: Hochschule für Kunst und Design). Dazu findet sich in einem Auswertungsbericht der ZAIG des MfS folgende Passage: *„Von besonderer Bedeutung im Schwer-*

³³⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 480/79.

³³⁹ Hannelore Offner: Überwachung, Kontrolle, Manipulation. Das MfS und seine Verflechtung mit Kunst- und Kulturinstitutionen, In: Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates/hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 2001, S. 495.

*punktbereich ist die Existenz der Hochschule für industrielle Formgestaltung im Territorium von Halle. Ein großer Teil der von dieser Hochschule abgängigen Studenten, vor allem aber exmatrikulierter Studenten, die leistungsmäßig oder politisch den Anforderungen nicht mehr gerecht wurden, behält seinen Wohnsitz in Halle und bildet im Verantwortungsbereich eine eigenständige Personengruppe, die durch ihre Lebensweise z.T. asozial, andere Personen anzieht und aus diesem Grund, unter Voraussetzung vorhandener politisch-negativer Grundhaltungen, ein ständig zu beachtender Faktor des Schwerpunktbereiches ist.“*³⁴⁰ So war die KD Halle als territoriale Dienst Einheit für diese Bereiche wiederum zuständig. In der Auswertung der Akten ergibt sich eine Vernetzung zwischen dem MfS, den Kultureinrichtungen der Kreisebene, dem Staatsapparat, dem Künstlerverband sowie einzelnen Künstlern. In den großen Klubhäusern der Stadt Halle – Klubhaus Volkspark, Klubhaus der Gewerkschaften, Jugendklubhaus „Philipp Müller“ – war die KD Halle 1989 mit je einem inoffiziellen Mitarbeiter in leitender Funktion vertreten. Die Mitarbeiter in diesen Kulturinstitutionen hatten einen hohen Stellenwert bei der Umsetzung der MfS-Interessen. Sie berichteten vor allem über dienstliche und persönliche Belange ihrer Kollegen. Der IM im Jugendklubhaus arbeitete darüber hinaus für die Abteilung XV der BV Halle, indem er seine privaten Beziehungen zu Mitgliedern einer DKP-Delegation aus der BRD nutzte, um diese auf eine eventuelle inoffizielle Zusammenarbeit zu prüfen.³⁴¹ Auch im Stadtkabinett für Kulturarbeit und in der Abteilung Kultur des Rates der Stadt Halle war die KD inoffiziell präsent. Die Berichte der dort eingesetzten IM reichten von Einschätzungen zur künstlerischen Arbeit von Schriftstellern, Musikern und bildenden Künstlern, über Informationen zu Künstlern mit Ausreiseabsichten und zu Mitgliedern des Verbandes bildender Künstler (VbK) bis hin zu Informationen über die eigenen Kollegen und die Familie. So denunzierte ein Mitarbeiter des Stadtkabinetts für Kulturarbeit die eigene Lebensgefährtin beim MfS, um ihre beabsichtigte Flucht über Ungarn zu verhindern.³⁴² Aus den Informationen des IM der Abteilung Kultur leitete die KD Halle einen Bericht an die Stadtleitung der SED weiter, in dem moniert wurde, dass nicht genügend Auftragswerke an Maler und Graphiker vergeben wurden und zu wenig Atelierräume für Künstler zur Verfügung stehen würden. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Abt. Wohnraumvergabe und der Abt. Kultur wurde angemahnt.³⁴³ Bemerkenswert war auch der Einsatz eines inoffiziellen Mitarbeiters im Ständigen Büro der Händelfestspiele, der über die Vorbereitung der jährlich in Halle stattfindenden Händelfestspiele berichtete und Listen von Gästen aus dem sozialistischen und nichtsozialistischen Ausland an die KD Halle weiterreichte.³⁴⁴ Im Theater „Junge Garde“ sowie im Kabarett „Die Kiebitzensteiner“ führte die KD Halle jeweils zwei inoffizielle Mitarbeiter. So war sie über die Mitarbeiter und die künstlerischen Konzeptionen beider Kulturstätten seit Beginn der 80er Jahre umfassend

³⁴⁰ BStU, ZA, MfS ZAIG 13753, S. 79.

³⁴¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 639/88.

³⁴² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 477/86.

³⁴³ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1902/87.

³⁴⁴ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1642/85.

informiert. Informationen über den Verband bildender Künstler, speziell aus der halleschen Sektion Formgestaltung und der Sektion Malerei/Grafik leiteten zwei weitere IM an die KD Halle weiter. Zur Situation in der Sektion Malerei/Grafik notierte die KD Halle in einem Monatsbericht 1989, dass auf Grund des Parteiaustritts, des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Beantragung der ständigen Ausreise durch Mitglieder der Sektionsleitung erhebliche Unruhe und Schwächung der „progressiven Sektionsleitungsmitglieder“ entstanden waren. Zugleich würden sich „Kräfte innerhalb der Sektionsleitung profilieren, die für eine Entpolitisierung der Verbandsarbeit plädieren.“³⁴⁵ Offensichtlich sah die KD Halle hier ihren Einfluss schwinden.

Warum sich freischaffende Künstler aus Halle aus dem Bereich der bildenden Kunst und der Musik von der KD Halle für eine inoffizielle Tätigkeit haben werben lassen, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Annahme, dass sie damit ihren Status als Freischaffende sichern wollten, ist spekulativ, da die Mehrzahl der halleschen Künstler sich nicht auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS einließ. Auffällig sind die sehr persönliche Berichterstattung und die Weitergabe von privaten Details aus dem Leben von Freunden und Bekannten. So berichtete ein Musiker über Mitglieder seiner Band, mit denen er teilweise eng befreundet war und gab sogar Originalbriefe eines in die BRD übergesiedelten Musikerkollegen an die KD Halle weiter.³⁴⁶

Die KD Halle verfügte im Bereich Kunst und Kultur über eine inoffizielle Basis vor allem in staatlichen und gesellschaftlichen Kulturinstitutionen und –einrichtungen. Die Überwachung der vielen, in Halle ansässigen freischaffenden und in festen Engagements tätigen Künstler, so wie es im eingangs zitierten Kontrollbericht der ZAIG gefordert wurde, konnte sie nicht gewährleisten.

8.14. Kirche

In der Stadt Halle gibt es heute 20 evangelische und 6 katholische Gemeinden, daneben noch einige Gemeinden anderer Kirchen, die hauptsächlich als Freikirchen bezeichnet werden.³⁴⁷ Aus einem Bericht der AKG aus dem Jahr 1986 geht hervor, dass es zu diesem Zeitpunkt in Halle 15 evangelische Gemeinden gab.³⁴⁸ Aus den 1989 noch vorhandenen Akten ist ersichtlich, dass im Mittelpunkt der Überwachung durch die Abt. XX der BV Halle und durch die KD Halle vor allem evangelische Gemeinden, in ihnen angesiedelte Arbeitskreise und Basisgruppen sowie die darin aktiven Personen standen. Nach Auswertung eines Monatsberichtes des Referates Gesellschaftliche Bereiche aus dem September 1989 konzentrierte sich die KD Halle auf die Überwachung der Christusgemeinde, der Georgengemeinde, der Marktgemeinde, der Gesundbrunnengemeinde und der Evangelischen Studentengemeinde. In diesen Gemeinden organisierten die Pfarrer und Gemeindemitglieder regionale und

³⁴⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 87.

³⁴⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 456/86.

³⁴⁷ Im Internet: <http://new.halle.de/index.asp?MenuID=546>, 29.11.2005.

³⁴⁸ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501, S. 6.

überregionale Veranstaltungen, die nach Meinung der KD Halle „als Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu werten sind und keine religiösen bzw. theologischen Bezugspunkte beinhalten.“³⁴⁹ Besonderes Augenmerk hatte die KD Halle auf die seit den 80er Jahren unter dem Dach der Kirche angesiedelten Friedens-, Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen. Insbesondere war dies der Arbeitskreis zur Organisation der „Nachtgebete“, der 1988 im Zusammenhang mit den Berliner Ereignissen während der Luxemburg-Liebnecht-Demonstration entstand. Weiterhin hatte sich in der evangelischen Christusgemeinde unter der Leitung des dortigen Pfarrers eine Basisgemeinde gebildet, die der Bewegung „Kirche von unten“ zuzuordnen war. Der von den Mitgliedern der Basisgemeinde durchgeführte „Offene Gesprächskreis“ wurde vor allem durch Übersiedlungersuchende genutzt, welche mit verschiedenen Aktivitäten auf ihre Situation aufmerksam machten. Ein besonderer „politisch-operativer Schwerpunkt“ war die Überwachung der Mitglieder der „Ökologischen Arbeitskreisgruppe“ (ÖAG), die seit 1981 mit Aktionen zur Erhaltung der Umwelt und der Herausgabe der Umweltschrift „Blattwerk“ ins Visier der Staatssicherheit geraten waren. Der dazu angelegte, bis 1989 bearbeitete Operative Vorgang „Heide“ umfasste acht Bände.³⁵⁰ Daneben wurden generell die Treffen von Übersiedlungersuchenden in der Marktkirche und in der evangelischen Gesundbrunnengemeinde überwacht, da die Staatssicherheit diese Treffen als zunehmende Bedrohung für die „staatliche Sicherheit“ einschätzte.

Die von der KD Halle im Bereich Kirche 1989 insgesamt 13 geführten IM kann man in zwei Gruppen einteilen. Es gab inoffizielle Mitarbeiter, die haupt- und ehrenamtliche Funktionen innerhalb des Kirchenkreises Halle einnahmen und auf Grund ihrer exponierten Stellung über kircheninterne grundlegende Informationen verfügten, Einfluss auf Amtsträger und kirchliche Strategien ausüben konnten und gezielt die Interessen des MfS einbrachten. Dazu gehörten ein leitender Mitarbeiter des Kreiskirchenamtes, ein Mitglied der „Ökologischen Arbeitsgruppe“, ein angesehenen Vertreter eines Gemeinderates, der Verwaltungsleiter eines konfessionellen Krankenhauses und ein hauptamtlicher CDU-Funktionär. Zwei dieser IM waren seit den 60er Jahren für die KD Halle im Einsatz. Das Gros der IM wurde jedoch von Gemeindemitgliedern und Jugendlichen, die in der „Jungen Gemeinde“ (JG) einer Kirche integriert waren, gestellt. Die Christusgemeinde stand im Mittelpunkt der Überwachung, da die JG Anlaufpunkt für viele Jugendliche, vor allem auch für die Randgruppe der Punker, war. Vom Pfarrer der Gemeinde überregional organisierte Punkertreffen sorgten für Aufsehen. Die KD Halle konnte drei Jugendliche der Christusgemeinde für eine inoffizielle Arbeit werben, welche über die Arbeit der JG und über in der Kirche aktive Freunde und Bekannte berichteten. Ein besonders aktiver Protestant der Kirchengemeinde Halle-Neustadt, der seit 1975 für das MfS arbeitete, war in die Bearbeitung des ehemaligen Jugenddiakons von Halle-Neustadt involviert und lieferte der Staatssicherheit dazu wesentliche Informationen. Auch nach der Inhaftierung des Jugenddiakons 1983 und nach dessen Ab-

³⁴⁹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 48 f.

³⁵⁰ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1385/86.

schiebung in die BRD berichtete der IM über Kirchenmitglieder, die Kontakt zum Diakon hatten sowie zu seiner familiären und beruflichen Etablierung in der BRD.³⁵¹

Die KD Halle setzte in der Erreichung ihres Ziels, in der Kirche aktive Personen zu reglementieren, verstärkt auf die offizielle Beeinflussung von kirchlichen Amtsträgern durch Gespräche beim für die Kirche zuständigen Stellvertreter Inneres des Rates der Stadt Halle. Im Jargon des MfS bedeutete dies die „*Nutzung sich aller bietenden Möglichkeiten zur Forcierung des innerkirchlichen Differenzierungsprozesses.*“ Dazu stellte der Referatsleiter Gesellschaftliche Bereiche jedoch selbst fest, dass diese Maßnahmen nicht den erwünschten Erfolg brachten, da „*erhobene staatliche Forderungen bzw. Beauftragungen durch kirchliche Amtsträger zur Kenntnis genommen werden, ohne diesen jedoch zu entsprechen.*“³⁵²

Die eigentliche Überwachung von in der Kirche aktiven Personen geschah jedoch vorwiegend durch den Einsatz so genannter „operativ-technische Mittel“: Abhören des Telefonanschlusses, in den Wohnungen installierte Wanzen und die Postkontrolle. Entsprechend umfangreich sind in allen zu Kirchenmitgliedern geführten OPK und OV die überlieferten Abhörprotokolle und die Kopien privater Post. So kann man einschätzen, dass durch die Verbindung von inoffizieller Berichterstattung, offizieller Einflussnahme über staatliche Institutionen und der heimlichen Überwachung durch Telefon- und Postkontrolle letzten Endes der KD Halle ein wesentlicher Einblick in die Aktivitäten der Kirchengemeinden gelang, jedoch von einer flächendeckenden und vor allem aus der Sicht des MfS von Erfolg gekrönter Einflussnahme im kirchlichen Bereich keine Rede sein kann.

8.15. Post- und Fernmeldewesen

In Halle befanden sich das Hauptpostamt und das Hauptfernmeldeamt des Bezirkes Halle. Über das Fernmeldeamt liefen die wichtigsten Kabelverbindungen der bewaffneten Organe, des Partei- und Staatsapparates sowie die Datenleitungen der Volkswirtschaft. Daraus ergab sich für die Staatssicherheit ein hohes Sicherheitsbedürfnis, welches vor allem durch den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter erfüllt wurde. Hierzu erfolgte der arbeitsteilige Einsatz von IM der Abteilung 26³⁵³, welche in die Umsetzung von „operativ-technischen Maßnahmen“ involviert waren, und von IM der KD Halle, die im Hauptpostamt leitende Funktionen innehatten. Dazu gab 1979 ein Mitarbeiter der KD Eisleben in seiner Fachschulabschlussarbeit zum Thema Post- und Fernmeldewesen die Empfehlung, inoffizielle Mitarbeiter der Kreisdienststelle vor allen im Kreis der Postmitarbeiter zu werben, die „*bei der Vorbe-*

³⁵¹ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VII 1600/75.

³⁵² BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105, S. 49, 56.

³⁵³ Aufgaben der Abt. 26: konspirativer Einsatz operativ-technischer Mittel zur Telefonüberwachung (Auftrag A), Überwachung des Fernschreibverkehrs (Auftrag T), akustische Überwachung in Räumen (Auftrag B), Einsatz chemischer Markierungsmittel (Auftrag S), Erkennen und Aufklären vom Feind eingesetzter Raumüberwachungsmittel sowie von Abstrahlungen an wichtigen Objekten und Einrichtungen (Auftrag X), siehe im Internet: www.bstu.de, 08.12.2005.

reitung, Durchführung und Sicherung von Maßnahmen der Abt. 26 einbezogen sind und auf Grund ihrer Tätigkeit Einblick erhalten und Kenntnis von allen geschalteten Leitungen des MfS haben.“ Von der KD geworbene inoffizielle Mitarbeiter in Leitungsfunktionen mussten keine unmittelbaren Kenntnisse von Maßnahmen der Abteilung 26 erhalten, sollten aber dahingehend instruiert sein, dass sie bei auftretenden Problemen die Staatssicherheit informierten und Lösungen abstimmten. Der Vorschlag, in Zusammenarbeit mit dem Kaderleiter des Post- und Fernmeldeamtes bereits vorab Bewerber für den Beruf eines Nachrichtentechniker auf eine „IM-Tauglichkeit“ zu überprüfen und auf dieser Basis über die Ablehnung oder Befürwortung eines Lehrvertrages zu entscheiden, dokumentiert das perfide Sicherheitsdenken und die Beanspruchung der totalen Kontrolle durch das MfS.³⁵⁴

Die KD Halle verfügte 1989 über zwei gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) im Post- und Fernmeldeamt in Schlüsselpositionen. Ein leitender Mitarbeiter des Hauptpostamtes war zuständig für die Konzipierung von Maßnahmen der Post im Verteidigungsfall. In diesem Zusammenhang übergab er der KD Halle beispielsweise Listen der im Verteidigungszustand einzusetzenden Postzusteller, welche die Zustellung der Einberufungsbefehle vornehmen sollten. Informationen über GVS- und VVS-verpflichtete Mitarbeiter und ihr Umgang mit schutzwürdigen Unterlagen ergänzten seine Berichterstattung.³⁵⁵

Eine leitende Mitarbeiterin der Kaderleitung übernahm Aufträge von der KD Halle zur Beschaffung und konspirativen Übergabe von Postsendungen aus dem Zustelldienst und aus Briefkastenleerungen. Sie gab ebenfalls Informationen über Kollegen weiter, die einen Antrag auf ständige Ausreise oder einen Antrag auf eine Familienreise in die BRD gestellt hatten.³⁵⁶

Die Postkontrolle durch das MfS generell erfolgte durch die eigens dafür spezialisierte Abteilung M³⁵⁷ der BV Halle, die ihren Sitz u.a. direkt im Hauptpostamt Halle hatte. So kann man davon ausgehen, dass im Zusammenspiel von Post- und Paketkontrolle durch die Abteilung M, die Schaltung von konspirativen Telefonleitungen und das Abhören des Telefonverkehrs durch die Abteilung 26 und deren inoffiziellen Mitarbeitern und die inoffizielle Absicherung der Leitungsebene des Post- und Fernmeldeamtes durch die KD Halle in diesem Bereich die Staatssicherheit eine fast vollständige Kontrolle ausübte.

³⁵⁴ „Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit in den Post- und Fernmeldeämtern unter Berücksichtigung der Anforderungen der Zusammenarbeit mit der Abt. 26 als eine wichtige Voraussetzung für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung feindlicher Angriffe im Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle“, Fachschulabschlussarbeit von Wolfgang Kaiser an der Juristischen Hochschule des MfS, 1979, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. 26 Sach 248.

³⁵⁵ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 114/81.

³⁵⁶ BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 113/81.

³⁵⁷ Aufgaben der Abt. M: Kontrolle und Auswertung von internationalen und nationalen Postsendungen (Brief- und Paketsendungen, Telegrammverkehr), Verhinderung des Verbreitens von Materialien mit „staatsfeindlichem Inhalt“, Führung umfangreicher Schriftenspeicher und spezieller Adressenkarteien, siehe im Internet: www.bstu.de, 05.01.2006.

9. Auswertung und Zusammenfassung

9.1. Umfassende Kontrolle?

Konnte die Kreisdienststelle Halle Ende der achtziger Jahre die umfassende Kontrolle ihres Verantwortungsbereiches sichern und „den Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung und die staatliche Sicherheit (...) zuverlässig und allseitig gewähren“? ³⁵⁸ Diese Frage ist zumindest nicht für den gesamten territorialen Bereich eindeutig zu beantworten.

Generell kann man davon ausgehen, dass ohne die Abstimmung mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organen und Einrichtungen der Anspruch auf flächendeckende Kontrolle nicht umsetzbar gewesen wäre.

Von einer absoluten Durchdringung kann man in all den Bereichen ausgehen, die ebenfalls wie die Staatssicherheit zu den bewaffneten Organen zählten und wichtig waren für die physische Machterhaltung des Staates. Jens Gieseke sagte dazu, dass „Macht eben vor allem immer bewaffnete Macht war, und die sollte nicht in unbefugte Hände geraten.“ ³⁵⁹ So waren das Volkspolizeikreisamt, das Wehrkreiskommando und die Kampfgruppen mit einem dichten IM-Netz durchsetzt, und auch die offiziellen Verbindungen zu den Leitungsgremien dieser Bereiche garantierten eine stabile Informationsbeziehung. Gleiches galt für die staatlichen Institutionen der Stadt Halle: Rat der Stadt und Post- und Fernmeldeamt. Besonders in den von Funktionären besetzten Verwaltungsstellen war die Kooperationsbereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit besonders ausgeprägt. Damit konnte die KD Halle ihren Einfluss an den Schalthebeln des staatlichen Handelns sicherstellen.

Weniger Einflussmöglichkeiten hatte die KD Halle – trotz intensiver Anstrengungen – in den Gremien von Blockparteien und gesellschaftlichen Organisationen. Punktuelle Besetzungen von Leitungspositionen durch inoffizielle Mitarbeiter garantierten einen mäßigen Informationsfluss; von einer umfassenden Kontrolle konnte jedoch keine Rede sein.

Im Sektor Volkswirtschaft konnte die KD Halle bei der Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen durch die Kontrolle der überwiegend akademischen Reisekader erfolgreich agieren und war auch generell in der personenbezogenen Arbeit erfolgreich. Eindeutig überfordert war sie jedoch in der Bekämpfung des eigentlichen Feindes, nämlich der Plan- und Mangelwirtschaft und den daraus resultierenden Missständen in der Produktions- und Anlagensicherheit.

Im Gesundheits- und Bildungswesen war durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern in Schlüsselpositionen die Einflussnahme der KD Halle auf Personalentscheidungen und die Kontrolle missliebiger Personen gesichert. Auch die Präsenz von IM in allen großen Gesundheitseinrichtung garantierte jederzeit Einblick in die Belange des Gesundheitswesens. Unter den Ärzten selbst und im Bereich des

³⁵⁸ ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226, S. 37.

³⁵⁹ Jens Gieseke: Mielke-Konzern, S. 146.

mittleren medizinischen Personals blieb die Verankerung jedoch deutlich schwächer, so dass man von einer flächendeckenden Kontrolle nicht sprechen kann.

Fast vollständig dem Einfluss der KD Halle entzogen blieben große kirchliche Bereiche, in denen sich Personen und Gruppen „staatsfeindlich“ betätigten sowie die Künstlerschaft der Stadt Halle. Zwar bewirkte der Einsatz besonders „befähigter“ IM und die Anwendung so genannter Zersetzungsmaßnahmen die „Zurückdrängung“ von einzelnen Personen und teilweise deren Resignation, doch die einmal entstandenen Vereinigungen entwickelten eine Eigendynamik durch immer wieder nachrückende Mitglieder. Dies wurde Ende der achtziger Jahre vor allem verstärkt durch den inneren politischen Druck im Land und den immer lauter werdenden Ruf nach Veränderungen in der Gesellschaft.

Dass die Staatssicherheit die Zeichen der Zeit nicht erkannte, zeigen auch die in der KD Halle noch im Herbst 1989 durchgeführten Kontrolleinsätze der ZAIG, in deren Berichten routinemäßig die Alltagsgeschäfte der Kreisdienststelle bewertet wurden und keine Sensibilisierung für die schon beginnende gesellschaftliche Umbruchsituation erkennbar war. Aus diesen Berichten und anderen internen Unterlagen ist ersichtlich, dass die Kreisdienststelle in eingefahrenen Gleisen Routinearbeiten erledigte, ausgeführt von Mitarbeitern, die - wie überall in der DDR-Arbeitsgesellschaft - anstrebten, sich in der Mangelwirtschaft einzurichten und ihre Privilegien für Beschaffungstouren und die materielle Absicherung ihres Lebensstandards auszunutzen. Daher verwundert es nicht, dass von diesen keinerlei Impulse für gesellschaftliche Veränderungen ausgingen – trotz der umfassenden, sonst nicht für die Öffentlichkeit zugänglichen Informationen. Des Weiteren ist der KD Halle eine Regulierungsfunktion vor allem deshalb nicht zuzurechnen, weil sie nicht über die hierfür erforderlichen Entscheidungskompetenzen verfügte. Zwar konnte sie viele Bereiche „konspirativ“ durchdringen und auch andere Kontrollinstanzen abschöpfen, doch die Ergebnisse dieser Tätigkeit wurden lediglich zu „Informationen“ verarbeitet, die keinerlei Beschlussvorlagen nach sich zogen.

So ist auch erklärbar, warum die KD Halle als regionale Dienstseinheit vor Ort im Herbst 1989 tatenlos zusah, wie sich immer mehr Menschen bei Demonstrationen zusammenfanden und ihrem Unmut Ausdruck gaben. Ausgelöst wurden diese Demonstrationen von oppositionellen Gruppen aus Kirche und Ärzteschaft, letzten Endes aber getragen von den Massen der Arbeitenden aus Betrieben und Einrichtungen – Bereiche, in denen der Einfluss der KD Halle äußerst gering war.

Nicht zu unterschätzen ist jedoch der Einfluss der KD Halle und der Staatssicherheit generell auf individuelle Schicksale, auf die Zerstörung von privaten und beruflichen Bindungen. Dies geschah vor allem durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern, die teilweise mit einem erschreckenden Maß an Skrupellosigkeit agierten. Die Bereitwilligkeit zur Denunziation und Manipulation im Auftrag des MfS erfolgte aus unterschiedlichen Motiven heraus. Dem Wohle der sozialistischen Ordnung zu dienen, konnte ebenso eine Rolle spielen wie Macht- und Karrierestreben. Sehr oft waren es simple egoistische Beweggründe und kleine private Vorteile in einer Gesellschaft, die jegliche humane

Orientierung in den Hintergrund treten ließ. Sehr treffend beschreibt Ursula Plog die verheerenden Auswirkungen der IM-Tätigkeit: *„In scheinbar privatem Raum, beim Treff zu zweit in einer konspirativen Wohnung, hat eine Staatsmacht sich des Innersten des Menschen in einer Totalität bemächtigt wie nie zuvor ein Regime. Am Ende der DDR standen zwar keine Bilder von Massengräbern und Internierungslagern, wohl aber Hunderttausende von zerstörten Seelen.“*³⁶⁰

9.2. Nutzung der Erschließungsergebnisse

Der Umfang der vorliegenden Arbeit ist mit der Materie des bearbeiteten Themas zu begründen. Zum einen sollte die Funktionsweise einer Kreisdienststelle aufgezeigt, zum anderen die Erschließung der dafür ausgewerteten Akten, insbesondere der Personenakten, dargestellt werden. Da eine Kreisdienststelle aufgrund des Linienprinzips des Staatssicherheitsdienstes wie ein „Mini-MfS“ funktionierte, mussten zumindest alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche der Stadt Halle beleuchtet werden.

Die Untersuchung der Arbeit der Kreisdienststelle Halle soll dem Nutzer, der an der Region Interesse hat, Rechnung tragen, jedoch auch über die regionalen Besonderheiten hinausgehende, für alle Kreisdienststellen zu verallgemeinernde Erkenntnisse bringen. Darüber hinaus ergeben sich neue Möglichkeiten für zukünftige Nutzer, die Themen der politischen Bildung anhand der regionalbezogenen Unterlagen, z.B. strukturbestimmende Betriebe, Militärobjekte, Werbung jugendlicher IM, besser vermitteln können.

Die Ergebnisse der Erschließung bestätigen, dass mit der sachthemenorientierten Erschließung der vom MfS registrierten aktiven Akten und wegen dessen Ablagesystem sonst nur personenbezogen auffindbaren Unterlagen die Quellenbasis für die Forschung zum regionalen Einfluss einer MfS-Kreisdienststelle ein wesentliches Stück erweitert wurde.

³⁶⁰ Ursula Plog: Immer auf der richtigen Seite stehen, Der Spiegel, 33/1995.

Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Literatur

Aufsätze in Zeitungen, Zeitschriften und Periodika

Renate Hürtgen: Die rechte Hand des MfS im Betrieb – der Sicherheitsbeauftragte, In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, 32 - 33 (2004).

Plog, Ursula: Immer auf der richtigen Seite stehen, Der Spiegel, 33/1995.

Monographien und Beiträge in Sammelbänden

Ditfurth, Christian von: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991.

Franz, Eckart G.: Einführung in die Archivkunde, 5. Aufl., Darmstadt 1999.

Gieseke, Jens: Die Geschichte der Staatssicherheit. In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung/hrsg. v. Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach u. Ulrich Mählert, Paderborn 2003, S. 117 – 125.

Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990, Stuttgart, München 2001.

Gieseke, Jens: Volkspolizei und Staatssicherheit – Zum inneren Sicherheitsapparat der DDR, In: Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit/hrsg. von Hans-Jürgen Lange, Opladen 2003.

Hecht, Marco; Prasch, Gerald: Ich habe "Nein!" gesagt: über Zivilcourage in der DDR, Berlin 2002.

Hertle, Hans-Hermann; Gilles, Franz-Otto: Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft, In: Der Schein der Stabilität: DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker/hrsg. von Renate Hürtgen; Thomas Reichel, Berlin 2001, S. 173 – 189.

Herz, Andrea: Stasi-Kreisdienststellen in Thüringen: ein kurzer Überblick, Erfurt 1998.

Kerz-Rühling, Ingrid: Verräter oder Verführte: eine psychoanalytische Untersuchung inoffizieller Mitarbeiter der Stasi, Berlin 2004.

Lippmann, Bernd: Aufbau und Arbeitsweise einer Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel der KD Freiberg, Freiberg 1998.

Müller-Enbergs, Helmut: Warum wird einer IM?, In: Zersetzung der Seele: Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi/hrsg. von Klaus Behnke, Jürgen Fuchs, Hamburg 1995, S. 102 – 129.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1997.

Offner, Hannelore: Überwachung, Kontrolle, Manipulation. Das MfS und seine Verflechtung mit Kunst- und Kulturinstitutionen, In: Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates/hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 2001.

Reininghaus, Wilfried: Verzeichnen, unter Mitarbeit von Gabriele Unverferth und Ralf Stremmel, In: Handbuch für Wirtschaftsarchive: Theorie und Praxis/hrsg. von Evelyn Kroker ... im Auftrag der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V., München 1998.

Schockenhoff, Volker: Historische Bildungsarbeit – Aperçu oder „archivische Kernaufgabe“, In: Öffentlichkeit herstellen – Forschen erleichtern/hrsg. von Günther Rohdenburg, Bremen 1996.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949 - 1990, München 2000.

Statistisches Jahrbuch der DDR/hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1990.

Süß, Walter: Die Durchdringung der Gesellschaft mittels des MfS: Fallbeispiel: Jena im Jahr 1989. In: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch/hrsg. von Eberhard Kuhrt, Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig, Opladen 1996, S. 115 – 141.

Süß, Walter: Ministerium für Staatssicherheit - Wandel der Repressions- und Manipulationstechniken in der Honecker-Ära, In: Kommunismus - Utopie und Wirklichkeit: Kongress der Bundeszentrale für politischen Bildung, Berlin 2001, S. 42 – 53.

Vollnhals, Clemens: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“. In: Der Schein der Normalität: Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur/Clemens Vollnhals, Jürgen Weber.-München 2002, S. 113 – 156.

Vollnhals, Clemens: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung. In: Sozialgeschichte der DDR/hrsg. v. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Stuttgart 1994, S. 498 – 518.

Wolf, Stephan: Bausoldaten im Visier der Staatssicherheit, In: Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964 – 1989, Göttingen 2004.

Veröffentlichungen der BStU

Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit, BStU, Berlin 1994.

Buthmann, Reinhard: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, hrsg. von der BStU, Abt. Bildung und Forschung, Reihe B: Analysen und Berichte 1/2000, Berlin 2000.

Buthmann, Reinhard: Die Objektdienststellen des MfS (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden – MfS-Handbuch -), hrsg. von Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert, Walter Süß u.a., Berlin 1999.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950 - 1989/90/ Berlin 2000 (Analysen und Dokumente; Bd 20).

Gieseke, Jens: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriss (BF informiert 21), Berlin 1998.

Grundsatzdokumente des MfS/bearb. von Roger Engelmann und Frank Joestel. Berlin: BStU, Abt. Bildung und Forschung, 2004. (Anatomie der Staatssicherheit ; Teil 5, 5).

Löhn, Hans-Peter: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), (BF informiert 13), Berlin 1996.

Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989/bearb. von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur und Methoden. MfS-Handbuch. Teil V/1, Berlin 1995.

Sechster Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2003.

Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. von der BStU, Abt. Bildung und Forschung, Reihe A: Dokumente 1/93, Berlin 1993.

BStU-interne Materialien

Arbeitsanweisung für die Bewertung und Kassation von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (Bewertungskatalog), Teil I – Kassable Unterlagen, Januar 2001.

Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinie für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in den Archiven des Bundesbeauftragten, Berlin 1993.

Richtlinie für die Erschließung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in den Archiven der BStU – Erschließungsrichtlinie AR – vom Juni 2005.

Thesaurus für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Thesaurus Stasiunterlagen), Stand: 30.09.2002.

Gesetze, Normen

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG) vom 20. Dezember 1991.

Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik (OVG). Herausgegeben von der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern der DDR, 1964.

2. Quellen (BStU)

Sachakten

BStU, ZA, MfS, SdM 407.

BStU, ZA, MfS, ZAIG 13753.

BStU, ZA, MfS, ZAIG 13887.

BStU, ZA, MfS, ZAIG 13960.

BStU, ZA, MfS ZAIG 13877.

BStU, ZA, MfS, HA VII 988 Teil I.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 501.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AKG Sach 2172.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, SR AWK Sach 51.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, SR AWK Sach 293.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 599.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 886.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1020.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1052.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1097.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1117.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 1118.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. XVIII Sach 2959.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, Abt. 26 Sach 248.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 58.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 105.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 107.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 108.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 109 bis 119.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 122.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 125 bis 128.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 156.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 171.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 172.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 173.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 174.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 177.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 188.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 198.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 200.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 202.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 210.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 293.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 324.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 349.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 353.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 354.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 388.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 392.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 397.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 427.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 441.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 510.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 511.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 531.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 599.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 610.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 671.
BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 711.
BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 716.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 731.
BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 778.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 781.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 836.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 872.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 914.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 923.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1001.
BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1003.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1224.
BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1274.
BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1336.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1383.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, BAfNS in Auflösung Sach 66.

Personalakten

BStU, ZA, MfS HA KuSch, DOS 1786/92
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, PA Nr. 586.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, PA Nr. 1003.

Aktive registrierte Vorgänge

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 690/67.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1292/69.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 212/70.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1716/72.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1034/73.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XVIII 2404/73.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 693/74.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1600/75.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 356/76.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 408/76.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 616/76.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 990/76.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 981/77.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1294/77.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 416/78.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 807/78.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 173/79.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 160/79.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 480/79.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2451/80.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 113/81.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 114/81.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle V 472/81.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1609/81.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1931/81.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2880/81.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2086/82.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 6658/82.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 46/83.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1618/83.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1818/83.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 159/84.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 537/84.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XIII 1331/84.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle IV 313/85.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 820/85.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1114/85.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1642/85.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 254/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 456/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 477/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XVIII 872/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1170/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 1350/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1385/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1580/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1632/86.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 252/87.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 563/87.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 760/87.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 794/87.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1148/87.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 1902/87.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 462/88.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle XV 639/88.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2460/88.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 463/89.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 486/89.
BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 727/89.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 836/89.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle VIII 2230/89.

Archivierte Vorgänge

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, AIM 3407/89.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KS II 1457/89.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KS II 225/88

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KS 48/68.

BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KS 106/71.

MfS-Dokumente

Anweisung des Ministers für Staatssicherheit zur Durchsetzung der erlassenen Rechtsvorschriften für die erweiterten Aufgaben der Ämter für Arbeit und Löhne der Räte der Bezirke, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1359.

Anweisung 1/81 des Leiters der BV Halle zur Gewährleistung der Sicherheit der Dienstobjekte und der politisch-operativen Abwehrarbeit an den Dienstobjekten der BV Halle, Jan. 1981, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 802.

Arbeitsorganisatorischen Festlegungen zur Archivordnung XII, BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 3106.

Befehl Nr. 218/54 v. 16.7.1954 des Staatssekretärs des Staatssekretariats für Staatssicherheit Wollenweber zum Aufbau der Kreisdienststellen in 6 Bezirkshauptstädten, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 232.

Befehl Nr. 4/70 des Ministers für Staatssicherheit vom 15. Januar 1970, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 1519.

Befehl Nr. 37/73 des Ministers für Staatssicherheit vom 7. Sept. 1973 zur Umstrukturierung der KD Halle-Saalkreis, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 1874.

Befehl 6/78 des Ministers für Staatssicherheit vom 03.04.1978 zur Bildung von Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) in den Bezirksverwaltungen, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5554.

Dienstanweisung 1/77 zur politisch-operativen Sicherung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 723.

Dienstanweisung 1/82 des Ministers für Staatssicherheit über die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR. BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1451.

Dienstanweisung 4/84 des Ministers für Staatssicherheit über die politisch-operative Sicherung der Zivilverteidigung der DDR, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1258.

Dienstanweisung Nr. 7/84: Die politisch-operative Sicherung der Wehrkommandos der NVA und die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Wehrkommandos der NVA zu lösenden politisch-operativen Aufgaben, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1227.

Dienstanweisung 4/85 des Ministers für Staatssicherheit zur politisch-operativen Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 1385.

Dienstordnung des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 1. Okt. 1954, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 3098.

1. Durchführungsbestimmung des Leiters der ZAIG zum Befehl Nr. 6/78 zur Arbeit der Referate Auswertung und Information der Kreisdienststellen/Objektdienststellen, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5556.

1. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 2/79 über das politisch-operative Zusammenwirken mit dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei vom 14.03.1987, In: BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 955.

1. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/79 über die Registrierung und Führung der IM-Vorläufe, IM-Vorgänge und GMS-Akten sowie die Erfassung der IM-Kandidaten, IM und GMS, In: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit.

2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 2/87 zur politisch-operativen Sicherung des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei, BStU, ASt Halle, MfS BV Halle, KD Halle Sach 956.

Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 5221.

Nachschlagmaterial zur politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit in den Kreisdienststellen/Objektdienststellen, Band 1 – 3, 1981, mit Aktualisierungen aus den Jahren 1981, 1982, 1983, 1985, 1986, 1987, 1988, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 7466 Band 1 – 3.

Ordnung über die Erfassung von Personen in der Abt. XII auf der Grundlage von Sicherungsvorgängen vom 1. Juni 1976, In: Grundsatzdokumente des MfS.

Ordnung über die Hauptaufgaben, die Struktur und die Grundsätze der Führungs- und Leitungstätigkeit der Kreisdienststellen für Staatssicherheit – Arbeitsordnung KD, BStU, ZA, MfS, SdM 596.

Referat Mielkes zur weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen vom Aug. 1973, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 5790.

Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 11. Okt. 1982, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 6241

Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung vom 26. Okt. 1988, BStU, ASt Halle, MfS BV Hle, KD Halle Sach 1226.

Richtlinie Nr. 1/58 vom 01. Okt. 1958 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, Druck: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven/hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Reihe A), Berlin 1993, Bd. 1.

Richtlinie 1/68 für die Zusammenarbeit mit Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit und Inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik, In: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit.

Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) vom Jan. 1976, In: Grundsatzdokumente des MfS.

Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) vom 8. Dez. 1979, In: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen/hrsg. von Helmut Müller-Enbergs, Berlin 1996 (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten; 3).

Richtlinie Nr. 1/81 über die operative Personenkontrolle (OPK) vom 25. Febr. 1981, In: Grundsatzdokumente des MfS.

Schreiben des Ministers für Staatssicherheit zur Bildung von Sachgebieten „Sicherheitsüberprüfungen/Ermittlungstätigkeit“ vom 25. Mai 1983, BStU, ZA, MfS – BdL/Dok. Nr. 7417.

Schreiben Wollenwebers an die Leiter der Bezirksverwaltungen zur Errichtung von Kreisdienststellen in 6 Bezirkshauptstädten vom 9.7.1954, BStU, ZA, MfS - BdL/Dok. Nr. 231.

Speicherführungsprinzipien XII, BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 11153.

Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates Nr. 5/69 vom 30.7.1969. Druck: Karl Wilhelm Fricke: Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit, in: Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft/hrsg. von Bernd Florath, Armin Mitter/Stefan Wolle, Berlin 1992, S. 138 – 145.

Zur einheitlichen Gestaltung der Erfassung und Überprüfung von Personen und Objekten, der Registrierung von Vorgängen und Akten sowie der Archivierung politisch- operativen Schriftgutes in den Abteilungen XII, BStU, ZA, MfS-BdL/Dok., Nr. 4210.

3. Quellen (andere Archive)

Findkartei zum Bestand Stadtleitung der SED Halle, IV / 5 / 01 bis IV / F – 5 / 01, 1949 – 1989, Landeshauptarchiv Sachsen Anhalt, Abteilung Merseburg.

4. Nichtveröffentlichte Schriften

Auskunftsbericht des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit – in Auflösung – über die Struktur und Aufgabenstellungen der Abteilungen, selbständigen Referate, Kreis- und Objektdienststellen der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatsicherheit Halle, 2. Febr. 1990, o. Sign.

Brunner, Wolfgang: Die Sachaktenschließung der BStU am Beispiel des Teilbestandes „SED-Kreisleitung im MfS“, Diplomarbeit FH Potsdam, Potsdam 2001.

Hagemann, Christiane: Modul M 1-08. Archivische Erschließung/Hausarbeit im Rahmen der gradualen berufsbegleitenden Weiterbildung zur Vorbereitung auf die Externenprüfung zum Diplomarchivar/Diplomarchivarin FH an der FH Potsdam, Potsdam 2003.

Löser, Grit: Die Stellung der Kreisdienststellen im Gefüge des MfS, dargestellt am Beispiel der Kreisdienststelle Freiberg und deren Bearbeitung als Bestand/Diplomarbeit Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation an der Fachhochschule Potsdam, Chemnitz 1995.

5. Internetadressen

www.aerzteblatt.de

www.bstu.de

www.ddr-wissen.de

<http://new.halle.de/index.asp?MenuID=546>

www.wikipedia.de

www.halle.de

www.goethe.de

Anhang